marge Toolkit

marge Toolkit

Ein trinationales Projekt mit und für Professionnelle aus den benachteiligten Quartieren.

Martin Becker, Constanze Dunst, Jutta Guhl, Sandra Janett, Bruno Michon

GEFÖRDERT DURCH:

Fonds européen de développement régional (FEDER)
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

interreg Oberrhein Rhin Supérieur

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Inhaltsverzeichnis

1. Grußworte **11**

2. Einleitung **21**

3. Vorstellung eines grenzüberschreitenden Projekts der Sozialen Stadtentwicklung **25**

4. Forschungsdesign **39**

4.1. Gegenstand des Projektes MARGE 41

4.2. Ziele des Projektes MARGE 43

4.3. Problematik und Fragestellung des Forschungsprojektes MARGE 43

Beteiligung der Bevölkerung an sozialer Stadt- / Quartierentwicklung 45

Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, freien Trägern und der Bevölkerung 46

Soziale Mischung und Stadtentwicklung 47

Prävention von Radikalisierungstendenzen 47

4.4. Forschungsmethoden 48

Aktionsforschung 48

Umsetzung der Aktionsforschung 49

Analyse 52

Rechercheinstrumente 53

Auswertung 54

4.5. Beschreibung der Maßnahmen, Arbeitsformen und –gremien 56

5. Grundlagentexte **63**

5.1. Soziale Innovation und Good Practice: Grenzüberschreitender Austausch als Chance? 65

5.2. Partizipation und Engagement am öffentlichen Leben 85

5.3. Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, freien Trägern und der Bevölkerung 119

5.4. Residentielle Segregation und soziale Mischung in benachteiligten Quartieren 129

5.5. Prävention gegen Radikalisierung (-sprozesse) in der Oberrheinregion ein Phänomen, drei nationale Realitäten 147

6. Quartiere und Projekte **161**

6.1. Französische Quartiere und Projekte in MARGE 166

Meinau-Neuhof: Quartiersbeschreibung und Projekte 168

Port du Rhin: Quartiersbeschreibung und Projekte 178

Saverne: Quartiersbeschreibung und Projekte 190

6.2. Deutsche Quartiere und Projekte in MARGE 202

Haslach: Quartiersbeschreibung und Projekte 204

Kreuzmatt: Quartiersbeschreibung und Projekte 212

Weingarten: Quartiersbeschreibung und Projekte 220

6.3. Schweizer Quartiere und Projekte in MARGE 228

Klybeck-Kleinhünigen: Quartiersbeschreibung und Projekte 230

Pratteln: Quartiersbeschreibung und Projekte 238

Suhr: Quartiersbeschreibung und Projekte 246

7. Matrix **261**

8. Was der grenzüberschreitende Austausch zur sozialen Innovation beiträgt - Ergebnisse einer trinationalen Aktionsforschung **271**
8.1. Der grenzüberschreitende Austausch: Hindernisse und Grenzen 273
Reale und spürbare Grenzen 274
Das Risiko des methodologischen Nationalismus bei der trinationalen Forschung 275
Quartiere in ein europäisches Projekt einbeziehen: Erkenntnisse, Schwierigkeiten und Risiken 277
8.2. Grenzüberschreitende Gemeinschaft und Anerkennung: Die Auswirkungen des grenzüberschreitenden Austauschs auf die Quartiere 278
Die Entstehung einer grenzüberschreitenden Gemeinschaft 278
Eine Möglichkeit für Anerkennung 281
8.3. Die Sichtweise der anderen als Mittel für Innovation: Bürger*innenbeteiligung und Vertrauensverhältnis 284
Der Platz der Bewohner*innen: Was selbstverständlich ist und woran kein Gedanke verschwendet wird 285
Das Vertrauensverhältnis als soziale Gestaltung der wechselseitigen Abhängigkeit 287
Vertrauensverhältnis und Bürger*innenbeteiligung in Frankreich, Deutschland und der Schweiz 287
Unterschiedliche Vertrauensverhältnisse 289
8.4. Abschließendes Fazit: Welche Art der sozialen Innovation entsteht bei welchem grenzüberschreitenden Austausch? 294
MARGE als ein Erfahrungsprojekt 294
Ein begrenzter Zeitraum für die Messung der Auswirkungen von Transfers auf die Veränderung von Methoden 295
Leitung und Autonomie 296
Ein Innovationsprojekt für innovative Quartiere? 296
8.5. Empfehlungen für nachhaltigen grenzüberschreitenden Austausch 296
9. Glossar **305**

1. Grußworte

Grußwort aus Frankreich

Die „Politique de la ville“ stellt durch ihre interministerielle und partnerschaftliche Dimension eine französische Besonderheit dar. Die 1500 gesetzlich festgelegten förderungswürdigen Stadtteile profitieren von allen verfügbaren Mitteln der jeweiligen Ministerien.
Der im Projekt MARGE verfolgte Ansatz hat es ermöglicht, die verschiedenen Formen sozialer Intervention in Frankreich, der Schweiz und Deutschland von Neuem zu hinterfragen, bewährte Verfahrensweisen auszutauschen sowie Frauen und Männer zu treffen, welche versuchen gemeinsam mit Einwohnerinnen und Einwohnern Antworten auszuarbeiten.
Der französische Staat und insbesondere die Präfektur des Bas-Rhin haben sich bereits zu Beginn des Projekts für MARGE engagiert. Dieses Engagement hat es sowohl durch die Finanzierung, als auch durch den Einbezug der drei Delegierten des Präfekten der „Politique de la ville“ ermöglicht, den schweizerischen und deutschen Partnern das französische Modell vorzustellen, aber gleichzeitig auch fremde Praktiken, beispielsweise im Bereich der Bürgerbeteiligung, kennenzulernen.
Ein Ergebnis dieses Austauschs ist die Feststellung, dass „die Mobilisierung aller erreicht werden muss, damit jeder eine Chance erhält“. Wir hoffen, dass die in MARGE entstandene Dynamik über die Projektlaufzeit und über die neun, in das Projekt einbezogenen, Stadtteile hinaus fortbesteht, sodass Europa für alle Stadtteile zur Realität wird.

Nadia Idiri
Vize-Präfektin Bas-Rhin, zuständig für die „Politique de la ville“

Grußwort der Schweiz

Die neue Übersichtlichkeit

Wie nähert man sich dem Kern einer Stadtgesellschaft? Indem man sich mit den Stadtquartieren auseinandersetzt. Denn das Zusammenleben vollzieht sich – ergänzt durch weitere Orte für Arbeiten, Dienstleistungen und Freizeit – im Quartier. Hier wird der Alltag in einem überschaubaren Raum leb- und erlebbar. Hier können seine Regeln und Grenzen immer wieder und immer wieder neu gelebt und reflektiert werden. Hier werden neue oder zumindest neu gemischte Milieus und Lebensstile entwickelt.

Ein Quartier wird dann als lebendiger und lebenswerter Stadtteil wahrgenommen, wenn sich die Bewohnerinnen und Bewohner für ihr Umfeld interessieren und sich vor Ort mit ihren Ideen einbringen. Damit diese Ideen auch in konkrete Projekte münden, sind geeignete Strukturen unerlässlich. Es benötigt finanzielle Unterstützung, aber auch und vor allem Netzwerke von Personen und Institutionen. Das dreijährige Projekt MARGE hat exemplarisch aufgezeigt, wie das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure die Lebensqualität und den Zusammenhalt im Quartier nachhaltig fördern kann.

MARGE hat einen vertieften Blick über die Landesgrenzen hinweg und in weniger bekannte Quartiere und Stadtteile der Oberrheinregion ermöglicht. Die Fragestellungen, die sich in diesen Quartieren zeigen, weisen viele Gemeinsamkeiten auf: Die alltäglichen Herausforderungen einer heterogenen und im Vergleich mit anderen Quartieren weniger privilegierten Bevölkerung, die Verfügbarkeit von geeignetem Wohnraum für alle Bedürfnisse und die Zukunftsperspektiven von Kindern und Jugendlichen sind dafür nur drei Beispiele. Der Umgang mit den Fragestellungen und die Lösungsansätze sind aber jeweils unterschiedlich und genau an diesem Punkt hat MARGE angesetzt. Die École Supérieure Européenne de l'Intervention Sociale Strasbourg, die Katholischen Hochschule Freiburg und die Fachhochschule Nordwestschweiz haben eine Plattform geschaffen, die es den Projektbeteiligten ermöglicht, Akteure der sozialen Stadtentwicklung in neun Quartieren kennenzulernen, sich mit ihnen auszutauschen und so von ihren Erfahrungen zu profitieren. Eines der Grundprinzipien von MARGE ist dabei von Anfang an die Zusammensetzung der Beteiligten gewesen: Ehrenamtlich tätige Quartierbewohnerinnen und -bewohner, Forschende der Hochschulen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Mitarbeitende der Verwaltungen und Mitglieder von Exekutiven haben ihre jeweiligen Sichtweisen eingebracht und konnten dadurch das gegenseitige Verständnis verbessern.

Das vorliegende Toolkit ermöglicht es, längerfristig dem Leitsatz von MARGE „Vielfalt entdecken - Innovation schaffen" gerecht zu werden. Die Erkenntnisse werden verbreitet und MARGE wirkt über das offizielle Projektende hinaus. Das Toolkit zeigt die Vielfalt von Methoden und Herangehensweisen auf und bietet Inspiration und Lösungsansätze, wie Projekte im Bereich der integralen Stadtentwicklung erfolgreich umgesetzt werden können. Zuweilen benötigt es eine gewisse „Übersetzungsarbeit", da sich aufgrund unterschiedlicher struktureller Rahmenbedingungen nicht jede Methode direkt auf eine eigene Fragestellung übertragen lässt. Das

zweisprachige Projekt MARGE hat aber gezeigt, dass gerade diese Übersetzungsleistungen ein weiterer Mehrwert sein können. Für das Gelingen von MARGE galt es, genau zuzuhören und stets nachzufragen, was unter einer Bezeichnung oder einer beschriebenen Tätigkeit genau verstanden wird und anschliessend auf den eigenen Kontext zu übertragen.

MARGE hat über drei Jahre hinweg wertvolle Kontakte ermöglicht und Netzwerke konnten aufgebaut werden. Nun liegt es an den verschiedenen involvierten Akteuren diese aufrechtzuerhalten, damit weitere Interessierte von den Erfahrungen profitieren können. In Basel und im bei MARGE beteiligten Quartier Klybeck-Kleinhüningen freuen wir uns auch zukünftig über Besuche, so wie wir auch die Entwicklung der Quartiere und Projekte in Strasbourg, Saverne, Kehl, Freiburg, Pratteln und Suhr gerne weiterverfolgen werden.

Lukas Ott
Leiter Kantons- und Stadtentwicklung, Kanton Basel-Stadt

Grußwort aus Deutschland

Mit dem Projekt MARGE verfügt der Oberrhein nunmehr auch im Bereich der Integration, Chancengleichheit und sozialen Durchlässigkeit über ein echtes Leuchtturmprojekt, weil es gelungen ist, die wichtigsten Akteure der sozialen Stadtentwicklung in benachteiligten Quartieren aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz nachhaltig miteinander zu vernetzen.

Grenzregionen werden zu gemeinsamen Lebensräumen und zeichnen sich, wenn man den Austausch konsequent fördert und die Chancen nutzt, durch eine besondere Kreativität aus. Dies ist möglich, wenn es gelingt Nachbarn, Fachleute und Akteure zusammenzuführen, die bereit sind von guten und vielleicht auch weniger ermutigenden Erfahrungen zu berichten, mit dem Ziel, die besten Ideen und Ansätze kennen zu lernen, zu diskutieren und schließlich in der Praxis anzuwenden.

Dank der europäischen Förderung unter dem Dach des INTRREG-Programms Oberrhein kam es schon vor 25 Jahren zum Zusammenschluss der sieben Hochschulen für Soziale Arbeit, der auf der Grundlage eines gemeinsamen Studienprogramms über 1000 Studierende und Lehrende eingebunden hat.

Europa funktioniert genau so, denn grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann man nicht verordnen. Wie beim Projekt MARGE lebt sie aus der Freude am Miteinander, am Konsens und aus festen Überzeugungen, wie wir sie am Oberrhein auch Humanisten wie Erasmus von Rotterdam verdanken, die uns mit ihrem Gedankengut bis heute Vorbild geben.

Die Initiatoren des Projektes wissen, dass es damit nicht getan ist. Sie wollten Türöffner und Seismographen sein. Nachhaltiger Erfolg ist ihnen erst dann beschieden, wenn die Entscheider, die Exekutive und Legislative tatsächlich bereit sind, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Im Aachener Vertrag haben Frankreich und Deutschland ganz bewusst auch die Möglichkeit von Sonderlösungen genannt, wenn es darum geht mit neuen Methoden zu experimentieren. Die Akteure dieses Projektes, die mit Begeisterung und in einer beeindruckenden Art und Weise ihrem Engagement an der Zusammenarbeit Ausdruck gegeben haben, verdienen es deshalb, ihre "best practise" Projektvorschläge auch konkret umsetzen zu dürfen.

In der Trinationalen Metropolregion Oberrhein mit ihren 6 Mio. Einwohnern entsteht in diesen Tagen die Strategie 2030, die Grundlage für das operationelle Programm INTERREG VI sein wird. Neben der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft stellen die Anliegen der Zivilgesellschaft dort einen wesentlichen Faktor dar. Ich bin mir deshalb sicher, dass die im Rahmen von MARGE begonnene Zusammenarbeit auch in Zukunft ihre Berechtigung haben und von Bestand sein wird.

Den Trägern dieses Projektes und allen beteiligten Fachleuten gilt unsere Wertschätzung und ein besonderer Dank.

Jürgen Oser,
Leiter der Stabsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europäische Angelegenheiten, Regierungspräsidium Freiburg, i.R.

2. Einleitung

Einleitung

Die Ecole Supérieure Européenne de l'Intervention Sociale Strasbourg, die Katholische Hochschule Freiburg und die Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz freuen sich, Ihnen dieses Toolkit als Ergebnis eines dreijährigen grenzüberschreitenden Austauschs zwischen neun Quartieren und Gemeinden der Oberrheinregion im Rahmen des Projekts MARGE vorzustellen.
Für das Projekt war der Einbezug von PartnerInnen aus den Stadtverwaltungen, der Sozialen Arbeit und den BewohnerInnen dieser Gebiete notwendig. Ohne ihr Engagement und ihre Begeisterung hätte das vorliegende Buch nicht veröffentlicht werden können.

Das Projekt MARGE hat aus unserer Sicht durch den intensiven Austausch über die Grenzen hinweg, AkteurInnen der Sozialen Stadtentwicklung aus den drei Ländern zusammen und einander nähergebracht, durch die Ermöglichung neuer Erfahrungen Innovationsprozesse in den Quartieren angestossen und zum Entstehen einer grenzüberschreitenden fachlichen Community beigetragen.
Das Projekt hat die europäische Devise „in Vielfalt geeint" für die beteiligten benachteiligten Quartiere, die innerlich häufig sehr weit von Europa entfernt sind, konkret werden lassen.

Wir hoffen, dass dieses Toolkit weiteren französischen, deutschen und schweizerischen Quartieren erlauben wird von der Pionierarbeit der Stadtteile Port du Rhin und Meinau-Neuhof (Strasbourg) und der Stadt Saverne in Frankreich, den Quartieren Haslach und Weingarten (Freiburg i. Brsg.) und Kreuzmatt (Kehl) in Deutschland und den Gemeinden Pratteln und Suhr sowie dem Quartier Klybeck-Kleinhüningen (Basel) in der Schweiz zu profitieren.

Das Projekt MARGE wäre nicht möglich gewesen ohne die finanzielle Unterstützung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Rahmen des Programms Interreg V sowie der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Rahmen der neuen Regionalpolitik und der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau. Wir danken ausserdem der Région Grand'Est, der Präfektur Bas-Rhin, der Stadt Strasbourg und der Fondation Entente Franco-Allemande sowie dem Eurodistrikt Strasbourg/Ortenau für ihre finanzielle Unterstützung.

Sie finden in diesem Toolkit zunächst eine Vorstellung des Projekts MARGE (Kapitel 3).
Für ein Projekt, das wissenschaftliche Fragestellungen bearbeitet, gehört die Explikation des Forschungsdesigns zwingend zur Projektdokumentation. So findet sich folgerichtig in Kapitel 4 das ausführlich beschriebene Forschungsdesign.
Die Ergebnisse der Forschung finden Sie in Kapitel 8.
Die Beschäftigung mit sozialer Quartierentwicklung tangiert eine ganze Reihe gesellschaftlich relevanter Themen. Für die grenzüberschreitende Bearbeitung des Themas war es nötig die Besonderheiten der einzelnen Länder in Bezug auf diese Themen zu verstehen. Deshalb finden sich auch wissenschaftliche Abhandlungen zu Themen wie Innovation, Segregation, Bürgerbeteiligung oder zum Verhältnis von öffentlicher Verwaltung und lokalen Akteuren in diesem Toolkit (Kapitel 5).

Das Projekt MARGE setzt stark auf die Beteiligung und den operativen Einbezug von PraxispartnerInnen. Diese Feldorientierung macht sich auch an der verwendeten Forschungsmethode der Aktionsforschung fest. Daher nehmen die Beschreibungen der beteiligten Quartiere sowie der im Rahmen des Projektverlaufes bearbeiteten Methoden und Techniken eine großen Raum ein. In Kapitel 6 werden die im Projekt MARGE vorgestellten, besuchten und reflektierten Projekte vorgestellt. Eines unserer Hauptanliegen bestand darin, es vielen AkteurInnen zu ermöglichen, von diesen Projekten zu profitieren und sie selbst umzusetzen. Aus diesem Grund gibt es bei jedem der vorgestellten Projekte einen Abschnitt „Hinweise für die Umsetzung". Diese können und sollen insbesondere der Fachpraxis aus öffentlicher Verwaltung und Sozialer Arbeit oder verwandten Professionen aus allen drei Ländern sowie der deutsch- und französischsprachigen Fachwelt als Beispiele guter Praxis und als „Methodenkoffer" für weitere innovative Entwicklungen dienen. Die aufgenommenen Kontaktdaten ermöglichen den InteressentInnen darüber hinaus die Kontaktaufnahme und erlauben somit auch die durch MARGE angestossene grenzüberschreitende Community zu erweitern.
Zu letzterem Zweck wurde im Rahmen des Projektes MARGE auch ein Glossar deutsch-französischer Fachbegriffe und deren Bedeutungen entwickelt und in dieses Toolkit aufgenommen um den grenzüberschreitenden Austausch zu erleichtern. (Kapitel 9)

Weil sich ein grenzüberschreitendes Projekt auf landesspezifische Gepflogenheiten und Besonderheiten einlassen muss, finden sich in der vorliegenden Publikation unterschiedliche Schreibweisen der Schriftformen, Formatierungen, Gendersensibilität usw., die sich nach jeweiliger AutorIn unterscheiden. Die in dieser Publikation enthaltenen Texte werden inhaltlich von den jeweiligen AutorInnen verantwortet und sind daher teilweise auch unterschiedlich gestaltet. Bildrechte an Fotos, Ablichtungen und Abbildungen sind von den jeweiligen AutorInnen auf Autorisierung geprüft worden.

Die vorliegende Printausgabe wird auch als Onlinetool zur Verfügung gestellt werden, um den Verbreitungsgrad noch auszuweiten.

Carina Müller danken wir für das Layout. Wenn Sie dieses Toolkit ansprechend finden, liegt das an ihr!
Im Rahmen des Projekts und der Erstellung dieses Toolkits mussten auch Sprachgrenzen überwunden werden. Für Übersetzungen und Korrekturen danken wir Déborah Liss, Ursula Wider-Gürtler, Manuel Mehne und Rudi Wagner (a.k.a. der Grenzgänger).

Strasbourg, Freiburg, Muttenz, im Juni 2019

Martin Becker, Constanze Dunst, Jutta Guhl, Sandra Janett, Bruno Michon für die Steuerungsgruppe des Projekts MARGE

3. Vorstellung eines grenzüberschreitenden Projekts der Sozialen Stadtentwicklung

Was ist MARGE ?

Vorstellung eines grenzüberschreitenden Projekts der Sozialen Stadtentwicklung

Die Oberrheinregion ist eine reiche und stark urbanisierte Region, in der jedoch zahlreiche territoriale Ungleichheiten bestehen. Marginalisierte Quartiere in den Randbezirken der großen Städte fordern die Gesellschaften in allen drei Ländern bezüglich Fragen zur sozialen Durchlässigkeit, der Integration und der Chancengleichheit heraus. Um auf diese Herausforderungen zu antworten, haben die drei Staaten und die jeweiligen Gebietskörperschaften auf den Ebenen der Länder bzw. Kantone und der Gemeinden seit mehreren Jahren soziale Stadtentwicklungsprogramme aufgelegt.

Die Programme werden durch die öffentliche Verwaltung getragen und richten sich z. B. auf Themen wie die Verbesserung der Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Administration, lokalen Akteuren und Bewohnerschaft, die Förderung der sozialen Mischung und die Bewohnerbeteiligung oder die soziale Integration der Jugend. Diese Aktivitäten sind getragen und finanziert durch den Staat und die verschiedenen Gebietskörperschaften gemeinsam mit Akteuren der Sozialen Arbeit, die sie tragen und/oder finanzieren und den BewohnerInnen der Quartiere. Trotz der Ähnlichkeit der Herausforderungen in den Quartieren und den dazu in Bezug stehenden Aktivitäten, nehmen die für die soziale Stadtentwicklung jeweils zuständigen Verwaltungen kaum wahr, was in den beiden anderen Ländern der Oberrheinregion in diesem Bereich geschieht. Obwohl die Quartiere manchmal nur wenige Meter auseinanderliegen (z.B. Kreuzmatt in Kehl und Port du Rhin in Strasbourg) kennen die verschiedenen Akteure sich häufig nicht und können so nicht von potentiellen Innovationen ihrer Nachbarn profitieren. Für grenznahe Quartiere ist die Problematik noch drängender, da die Bevölkerung die Landesgrenzen häufig überschreitet.

Bisher existieren weder lokale Strukturen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der sozialen Stadtentwicklung noch in grösserem Umfang Projekte, die den Transfer von Methoden und Techniken ermöglichen.

Ein Projekt hervorgegangen aus einer langen Zusammenarbeit zwischen Hochschulen der Sozialen Arbeit

Das Projekt MARGE ist aus einer langen Zusammenarbeit der ESEIS (Ecole Supérieure Européene de l'Intervention Sociale de Strasbourg), der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Katholischen Hochschule in Freiburg hervorgegangen. Unter den Wegbereitern ist das Projekt RECOS sicher das innovativste und nachhaltigste. RECOS ist eine Partnerschaft von sechs Hochschulen für Soziale Arbeit in der Oberrheinregion (darunter die drei Projektträger von MARGE). Aus einem Interreg II und III-Projekt ist ein trinationales Studienprogrammm entstanden, das seit über 20 Jahren künftigen Sozialarbeitenden erlaubt, sich zu begegnen und durch grenzüberschreitende Seminare und Praktika gemeinsam zu studieren. Studierende, die das gesamte Programm absolvieren, erhalten ein trinationales Zertifikat. Mehr als 1000 Studierende haben seit Beginn von diesem Programm profitiert[1] .

1 http://www.estes.fr/international/recos

Die ESEIS (Ecole Supérieure Européenne de l'Intervention Sociale de Strasbourg), die Fachhochschule Nordwestschweiz und die Katholische Hochschule Freiburg hatten gemeinsam ein Vorprojekt durchgeführt um herauszufinden, ob ein Interesse an grenzüberschreitenden Aktionen im Bereich der sozialen Stadtteilentwicklung besteht. Ein Jahr lang haben sich Fachkräfte der Sozialen Arbeit aus verschiedenen Stadtvierteln in Deutschland, Frankreich und der Schweiz getroffen, um sich auszutauschen und die verschiedenen Stadtviertel zusammen zu besichtigen. Diese Treffen gaben den Anlass, die Qualität und Vielfalt der Projekte sowie deren Entwicklung in den Stadtvierteln zu beobachten. Dabei wurde festgestellt, dass es bislang (noch) keinen systematischen grenzüberschreitenden Austausch im Kontext von sozialer Stadtentwicklung zwischen Fachkräften und Einwohnern im Oberrheingebiet gibt.

Trotz ähnlicher Ausgangslagen hatte, gemäß damaligem Erkenntnisstand bislang kein europäisches Projekt versucht, die bewährten Verfahren und Techniken Sozialer Stadtentwicklung in benachteiligten Quartieren der Oberrheinregion systematisch zu vergleichen und zu verbreiten.

Neben den gemeinsamen Herausforderungen, die im Vorprojekt herausgearbeitet wurden, ist die Koordination zwischen den öffentlichen Verwaltungen, die für Programme Sozialer Stadtentwicklung zuständig sind, und der Zivilgesellschaft eindeutig als wesentlich, aber häufig als schwierig zu beurteilen. Grenzüberschreitend betrachtet existiert eine Fülle von Lösungsansätzen und Möglichkeiten, die nur darauf warten, entdeckt, systematisiert, angepasst und transferiert zu werden.
Eine weitere Herausforderung stellt der mangelnde Austausch zwischen Fachkräften sowie den EinwohnerInnen im Oberrheingebiet dar, die diesen Austausch (noch) nicht als Ressource begreifen. Die langjährige Erfahrung der drei projekttragenden Hochschulen im Bereich transnationaler Mobilität von Studierenden, kann durch eine Ausweitung auf PraktikerInnen und EinwohnerInnen der beteiligten Quartiere in Form von Weiterbildung und Austausch (über „good-practice" Beispiele) zu einem Mehrwert führen.

Im Bereich Forschung und Wissenschaft lässt sich die gleiche Beobachtung feststellen: Obwohl jede der beteiligten Hochschulen Expertise im Bereich Sozialer Stadtentwicklung vorzuweisen hat, gab es bisher keine systematischen Bemühungen, Synergien zu suchen und zu finden, um ein transnationales Kompetenzzentrum im Bereich Sozialer Stadtentwicklung aufzubauen. Die vorherigen Untersuchungen haben dazu beigetragen, diese Partnerschaft zur Bearbeitung der Thematiken und Problematiken sozialer Stadtteilentwicklung zu bekräftigen und auszubauen.

Diese langjährige Zusammenarbeit legte den Grundstein für das Projekt MARGE.

Ein trinationales Projekt mit und für Professionnelle aus den benachteiligten Quartieren

Die Ziele von MARGE

Das Projekt MARGE verfolgt drei Ziele :

- Ein praktisches Ziel für die an MARGE beteiligten Akteure:

« Förderung des grenzüberschreitenden Austauschs um den Transfer innovativer Projekte in den Quartieren zu ermöglichen. »

- ein Bildungsziel für die Gesamtheit der Akteure der Sozialen Stadtentwicklung in den drei Ländern:

« Entwicklung grenzüberschreitender Kompetenzen der Professionellen der Sozialen Stadtentwicklung durch die Verbreitung von Wissen und Erfahrungen des Projekts mittels eines Tookits und einer Weiterbildung. «

- ein wissenschaftliches Ziel zur Förderung der Erforschung des grenzüberschreitenden Austauschs und der sozialen Innovation.

« Verstehen wie grenzüberschreitender Austausch soziale Innovation in den Quartieren beeinflusst. «

MARGE, ein Projekt mit Auswirkungen auf die Quartiere

Der operative Teil von MARGE, dessen Ziel es war, den Transfer innovativer Projekte in den Quartieren zu fördern, basiert auf fünf Schritten:

1. Phase
Identifizierung und Vorstellung der Projekte

2. Phase
Wahl der ausländischen Projekte

3. Phase
Grenzüberschreitende Felderkundungen

4. Phase
Transferphase

5. Phase
Verstetigung

1. In der ersten Phase des Projekts wählte jedes Quartier Projekte aus unter der Fragestellung « Welche Projekte, Methoden und Techniken, die ihr einsetzt, könnten eurer Ansicht nach für die ausländischen Partner interessant sein? » Jedes der ausgewählten Projekte wurde in der Folge in Form einer Vignette präsentiert und in die andere Sprache übersetzt. Die Gesamtheit der Vignetten wurde den Professionellen vorgestellt, die ihr Interesse an einzelnen davon bekunden konnten.

2. In einem zweiten Schritt, der zurück in die einzelnen Quartiere führte, hatte jede Fokusgruppe (die alle an dem Projekt beteiligten Personen auf Ebene der jeweiligen Wohnviertel zusammenbrachte) die Gelegenheit, die Bedürfnisse ihrer Wohnviertel mit ausländischen Projekten zu verknüpfen, auf die sie in der ersten Phase aufmerksam geworden waren. Diese „Interessenbekundung“ wurde jedem der ausländischen Quartiere zurückgemeldet, aus denen diese Projekte hervorgegangen waren.

3. Auf dieser Grundlage wurde die dritte Phase des Projekts, die grenzüberschreitenden Felderkundungen, entwickelt. Ausgehend von den Wünschen der ausländischen Partner organisierten die einzelnen Fokusgruppen eine ein oder zwei Tage dauernde Felderkundung in ihrem Quartier, um ihre ausländischen Kollegen die Realität ihres Quartiers entdecken zu lassen und ihnen in vivo die Projekte zu präsentieren, die sie interessierten. In jedem der neun an dem Projekt beteiligten Stadtviertel fand eine solche Felderkundung statt.

4. Die vierte Phase ist die des Transfers. Zurück im eigenen Quartier haben alle Quartiersakteure, die an Felderkundungen teilgenommen haben, von ihren Erfahrungen berichtet und von den Projekten, die ihnen für ihr Quartier hilfreich erschienen. Darauf wurden in jedem der neun Quartiere in der Fokusgruppe zwischen einem und vier Transferprojekte ausgewählt. Jedes Quartier konnte in der Transferphase die ausländischen Partner, die das Projekt ursprünglich entwickelt haben, um Unterstützung bitten.

5. Die fünfte Projektphase zielt auf eine Verstetigung der grenzüberschreitenden Dynamik, die durch Marge entstanden ist. Durch Zukunftswerkstätten und trinationale Fachtage wollen wir sicherstellen, dass die grenzüberschreitende Dimension in der Oberrheinregion im Bereich der sozialen Stadtentwicklung eine Selbstverständlichkeit wird.

Lokal handeln, trinational denken: der Aufbau des Projekts

Die Besonderheit des MARGE-Projekts besteht darin, permanent ein Gleichgewicht zwischen der lokalen Ebene - der der Quartiere - und der grenzüberschreitenden Ebene zu suchen.

Zu diesem Zweck wurden **Fokusgruppen** gebildet, die eine große Anzahl von Akteuren aus jedem Quartier (Stadtverwaltung, freie Träger der Sozialen Arbeit, Bewohner) zusammenbringen. Diese Fokusgruppen treffen sich zweimal im Jahr. Die Fokusgruppe ist die operative Einheit des MARGE-Projekts, in der über die den ausländischen Partnern präsentierten Projekte entschieden wird, die grenzüberschreitenden Felderkundungen vorbereitet und die Transfer-Projekte ausgewählt werden.

Die **Projektgruppe** bringt alle Akteure aus den an MARGE beteiligten Quartieren zusammen. Sie trifft sich zweimal im Jahr. Hier vor allem findet der grenzüberschreitende Austausch statt. Sie ermöglicht die Begegnung von Projekten und unterstützt jedes Quartier in seinem Transferprogramm.

Die **Steuerungsgrupp**e bringt die Akteure der am Projekt beteiligten Hochschulen zusammen. Sie organisiert das Projekt und sorgt dafür, dass die Ziele erreicht werden.

Die **Forschungsgrupppe** schliesslich ist eine Erweiterung der Steuerungsgruppe auf andere an dem wissenschaftlichen Ziel beteiligte Akteure (ORIV und Hochschule Kehl) sowie an Quartiersakteure, die dabei mitarbeiten möchten. Die Forschungsgruppe steuert und organisiert die Aktionsforschung von MARGE (siehe Kapitel 4).

Vorstellung der Partner

Neun Quartiere sind in das Projekt MARGE eingebunden, drei französische, drei Schweizer, und drei deutsche.

In Frankreich
- das Quartier Meinau-Neuhof in Strasbourg
- das Quartier Port du Rhin in Strasbourg
- das Quartier Ost in Saverne

In Deutschland
- das Quartier Kreuzmatt in Kehl
- das Quartier Haslach in Freiburg
- das Quartier Weingarten in Freiburg

In der Schweiz
- die Gemeinde Suhr
- die Gemeinde Pratteln
- das Quartier Klybeck-Kleinhüningen in Basel

Das Projekt MARGE unterscheidet fünf Typen von Partnern:

1. Projektträger:
- École Supérieure Européene de l'Intervention Social (ESEiS), Strasbourg

Co-Projetträger:
- Katholische Hochschule (KH), Freiburg
- Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Funktionen der Projektträger im Projekt MARGE:
Die ESEiS übernimmt die Koordination des gesamten Projekts. Die drei Hochschulen übernehmen gemeinsam die Steuerung der operativen Maßnahmen sowie die wissenschaftliche Leitung und Begleitung des Projekts.

2. Die operativen Partner

Frankreich	Schweiz	Deutschland
Préfecture du Bas-Rhin	Kanton Basel-Stadt	Eurodistrict Strasbourg-Ortenau
Eurométropole de Strasbourg	Gemeinde Pratteln	Stadt Kehl
Eurodistrict Strasbourg-Ortenau	Gemeinde Suhr	Forum Weingarten Freiburg
Ville de Saverne	Stadtteilsekretariat Kleinbasel	Nachbarschaftswerk Freiburg-Haslach
JEEP (Jeunes Equipes d'Education Populaire) Strasbourg Meinau-Neuhof		
ARSEA, service OPI (Orientation – Prévention – Insertion), Strasbourg Port du Rhin		

Funktionen der operativen Partner im Projekt MARGE:
Diese Partner beteiligen sich am Projekt MARGE durch personelle und materielle Unterstützung. Sie unterstützen den grenzüberschreitenden Austausch und fördern damit den Transfer innovativer Projekte aus den beteiligten Quartieren. Sie sind ständig in der Projektgruppe und in den Fokusgruppen vertreten.

3. Die wissenschaftlichen Partner
- ORIV (Observatoire régional de l'intégration et de la ville), Strasbourg
- Hochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Baden-Württemberg, Kehl

Funktionen der wissenschaftlichen Partner im Projekt MARGE:
Die wissenschaftlichen Partner bringen ihre wissenschaftliche Expertise in das Projekt ein und tragen zur Entwicklung des Projektes durch Beteiligung an wissenschaftlichen Fragestellungen bei. Sie begleiten und unterstützen den grenzüberschreitenden Austausch und fördern durch Nutzung ihrer Kontakte den Transfer innovativer Methoden aus den beteiligten Quartieren. Sie sind in der Projektgruppe und in den Fokusgruppen vertreten.

4. Die finanzierenden Partner
- Interreg V Oberrhein Programm (2014-2020), Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
- Préfecture du Bas-Rhin
- Eurométropole de Strasbourg
- Eurodistrict Strasbourg-Ortenau
- Région Grand Est
- Fondation Entente Franco-Allemande (FEFA)
- Schweizerische Eidgenossenschaft
- Kanton Aargau
- Kanton Basel-Stadt
- Kanton Basel-Land

Funktionen der finanzierenden Partner im Projekt MARGE:
Die finanzierenden Partner unterstützen das Projekt durch ihre finanziellen Beiträge und ermöglichen damit die Durchführung des Projekts MARGE. Sie werden regelmäßig über den Projektverlauf informiert und zu Veranstaltungen und einigen Projektgruppensitzungen eingeladen.

5. Die assoziierten Partner
- Office Franco-Allemand pour la Jeunesse (OFAJ)
- Freiburger Arbeitskreis Gemeinwesenarbeit (FrAG)
- Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und GWA Baden-Württemberg (LAG)
- Landesnetzwerk Soziale Stadtentwicklung und GWA Rheinland-Pfalz
- Plattform Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung, Forum Quartierarbeit
- Stiftung Soziokultur Schweiz
- Verein Neustart Schweiz

Funktionen der assoziierten Partner im Projekt MARGE:
Die assoziierten Partner erbringen keine finanziellen oder operativen Beiträge zum Projekt, sondern sind wichtige Partner in Bezug auf ihre Erfahrungen, ihre Netzwerke und Kommunikationskanäle und fördern somit die Bekanntheit / Verbreitung des Projekts MARGE. Sie werden über die Entwicklungen des Projekts ständig auf dem Laufenden gehalten und zu den Tagungen eingeladen.

GEFÖRDERT DURCH:

Fonds européen de développement régional (FEDER)
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

interreg Oberrhein Rhin Supérieur

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

TRÄGER UND CO-TRÄGER:

ESEIS

n|w Fachhochschule Nordwestschweiz
Hochschule für Soziale Arbeit

KATHOLISCHE HOCHSCHULE FREIBURG
IAF – INSTITUT FÜR ANGEWANDTE FORSCHUNG, ENTWICKLUNG UND WEITERBILDUNG

PRAXISPARTNER:

Arsea
EURO DISTRICT Strasbourg - Ortenau
jeep
ORIV Observatoire Régional de l'Intégration et de la Ville
PRÉFET DU BAS-RHIN
VILLE de SAVERNE
Strasbourg.eu eurométropole
FORUM WEINGARTEN
Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES
Kehl AM RHEIN
NACHBARSCHAFTSWERK e.V. Sozial-kulturelle Arbeit im Stadtteil
Kanton Basel-Stadt
Gemeinde pratteln
Stadtteil Sekretariat Kleinbasel
suhr

ASSOZIIERTE PARTNER:

OFAJ DFJW
Freiburger regionaler Arbeitskreis Gemeinwesenarbeit FrAG
Neustart Schweiz
Plattform GSR Forum für Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung
Soziokultur Schweiz
Stiftung für soziokulturelle Entwicklung und Partizipation

MIT FINANZIELLER UNTERSTÜTZUNG VON:

Fonds européen de développement régional (FEDER)
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
interreg Oberrhein Rhin Supérieur
EURO DISTRICT Strasbourg - Ortenau
FEFA Fondation Entente Franco-Allemande
Grand Est
PRÉFET DU BAS-RHIN
Strasbourg.eu eurométropole
KANTON AARGAU
Kanton Basel-Stadt
BASEL LANDSCHAFT
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

4. Forschungsdesign

Einleitung

(Martin Becker, Bruno Michon und Jutta Guhl)

Das vorliegende Dokument enthält die Beschreibung des Forschungsdesigns des EU-geförderten trinationalen INTERREG V-Projektes MARGE. Dabei wird zunächst der „Gegenstand des Forschungsprojektes“ MARGE expliziert (1.), um deutlich zu machen, in welchem Bereich das Projekt MARGE thematisch und disziplinär verortet ist. In diesem Abschnitt werden auch die theoretischen Hintergründe erwähnt, auf deren Perspektiven die Fragestellungen und Methodik des Forschungsprojektes fußen. In einem zweiten Abschnitt (2.) werden „Ziele und Zwecke des Forschungsprojektes“ MARGE benannt und erläutert. Das Forschungsinteresse, die Herausforderungen und die zentrale Fragestellung des Forschungsprojektes sind Inhalt des 3. Abschnittes. Daran schließen sich die Beschreibungen der Forschungsmethoden (Aktions-/Feldforschung) (4.) sowie der Arbeitsformen und –gremien an, um die Forschungs- und Entwicklungsprozesse des Projektes MARGE zu verdeutlichen. Erläuterungen und Quellenangaben sind als Fußnoten gekennzeichnet. Die Versionen in deutscher und französischer Sprache sind in zwei getrennten Dokumenten dargestellt. In der deutschen Version wird die Gleichberechtigung der Geschlechter durch die (Schweizer) Schreibweise mit großem „I“ symbolisiert. Alle Übersetzungen wörtlicher Zitate wurden von den AutorInnen der jeweiligen Artikel vorgenommen.

4.1. Gegenstand des Projektes MARGE

Gegenstand des Projektes MARGE ist die Entwicklung von Quartieren[1] und deren Gestaltung durch Fachkräfte aus der öffentlichen Verwaltung, der Sozialen Arbeit und weiteren lokalen Akteuren mit Einfluss auf die soziale Quartierentwicklung[2]. Entwicklungen in Quartieren werden gewöhnlich von zahlreichen Rahmenbedingungen, wie z.B. historischen, räumlich-baulichen, sozioökonomischen, sozialstrukturellen oder sozialpolitischen und planerischen Bedingungen in vielfältiger Art und Weise beeinflusst (vgl. dazu Becker 2014). Diese Rahmenbedingungen sind selbstverständlich auch für das Projekt MARGE relevant, stehen allerdings nicht im Vordergrund des Forschungsinteresses dieses Projektes. Dagegen ist die transnationale grenzüberschreitende Perspektive eine zentrale Komponente des Projektes MARGE. Mit dem Projekt MARGE sollen also weniger die Rahmenbedingungen sozialer Quartierentwicklung untersucht werden, sondern das Forschungsinteresse ist auf die Vielfalt, Gestaltung und Erweiterung der Möglichkeiten von Interventionen zur Quartierentwicklung in transnationalem Austausch und grenzüberschreitender Kooperation gerichtet.
MARGE ist grundsätzlich im Bereich der Handlungsforschung, im Speziellen in der professionellen Anwendung von Methoden und Techniken sozialer Quartierentwicklung angesiedelt und konkretisiert sich in Quartieren aus den drei Ländern im Oberrheingebiet.

Die Blickrichtung wird dabei auf vier zentrale Themen gelenkt:

1. Beteiligung der Bevölkerung an sozialer Stadt-/Quartierentwicklung
2. Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, freien Trägern und der Bevölkerung
3. Soziale Mischung und Stadtentwicklung
4. Prävention von Radikalisierungstendenzen

Theoretische Hintergründe des Forschungsprojektes MARGE

Im Rahmen des Projektes MARGE, das -wie oben erläutert- die Entwicklung von Quartieren im Sinne eines Evozierens sozialer Innovationen zum Gegenstand hat, werden somit komplexe soziale Systeme und Probleme beforscht und bearbeitet. Mit komplexen sozialen Systemen beschäftigen sich etwa seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts mehrere wissenschaftliche Disziplinen (Kommunikationswissenschaft, Familientherapie, Physik, Biologie, Philosophie, Soziologie). Die auf der Basis von Ludwig von Bertalanffy (Diesner 2015) entwickelte Systemtheorie ist geprägt von verschiedenen Richtungen und Handlungsfeldern. Darunter den systemischen Familientherapieansätzen der Palo-Alto-Gruppe um den Anthropologen Gregory Bateson (1972) und den Kommunkationstheoretiker Paul Watzlawik (1967), der Mailänder Schule von Mara Selvine-Palazzoli (Selvine, 1988) und eher konstruktivistischen (Glasersfeld 1999; Maturana u. Varela 2009) sowie lösungsorientierten Ansätzen (De Shazer 1990) entwickelten Konzepte der Familientherapie und –beratung.

Die systemische Organisationsberatung adaptierte die Erkenntnisse aus der systemischen Beratung und Familientherapie sowie aus den Theorien soziotechnischer (z.B. Kybernetik, Wiener 1953) und komplexer Systeme (Chaos-Theorie; Davies 1991) auf größere und komplexere soziale Systeme wie Gruppen oder Organisationen (Systemische Organisationsberatung). Dabei wird davon ausgegangen, dass größere und komplexe Systeme nur dann verstanden werden können, wenn die verhaltensleitenden sozialen Prozesse und Regeln bekannt sind (König 2003). Demnach sind zur Analyse und zum Verständnis sozialer Systeme die handelnden Personen, deren subjektive (Wirklichkeits-) Deutungen, Interaktionsstrukturen und Verhaltensmuster, usw. in den Blick zu nehmen und in den jeweiligen Kontext zu stellen.

In der Kontinuität dieser Arbeit schlägt der Soziologe Edgar Morin (2018) ein Modell der „generalisierten Komplexität“ vor, als Schlüssel zum Verständnis der zeitgenössischen Gesellschaften. Ihm zufolge erfordert jede Analyse von komplexen sozialen Systemen die Erforschung der Beziehungen zwischen „dem Ganzen und seiner Teile“ (Morin, 2018: 10).

Mit der „Kybernetik 2. Ordnung“ machte von Förster (1995) auf die Notwendigkeit der Beachtung der eigenen Beobachtungskriterien aufmerksam. Daraus abgeleitet ergibt sich das Paradigma des Einbezugs der Metaebene zur Untersuchung von Prozessen, d.h. u.a. der Beobachtung der Interaktion zwischen ForscherIn und beforschten Subjek-ten oder Prozessen.

Mit einigen Unterschieden findet man hier die Systemtheorie des deutschen Soziologen Niklas Luhmann wieder. Für ihn sind die sozialen Systeme unabhängig voneinander und erhalten sich selbst über die Kommunikation. Die Analyse der sozialen Systeme ist also in erster Linie die Analyse der Kommunikationsmodelle, die jene bestimmen/steuern.

So kann beispielsweise die von Ed Schein (2003) beschriebene Beachtung von (Organisations-)Kultur(en) wichtige Hinweise auf dem Weg zum Verständnis von Rahmenbedingungen, länderspezifischer Organisationskulturen oder anderen Besonderheiten in grenzüberschreitender Forschungsperspektive liefern.

4.2. Ziele des Projektes MARGE

Zu den wesentlichen Zielen des Projektes MARGE gehört der Ausbau transnationaler Kontakte und Kooperationen der Akteure sozialer Stadt-/ und Quartierentwicklung in den drei Ländern der Oberrheinregion. Diese Kontakte und Kooperationen sollen durch einen systematischen Austausch verstetigt werden, um nachhaltige Wirkungen zu erzeugen.

Über den verstärkten systematischen Austausch und die damit zu erreichende quantitative und qualitative Steigerung grenzüberschreitender Kontakte und Kooperationen, sollen die Potentiale an innovativen Projekten und Methoden zwischen den Akteuren sozialer Stadt-/ und Quartierentwicklung in den drei Ländern verbreitet werden (Diffusion). Die im Laufe des Projektes untersuchten Methoden und Techniken werden in einem Toolkit/Handbuch dokumentiert, das ebenfalls den trinationalen Ideen- und Innovationsaustausch guter Praktiken, im Oberrheingebiet und möglichst auch darüber hinaus, fördern soll.

Aus den Erkenntnissen des Projektes soll ein trinationales Fort- und Weiterbildungsprogramm entwickelt werden, das die Kompetenzen von Fachkräften sozialer Quartierentwicklung in der Oberrheinregion dauerhaft steigert und verbreitert. Insofern handelt es sich bei MARGE um ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt. Es dient den Zwecken der Intensivierung grenzüberschreitender Koordination und Kooperation unter den beteiligten Hochschulen, den involvierten Behörden sowie den Projektpartnern auf Seiten der Träger Sozialer Arbeit, anderen lokalen Akteuren und der Bevölkerung.

4.3. Problematik und Fragestellung des Forschungsprojektes MARGE

Durch das Zusammenspiel zweier Gegenstände des Projektes MARGE entsteht eine besondere Problematik, auf die an dieser Stelle hingewiesen werden soll:

- den Gegenstand der gesellschaftlichen Innovation in Stadtvierteln,
- den Gegenstand des transnationalen Austausches.

Das erste Thema resultiert aus der nationalen und europäischen Poltiktik in Bezug auf die soziale Stadtentwicklung und den damit verbundenen Maßnahmen auf lokaler Ebene. Ihre Entwicklung zur Förderung von „sozialer Innovation“ ist eine Erwartung, die häufig kaum in Frage gestellt wird. Das zweite Thema ergibt

sich aus der Förderung des Austausches „guter Praxis“, welche durch verschiedene Programme der europäischen Union (EU) gefördert werden. Dementsprechend ist die Annahme, der Austausch guter Praxis, ermögliche eine Qualitätssteigerung der Leistungen, nur wenig hinterfragt. Beide Ziele resultieren aus der Entwicklung einer Politik der öffentlichen Hand, welche von manchen als neo-liberal oder ordo-liberal bezeichnet wird, da sie versucht, staatliche und private Akteure durch die Forderung nach permanenter Innovation, in Konkurrenzwettbewerb untereinander zu zwingen (vgl. Bruno 2010; Navez-Bouchanin 2007; Devisme 2007; Tissot 2005). Diese Entwicklung beeinflusst direkt den Sozialsektor und ganz besonders die soziale Stadtentwicklung.

Aus der o.g. Problematik ergeben sich folgende Fragen:
Was ist innovativ? Die grenzüberschreitende Dimension des Projekts ermöglicht es, dieser Frage einen interessanten Nachdruck zu verleihen. Grenzen schaffen in der Tat weltanschauliche Handlungssphären „taken for granted“ (Schütz 1976), die von denen ihrer Nachbarländer deutlich getrennt sind. Infolgedessen, ist die bloße Tatsache, Grenzen zu überschreiten und sich Handlungsmethoden, Handlungsweisen und Handlungspraktiken anzueignen, definitionsgemäß innovativ. Dieser Syllogismus kann demnach wie folgt zusammengefasst werden:

Erste Prämisse: Gesellschaftliche Innovation ist die gesellschaftliche Aneignung neuer Inhalte;
Zweite Prämisse: Fremden Praktiken stellen neue Inhalte dar;
Schlussfolgerung/Konklusion: Fremden Praktiken sind demzufolge innovativ. Die Absurdität eines solchen Syllogismus ist leicht zu verstehen. Bei der Betrachtung europäischer Programme und vieler internationaler Projekte, scheint der internationale Austausch eine Garantie für Innovation darzustellen. In diesem Forschungsprojekt MARGE werden wir versuchen, die Bedingungen und Hindernisse für Innovation in einem grenzüberschreitenden Austausch zu erfassen.
Diese zentrale Problematik wird auf dem Gebiet der sozialen Stadtentwicklung auf der Grundlage der im Rahmen des Projektes MARGE durchgeführten Maßnahmen untersucht, deren Zielsetzung darin besteht, dass der grenzüberschreitende Austausch gesellschaftliche Innovation provoziert.
Folgerichtig ergibt sich aus den o.g. beiden Themen und der damit verbundenen eben benannten Problematik des Projektes MARGE die grundsätzliche Fragestellung des Projektes MARGE: „Wie beeinflusst grenzüberschreitender Austausch soziale Innovation in den Quartieren?“

Diese grundsätzliche Fragestellung lässt sich in folgende weitere Detailfragen differenzieren:

- Inwiefern lassen sich, im grenzüberschreitenden Austausch, Methoden sozialer Quartierentwicklung identifizieren, die einen Mehrwert für die lokalen Akteure sozialer Stadt-/Quartierentwicklung am Oberrhein generieren?
- Lässt sich der grenzüberschreitende Austausch unter lokalen Akteuren sozialer Stadt-/Quartierentwicklung am Oberrhein mittels Internetplattform, Toolkit und Weiterbildungsprogramm systematisiert ausbauen?
- Inwiefern können politische, kulturelle und professionelle Rahmenbedingen in den drei Ländern am Oberrhein hinderlich oder förderlich für den trinationalen Wissens- und Kompetenztransfer unter Akteuren sozialer Stadt-/Quartierentwicklung am Oberrhein wirken?

Diese Fragen werden in den verschiedenen Phasen des Projektes konkretisiert:

a) **In Bezug auf den grenzüberschreitenden Austausch**
Die Untersuchung soll versuchen die folgenden Fragen zu beantworten:
- Wie reagieren die Beteiligten (Professionelle und Wissenschaftler/innen) in Bezug auf den grenzüberschreitenden Austausch? Welche Haltungen nehmen sie an? (Rücktritt, Interesse, Gleichgültigkeit, Kritik...)
- Welche impliziten Definitionen von „Innovation“ entstehen im und durch den Austausch?
- Welche Faktoren beeinflussen diese Haltungen und Darstellungen (persönlicher Werdegang, Sprachkompetenz, Berufe, Vereins-/Behördeneinbindung)?

b) **In Bezug auf das Transferprogramm**
Wenn man annimmt, dass Innovation die Aneignung und Adaption von in den Nachbarländern entwickelten Projekt(erfahrungen) erfordert, wird die Untersuchung die folgenden Fragen zu beantworten haben:
- Wie adaptieren und „übersetzen“ die Fachkräfte die ausländischen Projekte, welche sie in ihren Quartieren anwenden möchten?
- Wie beteiligen sich die Fachkräfte des Herkunftslandes des Projekts an diesem Transfer?
- Haben die ausgetauschten Projekte einen gesellschaftlichen Nutzen und wird deren Austausch von den NutzerInnen positiv bewertet?

Diese Problematik kann nun auf jedes der vier Themenfelder, mit denen sich MARGE beschäftigt, angewandt werden. Bei jedem dieser vier Themengebiete beobachten wir die Bedingungen und Hindernisse in Bezug auf die gesellschaftliche Innovation.

4.3.1 Beteiligung der Bevölkerung an sozialer Stadt-/Quartierentwicklung

Es ist bekannt, dass die französischen, schweizerischen und deutschen Programme zur sozialen Stadtentwicklung, die Beteiligung der BewohnerInnen fördert (Becker, Guhl, Michon, 2017). Ist diese Partizipation eine Garantie für Innovation? Muss die Forderung nach Innovation an den BewohnerInnen ausgerichtet werden? Diese Fragen beziehen sich gleichzeitig auf die Vielfalt der Praktiken sowie die Ausprägungen der Beteiligung in den drei Ländern.
Die nationalen Traditionen in Bezug auf die BürgerInnenbeteiligung in jedem der drei Länder, werfen Fragen nach der Möglichkeit der „Übersetzung“ und des grenzüberschreitenden Transfers von Erfahrungen auf. Welches sind die Faktoren, die das Gelingen des Austausches im Bereich der BürgerInnenbeteiligung ermöglichen?

4.3.2 Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, freien Trägern und der Bevölkerung

Das trinationale INTERREG-Projekt „MARGE“ ist auf das spezifische Ziel Nr. 11 - „Verbesserung des grenzüberschreitenden Leistungsangebots von Verwaltungen und Institutionen“ nach dem EU-Programm INTERREG V ausgerichtet. Dementsprechend nimmt es Bezug auf die grenzüberschreitende Problemstellung der Vermeidung und Verminderung der Marginalisierung von Quartieren in der Oberrheinregion.
Das Projekt „MARGE“ versucht, die im spezifischen Programmziel 11 benannte „Verbesserung des grenzüberschreitenden Leistungsangebots von Verwaltungen und Institutionen“ über Möglichkeiten verstärkten grenzüberschreitenden Austauschs zwischen Fachkräften in öffentlichen Verwaltungen und lokalen Akteuren in Quartieren, die sich für die Entwicklung einer integrierten sozialen Stadtentwicklung engagieren, zu erreichen. Im Folgenden gehen wir der Frage nach, welche Anforderungen und Aufgaben sich zur Erreichung dieses Ziels in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, freien Trägern Sozialer Arbeit und der Bevölkerung ergeben. Dabei werden sowohl die Herausforderungen, vor denen Kommunen heute und in Zukunft stehen werden, als auch bisher bereits bestehende Ansätze zur Bewältigung der Herausforderungen einbezogen.
Weil das Projekt „MARGE“ als trinationales grenzüberschreitendes Projekt angelegt ist, sind auch unterschiedliche Rahmenbedingungen von Verwaltungsstrukturen und -prozessen im Allgemeinen zu berücksichtigen sowie mögliche „transnationale Verwaltungskulturen“ im Speziellen in den Blick zu nehmen. Hierfür kann auf die Ergebnisse einer Untersuchung von Joachim Beck, dem Direktor des Euro-Institutes an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl zurück gegriffen werden, die in einem Beitrag zum Band „Kommunale Nachhaltigkeit“ (Beck 2013: 369-404) veröffentlicht sind.
Auch die Untersuchung „Transnationale Verwaltungskulturen in Europa. Bestandsaufnahme und Perspektiven“ / „Les cultures administratives transnationales en Europe. Etat des lieux et perspectives“ von Fabrice Larat und Joachim Beck (2015) sowie die empirische Modellstudie zur „Kultur der grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeit –am Beispiel der Oberrhein-Region / „Culture de la coopération transfrontalière administrative - Etude pilote empirique dans la région du Rhin supérieur“ von Beck u.a. (2015) sind als wertvolle Quellen für das Projekt MARGE anzusehen.
Die Frage der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren der sozialen Stadtentwicklung war darüber hinaus Gegenstand zahlreicher Untersuchungen und Berichte in Frankreich. Sozialarbeit (Madlin, 2009), Stadtplanung (Nez, 2011) oder die Beteiligung der Bewohner (Bacqué / Mechmache, 2013) und weitere Themen, die bereits analysiert wurden, spiegeln die Schwierigkeiten und Realitäten dieser Kooperation wider.
Eine Zusammenfassung der Thematik der integrierten Stadtentwicklung im Hinblick auf die Kooperation öffentlicher kommunaler Verwaltung mit lokalen Akteuren und der Bevölkerung findet sich in Becker (2016). Dort werden auf der Grundlage theoretischer Hintergründe und empirischer Studien „Empfehlungen für eine nachhaltige Stadt- und Quartierentwicklung“ formuliert (Becker 2016: 238-247). Diese basieren auf Erkenntnissen aus Forschungsprojekten (Becker 2008; 2007; 2004) sowie auf Ergebnissen einer empirischen Studie zu Erfolgsfaktoren sozialer Quartierentwicklung, die durch Untersuchung von Projekten des deutschen

Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ ermittelt wurden (GdW 2010).
Die oben nur grob skizzierten einschlägigen Diskussionen und Erkenntnisse werden insofern durch das Projekt „MARGE“ aufgenommen, als die zentrale Fragestellung, „Wie beeinflusst grenzüberschreitender Austausch soziale Innovation in den Quartieren?“ auf das Projektziel 1 „Entwicklung eines systematischen Austauschs zwischen den Professionellen in den Verwaltungen und den lokalen Akteuren in den marginalisierten Quartieren für die Entwicklung einer integrierten sozialen Stadtentwicklung.“ heruntergebrochen, die Blickrichtung auf die bisherigen Praktiken der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, freien Trägern und der Bevölkerung lenkt, um diese genauer verstehen und deren Entwicklungspotentiale erkennen und beschreiben zu können.

4.3.3 Soziale Mischung und Stadtentwicklung

Das Projekt MARGE befasst sich mit marginalisierten Quartieren in der Oberrheinregion. In allen neun für das Projekt ausgewählten Quartieren waren vorab Quartierentwicklungsprojekte implementiert worden, häufig im Rahmen nationaler Stadtentwicklungspolitiken. Diese Politiken richten sich explizit an benachteiligte Quartiere, wobei ein, wenn nicht der wesentliche Indikator für die Definition die soziostrukturelle Zusammensetzung der Bewohnerschaft darstellt. Den Sozial- und Stadtentwicklungspolitiken in den drei Ländern ist gemeinsam, dass mit einer sozialen Durchmischung der Bevölkerung Hoffnungen nach gesamtgesellschaftlicher Integration einerseits (Vermeidung von „Parallelgesellschaften“) und der Verbesserung der Situation in den Quartieren und damit auch der sozialen Lage der benachteiligten Bevölkerung andererseits verbunden sind. Implizit oder explizit wird neben der Vermeidung der sozioökonomischen Segregation damit in der Regel auch die Vermeidung ethnischer Segregation angestrebt, die aufgrund der häufigen Unterschichtung der Gesamtgesellschaft durch die Migrationsbevölkerung häufig mit ersterer einhergeht.

4.3.4 Prävention von Radikalisierungstendenzen

In Frankreich haben die jüngsten Attentate eine neue Politik der „Bekämpfung und Verhütung gewalttätiger Radikalisierung“ ausgelöst. Voll und ganz auf die „dschihadistische“ Radikalisierung ausgerichtet, wurde diese Politik der öffentlichen Hand aus einem Zustand der „moralischen Panik“[3] gestaltet (E. Goode, N. Ben Yehuda, 1994). Diese starke Mobilisierung der öffentlichen Macht wirkt sich unmittelbar auf soziale Interventionen und insbesondere auf die Akteure der sozialen Stadtentwicklung aus. Diese Fokussierung auf ausgegrenzte Quartiere, wirft die Frage nach deren Stigmatisierung auf. Dies macht den Vergleich und damit den Projekttransfer zur Prävention von Radikalisierungstendenzen in den drei im Projekt vertretenen Ländern komplex. Zu dieser Komplexität kommt die Definition der Problematik hinzu. Auf der schweizerischen, aber vor allem auf der deutschen Seite konzentriert sich die Prävention historisch gesehen eher auf den Kampf gegen rechtsextreme Radikalisierung. Diese Verschiebung der Sichtweise beinhaltet sicherlich die Gelegenheit der Bereicherung der Praktiken, gleichzeitig stellt sie jedoch ein potenzielles Hindernis im Hinblick auf die notwendige Suche nach einer gemeinsamen Definition dar.

4.4. Forschungsmethoden

Gegenstand und Ziele des trinationalen Forschungs- und Entwicklungsprojektes MARGE bedürfen der Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Verhältnisse und Gepflogenheiten. Diese Berücksichtigung der Situationen in den Quartieren vor Ort erfordert auch eine entsprechende Praxisorientierung der Forschungsmethode/n. Gleichzeitig bedarf die Betrachtung innovativer Entwicklungen von Quartieren als Gegenstand des Projektes MARGE, der Beachtung und Beteiligung aller relevanten Akteure auf den diversen Ebenen (von öffentlicher Verwaltung über Träger und Professionelle Sozialer Arbeit und weiteren lokalen Akteuren sowie der Bevölkerung) und damit einer starken Partizipationsorientierung.
Als Forschungs- und Entwicklungsprojekt, das auf innovative Veränderungen und Optimierung sozialer Quartierentwicklung, mittels grenzüberschreitender Kontakte und Kooperation als normative Vorgabe und Zielrichtung setzt, verfolgt MARGE eine Kombination aus Analysen und Interventionen. Diese programmatische Ausrichtung legt eine Forschungsmethode nahe, die im Bereich Handlungsforschung[4] angesiedelt ist.

4.4.1. Aktionsforschung

Mit der Wahl der Aktionsforschung als Forschungsmethode wird dem Ansatz der Handlungsforschung Rechnung getragen. Aktionsforschung, die auf multinationale Wurzeln von Kurt Lewin über Charles Fourier bis zu Robert Owen (vgl. Hering 2010) zurück geht, hat in Bezug auf ihre Forschungsmethoden eine lange Tradition im Rahmen professioneller Sozialer Arbeit, durch die in der Gemeinwesenarbeit[5] schon früh angewandten und erprobten Methoden, wie „teilnehmende Beobachtung“, „aktivierende Befragung“ oder „Gruppendiskussionen“.
Die wesentlichen Kennzeichen der Aktionsforschung, wie:

- Aufhebung der Subjekt-Objekt-Beziehung zu Gunsten einer Gleichberechtigung von ForscherInnen und Beforschten (Forschung als demokratischer Prozess),
- Verbindung zwischen Forschung/Analyse und Aktion/Interventionen (Forschung als Lern- und Veränderungsprozess),
- Untersuchungsthemen sind praxisbezogen und emanzipatorisch (Reduktion von Distanz und Wertefreiheit).

Diese Elemente tragen tendenziell zur Mobilisierung, Qualifizierung und Stärkung (Empowerment) der Beteiligten bei. Damit passt die Aktionsforschung zu den Projektzielen von MARGE, wie die folgende Definition deutlich werden lässt.
„Die Aktionsforschung konzentriert sich auf soziale und politische Themen und arbeitet auf konkrete Veränderungen in der Praxis hin; speziell die Situation von benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen soll transparent gemacht und verbessert werden. Aktionsforschung beteiligt die Betroffenen sehr weitgehend am Forschungsprozess und behandelt sie als gleichberechtigte Experten bei der Entscheidung von inhaltlichen und methodischen Fragen.“ (Bortz/Döring 2007: 343)

Aus der Methodik der Aktionsforschung leitet sich außerdem die Wahl der Projektpartner des Forschungs- und Entwicklungsprojektes MARGE ab. Der Einbezug von Fachkräften aus der Ebene der Quartierarbeit durch Träger und Professionelle Sozialer Arbeit als auch von Fachkräften der mit sozialer Stadt-/Quartierentwicklung

befassten öffentlichen Verwaltung sowie anderen Akteuren auf Quartierebene entspricht methodischen Standards, „...denn es ist eine praktizierte Ausgangsbedingung von Aktionsforschung, alle Beteiligten zu einer Kooperation zu bewegen, und das bedeutet, vom obersten Manager über die Verwaltung, bis hin zu den direkten Vorgesetzten und verschiedenen Untergebenen alle einzubinden“ (Schaffer 2002: 83).
Es ist jedoch selbstkritisch zu berücksichtigen, dass Aktionsforschung auch Risiken in sich birgt, die u.a. mit der Reduktion der Distanz der ForscherInnen zum Untersuchungsgegenstand und mit dem partizipativen Ansatz zu tun haben. Aktionsforschung verstößt mit der bewussten Einflussnahme auf den Forschungsgegenstand tendenziell gegen das Kriterium der wissenschaftlichen Unabhängigkeit und mit dem „dialogischen Wahrheitsbegriff gegen das Primat der intersubjektiven Überprüfbarkeit in der empirischen Forschung.“ (Schaffer 2002: 82).

So hat auch Betroffenenbeteiligung zeitliche und Kapazitätsgrenzen, auf Grund begrenzter Ressourcen beteiligter Betroffener. Nicht-Professionelle sind mit Entscheidungen über methodische Fragen auch leicht zu überfordern und brauchen entsprechende Hilfen sowie evtl. klare Vorgaben. Wenn Forscher die kritische Distanz vernachlässigen und Betroffene sich quasi selbst untersuchen, auswerten und interpretieren, kann es passieren, dass diese ihre Partialinteressen favorisieren und das Gemeinwohl aus dem Blick verlieren. Dann wäre nicht nur der Erkenntniswert der Forschung, sondern auch die ethische Grundlage und die Glaubwürdigkeit der ForscherInnen in Gefahr (vgl. Bortz/Döring 2007: 343).

4.4.2. Umsetzung der Aktionsforschung

Weil mit dem Projekt MARGE vorwiegend Maßnahmen sozialer Quartierentwicklung in den Blick genommen werden, handelt es sich bei MARGE forschungsmethodisch um „Feldforschung“ . Als Feld werden nach Bortz/Döring (2007: 336ff.) überschaubare Einheiten menschlichen Zusammenlebens, die sich möglichst ganzheitlich erfassen, dokumentieren und analysieren lassen bezeichnet. Im Kontext des Projekts MARGE besteht „das Feld“ aus dem Leben von Menschen in einem Quartier (vgl. Quartierdefinition in obiger Fußnote sowie in Becker 2016: 37).
Konstitutiv für Feldforschung ist der Zugang zum Feld, den sich ForscherInnen zunächst erst erschließen müssen, weil sie i.d.R. zunächst nicht dem zu untersuchenden Feld angehören. Weil die Zugehörigkeit zum Feld den Zugang zu informellen Ereignissen und Quellen (wie Feste, Stammtische, Gruppen, etc.) ermöglicht, versucht Feldforschung den Feldzugang stufenweise durch Annäherung an das Feld und Einführung in das Feld zu erreichen (Felderkundung / „Eintauchen in das Feld“), wozu Feldangehörige VermittlerInnen sehr hilfreich sein können.
Dementsprechend beinhaltet das Forschungsdesign des Projektes MARGE die Installation sogenannter „Fokusgruppen“, also Gremien in denen neben den WissenschaftlerInnen, wesentliche Akteure für die soziale Quartierentwicklung vor Ort aus öffentlicher Verwaltung, Sozialer Arbeit und anderen lokalen Akteuren zusammen kommen und den Forschungsprozess gemeinsam gestalten.
Herausforderungen der Feldforschung bestehen u.a. in der adäquaten Abgrenzung des Feldes („Was umfasst und beinhaltet das Quartier?“), in der Identifikation typischer Repräsentanten („Wer sind wichtige lokale Akteure?“) und in der Sicherstellung der Verständigung mit typischen Repräsentanten (Austausch durch vertrauensvolle Zusammenarbeit ermöglichen und erleichtern).

Die wesentlichen Arbeitsschritte der Feldforschung (vgl. Bortz/Döring 2007: 338-341) werden im Projekt MARGE wie folgt gestaltet:

Arbeitsschritt 1: Planung und Vorbereitung

In der Antragsphase des Projektes (2015 bis 2016) wurden die Kontakte zu Quartieren und Akteuren gesucht und so verbindlich wie möglich vereinbart.

Arbeitsschritt 2: Einstieg in's Feld

In der Aufbauphase des Projektes (Jan.-Mai 2017) wurden die Arbeitsgremien wie Steuerungsgruppe, Forschungsgruppe, Projektgruppe und Fokusgruppen installiert und konstituiert. Mit einem Kick-Off als Auftaktveranstaltung wurden die beteiligten Partner zusammen gebracht, erfuhren entsprechende Wertschätzung, deren Projektidentifikation wurde erhöht und die Öffentlichkeit für das Projekt sensibilisiert. Mit den Fokusgruppen werden die in Steuerungs- und Forschungsgruppe entwickelten ersten Forschungsschritte und –maßnahmen (z.B. Quartierbeschreibung, Methodensammlung) besprochen und geplant. Ebenfalls in der Aufbauphase werden die Voraussetzungen für die internetgestützte Kommunikations- und Informationsplattform geschaffen.

Arbeitschritt 3: Agieren im Feld

In der Arbeitsphase des Projektes (Mitte 2017 bis Mitte 2019) werden die einzelnen Forschungsschritte und -maßnahmen durchgeführt. Dazu zählen Gruppendiskussionen in den Fokusgruppen, z.B. für die Sammlung bewährter Praktiken (Methoden und Techniken als Interventionen sozialer Quartierentwicklung), die Bildung von Forschungstandems aus WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen, die z.B. mittels teilnehmender Beobachtungen und Stadtteilbegehungen, den Methodeneinsatz in anderen Quartieren beforschen. Nach Diskussion und Auswahl von interessanten, weil neuen und passenden Methoden, werden die Transfers von Ideen, Projekten und Methoden vor Ort vorgestellt, getestet, adaptiert, weiterentwickelt oder verworfen.

Arbeitschritt 4: Dokumentation

Ebenfalls noch in der Arbeitsphase des Projektes (Mitte 2017 bis Mitte 2019) werden alle Aktivitäten dokumentiert und für die Diskussion in den jeweiligen Arbeitsgremien aufbereitet. Speziell die angewandten und erforschten aber auch anderweitig bekannt gewordenen und analysierten Methoden werden für das ToolKit als Methodensammlung aufbereitet und dokumentiert.
Ein zweiter Teil der Dokumentation besteht aus der Auswertung der Erfahrungen mit der methodischen Themenbearbeitung durch öffentliche Verwaltung und Soziale Arbeit und deren Aufbereitung für ein Curriculum eines trinationalen Fort- und Weiterbildungsprogramms, das die beteiligten Hochschulen entwickeln werden.

Arbeitschritt 5: Ausstieg aus dem Feld

In der Auswertungsphase des Projektes (Mitte bis Ende 2019) werden mit den Beteiligten in den Fokusgruppen auf die Verstetigung des Austausches und die Verselbständigung der Koordination auf Quartierebene hingearbeitet. Die Forschungstandems beenden ihre Arbeit und sichern ihre Ergebnisse. Forschungs- und Steuerungsgruppe sorgen für die Implementation des trinationalen Fort- und Weiterbildungsprogramms an den beteiligten Hochschulen, versuchen eine trinationale Koordination aufzubauen und übergeben ihre Federführung an neue Verantwortliche.

Arbeitschritt 6: Auswertung und Ergebnisbericht

Ebenfalls in der Auswertungsphase des Projektes (Mitte bis Ende 2019) werden die ausgewerteten Ergebnisse für die Präsentation in einer Abschlusstagung als auch in einer oder mehreren Publikationen aufbereitet. Dabei werden neben der Publikation des ToolKit als digitales Werk und Printversion, die Projektergebnisse in Fachzeitschriften einem breiteren Fachpublikum vorgestellt werden. Letztlich steht der Abschluss des Förderprojektes nach den Regeln des INTERREG V-Programms der EU an, die ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

4.4.3. Analyse

Um unseren Ansatz zu optimieren, möchten wir, diese Methodik rund um das Konzept der „grenzüberschreitenden Aktionsforschung“ spezifizieren. Die Besonderheit ist hierbei, die Überschreitung von nationalen Grenzen, Professionsgrenzen und sprachlichen Grenzen durch eine permanente Kreuzung von Analyseaspekten zu forcieren:

- Der/die Forscher/in, oder die Fachkraft, wie es die klassische Methode der Aktionsforschung erfordert
- Der/die Einheimische und der/die Fremde

Die Analysephase soll es ermöglichen, Querverbindungen aller am Projektdialog beteiligten Akteure durchzuführen. Diese Analysephase wird in 4 Stufen unterteilt:

1. Phase
Analyse der erhobenen quantitativen und qualitativen Daten durch die Forschungsgruppe.

2. Phase
Begleitende Analysen in der „Projektgruppe“ in trinationale Gruppen.

3. Phase
Verbreitung der Ergebnisse innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft und unter Fachkräften.

4. Phase
Evaluation der Relevanz der Ergebnisse nach Beendigung der Transferphase.

4.4.4. Rechercheinstrumente

Um alle Forschungsfragen zu beantworten und die erforderlichen Daten zu sammeln, wurden diverse Datenerfassungsinstrumente entwickelt:

a) Die **regelmäßige Aktualisierung von „Felderkundungsberichten“** durch alle Projektteilnehmer (ForscherInnen und Fachkräfte).
b) Ein **gemeinsames Beobachtungsraster** für die Analyse- und Transferphase wird kollektiv von den Transferteilnehmern (ForscherInnen, Fachkräften aus dem Quartier, in die das Projekt übertragen/transferiert werden soll, sowie Fachkräften aus dem Quartier der ursprünglichen Anwendung) erstellt und ergänzt.
c) Die **Berichte jedes Fokusgruppentreffens** und jedes „Projektgruppentreffens“.
d) **Weitere Erhebungsinstrumente, wie Fragebögen und Interviews** werden von der Forschungsgruppe durchgeführt, um die oben erwähnten Fragen zu beantworten. (siehe Tabellen unten)
e) Am Ende jeder Felderkundung werden die Ergebnisberichte von den beteiligten Fachkräften und ForscherInnen gemeinsam erstellt.

4.4.5. Auswertung

Die Auswertung des Forschungs- und Entwicklungsprojektes MARGE, mittels der unter 4.4 genannten Instrumente, erfolgt sowohl nach quantitativen als auch nach qualitativen Indikatoren, deren Systematik aus folgender Tabelle ersichtlich wird.

Interviews und qualitativ zu sammelnde Daten

Wer wird interviewt?	Was ist das Hauptthema des Interviews?	Wann sollen die Interviews durchgeführt werden?	Wann sollen die Interviews durchgeführt werden?
Die Mitglieder der Steuerungsgruppe	Die eingesetzten Mittel für die Übersetzung und den Austausch zwischen den Teilnehmenden	Interviews zu zwei Zeitpunkten durchführen: Herbst 2018 und am Ende des Projekts	Caroline Oberlin / Jürgen Kegelman
	Feedback zum Zustandekommen von Kontakten zwischen Teilnehmenden außerhalb der Projektgruppentreffen		
	Feedback zum Zustandekommen von Kontakten durch Teilnehmende außerhalb der Projektgruppentreffen		
	Feedback zum Zustandekommen von Kontakten zwischen Teilnehmenden-nach den Feldforschungsbesuchen		
	Feedback zu den Eindrücken durch die Feldforschungsbesuche: Untersuchung der Gruppendynamik (während der Feldforschungsbesuche und danach; beim Fokusgruppentreffen)		
Projektpartner (einzeln)	Waren die eingesetzten Mittel ausreichend/angepasst, um einen grenzüberschreitenden Austausch zu ermöglichen: Übersetzung, Koordination der Teilnehmenden...	Fragebogen/Leitfaden für Interviews im Rahmen des Projektgruppentreffens am 26. September 2018 sowie zu den Folgenden Fokusgruppentreffen	Austeilen von Fragebögen anlässlich der Projektgruppe am 26.09.2018 und den nachfolgenden Fokusgruppentreffen im Herbst 2018
	Feedback zum Zustandekommen von Kontakten zwischen Teilnehmenden während der Projektgruppentreffen		
	Feedback zum Zustandekommen von Kontakten zwischen Teilnehmenden außerhalb der Projektgruppentreffen		
	Feedback zum Zustandekommen von Kontakten zwischen Teilnehmenden nach den Feldfoschungsbesuchen		
	Notwendigkeit professioneller Mitarbeitenden nach den Feldforschungsbesuchen und für den Transfer		
In den Transfer einbezogene Personen	Die „alten“ und „neuen“ Praktiken (vor/nach den Feldforschungsbesuchen) --> das Ausmaß der Änderung in einem Raster darstellen?	Nach den Feldforschungsbesuchen und dem Transfer, am Ende des Projekts	Mitglieder der Forschungsgruppe --> Dort hin gehen, wo noch nicht als Forschungsleiter oder Forschungsgastgeber und interveniert wurde
	Ihre Sicht auf die Austausch- und Feldforschungsbedingungen		
	Wozu befähigen die neuen Praktiken und befähigen sie dazu Probleme in den eigenen Stadtteilen zu lösen?		
	Feedback zu den Partnerschaften in den von den neuen Praktiken betroffenen Stadtteilen		
Fokusgruppe (Kollektiv)	Weiterentwicklung ihrer gemeinschaftlich angewandten Praktiken vor/nach den Feldforschungsbesuchen	Nach den Feldforschungsbesuchen und dem Transfer, am Ende des Projekts	Mitglieder der Forschungsgruppe --> Dort hin gehen, wo noch nicht als Forschungsleiter oder Forschungsgastgeber und interveniert wurde
	Haben sie es geschafft während der Weiterentwicklung ihrer Praktiken neue Akteure und Partner für sich zu gewinnen?		
Projektgruppe	Zur Verfügung gestellte Mittel für die Übersetzungen	Herbst 2019	Mitglieder der Forschungsgruppe --> Dort hin gehen, wo noch nicht als Forschungsleiter oder Forschungsgastgeber und interveniert wurde
	Inhalte der übernommenen Projekte		
	Inhalte des Austausches zwischen den Akteuren und Partnern nach Beendigung des Projekts MARGE		
Projektpartner (FR-Haslach)	subjektive Bedeutung des Quartiers	Januar - Juli 2017	Gruppe Studierender KH Freiburg (16-17)
Projektpartner (BS-Klybeck/ Kleinhünigen)	Bedeutung des grenzüberschreitenden Austauschs	Oktober 2017 - Juli 2018	Gruppe Studierender KH Freiburg (17-18)
Projektpartner (Kehl-Kreuzmatt)	Bedeutung des grenzüberschreitenden Austauschs	Oktober 2018 - Juli 2019	Gruppe Studierender KH Freiburg (18-19)
Projektpartner (FR-Weingarten, Kleinbasel, Meinau)	Bedeutung Partizipation (FR/BS), Radikalisierung (Strasbg.-Meinau)	FR-Weingarten: 24.05.2017; Basel: 14.06.2017; Meinau: 28.06.2017	Gruppe Studierender KH Freiburg (16-17)
Projektpartner (Gemeinde Suhr, Stadt Saverne)	Sozialraumanalyse, Vergleich Quartier + Themen (Suhr und Saverne)	Saverne: 15.06.2018; Suhr: 04.07.2018	Gruppe Studierender KH Freiburg (17-18)
Projektpartner (Gemeinde Pratteln, Quartier Port Du Rhin)	Sozialraumanalyse, Vergleich Quartier + Themen (Pratteln und Port Du Rhin)	Sommer 2019	Gruppe Studierender KH Freiburg (18-19)
Projektpartner (KehlKreuzmatt)	Vergleich Methodenlehren und Anwendung	Sommer 2017	Gruppe Studierender KH Freiburg (2017)
Projektpartner (FR-Weingarten)	Vergleich Methodenlehren und Anwendung	Sommer 2018	Gruppe Studierender KH Freiburg (2018)
Projektpartner (FR-Haslach)	Vergleich Methodenlehren und Anwendung	Sommer 2019	Gruppe Studierender KH Freiburg (2019)

Die durch Auswertung der Erhebungen erzielten Ergebnisse werden in der Forschungsgruppe, den Fokusgruppen und den Projektgruppen im Laufe des dritten Projektjahres (2019) diskursiv beurteilt, bewertet und anschließend dokumentiert.

Forschungsdesign

4.5. Beschreibung der Maßnahmen, Arbeitsformen und -gremien

(Zusammensetzung, Aufgaben, Turnus und Orte der Treffen; siehe Projektbeschreibung und Factsheet)
Projekt MARGE; Maßnahmen, Arbeitsformen und Gremien

Maßnahme	Beschreibung
Maßnahmenart „Trinationale Kooperationsgruppe“	
Steuergruppe: Einsetzung einer Steuergruppe, eingebettet in die trinationale Kooperationsstruktur	Die „Steuerungsgruppe“, bestehend aus den VertreterInnen der drei projektinitiierenden Hochschulen, übernimmt die Gesamtverantwortung des Projektes und trifft die wesentlichen strategischen Entscheidungen.
Fokusgruppe: Aufbau und Betrieb je einer Fokusgruppe pro Quartier	Die Fokusgruppe beinhaltet die relevanten Akteure aus dem am Projekt beteiligten Quartier. Jede Fokusgruppe ist verantwortlich für die Umsetzung des Projektes im jeweiligen Quartier (Auswahl von Maßnahmen, die transferiert werden sollen, ...)
Internationale Konferenz: Durchführung einer internationalen Konferenz zu Sozialer Stadtentwicklung	Die Konferenz hat zum Ziel, dem Projekt eine internationale Resonanz zu geben und die Oberrheinregion zu einem Vorreiter in der Sozialen Stadtentwicklung zu machen.
Maßnahmenart „Aktionsforschung“	
Beobachtung, Dokumentation und Analyse	Durchführung von Feldforschung in je drei verschiedenen Quartieren pro Land unter Verwendung von Methoden/Projekten aus dem grenzüberschreitenden Austausch.
Forschungsgruppe	Zusammenstellung und Einsetzung einer Forschungsgruppe, bestehend aus Forschenden der beteiligten Hochschulen und weiteren in der Forschungsgruppe tätigen ForscherInnen.
Veranstaltungen in den Quartieren	Initiierung von Forschungsmaßnahmen unter Einbezug der Fachkräfte aus der Verwaltung, lokalen Akteuren und der Bevölkerung auf Ebene des jeweiligen Quartiers. Diese Maßnahmen dienen auch der Datenerhebung der Aktionsforschung (z.B. Quartierbegehungen, Beobachtungen, Quartierfeste, etc.).

Zukunftswerkstatt	Organisation und Durchführung einer Zukunftswerkstatt im Rahmen eines Projektgruppentreffens. Dabei ist daran gedacht, die grenzüberschreitende Weiterentwicklung in jedem Quartier am Ende des Projektes in den Blick zu nehmen.
Maßnahmenart „Toolkit“	
Sammlung und Analyse von innovativen Projekten/Methoden/Techniken aus den beteiligten Quartieren in den drei Ländern.	Bevor mit der „grenzüberschreitenden Felderkundung“ gestartet werden kann, müssen alle Projektbeteiligten ihre Projekte und innovativen Methoden der neuen ausgewählten Quartiere auflisten.
Publikation und Verbreitung des „Tool-Kits“	Das „Tool-Kit“ wird den lokalen und regionalen Verwaltungen der drei Partnerländer, politischen Vertretern der verschiedenen Ebenen, Akteuren der Sozialen Arbeit, freien Trägern und den beteiligten Hochschulen zur Verfügung gestellt. Dieses zu entwickelnde „Tool-Kit“ basiert auf den vorherigen Schritten und Ergebnissen der Aktionsforschung (wie z.B. Fokusgruppe, Beobachtung, Dokumentation, Methodenanalyse und Methodensynopse) und erhält durch Beschreibungen und Bewertungen starken Anwendungsbezug.
„Transferprogramm von Projekten“ Transfer von Projekten/Methoden/Techniken, die in das Toolkit integriert sind.	Förderung des Transfers von innovativen Projekten, Methoden und Techniken aus dem Toolkit unter Beteiligung von Verwaltungen, Vereinen und Bewohnern des Quartiers, in dem die Methode bereits angewandt wurde.
„Workshops“: Durchführung von Workshops zur Verbreitung des „Tool-Kits“	Um eine möglichst hohe Zahl von Nutzerinnen zu erreichen, werden „Workshops“ anlässlich der Projektgruppentreffen und Fachtagen zur Verbreitung des Toolkits durchgeführt (siehe unten zu „Fort-/Weiterbildung“).

Maßnahmenart „Fort- und Weiterbildung“

„Fort- / Weiterbildungsprogramm“: Entwicklung eines „grenzüberschreitenden Fort- und Weiterbildungsprogramms“ zur sozialen Stadtentwicklung, in Kooperation mit den beteiligten Hochschulen, für PraktikerInnen und Studierende aus dem Bereich der sozialen Stadtentwicklung	Die Fort-/Weiterbildung soll auf die Bedürfnisse der Professionellen in der Praxis antworten. Um das sicherzustellen, werden die drei Hochschulen diese Bedürfnisse ermitteln und das Weiterbildungscurriculum entsprechend entwickeln. Es sollen im jährlichen Wechsel von den projekttragenden Hochschulen Fachtage veranstaltet werden.
Durchführung der Weiterbildung	Das Weiterbildungsprogramm wird in den drei Ländern durchgeführt.

Projektbegleitende Maßnahmen des Projekt-Co-Trägers Katholische Hochschule Freiburg

Lehrforschungsprojekte zur Ermittlung der Bedeutung des grenzüberschreitenden Austausches der Partner im Projekt MARGE	Erhebungen zur subjektiven Bedeutungszuschreibung lokaler Akteure zum grenzüberbeschreitenden Austausch, mittels qualitativer leitfadengestützter Interviews und inhaltsanalytischer Auswertung, in ausgesuchten Quartieren des Projekts MARGE. Im Studienjahr (Okt.-Juli) 2017 im Quartier FR-Haslach; 2018 im Quartier BS-Klybeck/Kleinhüningen; 2019 in Kehl-Kreuzmatt.
Quartiererkundungen und –Vergleiche in Partnerquartieren des Projektes MARGE, im Rahmen von Schwerpunktseminaren zu sozialer Stadt/teil-/Quartierentwicklung.	Erkundung verschiedener Quartiere zur Erstellung von Sozialraumanalysen im Studienjahr 2017: FR-Weingarten, BS-Klybeck/Kleinhüningen, Strasbourg-Meinau. Studienjahr 2018: Saverne/F + Suhr/CH, Studienjahr 2019: Port Du Rhin/F + Pratteln/CH.
Erhebungen zu Methoden der Quartierarbeit in ausgesuchten Quartieren des Projekts MARGE im Rahmen eines Methodenseminars.	Erarbeitung der theoretischen Grundlagen und Abgleich mit deren Anwendung vor Ort, im Studienjahr 2017 in Kehl-Kreuzmatt, Studienjahr 2018 in Freiburg-Weingarten, Studienjahr 2019 in Freiburg-Haslach.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Alisch, Monika / May, Michael (Hrsg.; 2008): Praxisforschung im Sozialraum. Fall studien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Bacqué, M.-H., & Mechmache, M. (Juillet 2013). Pour une réforme radicale de la politique de la ville. ça ne se fera plus sans nous. Citoyenneté et pouvoir d‘agir dans les quartiers populaires. Rapport au Minsitre délégué chargé de la ville.

Bateson, Gregory (1972): Steps to an Ecology of Mind; University of Chicago Press.

Beck, Joachim (2013: 369-404): Transnationale Verwaltungskultur? Ergebnisse einer grenzüberschrei-tenden Zusammenarbeit am Oberrhein. In: Kegelmann, Jürgen / Martens, Kay-Uwe (Hrsg.; 2013) Kommunale Nachhaltigkeit. Baden-Baden: Nomos-Verlag.

Beck, Joachim / Fabrice Larat (Hrsg./Dir 2015): Transnationale Verwaltungskulturen in Europa. Be-standsaufnahme und Perspektiven / Les cultures administratives transnationales en Europe. Etat des lieux et perspectives, Zürich / Baden-Baden: Dike/NOMOS.

Beck, Dieter / Ulrike Becker-Beck / Joachim Beck & Anne Dussap (Hrsg.; 2015): Kultur der grenzüber-schreitenden Verwaltungszusammenarbeit – Eine empirische Modellstudie am Beispiel der Ober-rhein-Region / Culture de la coopérati on transfrontalière administrative - Etude pilote empirique dans la région du Rhin supérieur; Speyer: Speyerer Arbeitsheft Nr. 221, 2015.

Becker, Martin / Guhl, Jutta / Michon, Bruno (2017): Soziale Stadtentwicklung in trinationaler Perspekti-ve. In: Oehler, u.a. (Hrsg.): Emanzipation, soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Ein eprogrammati-sche und methodische Herausforderung. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich UniPress Ltd. (S. 97-121).

Becker, Martin (2016): GWA-Personalbemessung professioneller Sozialer Arbeit im Handlungsfeld der sozialen Stadtteil- und Quartierentwicklung. Konstanz: Hartung-Gorre-Verlag.

Becker, Martin (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Stutt-gart: Kohlhammerverlag.

Becker, Martin (2008): Lebensqualität im Stadtquartier. Einflussfaktoren, Wirkungen und Handlungsmög-lichkeiten. Saarbrücken: VDM-Verlag.

Becker, Martin (2007): Altern in gewohnter Umgebung – in ländlichen und städtischen Wohnquartieren. (http://www.organisationsentwicklung-becker.de/publikationenperson.htm; Zugriff: 16.06.2017).

Becker, Martin (2004): Dezentrale Stadtteil- und Familienzentren. Ein Modell kommunaler Quartierarbeit, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, Vierteljahreshefte zur Förderung von So-zial-, Jugend- und Gesundheitshilfe, Frankfurt/M: 35 Jahrgang Nr. 1/2004, Seite 65ff..

Blanc, Michon, u.a. (2015) „Le Travail Social sur le commun en pratique: retour d‘expériences“, in: Les controverses du travail social an France et en Allemagne. Paris: L’Harmattan.

Bortz/Döring (2007): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. Berlin: Springer.

Bruno, Isabelle. „La Déroute Du „Benchmarking Social“. La Coordination Des Luttes Nationales Contre L‘exclusion Et La Pauvreté En Europe.“ Revue française de socio-économie n°5 (2010): 41-61.

Davies, Paul (1991): Prinzip Chaos. Die neue Ordnung des Kosmos. Goldmann, München.

De Shazer, Steve (1990): Wege der erfolgreichen Kurztherapie. 2. Aufl.,Klett-Cotta, Stuttgart.
Devisme, Laurent, Marc Dumont, Elise Roy. „Le Jeu Des « Bonnes Pratiques » Dans Les Opérations Urbaines, Entre Normes Et Fabrique Locale.“ Espaces et sociétés n°131 (2007): 15-31.
Diesner, Thomas (2015): Die allgemeine Systemtheorie bei Ludwig Bertalanffy. Eine Begründung inter-disziplinärer Wissenschaftspraxis. Berliner Studien zur Wissenschaftsphilosophie und Humanonto-genetik.
Förster, Heinz von (1995): Cybernetics of Cybernetics, 2. Auflage. Future Systems Inc., Minneapolis.
GdW (2010) Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. Berlin. (Hrsg.): Erfolgsfaktoren sozialer Quartiersentwicklung. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung von Pro-jekten der „Sozialen Stadt“.
Gillich, Stefan (Hrsg.; 2002) Gemeinwesenarbeit. Eine Chance der sozialen Stadt entwicklung. Gelnhau-sen: TRIGA-Verlag.
Glasersfeld, Ernst von (1999): Konstruktivismus und Unterricht. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft.
Goode, Erich / Ben-Yehuda, Nachman (1994). Moral Panics: Culture, Politics, and Social Construction. In: Annual Review of Sociology. n°20. Jg. S. 149-171.
Grimm, Gaby / Hinte, Wolfgang / Litges, Gerhard (2004): Quartiermanagement. Eine kommunale Strate-gie für benachteiligte Wohngebiete. Berlin: edition sigma.
Hering, Sabine (2010): Aktionsforschung. In: Bock, Karin / Miethe, Ingrid (Hrsg.): Handbuch qualitative Methoden in der Sozialen Arbeit. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
IöS (2012), Institut für den öffentlichen Sektor e.V. (Hrsg.; 2012): Kommunale Nachhaltigkeitssteuerung. Umsetzungsstand bei größeren Städten und Landkreisen. Berlin: Studie.
Kegelmann, Jürgen / Martens, Kay-Uwe (Hrsg.; 2013) Kommunale Nachhaltigkeit. Baden-Baden: No-mos-Verlag.
Kegelmann, Jürgen (2013: 245-260): Die Zukunft der Verwaltung. In: Kegelmann, Jürgen / Martens, Kay-Uwe (Hrsg.; 2013) Kommunale Nachhaltigkeit. Baden-Baden: Nomos-Verlag.
König, Eckard (2003):Praxis der systemischen Organisationsberatung. Beltz-Verlag.
Leipzig Charta EU (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.), Berlin.
Lokale Agenda 21: http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf (19.06.2015).
Madelin, B. (2009). Le travail social dans les quartiers «sensibles»: un rendez-vous manqué. Informa-tions sociales, n°2, 82-90.
Maturana, Humberto / Franzisco Varela (2009): Der Baum der Erkenntnis. Die biologischen Wurzeln menschlichen Erkennens. Deutsche Übersetzung von Kurt Ludewig. Frankfurt a.M..
Morin, E., & Bibard, L. (2018). Complexité et organisations: Faire face aux défis de demain: Editions Eyrolles.
Navez-Bouchanin, Françoise. „Le Développement Urbain Durable : « Best Practice » Ou Leurre Métho-dologique ?“. Espaces et sociétés n°131 (2007): 101-16.
Nez, H. (2011). Nature et légitimités des savoirs citoyens dans l‘urbanisme participatif. Une enquête eth-nographique à Paris. Sociologie, n°4, 387-404.

Park, Robert Ezra / Burgess, E.W / McKenzie, R.D. (1925): The City. Chocago: University Press.
Selvine, Matteo (Hrsg.; 1988): The Work of Mara Selvine-Palazzoli. Aronson-Verlag
Schaffer, Hanne (2002): Empirische Sozialforschung für die Soziale Arbeit. Eine Einführung. Freiburg: Lambertus.
Schein, Edgar H. (2003): Organisationskultur. Edition Humanistische Psychologie, Bergisch-Gladbach.
Schütz, Alfred, « The Well-Informed Citizen, an Essay on the Social Distribution of Knowledge », In Col-lected Papers: Studies in social Theory, vol. 2, The Hague, Martinus Nijhoff, 1976).
Stövesand, Sabine / Stoik, Christoph / Troxler, Ueli (2013): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland-Schweiz-Österreich. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Band 4. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
Stottele, Tillmann (2013: 101-119): Von der lokalen Agenda zur nachhaltigen Stadtentwicklung. In: Ke-gelmann, Jürgen / Martens, Kay-Uwe (Hrsg.; 2013) Kommunale Nachhaltigkeit. Baden-Baden: No-mos-Verlag.
Tissot, Sylvie. „Reconversions Dans La Politique De La Ville: L‘engagement Pour Les «Quartiers».“ Poli-tix n°2 (2005): 71-88.
Watzlawick, Paul (1967): Menschliche Kommunikation: Formen, Störungen, Paradoxien.
Wiener, Norbert (1952): Mensch und Menschmaschine. Kybernetik und Gesellschaft. Alfred Metzner Verlag, Frankfurt am Main.

1 Zur Definition von Quartier siehe Becker 2016: 37.
2 Als soziale Quartierentwicklung werden sämtliche über Zeiträume feststellbare Veränderungen des sozialen Leben eines Quartiers bezeichnet, die mehr oder weniger absichtlich durch Interventionen herbeigeführt werden und/oder auf Grund von veränderten Rahmenbedingungen eintreten können.
3 „Moralische Panik“ ist charakterisiert durch kollektive Ängstlichkeit, Feindseligkeit, die Trennung in „Ihr“ und „Wir“ und das Missverhältnis.
4 die nicht nur analysiert sondern auch interveniert
5 Zum Begriff Gemeinwesenarbeit im deutschsprachigen Raum siehe das „Handbuch Gemeinwesenarbeit“ von Stövesand u.a. (Hrsg.; 2013), sowie Becker (2016) „GWA-Personalbemessung“. Für den französischsprachigen Raum, siehe den Artikel von Blanc, Michon, u.a. (2015) „Le Travail Social sur le commun en pratique: retour d‘expériences“, in: Les controverses + du travail social an France et en Allemagne. Paris: L‘Harmattan.
6 Feldforschung hat sich ursprünglich als ethnografische Methode zu einem Teil der Aktionsforschung entwickelt und beschäftigt sich mit natürlichen Lebensräumen von Menschen. Diese in der angelsächsischen und deutschsprachigen Literatur gängige Begrifflichkeit hat im französischen Sprach- und Wissenschaftsraum keine Entsprechung (vgl. Chicagoer Schule um Robert Ezra Park (1925).

5. Grundlagentexte

5.1. Soziale Innovation und Good Practice: Grenzüberschreitender Austausch als Chance?

5.1. Soziale Innovation und Good Practice: Grenzüberschreitender Austausch als Chance?

(Sandra Janett, Bruno Michon)

5.1.1. Einleitung

Die Oberrheinregion ist eine reiche und stark urbanisierte Region. Mit einer Bevölkerungszahl von rund sechs Millionen, einer Wirtschaftskraft von 202 Milliarden Euro und einer Fläche von über 21 500 km2 verfügt der Oberrhein über ein Potenzial, das ihm ermöglicht, zu einem der regionalen Wirtschaftszentren Europas zu werden (vgl. RMTMO o. J.). Doch die Städte wandeln sich und soziale sowie territoriale Ungleichheiten nehmen aufgrund wachsender Bevölkerung und fortschreitender Zersiedelung zu (vgl. Beer 2017: 1; Avenel 2017). Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf den im Rahmen vom Projekt MARGE ausgewählten Quartieren in den Randbezirken der Städte stellen sich in den Ländern Frankreich, Deutschland und der Schweiz Fragen hinsichtlich der sozialen Durchlässigkeit, der Integration und der Chancengleichheit.

Das trinationale und grenzüberschreitende Projekt MARGE nimmt sich genau dieser Herausforderung an. Denn obwohl Programme zur integrativen Quartiers- und Stadtentwicklung seit mehreren Jahren in allen drei Länder vorliegen (vgl. Becker/Guhl/Michon 2016), fehlen bislang sowohl praxisnahe Strukturen der grenzüberschreitenden Kooperation als auch übertragbare Beispiele guter Methoden und Techniken – sogenannte „Good Practice Modelle“. MARGE möchte diese Lücken mittels einer Austauschplattform, einem Toolkit sowie einem trinationalen Weiterbildungsprogramm schliessen. Damit wird die Absicht verfolgt, soziale Innovationen in den Nachbarländern zu ermöglichen und unter Berücksichtigung kontextueller Rahmenbedingungen grenzüberschreitend zu transferieren. Dahinter steckt folgende Annahme, die nicht nur im vorliegenden Kapitel kritisch zu hinterfragen ist, sondern auch im Verlaufe des Forschungsprojekts: *Soziale Innovationen sind dann möglich, wenn auf Basis identifizierter Bedarfe Methoden und Praktiken aus einem Quartier, die bereits erprobt und als gut befunden worden sind, von einem Quartier im Ausland ausgewählt, adaptiert und dauerhaft durchgeführt werden.* Dies gilt es deshalb zu reflektieren, da nicht alles Neue auch Innovation bedeutet (vgl. Parpan-Blaser 2011: 13; Alter 2003: 7).

5.1.2. Soziale Innovation und Good Practice: Begriffsmerkmale

5.1.2.1. Austausch bewährter Verfahren: Modelle hinterfragen, Veränderungen herbeiführen

Dem pragmatischen Ansatz von „*Good Practice*“ zufolge gibt es keine „*bestmögliche [bereits erprobte] Methode, Massnahme o. Ä.*“ (Duden 2017), wie es das Verständnis von „Best Practice Modellen“ vorsieht. Vielmehr handelt es sich bei Good Practice Modellen um verschiedene Erfolg versprechende Lösungen oder Verfahrensweisen zur Durchführung oder Umsetzung von etwas (vgl. Fabian et al. 2014: 15). Bei Good Practice Modellen, wie es im Rahmen von MARGE die Rede ist, geht es folglich um bereits erprobte praktische Beispiele im Kontext von sozialer Stadtentwicklung, die auf andere Zusammenhänge und Systeme übertragbar sind und wertvolle Anregungen oder Reflexionsfragen für den Transfer in die eigene Praxis bereithalten

können. Basis für eine verstärkte Kooperation zwischen den drei Länder Frankreich, Deutschland und der Schweiz bildet folglich die von den im Projekt MARGE beteiligten Quartiere selbst ausgewählten Projekte. Durch sie können Wissen und Erfahrungen zwischen den Ländern zugänglich gemacht werden, womit ein grenzüberschreitender Erfahrungsaustausch ermöglicht werden soll.

Die im Rahmen von MARGE gesammelten Good Practices dienen also in erster Linie der Anregung. Denn indem sie der Komplexität des Handelns der Quartiersakteure entsprechen, zeigen sie mögliche Widerstände und benennen begünstige Faktoren. Good Practice Modelle, wie wir sie verstehen, liefern somit nicht nur Wissen und Erfahrungen, sondern identifizieren erfolgreiche und anerkannte Lösungen oder Verfahrensweisen innerhalb eines Projekts, wobei im Sinne einer nachhaltigen Sozialen Stadtentwicklung ortsspezifische Faktoren bei der Modellauswahl mitberücksichtigt werden müssen. Gehen wir nun davon aus, dass grenzüberschreitende soziale Innovationen dann möglich sind, wenn eine bereits erprobte und anerkannte Methode aus einem Nachbarland erfolgreich in ein anderes Land übertragen wird, so ist unausweichlich die Wortherkunft, das Verständnis und die Merkmale von sozialen Innovationen zu klären resp. zu bestimmen.

5.1.2.2. Soziale Innovation im grenzüberschreitenden Kontext: Übersetzen und Adaptieren

Dem Begriff „Innovation“ vorangestelltem Adjektiv weist auf die unterschiedlichen Felder resp. Arten der Innovation hin (vgl. Parpan-Blaser 2011: 53). Gemäss Hillmann (2007: 797) steht „soziale“ für die „*wertneutrale Bezeichnung für prozesshafte zwischenmenschliche Beziehungen, für wechselseitig orientiertes Handeln und für Gebilde, die aus relativ dauerhaften zwischenmenschlichen Beziehungen hervorgehen*“. Richtet man den Blick nun auf die Geisteswissenschaften, so ist der Innovationsbegriff eng mit Schumpeters Werk und dem von ihm geförderten Konzept der „schöpferischen Zerstörung“ verbunden. Ihm zufolge fördert die postindustrielle Kultur unserer Länder Innovationen als Versprechen für eine bessere Zukunft, indem sie vergangene Lösungen zerstören (vgl. Schumpeter/Perroux 1935).

Die Idee zur Begriffsbildung sozialer Innovationen hat u.a. ihren Ursprung in der Theorie des sozialen Wandels nach William Ogburn (1923). Ogburns Ansicht nach führten soziale Innovationen, wie die Einführung des Frauenwahlrechts oder die der Arbeitslosenversicherung, zur Verbesserung gesellschaftlicher Lebensbedingungen bei und trieben den sozialen Wandel voran (vgl. Braun-Thürmann/John 2010: 55). Seine Theorie geht von zwei komplementären (materiellen vs. nicht-materiellen) Kulturen aus, die als Ursache für gesellschaftliche Probleme angesehen werden. Die Lücke, die aufgrund unterschiedlicher Entwicklungsgeschwindigkeiten zwischen einer sich schneller entwickelnden materiellen und einer sich vergleichsweise langsamen immateriellen Kultur herrscht, kann gemäss Ogburn nur mittels sozialer Innovationen geschlossen werden (vgl. ebd.). Auch der deutsche Soziologe Wolfgang Zapf (1989) stellte Ende der 1980er Jahre Innovation als ein soziales Phänomen vor. Ihm zufolge sind soziale Innovationen neue Regelungen und Muster des Handelns, die bessere Möglichkeiten zur Lösung gesellschaftlicher Probleme bereitstellen (vgl. ebd.: 177). Die höhere Qualität neuer gegenüber alter Problemlösungen galt demzufolge als Erfolgskriterium für soziale Innovationen (vgl. Braun-Thürmann/John 2010: 56). Es ist diese Wertbezogenheit sozialer Innovationen, die von Autorinnen und Autoren wie Howaldt und Schwarz (2010: 90f.) als „*unzureichend*“ bezeichnet werden. Denn zum einen können auch technische Innovationen „*einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Bedürfnisse leisten*.“ (Ebd.: 91) Zum anderen können soziale Innovationen unterschiedliche Zwecke und Interessen verfolgen, die in ihrem Nutzen resp. in ihrer Wirkung je nach Interessenslage oder sozialer Attribuierung ambivalent bewertet werden (vgl. ebd.). Auch Gillwald (2000: 21) weist darauf hin, dass neben gezielten, beabsichtigen geplanten und vorhersehbaren Wirkungen auch Nebenwirkungen auftreten können, die im Voraus weder beabsichtig noch geplant sind. In Frankreich ordnen Forscherinnen und Forscher die Entstehung des Begriffs soziale Innovation in den Gesamtkontext der „Krise des Wohlfahrtsstaates“ ein. Oftmals wird Kritik an einem Begriff ausgeübt, der „magisch“ geworden ist, weil es durch seine alleinige Erwähnung eine bessere Welt verspricht, wodurch soziale Innovation als eine Möglichkeit verstanden wird, neoliberale Theorien (New Management, neue öffentliche Verwaltung etc.) im sozialen Bereich zu verbreiten (vgl. Richez-Battesti/Petrella/Vallade 2012).

Von einer sozialen Innovation kann also erst dann die Rede sein, wenn sie „*sozial akzeptiert wird und breit in die Gesellschaft bzw. bestimmte gesellschaftliche Teilbereiche diffundiert, dabei kontextabhängig transformiert und schliesslich als neue soziale Praxis institutionalisiert bzw. zur Routine wird*.“ (Howaldt/Schwarz 2010: 90) Wird die Soziologie der Übersetzung von Michel Callon und Bruno Latour auf die soziale Innovation übertragen (Callon, 1986), so setzt dies Kontroversen voraus. Mit anderen Worten, das Transformationspotenzial sozialer Innovationen spiegelt sich in Kontroversen wider, die zur Entstehung von Innovationen beitragen. Daran erinnert uns Marc Rouzeau in seiner Doktorarbeit über das Innovationspotenzial internationaler Projekte der Sozialen Arbeit: „*Die Innovation lässt sich nicht erzwingen, aber es besteht Einigkeit darüber, dass innovative Prozesse gefördert werden können, insbesondere durch die Ausarbeitung von Kontroversen, durch die Erleichterung von Austauschprozessen zwischen Akteuren aus unterschiedlichen Rationalitäten sowie durch die Unterstützung von Transferaktivitäten*.“ (Rouzeau 2014: 333)

Letztendlich ist die Kontroverse ein erster Schritt zur Bewertung von Innovation. Die Neuheit einer Innovation bedeutet daher nicht unbedingt, dass sie als „gut“ angesehen wird. Dies deshalb, da die Bewertung und Anwendung einer sozialen Innovation von verschiedenen Menschen sehr unterschiedlich beurteilt werden kann (vgl. Howaldt/Schwarz 2012: 54). Demzufolge können wir zur folgenden Definition sozialer Innovation zurückkehren: „*(…) eine von bestimmten Akteuren bzw. Akteurskonstellationen ausgehende intentionale, zielgerichtete Neukonfiguration sozialer Praktiken in bestimmten Handlungsfeldern bzw. sozialen Kontexten, mit dem Ziel, Probleme oder Bedürfnisse besser zu lösen bzw. zu befriedigen, als dies auf der Grundlage etablierter Praktiken möglich ist*.“ (Ebd.: 53)

Für die Soziale Arbeit bedeutet dies, dass Innovationen auf neuem oder neu kombinierten Wissen basieren, in intendierten und kooperativen Prozessen entwickelt werden und neuartige Konzepte, Verfahren und Organisationsformen erzeugen, die einen Mehrwert namentlich für Adressatinnen und Adressaten erzeugen (vgl. Parpan-Blaser 2011: 242). Insbesondere das Kriterium des „Mehrwerts“, oder im französischen Kontext das Kriterium des „sozialen Nutzens“ (vgl. Offredi/Ravoux 2010), gilt es hierbei in den Vordergrund zu rücken. Denn dieses grenzt die Soziale Arbeit von einer ökonomischen Innovationslogik ab, wonach sich eine Innovation für die Soziale Arbeit sowie für andere öffentliche Dienste nicht an einem einseitigen Nutzen für die Organisation orientiert. Vielmehr wird mit Innovationen in der Sozialen Arbeit eine robuste und nachhaltige Innovation, die für Adressatinnen und Adressaten den sogenannten Mehrwert darstellt, angestrebt (vgl. Parpan-Blaser:

96, 242). Es ist jedoch zu beachten, dass immer mehr soziale, wirtschaftliche und technische Logiken miteinander verflochten sind (vgl. Klein/Harrisson 2007). Genau das ist es, was sich in der Entwicklung der „Silver Economy“ oder ganz allgemein im Bereich der „Sozial- und Solidarökonomie“ abzeichnet (vgl. Souchard 2013).

Unabhängig von disziplinärer Verortung weisen Innovationen gemäss Parpan-Blaser (2011: 43) nachfolgende Merkmale auf: Neuheit, Neuartigkeit, Erzeugungsgeschehen, Relativität, Unsicherheit und Plastizität.

Unter Neuheit ist in erster Linie ein zeitlicher Aspekt der Erstmaligkeit gemeint, „*der die fliessende Bewegung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft fassbar macht.*“ (Ebd.) In zweiter Linie wird auf die reale Existenz eines sinnhaften und bedeutsamen Artefakts verwiesen. Damit ist für eine Innovation grundlegend, „*dass etwas Neues in die Welt tritt*“, wobei es zwischen der absoluten Neuheit („*zum ersten Mal in der Welt*“) und der relativen Neuheit („*neu für das entsprechende System*“) zu unterscheiden gilt (ebd.: 43f.; vgl. Blättel-Mink 2006: 30).

Bei Innovationen geht es aber nicht nur um Neues, sondern auch um Neuartiges. Ob etwas als neuartig bewertet wird oder nicht, hängt von Erfahrungen innerhalb eines bestimmten Orientierungsrahmens ab (vgl. Briken 2006: 1). Oliver Ibert (2004: 21) spricht in diesem Zusammenhang vom „*Handeln im Widerspruch zu zeitgebundenen gesellschaftlichen Erwartungen*“. Konkret bedeutet dies, dass nicht nur Innovationen neuartige Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen stellen, sondern dass auch die ihnen zugrundeliegenden Fragen in einer neuartigen Weise gestellt werden (vgl. Parpan-Blaser 2011: 45; Waldenfels 1991: 96). Ferner lassen sich Innovationen infolge ihrer Neuartigkeit nur im Vergleich, basierend auf der Ähnlichkeit wie auch auf der Differenz und Andersartigkeit des betrachteten Objekts zum Vorangegangenen, als solches erkennen (vgl. Parpan-Blaser 2011: 45). Bedingung für Innovation ist somit unteranderem, „*dass das Neue als solches wahrgenommen und als Verbesserung gegenüber dem Bestehenden anerkannt wird.*“ (Braun-Thürmann 2005: 6; Briken 2006, zit. nach Parpan-Blaser 2011: 45) Hier finden wir die von Jean-Pierre Boutinet (1990) vorgeschlagene Unterscheidung zwischen radikaler und inkrementeller Innovation. Für den Autor führt heutzutage die Herrschaft des Kurzzeitprojekts zum Verschwinden der radikalen Innovationsmöglichkeit: „*Projektmanagement wird heutzutage, trotz der sehr breiten Diversifikation, zunehmend ausschliesslich mit inkrementellen Innovationsmechanismen assoziiert, um Routine und Wiederholung zu verhindern.*“ (Boutinet 1990: 350)

Das Merkmal der Relativität wiederum weist darauf hin, dass Innovationen ein Produkt sozialer Aushandlungsprozesse darstellen und somit in einem räumlich-zeitlichen Kontext stehen (vgl. Aderhold 2005: 25; Hauschildt 2004: 22f.). Denn „*scheitert eine Neuerung bei ihrer Einführung und erweist sie sich als nicht fruchtbar, spricht man nicht von Innovation.*“ (Wendt 2005: 14) Folglich sind Innovationen an ihren Erfolg gebunden (vgl. ebd.). Dies bestätigt Boutinet in Bezug auf die Paradoxien der Innovation: „*Viele der sogenannten innovativen Projekte, sofern es sich natürlich um eine radikale Innovation handelt, die sich im Laufe der Zeit durchsetzen soll, führen zwangsläufig zu einer zukünftigen Ablehnung (…).*“ (Boutinet 1990: 351)

Ferner ist die Ausgangslage von Innovationen grundsätzlich offen. Dies birgt Unsicherheiten, sowohl hinsichtlich ihrem Erfolg wie auch ihren Folgen (vgl. Parpan-Blaser 2011: 47). Denn ihr weiterer Verlauf ist oft nur teilweise vorhersehbar – und das obwohl Innovationen mehrheitlich als Verbesserung angesehen werden (vgl. ebd.). Auch Braun-Thürmann (2004: 4) stellt fest, dass eine Innovation bei ihrer Implementierung selten mit ihren anfänglichen Entwürfen und Umsetzungen einhergeht und sich im Verlaufe ihrer Nutzung verändert. Das ist es, was die Plastizität von Innovation ausmacht. Damit also eine Einbettung in Verwendungskontexte gelingt, müssen Innovationen einen sogenannten Lernprozess durchlaufen (vgl. Sauer/Lang 1999: 17).

Letztendlich sind Innovationen aber auch an der Akzeptanz der relevanten Personen gebunden. Die Entscheidung eine Innovation anzunehmen oder abzulehnen ist nach der Theorie des Soziologen Everett M. Rogers (1931–2004) keine spontane Reaktion, sondern ein sozialer Prozess, der sich über einen bestimmten Zeitraum erstreckt und eine Reihe von Vorstellungen beinhaltet. So bringen Innovationen einen Vorteil oder Nutzen und sind gleichzeitig kompatibel mit Wertvorstellungen und Erfahrungen (vgl. Rogers 2003). Darüber hinaus sind Innovationen verständlich und praktikabel, können in Versuchen geprüft werden und erweisen sich dabei erkennbar als Erfolg.

5.1.3. Internationaler und grenzüberschreitender Vergleich: Themen und Herausforderungen

In den Regeln der soziologischen Methode erinnert sich Emile Durkheim: „*Die vergleichende Soziologie ist kein besonderer Zweig der Soziologie, sie ist die Soziologie selbst.*“ (Durkheim 2002: 76) Mit anderen Worten, das Erklären eines Phänomens, einer sozialen Institution für sich selbst und von innen heraus, kann nur zu einem begrenzten Verständnis führen. In einem Buch über soziologische Vergleiche operationalisiert Claire Vigour Durkheims Intuition: „*Vergleichen heisst (…), Unterschiede und Gemeinsamkeiten anhand eines Kriteriums zu identifizieren, das im Vorfeld definiert werden muss und das die Sichtweise des Forschers bestimmt.*“ (Vigour 2005) Es gibt also sowohl Vergleichskriterien als auch Gegenstände dieses Vergleichs. Zum Beispiel können wir zwei ähnliche Institutionen in verschiedenen Gesellschaften oder zwei verschiedene Institutionen in derselben Gesellschaft vergleichen. Das „Kriterium“ für den Vergleich der vorliegenden Forschung ist die soziale Innovation in den Quartieren. Vergleichsgegenstand stellen wiederum die Projekte und Methoden aus den neun Quartieren der Oberrheinregion dar. Der im Rahmen von MARGE erfolgte Vergleich basiert daher auf zwei Ebenen:

- Erstens, ein internationaler Vergleich zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz.
- Zweitens, ein Vergleich der Sichtweisen, zwischen Fachpersonen der sozialen Stadtentwicklung und der Forschung.

Die soziale Stadtentwicklung ist Teil der öffentlichen Politik, die vor Ort in jedem Stadtteil umgesetzt wird. Patrick Hassenteufel, Professor für Politikwissenschaft, greift das Interesse des internationalen Vergleichs für die öffentliche Politik auf:
„*Zu beobachten, wie andere Dinge tun, ist zu einem allgemeinen Reflex geworden (…). Kurzum, der Vergleich liegt im Trend und nährt zunehmend die öffentliche Entscheidungsfindung. Über diese sehr günstige Konjunktur hinaus sind die Beiträge des internationalen Vergleichs zahlreich. Erstens erlaubt der vergleichende Umweg einen dezentralen Blick auf die eigene nationale Realität (…). Der komparative Ansatz ermöglicht vor allem durch Multiplikation der Anzahl der damit implizierten Fälle eine empirisch*

fundierte Validierung (oder Invalidierung) allgemeiner theoretischer Hypothesen, wenn sie deduktiv mobilisiert werden." (Hassenteufel 2005)

Dezentrierung und verbesserte wissenschaftliche Validierung sind daher zwei Gründe, warum internationale Vergleiche wesentliche Forschungsinstrumente sind. Jedoch weist Patrick Hassenteufel (2005) auch auf vier Gefahren hin, die sich aus dieser Art von Forschung ergeben können:

- Der „unechte" Vergleich, der lediglich nationale Perspektiven einander gegenüberstellt.
- Der Vergleich „aus der Entfernung", der auf dem Vergleich von „grauer" oder „sekundärer" Literatur basiert, ohne dabei ins Feld zu gehen.
- Die „reduzierten Vergleiche", welche die vergleichende Arbeit auf quantitative Indikatoren oder „nationale Stile" reduzieren.
- Die „voreingenommene" Vergleiche, deren alleiniger Zweck es ist, die Hypothese des Forschers zu bestätigen.

Um diesen Gefahren entgegenzuwirken, fordert Patrick Hassenteufel (2005) die Forschenden auf, zwei Positionen zu vermeiden. Die erste ist die der Unvergleichbarkeit, welche die nationale Irreduzierbarkeit Apriori voraussetzt. Die zweite ist die der spontanen Vergleichbarkeit, die davon ausgeht, dass zwei gleichnamige Objekte vergleichbar sind.

Nachfolgend werden wir einen Überblick über den wissenschaftlichen Stand zur internationalen und grenzüberschreitenden Forschung geben. Angesichts der Vielfalt der vergleichenden Forschung, konzentrieren wir uns im vorliegendem Kapitel auf die Themen „Soziale Arbeit", „soziale Stadtentwicklung" und „grenzüberschreitende Entwicklung".

5.1.3.1 Internationale Vergleichsforschung in der Sozialen Arbeit: Zwischen Unterlassung und Bereicherung

Während der internationale Vergleich in den Sozialwissenschaften ein grundlegender und anerkannter Forschungsgegenstand darstellt, ist er im Kontext der französischen Sozialarbeitsforschung nach wie vor von der „chaotischen Strukturierung" des Feldes[1] abhängig. Dennoch haben mehrere Studien den Wert eines internationalen Ansatzes für die Soziale Arbeit bekräftigt. Marc Rouzeau analysiert in seiner Doktorarbeit drei Projekte von Franco Quebec im Bereich der sozialen Intervention. Ausgehend von einer Soziologie der Übersetzung (Callon 1986) zeigt Rouzeau sowohl das wissenschaftliche als auch das praktische Interesse solcher Forschungsprojekte auf. Für ihn entsteht Innovation in internationalen Projekten aus der Mobilisierung von Akteuren, die vernetzt sind und „inspirierende Erfahrungen" bewerten und vermitteln können.

Aus einer Perspektive, die darauf abzielt, „soziale Innovation" zu ermöglichen, haben wir die Überzeugung gewonnen, dass „der Umweg übers Ausland" durch den Vergleich von Rationalitäten zur Herstellung neuer Bezüge beitragen und alternative Ressourcen, ob kognitiv, strategisch oder instrumental identifizieren kann. Da die internationale Verbreitung von Ideen, die über die Soziale Frage nachdenken, sowie die transnationale Anwendung von Standards, die das soziale und bildungspolitische Handeln leitet, zunimmt, sind auch wir der Ansicht, dass der Prozess der Verbreitung von „Repertoires" und „Handlungsmassnahmen" nicht der alleinigen Initiative von „Thinktanks" Medien und internationalen Eliten überlassen werden sollte (Rouzeau 2014: 357).

Im Hinblick auf die Ermächtigung von Fachpersonen, ist der internationale Vergleich ein Mittel, um Praktiken zu überprüfen und zu verbessern. Auch das Buch „Soziale Arbeit ohne Grenzen: Innovation und Anpassung" (Hirlet et al. 2013) weist auf die Entwicklung der Forschung aus internationaler Perspektive hin. In dieser kollektiven Arbeit werden mehrere vergleichende Forschungsstudien vorgestellt. Ihre kurze Darstellung ermöglicht es, eine Bestandsaufnahme der Art der durchgeführten Forschung vorzulegen:

- **„Einwanderung in Frankreich und Deutschland, Unterschiede, Konvergenzen und die gleiche Frage für die Soziale Arbeit", Thérèse Neuer-Miebach, Alexandra Schleyer-Lindenmann (in Hirlet 2013).**

Thema:	Migrationspolitik
Beteiligte Länder und Regionen:	Frankreich, Deutschland
Art der Forschung:	Vergleich von Systemen und Massnahmen (keine Felduntersuchung)
Methodik:	Vergleichsstudie auf der Grundlage von Gesetzestexten und „grauer Literatur"

- **„Die methodologischen Beiträge von drei Forschungsprojekten aus dem französisch-belgisch-luxemburgischen Grenzgebiet", Bernard Balzani, Jean-Luc Deshayes, Marc Gillet, Jacques Rihoux (in Hirlet 2013).**

Thema:	Kinderschutz
Beteiligte Länder und Regionen:	Frankreich (Lothringen), Belgien (Wallonien), Luxemburg
Art der Forschung:	Aktionsforschung
Methodik:	Vergleich von Kinderschutzsystemen durch den Forschungsansatz „histoire croisée", Transfer von innovativen Projekte durch fachliche Einbindung

- **„Die Ausbreitung der Evaluation im Bereich des Kinderschutzes in Frankreich und Quebec, Der Verlauf der internationalen Vergleichsforschung", Eugénie Terrier, Daniel Turcotte, Corinne Chaput (in Hirlet 2013).**

Thema:	Kinderschutz
Beteiligte Länder und Regionen:	Frankreich, Kanada (Quebec)
Art der Forschung:	kooperative Forschung
Methodik:	Vergleich von Kinderschutzsystemen, Arbeit an Vorstellungen und Bewertungsinstrumenten im Kinderschutz.

Diese drei Studien zeigen die Vielfalt der Methoden und Zielen der internationalen Forschung im Bereich der Sozialen Arbeit. Wir stellen die bevorzugte Verwendung der Methodik „Aktionsforschung“ fest, die zu den Forschungsmerkmalen in der Sozialen Arbeit gehört. Was die soziale Stadtentwicklung angeht, so gibt es wenig internationale Forschung. Erwähnenswert ist jedoch die im Jahr 2007 erschienene Ausgabe „Räume und Gesellschaften“, die sich mit „Best Practice“ in Städten befasst. Die Beiträge in dieser Ausgabe zeigen ein gegensätzliches Bild dieses Prozesses, indem sie eine kritische Analyse bei der Anwendung von Benchmarking und Best Practice vornehmen.

In einem Beitrag mit dem Titel „*Das ‘good practice-Spiel’ in städtischen Betrieben zwischen Normen und lokaler Produktion*“ erinnern Laurent Devisme, Marc Dumont und Elise Roy daran, dass die „politique de la ville“ in Frankreich eine erfolgreiche Politik in diesem Bereich war (Devisme et. al. 2007). Basierend auf einer Studie über die an die südlichen Länder erfolgte Weisung, den Best Practice Modellen und Methoden der nördlichen Länder im Hinblick auf eine nachhaltige Stadtentwicklung zu folgen, zeigt Françoise Navez-Bouchanine die widrigen Auswirkungen einer „Top-Down“-Politik auf, welche die Bewohnerinnen und Bewohner und die soziale Dimension von urbanen Projekten ignoriert (Navez-Bouchaine, 2007). Über die soziale Stadtentwicklung hinaus, aber im europäischen Raum, analysiert Isabelle Bruno die Auswirkungen des „Social Benchmarking“ auf die „Politik der Armutsbekämpfung“ (Bruno 2010). Gemäss der Autorin verdrängt das in diesem Ansatz gewählte „ordo-libéral“ Prisma den „*demokratischen Beschluss*“, woraufhin sie die Frage nach der Bedeutung eines systematischen Vergleichs der Sozialsysteme und -politik auf europäischer Ebene aufwirft. Es ist dieser Ansatz, den Nadia Arab (2007) in einem Beitrag zur Frage der sozialen Stadtentwicklung mit Titel „*Wofür werden die Erfahrungen anderer genutzt*? Bewährte Verfahren und Innovation in der Stadtplanung“ hinterfragt. So weist sie auf die Schwierigkeiten hin, den Austausch bewährter Verfahren in die Praxis umzusetzen, und kommt zum Schluss:
„*Dem Problem der Best Practices beizutragen, indem man sich aus der Sicht derjenigen, die sie nutzen, positioniert und sich für ihre Nutzungsformen interessiert, führt zur Aktualisierung eines Lern- und Erfahrungsaustauschansatzes auf einer gleichzeitig empirischen, pragmatischen und territorialen Weise. (...) Das so erworbene Wissen wird nicht als absolutes oder unfehlbares Wissen behandelt, und wenn ein Erfahrungsaustausch stattfindet, ist es nicht mechanisch und funktioniert nicht auf die Weise der identischen Reproduktion*.“ (Arab 2007: 45)

Abschliesslich kann über die Initiative des Deutsch-Französischen Jugendwerks (L’Office franco-allemand pour la Jeunesse – OFAJ) berichtet werden, welches seit 2006 das Netzwerk „Integration und Chancengleichheit“ betreibt und den Austausch von Jugendlichen und Fachkräften aus marginalisierten Quartiere in Deutschland und Frankreich fördert. Die Evaluation dieses Netzwerks wurde 2014 veröffentlicht (Pierre, Ottersbach 2014) und war Gegenstand einer deutschsprachigen Publikation (Boubeker/Ottersbach 2014). Die Forschungsergebnisse dieser Initiative der OFAJ, die darauf abzielt, die Austauschprogramme der OFAJ für benachteiligte Jugendlichen zu öffnen, kommen zum Schluss, dass ein derartiger Austausch relevant ist. Es zeigen sich aber auch Herausforderungen und Grenzen. Zum einen, finanzielle Einschränkung: Diese Projekte, die sich an benachteiligte Bevölkerungsgruppen richten, erfordern genügend finanzielle Mittel, damit diese reibungslos ablaufen können. Zum anderen, die Sprachgrenze: Das Wissen um die Sprache des anderen ist eine Voraussetzung für den Erfolg und die Nachhaltigkeit

der Projekte. Und schliesslich die kulturelle Grenze, da diese Art von Projekten weit vom Alltag der Jugendlichen entfernt ist.

5.1.3.2 Grenzüberschreitende Forschung: Vorteile der räumlichen Nähe

Seit mehreren Jahren sind grenzüberschreitende Studiengänge Gegenstand neuer Studienrichtungen, welche die angelsächsischen Länder „border studies“ oder „cross border studies“ nennen. Diese Studien gehen im Allgemeinen von der Annahme aus, dass die Grenzen im Globalisierungsprozess und insbesondere beim Aufbau der Europäischen Union verschwinden. Die Grenzgebiete werden, um es in den Worten von Szary-Amilhat und Fourny (2006: 13) zu sagen, „*zum Herzen Europas*“.

Unserer Meinung nach ist die grenzüberschreitende Dimension der Forschung jedoch viel mehr als nur ein Einzelfall der internationalen Forschung. Die geographische Nähe und die gemeinsame Nutzung eines gemeinsamen Lebensraums verändern den wissenschaftlichen Ansatz grundlegend. In einem der wenigen französischsprachigen Werke über die Soziologie der Grenzgebiete - die Philippe Hamman „espace frontière“ nennt -, weist Hamman darauf hin, dass Grenzgebiete „*gelebte Sozialräume sind, die von Macht-, Identitäts- und Zugehörigkeitsverhältnissen geprägt sind, das heisst ein Raum, der von Akteuren und Gruppen genutzt wird, die ihn aneignen und organisieren*.“ (Hamman 2003: 17)

Im Gegensatz zur internationalen Forschung teilen sich also Forscherinnen und Forscher, die grenzüberschreitend forschen, einen Lebensraum. Das benachbarte Gebiet ist nicht völlig unbekannt, und die Forschenden teilen ihr Wissen, ihre Darstellungen und Orte. Es kann davon ausgegangen werden, dass die von Patrick Hassenteufel für die internationale Forschung konstatierten Schwierigkeiten für die grenzüberschreitende Forschung geringer sind:
„*Je mehr ein Team geographisch fragmentiert ist, desto bedeutungsvoller ist das Risiko von Abweichung und Missverständnis: Wir haben oft genauso viele Probleme wie Länder im Vergleich, wobei jedes Mitglied sein eigenes Analyseraster auf seine eigene nationale Realität anwendet*.“ (Hassenteufel 2005: 120)

Diese Erkenntnis soll nicht die Existenz von Grenzen vergessen lassen. Daran erinnert uns Denis de Rougmont (1977) in seiner Definition zur Grenzregion: „*Es ist eine virtuelle Region, die in Geographie, Geschichte, Ökologie, Ethnizität, wirtschaftliche Möglichkeiten usw. eingeschrieben ist, aber von der Souveränität der Staaten auf beiden Seiten der Grenze blockiert wird*.“ Die Grenze, sowohl Trennlinie als auch Öffnungsraum, ist eine soziale Konstruktion, ein Prozess permanenter Neudefinition (vgl. Berg/Van Houtum 2003).
Es sei hier an dieser Stelle noch einmal an Georg Simmels wichtigen Beitrag zur Soziologie der Grenzen hinzuweisen. In seinem Beitrag „*Brücke und Tor*“ beschreibt er die paradoxe Dimension der Grenze sehr treffend:
„*Weil der Mensch das verbindende Wesen ist, das immer trennen muss und ohne zu trennen nicht verbinden kann — darum müssen wir das blosse indifferente Dasein zweier Ufer erst geistig als eine Getrenntheit auffassen, um sie durch eine Brücke zu verbinden. Und ebenso ist der Mensch das Grenzwesen, das keine Grenze hat. Der Abschluss seines Zuhauseseins durch die Tür bedeutet zwar, dass er aus der ununterbrochenen Einheit des natürlichen Seins ein Stück heraustrennt. Aber wie die formlose Begrenzung zu einer Gestalt kommt, so findet seine Begrenztheit ihren Sinn und ihre Würde erst an dem, was die Beweglichkeit der Tür versinnlicht: an der Möglichkeit, aus dieser Begrenzung in jedem Augenblick in die Freiheithinauszutreten*.“ (Simmel 1957: 6f.)

Das Projekt MARGE ist insofern einzigartig, als dass es sich sowohl um ein Projekt zur Neudefinition der Grenzen zwischen den Quartieren in der Oberrheinregion als auch um die Erforschung der Auswirkungen dieser Grenzen auf den grenzüberschreitenden Austausch handelt. Die Schwierigkeit besteht also darin, sich sowohl als Akteur resp. Akteurin der grenzüberschreitenden Entwicklung als auch als kritischer Beobachter resp. kritische Beobachterin zu positionieren.

Die hier abgebildete Karte zeigt die Grenzregionen zwischen Frankreich, Deutschland, Luxemburg und Belgien und listet alle europäischen Massnahmen auf, die darauf abzielen, sie zusammenzuführen.

Die Karte zeigt sowohl die institutionellen Anstrengungen zur Annäherung der Grenzregionen als auch die Bewahrung der Grenzen, die die eigentlichen Organisatoren der Gebiete sind. Ein Buch von Angeliki Koukoutsaki-Monnier (2014) befasst sich in Anlehnung an den Oberrhein mit der Konstruktion einer grenzüberschreitenden Identität in diesem Gebiet. Überbrückt man die Sichtweisen und Disziplinen, so bezeugt dieses Buch in der Kontinuität von Simmel die Ambivalenz der Grenzen. Der Geograph Jacques Lévy unterscheidet drei Arten von räumlichen Grenzeffekten: *„(...) die der Barriere, die ihre Daseinsberechtigung ist, aber auch die der Grenzfläche und des Territoriums. Im zweiten Fall filtert und kanalisiert die Grenze lediglich Beziehungen zwischen Räumen, die ohne ihr diffuser wären. Im letzten Fall, aufgrund der ersten beiden Funktionen, schafft sie eine Grenzregion, auf jeder Seite der Linie, das heisst, am Ende die Grenzen einer bestimmten Art.“ (Lévy/Lussault 2003)*

Angeliki Koukoutsaki-Monnier erinnert sich rückblickend auf die Geschichte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Oberrheinregion an die 1962 erfolgte Gründung der Region Basiliensis, welche die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Region Basel, Baden und dem Elsass zum Ziel hat.

Zum selbigen Zeitpunkt und etwas weiter nördlich möchte auch die *„Interessengemeinschaft Mittleres Elsass-Breisgau“* (CIMAB - Communauté d'intérêt Moyenne Alsace-Brisgau) die gleichen Ziele erreichen. Diese grenzüberschreitenden Zusammenschlüsse sehen sich jedoch Kritik gegenübergestellt. So wird die Regio Basiliensis als *„Putschversuchs“* Basels gegen Mulhouse wahrgenommen, um mit der 1963 gegründeten neuen *„Interministeriellen Delegation für Raumordnung und regionale Aktionen (Délégation interministérielle à l'aménagement du territoire et à l'attractivité régionale - DATAR)“* zu konkurrieren. Ab 1975 erleichterten die Bonner Abkommen die Zusammenarbeit. Aber erst mit der Dezentralisierung wurde diese Politik zum festen Bestandteil der Oberrheinregion. 1991 wurde die Oberrheinkonferenz ins Leben gerufen und brachte die institutionellen Akteure der Grenzregion zusammen. Danach übernahm 1999 die Europäische Union mit dem INTERREG-Programm die Rolle des Hauptakteurs bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Heute gibt es Kooperationen auf nationaler Ebene (Regierungskommission), regionaler Ebene (Oberrheinkonferenz für Kommunen und Staat, Rheinischer Rat für Volksvertreter) und kommunaler Ebene (Eurodistrikt). Der Oberrheinraum gliedert sich nach wie vor um die Metropolen Basel und Strassburg. Dies bestätigt die 2010 gegründete *„Trinationalen Metropolregion Oberrhein (Région Métropolitaine Trinationale du Rhin Supérieur – RMT)“*, welche die Oberrheinkonferenz und den Rheinischen Rat vereint: *„Der Oberrhein hat einige Merkmale einer Euroregion, aber es werden nicht unbedingt in dieser Grössenordnung die intensivsten Beziehungen geknüpft und die wichtigsten Themen wahrgenommen. Das Ausmass der Agglomerationen bietet zweifellos ein wichtiger Rahmen für die Entwicklung grenzüberschreitender Regulierungssysteme.“* (Reitel 2010: 304)

Gemäss Brite Wassenberg (2007) geht es nicht darum, eine autonome Euroregion zu etablieren, sondern um die Schaffung eines Integrationsraums und einer gewissen *„grenzüberschreitenden“* Identität. Dennoch bleibt diese Identität weitgehend theoretisch und ist für die Medien und für die Bevölkerung von geringem Interesse.

5.1.4. Bezug zur Forschungsarbeit und Fazit

Wie bereits eingeführt, stellt für das Projekt MARGE die soziale Innovation in den Quartieren das zentrale „Kriterium“ für den grenzüberschreitenden Vergleich der Forschung dar. Als Vergleichsgegenstand fungieren die Projekte und Methoden aus den neun MARGE Quartieren. Zur Erinnerung, der Vergleich basiert auf folgende zwei Ebenen:

- Erstens, ein internationaler Vergleich zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz.
- Zweitens, ein Vergleich der Sichtweisen zwischen Fachpersonen der sozialen Stadtentwicklung und der Forschung.

Um den am Projekt MARGE beteiligten Quartieren eine echte Aneignung ausländischer Projekte zu ermöglichen und sich selbst die Möglichkeit zu geben, soziale Innovationen zu fördern, wählte MARGE für seine Forschungsarbeit die Methode der Aktionsforschung aus. Dank der wissenschaftlichen Unterstützung und der Nähe des Feldes glauben wir, dass diese Methode dem Projekt MARGE die notwendigen Mittel gab, um die formulierten Ziele zu erreichen.

Wenn wir uns die Frage stellen, wie grenzüberschreitender Austausch soziale Innovationen in den Quartieren fördern kann, dann müssen wir uns auch fragen, ob und inwieweit Good Practice Modelle aus einem Land einen Beitrag zur Lösung bzw. zur besseren Bewältigung und Bearbeitung sozialer Problemlagen in einem

anderen Land leisten, und ob sich diese Wirkung nachhaltig mit der Innovation begründen lässt (vgl. Wendt 2006: 23). Denn nicht selten werden Innovationen in der Sozialen Arbeit mittels Projekten ausgelöst (vgl. Parpan-Blaser 2011: 112). Um eine Antwort auf diese Frage zu erhalten, werden wir anhand der sechs Innovationsmerkmale (Neuheit, Neuartigkeit, Unsicherheit, Erzeugungsgeschehen, Relativität und Plastizität) und mittels der Klärung des Konzepts „soziale Innovation" Rückschlüsse für die Soziale Arbeit ziehen.

Die Bestimmung von Neuem oder Neuartigem und Originalität in der Sozialen Arbeit setzt gute Fachkenntnisse des Feldes voraus. Dies bedingt einerseits einen vertieften Einblick in den aktuellen Stand der Disziplinbildung und der professionellen Praxis, da sich die relevanten Vergleichsdimensionen aus den Diskursen in der „professional" und der „scientific community" und dem daraus sich ergebenden Erwartungshorizont ableiten lassen (vgl. Parpan-Blaser 2011: 64f.). Andererseits gilt es zu berücksichtigen, dass die Bezeichnung eines innovativen Projekts als solches das Resultat sozialer Zuschreibungsprozesse ist (vgl. ebd.: 65). Folglich ist zu klären, wer diese Attribuierung vorangetrieben, beeinflusst oder gar behindert hat und mit welchen Motiven dies geschah - selbst wenn die Wertorientierung und der Professionsstatus der Sozialen Arbeit zu einer normativen Begrenzung der Relativität führt (vgl. ebd.: 242). Im Zentrum der Argumentationsbasis zur Identifikation von Innovationen in der Sozialen Arbeit steht stets die reale Problemlage und ihre möglichst wirksame Bearbeitung. Demnach müssen sich als Innovation bezeichnete Veränderungen in erster Linie daran messen lassen, ob sie für Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit einen Mehrwert darstellen (vgl. ebd.: 65). Um diesen Aspekt weiter zu erforschen, kann auf Norbert Alter (2000) verwiesen werden, der in „gewöhnliche Innovation" Marcel Mauss Gabe-Theorie (1923) zur Charakterisierung von Innovation in einer Organisation aufgreift. Es ist das Engagement der Akteure in diesem Prozess (Geben, Empfangen und Zurückgeben), welches die Entstehung von Innovation ermöglicht (vgl. ebd.). Daher ist in einem grenzüberschreitenden Projekt dieses besagte Engagement der ausschlaggebende Punkt für den Erfolg eines Projekts und einer echten sozialen Innovation.

Um im Projekt MARGE von „sozialer Innovation" sprechen zu können, muss sich die Handlungspraxis nachhaltig verändern, womit die Herausforderung darin besteht, diese Veränderungen in der relativ kurzen Zeitspanne des Projekts zu beurteilen. Die zweite Schwierigkeit bezieht sich auf die Kritik an den europäischen Politiken, welche die Unterordnung zum Benchmarking und den Austausch bewährten Praktiken (sogenannten Good Practice) dazu nutzen, eine neoliberale Agenda für die nationalen Politiken und Praktiken aufzuerlegen. Es stellt sich daher die Frage, wie sich MARGE zurückhalten kann und eine eigene Agenda zur Förderung des Transfers innovativer Projekte vorschlagen kann.

Gemäss Wendt (2006: 21) lassen sich Innovationen unterscheiden zwischen Innovationen von oben (Anstoss durch Politik oder Gesetz), von innen (Anstoss durch die Soziale Arbeit) und von unten (Anstoss durch Bürgerengagement und sozialen Bewegungen). Nebst der Notwendigkeit einer für die Soziale Arbeit unabhängigen Forschungs- und Entwicklungsarbeit zur Sicherung von „Anpassungsinnovationen", weist Wendt (ebd.) auf die Kompetenzerweiterung hin. Konkret bedeutet dies die Vernetzung in einem thematischen Feld oder die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen. Ferner geht es darum, neue Kombinationen von professioneller Sozialer Arbeit und Eigenaktivität der Betroffenen zu fördern.

Die geographische Nähe des grenzüberschreitenden Gebiets auf das sich MARGE bezieht, ist eine echte Chance, um diese neue Kombinationen und das Engagement der Beteiligten zu ermöglichen. Denn wie bereits erläutert, teilen sich Forscherinnen und Forscher, die an grenzüberschreitender Forschung beteiligt sind, im Gegensatz zur internationalen Forschung, einen gemeinsamen Lebensraum. Das benachbarte Gebiet ist nicht völlig unbekannt und die Forschenden teilen ihr Wissen, ihre Darstellungen und Orte. Dies ist ein erheblicher Vorteil für MARGE. Der zweite wichtige Punkt bei grenzüberschreitenden Projekten ist die Besonderheit, die für zahlreiche Aktionsforschungsprojekten spezifisch ist, da MARGE Akteur und kritischer Beobachter zugleich ist. Denn MARGE ist sowohl ein Projekt zur Neubestimmung der Grenzen zwischen den Quartieren der Oberrheinregion wie auch Forschungsprojekt zur Auswirkung dieser Grenzen auf den grenzüberschreitenden Austausch

Der letzte wichtige Punkt in Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist das Fehlen einer grenzüberschreitenden Identität. Wie können wir die Akteure aus den Quartieren für ein Ziel gewinnen, das nicht (oder nur teilweise) existiert? Dies ist ein bedeutsamer Aspekt für den Erfolg von MARGE. Schliesslich greift MARGE mit seinen drei Aktionen (Austauschplattform, Toolkit und trinationalem Weiterbildungsprogramm) genau diese Anliegen auf. Indem MARGE den grenzüberschreitenden Austausch unter den Akteuren der Quartier- und Stadtentwicklung fördert, leistet das Projekt einen Beitrag zur Kompetenzentwicklung und stellt mittels Good Practice Modellen neuartige Arrangements institutionalisierten Verhaltens sowie bewerte Methoden, Massnahmen etc. zur Lösung resp. zur besseren Bewältigung und Bearbeitung sozialer Problemlagen bereit.

Damit kann abschliessend festgehalten werden, dass der grenzüberschreitende Austausch dann zu sozialen Innovationen in den Quartieren führt, wenn *„es gelingt, die kritische (empirische) Beobachtung und Reflexion der eigenen Praxis und den damit verbundenen Wissenszuwachs produktiv zu nutzen, oder Anstösse von oben (Politik, Gesetzgebe) oder von unten (Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen) unter fachlichen Gesichtspunkten in den disziplinären Diskurs einzubinden."* (Parpan-Blaser 2011: 119) Orientierung bietet hierbei der sich an den Adressatinnen und Adressaten manifestierenden Nutzen und Erfolg einer innovativen Entwicklung.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Aderhold, Jens (2005). Gesellschaftsentwicklung am Tropf technischer Neuerungen? In: Aderhold, Jens/John, Rene (Hg.). Innovation - Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft. S. IH2.

Alter, Norbert (2003). L'innovation ordinaire. Paris: Presses Universitaires de France.

Arab, Nadia (2007). À quoi sert l'expérience des autres? In: Espaces et sociétés. (4). S. 33-47.

Avenel, Cyprien (2010). Sociologie des „quartiers sensibles". Armand Colin. Paris. Becker, Martin/Guhl, Jutta/Michon, Bruno (2016). Intervenir dans les quartiers marginalisés. Le sociographe (5), 129-156.

Beer, Charles (2017). Quartiere als Motor der Stadtentwicklung. In: Focus - Schweizerischer Städteverband. 3. Jg. S. 1-6.

Berg, Eiki/Van Houtum, Henk (2003). Routing borders between territories, discourses and practices: Ashgate Aldershot.

Blättel-Mink, Birgit (2006). Kompendium der Innovationsforschung. Wiesbaden: VS-Verlag.

Boubeker, Ahmed/Ottersbach, Markus (2014). Diversität und Partizipation: Deutsch-französische Perspektiven auf die Arbeit mit Jugendlichen aus marginalisierten Quartieren. Bd. 4: Waxmann Verlag.

Boutinet, Jean-Pierre (1990). Anthropologie du projet. Paris: Presses Universitaires de France.

Braun-Thürmann, Holger/John, René (2010). Innovation: Realisierung und Indikator des sozialen Wandels. In: Howaldt, Jürgen/Jacobsen, Heike (Hg.). Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 53-69.

Braun-Thürmann, Holger (2005). Innovation. Bielefeld: transcript Verlag.

Braun-Thürmann, Holger (2004). Zum sozialwissenschaftlichen Verständnis von Innovationen. In: Planungsrundschau. 9. Jg. S. 9-17.

Bruno, Isabelle (2010). La déroute du „benchmarking social". La coordination des luttes nationales contre l'exclusion et la pauvreté en Euope. In: Revue française de socio-économie. 5. Jg. S. 41-61.

Briken, Kendra (2006). Denkweisen von Innovation. In: Trans. Internet-Zeitschrift für Kulturwissenschaften (16). URL: http://www.inst.at/trans/16Nr/07_2/briken16.htm [Zugriffsdatum: 16.06.2017]

Callon, Michel (1986). Éléments pour une sociologie de la traduction: La domestication des coquilles Saint-Jacques et des marins-pêcheurs dans la baie de Saint-Brieuc. L'Année sociologique, 36, 169-208.

De Rougemont, Denis (1977). L'avenir est notre affaire. Paris: Stock.

Devisme, Laurent/Dumont, Marc/Roy, Elise (2007). Le jeu des „bonnes pratiques" dans les opérations urbaines, entre normes et fabrique locale. In: Espaces et sociétés. 131. Jg. S. 15-31.

Duden (2017). Best Practice. URL: http://www.duden.de/rechtschreibung/Best_Practice [Zugriffsdatum: 13.06.2017]

Durkheim, Emile ([1894] 2002). Les règles de la méthode sociologique. URL: http://dx.doi.org/doi:10.1522/cla.due.reg1 [Zugriffsdatum: 13.06.2017]

Fabian, Carlo/Käser, Nadine/Klöti, Tanja/Bachmann, Nicole (2014). Leitfaden. Good-Practice-Kriterien. Prävention von Jugendgewalt in Familie, Schule und Sozialraum. Im Auftrag des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) Nationales Programm Jugend und Gewalt. URL: https://www.elternbildung.ch/fileadmin/dateiablage/DE/Fachartikel/GoodPractice_Jugendgewalt-Praevention_2014.pdf [Zugriffsdatum: 08.08.2017)

Gillwald, Katrin (2000). Konzepte sozialer Innovationen. Berlin: Discussion Paper P00-519. Wissenschaftszentrum Berlin. URL: http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2000/p00-519.pdf [Zugriffsdatum: 17.03.2017]

Hamman, Philippe (2013). Sociologie des espaces-frontières. Presses universitaires de Strasbourg.

Hassenteufel, Patrick (2005). De la comparaison internationale à la comparaison transnationale. Les déplacements de la construction d'objets comparatifs en matière de politiques publiques. In: Revue française de science politique. 55. Jg. (1). S. 132. URL: http://www.cairn.info/revue-francaise-de-science-politique-2005-1-page-113.htm. 10.3917/rfsp.551.0113 [Zugriffsdatum: 17.03.2017]

Hauschildt, Jürgen (2004). Innovationsmanagement. 3. Aufl. München: Vahlen.

Hillmann, Karl-Heinz/Hartfiel, Günter (2007). Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart: Kröner.

Hirlet, Philippe/Meyer, Jean-Louis/Molina, Yvette/Muller, Béatrice (Hg.). (2013). Travail social sans frontières: innovation et adaptation. Rennes: Presses de l'EHESP.

Howaldt, Jürgen/Schwarz, Michael (2012). Zur Rolle der Sozialwissenschaften in gesellschaftlichen Innovationsprozessen. In: Beck, Gerald/Kropp, Cordula (Hg.). Gesellschaft innovativ. Wer sind die Akteure? 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 47-64.

Howaldt, Jürgen/Schwarz, Michael (2010). Soziale Innovation – Konzepte, Forschungsfelder und –perspektiven. In: Howaldt, Jürgen/Jacobsen, Heike (Hg.). Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. 1 Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 87-108.

Ibert, Oliver (2004). Zu Arbeitsweise und Reichweite innovationsgenerierender Planungsverfahren. In: Planungsrundschau. 9. Jg. S. 18-43.

Klein, Juan-Luis/Harrisson, Denis (2006). L'innovation sociale: émergence et effets sur la transformation des sociétés. Québec: PUQ.

Koukoutsaki-Monnier, Angeliki (2014). Identités (trans) frontalières au sein et autour de l'espace du Rhin supérieur: Presses universitaires de Nancy-Editions Universitaires de Lorraine.

Lévy, Jacques/Lussault, Michel (2003). Wörterbuch der Geographie [und des gesellschaftlichen Raumes]. „Grenzübertritt". Paris: Berlin.

Maelieke, Bemd (1987). Soziale Arbeit als soziale Innovation. Veränderungsbedarf und Innovationsstrategien. Weinheim/München: Juventa.

Navez-Bouchanin, Françoise (2007). Le développement urbain durable: „best practice" ou leurre méthodologique ? In: Espaces et sociétés. 131. Jg. S. 101-116.

Offredi, Claudine/Ravoux, Françoise (2010). La notion d'utilité sociale au défi de son identité dans l'évaluation des politiques publiques: Editions L'Harmattan.

Ogburn, William (1923). Social change. With respect to culture and original nature. London: Allen & Unwind.

Soziale Innovation und Good Practice: Grenzüberschreitender Austausch als Chance?

Parpan-Blaser, Anne (2011). Innovation in der Sozialen Arbeit. Zur theoretischen und empirischen Grundlegung eines Konzepts. 1 Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 272.

Pierre, Thomas/Ottersbach, Markus (2014). Le réseau franco-allemand „Intégration et égalité des chances“. Rapport final de l'évaluation. Bd. Textes de travail n°26. Paris/Berlin: OFAJ.

Reitel, Bernard (2010). Le Rhin supérieur, une région transfrontalière en construction? Une approche géographique d'une situation frontalière. In: Wassenberg, Birte (Hg.). Vivre et penser la cooperation transfrontaliere (Vol. 1): les régions frontalières françaises. Stuttgart: Franz Steiner Verlag. S. 289-306.

Richez-Battesti, Nadine/Petrella, Francesca/Vallade, Delphine (2012). L'innovation sociale, une notion aux usages pluriels : Quels enjeux et défis pour l'analyse? Innovations, 38(2), 36.

RMTMO (o. J.). Das Gebiet des Oberrheins - von der Pfalz über Baden und das Elsass bis in die Nordwestschweiz. URL: http://www.rmtmo.eu/de/de/rmt-tmo/das-gebiet-des-oberrheins.html [Zugriffsdatum: 12.06.2017]

Rogers, Everett M. (2003). Diffusion of Innovations. 5. Aufl. New York: The Free Press.

Rouzeau, Marc (2014). La gestion localisée de la question sociale: diversité des échelles, circulation des idées, contributions expertes. Doctorat en sciences politiques. Université Rennes 1.

Sauer, Dieter/Lang, Christa (1999) (Hg.). Paradoxien der Innovation. Frankfurt /New York: Campus.

Szary-Amilhat, Anne-Laure/Fourny, Marie-Christine (2006). Après les frontières, avec la frontière. Nouvelles dynamiques transfrontalières en Europe: Editions de l'Aube.

Schumpeter, Joseph Alois/Perroux, François (1935). Théorie de l’évolution économique. Dalloz: Paris.

Simmel, Georg (1957). Brücke und Tür. Essays des Philosophen zur Geschichte, Religion, Kunst und Gesellschaft. In: Landmann, Michael (Hg.). Koehler: Stuttgart.

Souchard, Nadine (2013). Expérimentation et innovation sociale, rapport Final. La Fabrique du social. URL: http://recherche-action.fr [Zugriffsdatum: 16.06.2017]

Vigour, Cécile (2005). La comparaison dans les sciences sociales, pratiques et méthodes. Paris: La Découverte.

Waldenfels, Bernhard (1991). Der Primat der Einbildungskraft. Zur Rolle des gesellschaftlich Imaginären bei Cornélius Castoriadis. In: Pechriggl, Alice /Reitter, Karl (Hg.). Die Institution des Imaginären. Wien/Berlin: Turia+Kant. S. 55-80.

Wassenberg, Birte (2007). Vers une eurorégion? La coopération transfrontalière franco-germano-suisse dans l'espace rhénan de 1975 à 2000. Bruxelles: Peter Lang.

Wendt, Wolf Rainer (2006). Innovation tut not. In: Sozialwirtschaft. 16. 1. Jg. S. 19-25.

Wendt, Wolf Rainer (2005). Dimensionen sozialer Innovation. In: Wendt, Wolf Rainer (Hg.). Innovationen in der sozialen Praxis. Baden-Baden: Nomos. S. 13-48.

Wetzel, Ralf (2005). Gesichter einer Innovation. Disparate Deskriptionen eines sozialpolitischen Instruments. In: Aderhold, Jens/John, René (Hg.). Innovation – Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft. S. 99-116.

Zapf, Wolfgang (1989). Über soziale Innovationen. Soziale Welt. 40 (1-2). 170-183.

[1] Zahlreiche Artikel und Bücher beschrieben die Suche nach einer Institutionalisierung der Sozialarbeitsforschung im französischen nationalen Kontext. Siehe z. B. die Sonderausgabe der Zeitschrift „Pensée plurielle“ (Nr. 30-31, 2012).

5.2. Partizipation und Engagement am öffentlichen Leben

5.2. Partizipation und Engagement am öffentlichen Leben

(Martin Becker, Sandra Janett, Caroline Oberlin)

Weil für das Handlungsfeld der sozialen Stadt- und Quartierentwicklung, für welches BürgerInnenbeteiligung konstituierend ist, die Bevölkerung eines Quartiers als Adressat Sozialer Arbeit gilt, gehören Partizipationsgestaltung und Engagementförderung zu den wesentlichen Aktivitäten der Fachkräfte Sozialer Arbeit mit Gemeinwesen und werden auch zunehmend von Fachkräften aus der öffentlichen Verwaltung erwartet. Den Erklärungsmodellen und Grundlagen von Partizipation und Engagement ist deshalb dieser Text gewidmet, an dessen Ende 10 Thesen zur Bürgerbeteiligung die vorigen Erkenntnisse zusammenfassen.

5.2.1. Partizipation und Bürgerschaftliches Engagement Begriffe und Bedeutungen (Martin Becker)

Beteiligung oder Teilhabe (Partizipation) an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen kann auf verschiedene Weise stattfinden. Schäfers (1995: 239f.) unterscheidet Beteiligungsformen der Mitbestimmung im Arbeits- oder Wirtschaftsbereich (z.B. Personalvertretung), im Bildungssektor (Schüler-/Elternvertretung oder universitäre Selbstverwaltung) oder im Verbands- und Vereinswesen (Organe der Selbstverwaltung wie Mitgliederversammlungen) von Demokratisierung in Form von institutionalisierter Beteiligung an primär politisch relevanten Entscheidungsstrukturen und –prozessen (z.B. Wahlen und Parlamente). Politische Partizipation kann allgemeiner als Beteiligung der Öffentlichkeit an politischen und sozialen Planungs- und Entscheidungsprozessen verstanden werden. Unter dem Begriff bürgerschaftliches Engagement kann nicht jede Form zivilgesellschaftlichen Engagements subsumiert werden, denn Engagement ist nur insofern bürgerschaftlich oder sozial, als es nicht primär oder gar ausschließlich Privat- oder Partialinteressen dient (Braun 2001a: 97).

Nach Annette Zimmer (1996) fallen darunter:

- einfache Mitgliedschaften und ehrenamtliche Tätigkeiten, wie z.B. in Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, politischen Gremien und Vereinen;
- freiwillige unbezahlte Mitarbeit in karitativen oder gemeinwohlorientierten Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen, Museen oder Bibliotheken;
- Formen direktdemokratischer Bürgerbeteiligung wie Volksbegehren oder Volksentscheiden und
- Beteiligung an Protestaktionen in Bürgerinitiativen oder sozialen Bewegungen.

Für Roth (2000) zählen zu bürgerschaftlichem Engagement:

- Konventionelle und neue Formen politischer Beteiligung (z.B. kommunalpolitische Ehrenämter, Mitarbeit in Parteien oder Gewerkschaften, gesetzlich geregelte oder unkonventionelle Partizipationsformen);
- Freiwillige bzw. ehrenamtliche Wahrnehmung öffentlicher Funktionen z.B. als Schöffe, Wahlhelfer, in Elternbeiräten oder Bürgervereinen;
- Klassische und neue Formen sozialen Engagements z.B. in Wohlfahrtsverbänden oder Hospizgruppen;
- Klassische oder neue Formen gemeinschaftsorientierter, von Solidarvorstellungen geprägter Eigenarbeit wie Nachbarschaftshilfe, Genossenschaften, Seniorenservice-Zentren, Tauschringen, etc.;

- Klassische und neue Formen gemeinschaftlicher Selbsthilfe und anderer gemeinschaftsbezogener Aktivitäten wie Familienhilfe, Selbsthilfegruppen, etc..

5.2.2. Die Partizipationsbewegung in Deutschland, der Schweiz und Frankreich

a) Partizipation und Engagement in Deutschland

(Martin Becker)

In der Geschichte der BRD entwickelte sich in den 1960er Jahren aus der Kritik an autoritären Strukturen eine politische Partizipationsbewegung, die sich für mehr Selbstbestimmung und Emanzipation einsetzte. Die damalige Studentenbewegung nahm zunächst die Strukturen an den Hochschulen ins Visier und weitete ihre Kritik dann auf andere gesellschaftliche Bereiche, bis hin zur antikapitalistischen Systemkritik aus (Wollmann 1998). Forderungen nach Kontrolle staatlicher Macht, ausgelöst durch die Notstandsgesetzgebung der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, Ende der 1960er Jahre, mündeten angesichts fehlender Repräsentanz im Parlament in die „Außerparlamentarische Opposition“ (APO). Anfang der 1970er Jahre waren die Kommunalreformen zur Bildung größerer Verwaltungseinheiten sowie Städtebau- und Sanierungspolitik weitere Felder direktdemokratischer Partizipationsaktivitäten. Diese fanden ihre Form in Bürgerinitiativen zu vorwiegend lokal begrenzten Themen (z.B. Startbahn-West Frankfurt/M.) sowie in sozialen Bewegungen größeren Umfangs zu gesamtgesellschaftlichen Themen wie Frauen-, Anti-Atomkraft-, Ökologie- oder der Friedensbewegung.

Anfang der 1970er Jahre griff die unter dem Wahlmotto Willi Brandts („mehr Demokratie wagen“) angetretene sozial-liberale Bundesregierung Ansätze zur Demokratisierung der Gesellschaft auf und erweiterte Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten, insbesondere im Baurecht. So wurde 1971 die Erörterungspflicht eines Sozialplanes bei städtischen Sanierungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz im Baurecht verankert. Die Novelle des Bundesbaugesetzes von 1976 brachte eine vorgezogene Bürgerbeteiligung in kommunalen Bauleitplanungsverfahren mit sich. In beiden Fällen blieb das „Letztentscheidungsrecht“ jedoch beim Kommunalparlament erhalten (Wollmann 1998: 137).

Kommunale Maßnahmen für mehr Bürgernähe zielten in den 1980er Jahren zunächst auf mehr Transparenz von Entscheidungsprozessen und Serviceverbesserungen für die BürgerInnen (Reichard 1994). Zwischenzeitlich dürften politische Beteiligungsformen, wie die Bildung von Bürgerinitiativen, zum Standard bürgerlicher Interessenvertretung geworden sein und werden selbst von politischen Parteien zu Wahlkampfzwecken instrumentalisiert, wie die „Doppelpass-Kampagne“ der CDU in Hessen Anfang der 1990er Jahre zeigte, wobei es um die Verhinderung der doppelten Staatsbürgerschaft von BewohnerInnen der Bundesrepublik mit Migrationshintergrund ging.

In den 1990er Jahren avancierte die Sorge um den Verbleib oder die Rückkehr des Bürgers in die Politik zur zentralen Debatte. Allenthalben beschäftigten sich staatliche Stellen in Bund, Ländern und Kommunen mit Ausmaß und Förderungsmöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements. So setzte der Deutsche Bundestag Ende 1999 eine Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ ein (Braun 2001a: 83). Die Landesregierung Baden-Württemberg veröffentlichte 1997 ihre erste Landesstudie „Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg“ (Landesstudie 1997). Es wurde ein europäisches „Netzwerk

Bürgerschaftliches Engagement/EUROBes“ installiert, das von der Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement / Seniorengenossenschaften des baden-württembergischen Sozialministeriums koordiniert wird (SIGMA 1999). Unter dem Titel „Von der traditionellen Sozialpolitik zur neuen Wohlfahrtskultur?“ veröffentlichte das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) 1992 im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen eine Schrift zum freiwilligen sozialen Engagement und lokaler Infrastruktur (ILS 64). Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde mit dem ersten „Freiwilligensurvey“ 1999 eine bundesweite Studie zum Ehrenamt durchgeführt, deren vierte Welle für 2014 durchgeführt wurde (Freiwilligensurvey 2014). Neuere aktuelle Entwicklungen rund um das Bauprojekt „Stuttgart 21“ deuten einerseits auf hohe Erwartungen in Teilen der Bevölkerung zur Mitwirkung an politischen Entscheidungen hin und zeigen andererseits Grenzen eines repräsentativ demokratischen Willens- und Entscheidungsfindungssystems auf. Forderungen nach direktdemokratischen Beteiligungsformen[1], öffentliche Aushandlungsforen, wie das von Heiner Geißler geleitete Vermittlungsverfahren zu „Stuttgart 21“ oder internetbasierte Meinungsbildungs- und –äußerungsforen wie „Campact[2]“ sind Beispiele für aktuelle Entwicklungen in Deutschland, die Fragen der politischen Beteiligung der Bevölkerung erneut aufwerfen.

b) Partizipation und Engagement in der Schweiz

(Sandra Janett)

Die schweizerische Bevölkerung hat laut Krumm (2013: 45) im internationalen Vergleich die meisten Mitbestimmungsrechte am politischen Geschehen. Es wählt das Parlament und ist nach der Bundesverfassung und neben den 26 Kantonen die oberste politische Instanz des Landes (vgl. ebd.). Rund 5,3 Millionen Schweizerinnen und Schweizer (Stand 2015) besitzen das Stimm- und Wahlrecht und dürfen somit auf nationaler wie auch auf kantonaler und kommunaler Ebene wählen und abstimmen (vgl. Bundesamt für Statistik 2015). Minderjährige Personen sowie ausländische Staatsangehörige sind vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen. Ausnahme bilden wenige Kantone, die der ausländischen Bevölkerung das aktive und/oder das passive Wahlrecht auf kantonaler und/oder kommunaler anerkennen (vgl. Vatter 2014: 72).

Neben den Nationalratswahlen, die alle vier Jahre stattfinden, können stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger bis zu viermal jährlich bei eidgenössischen Volksabstimmungen direkten Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen und Verfassungsänderungen vorschlagen. Hierfür stehen drei Instrumente der direkten Demokratie zur Verfügung: Die Volksinitiative, das fakultative und das obligatorische Referendum (vgl. Krumm 2013: 45f; Vatter 2014: 46). Erstere ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern Vorschläge zur Änderung oder Erweiterung der Bundesverfassung, nicht aber des Gesetzes, einzureichen. Damit eine Volksinitiative zustande kommt, müssen innerhalb von 18 Monaten 100‘000 Unterschriften von stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürgern gesammelt werden. Mit dem fakultativen Referendum können stimmberechtigte Personen verlangen, dass ein von der Bundesversammlung verabschiedetes Gesetzt dem Volk zur Abstimmung vorleget wird. Hierfür müssen innert 100 Tagen nach Veröffentlichung des Gesetzestextes 50‘000 Unterschriften, ebenfalls von stimmberechtigten Personen, gesammelt werden. Das obligatorische Referendum sieht wiederum vor, dass jede Verfassungsänderung

dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden muss.

Nebst direktdemokratischen Partizipationsmöglichkeiten durch Wahlen oder Parteimitgliedschaften, finden sich auch in der Schweiz jenseits der traditionellen Beteiligungsformen Möglichkeiten der Mitgestaltung und Einflussnahme auf soziale und politische Entscheidungen (vgl. Freitag/Manatschal/Ackermann/Ackermann 2016: 232). Beispiele von freiwilligem oder ehrenamtlichem Engagement finden sich in Form von (Mit-)Arbeit oder Mitgliedschaften in Vereinen (Sportvereine, kulturelle Vereine, Hobby- und Freizeitvereine etc.), Organisationen (Kirchliche Organisationen, soziale und gemeinnützige Organisationen, Jugendorganisationen etc.), Interessensverbänden, Öffentlichen Dienste etc.. Insbesondere den über 1'000 verzeichneten Verbänden wird, im Gegensatz zu den Parteien, eine einflussreiche Position im politischen System der Schweiz zugeschrieben (vgl. Vatter 2014: 159, 177).

Auch in der Schweiz ist die Freiwilligkeit nur schwer wegzudenken. 2014 engagierten sich 67% der Schweizer Bevölkerung seit über 15 Jahren freiwillig in Vereinen und Organisationen (vgl. Freitag et al. 2016: 48f.). Dies zeigt eine zum dritten Mal vorgenommene Erhebung des Schweizer Freiwilligen-Monitors (ebd.: 16). Damit belegt die Schweiz gemäss Freitag et al. (2016: 27, in Anlehnung an Freitag 2014) «eine Spitzenposition im Bereich des Freiwilligenengagements» und liegt gemeinsam mit Deutschland hinter den Niederlanden. Die Gründe für die hohe Bereitschaft an freiwilligem und ehrenamtlichem Engagement werden unteranderem in der schweizerischen Kultur resp. in ihren gesellschaftlichen und politischen Traditionen gesehen (vgl. Freitag et al. 2016: 28). Insbesondere dem in der deutschsprachigen Schweiz stark ausgeprägten Subsidiaritätsprinzip wird hierbei eine wichtige Bedeutung zugeschrieben. Demnach stellt «die Vorstellung, dass kollektive Probleme möglichst auf der gesellschaftlichen Ebene gelöst werden sollen, auf der sie auch anfallen, und der Staat erst eingreift, wenn gesellschaftliche Kräfte versagen, einen zentralen kulturellen Grundpfeiler für die Selbstorganisation zivilgesellschaftlicher Gruppen und nicht-staatlicher Problemlösung durch Freiwilligenarbeit dar.» (Ebd.: 28) Dieses Prinzip findet sich auch im Schweizer Föderalismus wider, wonach die politischen und gesetzgeberischen Kompetenzen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden aufgeteilt sind und dadurch die Möglichkeit der Mitgestaltung und Einflussnahme auf soziale und politische Entscheidungen auf nationaler, kantonaler wie auch lokaler Ebene gefördert wird (vgl. Freitag et al. 2016: 28; vgl. Kriesi/Baglioni 2003). Der Schweizer Bevölkerung wird folglich aufgrund verschiedenster Erklärungssätze - im vorliegenden Kurztext wurde aufgrund des begrenzten Umfangs das politische System der Schweiz nur oberflächlich vorgestellt - eine hohe Partizipationsbereitschaft und Gemeinwohlorientierung zugesprochen. Dieses freiwillige und ehrenamtliche Engagement ist für «viele Abläufe in den öffentlichen Einrichtungen und nicht zuletzt auch im politischen System der Schweiz» von hoher Wichtigkeit und wird jährlich durch den von den Vereinten Nationen ausgerufenen «International Volunteer Day» in das Bewusstsein der Schweizer Bevölkerung gerufen (Freitag et al. 2016: 25, 28, u.a. in Anlehnung an Bühlmann/Freitag 2007; Freitag 2014).

c) BürgerInnenbeteiligung in der sozialen Stadtentwicklungspolitik in Frankreich

(Caroline Oberlin) (Übersetzung: Ursula Wider-Gürtler, Martin Becker)

Gesetzlicher Rahmen

Auch wenn das Thema BürgerInnenbeteiligung bereits weitgehend Einzug in die Stadtpolitik gehalten hat, so existiert eine solche dennoch nicht. Letztere hat eine ziemlich lange Geschichte in der Nachkriegszeit, als Verhandlungsräume in der Wirtschaft entstanden, die sich in den 60er-Jahren besonders durch städtische Aktionsgruppen rasch auch in die politischen Bereiche ausdehnten. Zu dieser Zeit entstanden verschiedene Instanzen und Initiativen und die „Forderung nach einem Recht auf Information, Konsultation und freie Meinungsäußerung erzielte eine große Resonanz[3]". Tatsächlich wird die Bürgerbeteiligung angesehen als eine „Mindestbedingung für ein gutes Funktionieren der örtlichen Politik und im weiteren Sinne als ein Mittel, das Funktionieren des Demokratieprinzips dem wirtschaftlichen und sozialen Wandel anzupassen".

Gleichzeitig zeichnet sich der Trend zur Dezentralisierung der Macht ab, vor allem seit 1982 durch die ersten Dezentralisierungsgesetze, die darauf abzielen, den Gebietskörperschaften (Kommunen/örtlichen Gemeinden) mehr Macht einzuräumen und den Entscheidungsgremien mehr Bürgernähe zu geben. Das Gesetz vom 27. Februar 2002, das sogenannte „Vaillant-Gesetz" über Demokratie auf lokaler Ebene, verpflichtet Gemeinden mit mehr als 80 000 EinwohnerInnen Quartiersräte einzusetzen, deren Rolle es ist, die Bürgerbeteiligung weiter auszubauen. Es steht den Gemeinden allerdings frei, diese Instanzen/Gremien nach ihrem Gutdünken zu organisieren, was beträchtliche Auswirkungen auf die Art und Weise des Verfahrens haben kann und darauf, wie die Meinung/Ratschläge dieser Quartiersräte berücksichtigt wird.

Gleichzeitig erhielt die öffentliche Abstimmung/Verständigung 1996 vom Umweltministerium und dem sog. „Gesetz über Solidarität und Stadterneuerung" vom 13. Dezember 2000 eine Charta (Satzung), die jedem (Stadtentwicklungs-)Projekt die vorherige Verständigung (Abstimmung mit den Bürgern) im Stadtplanungsgesetz festlegt.

In anderen Bereichen, wie insbesondere in der Gesundheits- und Sozialpolitik entstand Raum für Ko-Konstruktion (partnerschaftliches Arbeiten) und Dialog zwischen Fachleuten und NutzerInnen/BürgerInnen.

BürgerInnenbeteiligung im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung

Die Bürger/Bewohnerbeteiligung ist eine dauerhafte Vorgabe der Stadtpolitik. Tatsächlich ist die BürgerInnenbeteiligung seit der Maßnahme "Wohnen und soziales Leben" von 1977 - dem Vorläufer des heutigen Programms „politique de la ville" - ein Hauptthema der sozialen Stadtentwicklung, ja sogar eine unabdingbare Voraussetzung für deren Erfolg. Trotz zahlreicher Feldversuche in verschiedenen Bereichen (co-construction, ateliers d'urbanisme, chartes de la participation, régies de quartier...) ist dieses Thema eher eine Absichtserklärung geblieben und konnte sich in der institutionellen Landschaft nicht durchsetzen.

Die nationale Behörde für Stadterneuerung (ANRU[4]) entstand 2003 mit dem Ziel, in Stadtgebieten mit massiven Problemen verstärkt einzugreifen. Die allgemeinen Vorschriften sehen vor, dass die Einbindung der von einem Projekt betroffenen

BewohnerInnen/BürgerInnen unerlässlich ist, um ihren Erwartungen gerecht zu werden. Jedoch werden weder die nötige Vorgehensweise noch die erwarteten Inhalte benannt.

2012 wies der „Conseil National des Villes“ (Nationaler Städterat[5]) auf einen Widerspruch hin und auf ein Nachlassen der Ambitionen bei diesem Thema. In der Tat, auch wenn das Thema „Bürgerbeteiligung“ immer noch aktuell ist, „...haben sich die Ziele gewandelt, weg von einer Mobilisierung der Bevölkerung, einer sozialen Veränderung, einer städtischen Zusammenarbeit und sogar Emanzipation, hin in Richtung Kommunikation und Konsultation bei der Umsetzung von politischen Maßnahmen“. Céline Braillon zufolge hatte die Einbeziehung der Expertise der BewohnerInnen negative Auswirkungen. Wenn sie auch positive Auswirkungen auf das Leben der Menschen im Quartier hatte, hat sie doch deren Beteiligung in anderen Bereichen, vor allem bei der öffentlichen Politik auf städtischer oder interkommunaler Ebene beschränkt. Die BewohnerIn, als „ExpertIn des täglichen Lebens“ reduziert die Beteiligung als BürgerIn außerhalb des Quartiers.

Die Bürgerräte

Das „Gesetz für Stadt und urbanen Zusammenhalt“ (programmation pour la ville et la cohésion urbaine) vom 21. Feb. 2014, das sogenannte Loi Lamy, hat den Interventionsrahmen der Stadtpolitik geschaffen. Es setzt insbesondere ein neues Gremium der Bürgerbeteiligung ein, die sogenannten Bürgerräte, die die Stadtpolitik gemeinsam mit der Verwaltung gestalten. So soll jeder Programmbezirk der Stadtpolitik („quartier prioritaire de la politique de la ville“) (**QPV**) einen Bürgerrat erhalten. Der Staat hat im Allgemeinen die Verantwortung den Gemeinden überlassen, diese Instanz zu schaffen und einzusetzen, so dass die Ergänzung/Bereicherung deren eigener, lokalen, demokratischen Instanzen – wie z. B. die Quartiersräte -, soweit sie vorhanden sind, gefördert wird.

Die Bürgerräte sind Teil des Stadtvertrags („Contrat de Ville“)[6] und damit an ihn gebunden.

Die Bürgerräte setzen sich zusammen aus einem BewohnerInnengremium („collège d‘habitants-es“) deren Mitglieder im Bereich der **QPV** leben und in dem ein Geschlechtergleichgewicht herrscht und einem Gremium lokaler Akteure („collège d‘acteurs locaux“, wie Vereine, Einzelhandel, etc.), die im Bereich der **QPV** agieren. Die Zusammensetzung der Bürgerräte unterliegt einem staatlichen Erlass, der es dem Staat ermöglicht, die Einhaltung der Gesetzesregeln zu überprüfen, gibt jedoch auch den Ratsmitgliedern die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen und von Vorteilen zu profitieren[7].

Erkenntnisse

Nach einer mehrjährige Laufzeit können folgende Erkenntnisse über die Funktion dieser Instanz (Bürgerräte) gewonnen werden[8] . Auch wenn sich die Bürgerräte allmählich als neue Akteure der Stadtpolitik durchsetzen können, bedeutet dies trotzdem, dass der Spielraum, den man ihnen eingeräumt hat, ständig erweitert werden muss und dass ihre Funktion fragil bleibt. Das Auftauchen dieses neuen Ansprechpartners hat Veränderungen in der professionellen Praxis mit sich gebracht, vor allem bei den Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung, denen die Verbindung zu den BewohnerInnen zu eng zu sein scheint. Andererseits war die Schaffung der Bürgerräte für die BewohnerInnen die Gelegenheit, neue Bezugspersonen zu haben, um ihre Anliegen vorzubringen. Was die Instanz Bürgerrat selbst anbelangt,

bleiben noch die vorrangigen Fragen, inwieweit die BewohnerInnen langfristig mobilisiert werden können und wie die Profile der Mitwirkenden diversifiziert werden können. In diesem Mitbestimmungsgremium fehlt es besonders an Jugendlichen, auch wenn diese Problematik nicht ausschließlich mit der Instanz selbst zusammenhängt. Die Art und Weise des Engagements der Jugendlichen lässt sich grundsätzlich eher schlecht mit den im Rahmen der öffentlichen Politik vorgeschlagenen Beteiligungsgremien vereinbaren.

In einigen Gebieten spürt man bereits positive Auswirkungen der Beteiligung der Bürgerräte an der Projektsteuerung und so wurde ihr Wunsch, sich im Quartiersleben einzubringen, verstärkt. Andererseits sind einige Bürgerräte ausgetreten, vor allem mangels Reaktion der Behörden.

Der Bericht der „Commission Nationale du Débat Public“ (Nationale Kommission für öffentliche Debatten) hebt hervor, welches Innovationspotential in den Bürgerräten steckt was die Durchführung öffentlicher Maßnahmen und das Verhältnis zu den BewohnerInnen anbelangt.

Trotzdem sollte man nicht vergessen, dass sich die Bürgerbeteiligung in den verschiedenen Programmgebieten des Stadtentwicklungsprogramms „politique de la ville“ und anderswo auf vielerlei Arten äußert. Täglich entstehen vielfältige neue Initiativen, bei Vereinsprojekten, in den Gemeinden, bei Bürgerinitiativen. Zur Verdeutlichung können vor allem die Maßnahmen der Bewegung „ATD Vierte Welt“ zum Wissensaustausch oder auch die Vorstöße kommunaler Entwicklungsinitiativen, die in verschiedenen Gemeinden in Frankreich erprobt und durchgeführt werden.

5.2.3. Die Debatte um bürgerschaftliches Engagement

(Martin Becker; Kapitel 5.2.3-5.2.12)

Neben den Fragen politischer Partizipation spielen die Themen „Wohlfahrtsstaat“ und „Arbeitsgesellschaft“ eine bedeutende Rolle. Das Sozialstaatsmodell als nationalstaatlich organisiertes System des Ausgleichs zwischen Wirtschaft, Politik und Wohlfahrt nicht nur erwerbstätiger BürgerInnen, wird durch die gesellschaftlichen Veränderungen seit Mitte der 1970er Jahre insbesondere durch zunehmende internationale Verflechtungen in seiner Leistungsfähigkeit geschwächt (vgl. Becker 2016: 88ff.). Gleichzeitig geriet das Modell des Sozialstaates von zwei konträren Seiten in die Kritik. Wirtschaftsliberale Kreise sehen wohlfahrtsstaatliche Absicherungen und Anspruchsdenken als Marktbremse und betonen die Bedeutung von Wettbewerb und Konkurrenz für die Entwicklung von Eigeninitiative und Unternehmergeist. Von links-alternativer Seite, insbesondere aus der Selbsthilfebewegung, richtete sich die Kritik gegen Bürokratisierung, Verrechtlichung und Professionalisierung sozialer Dienste, die die BürgerInnen in ihren Fähigkeiten zu Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe entmündige (Braun 2001a). Liberal-konservative Forderungen nach Entstaatlichung und Privatisierung treffen sich mit Vorstellungen von sozialem Pluralismus und nicht-institutionellen sozialen Bewegungen im links-alternativen Lager. Aus dieser Synthese ergeben sich neue Definitionen sozialstaatlicher Aufgaben, die eine Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft sowie mehr Bürgerorientierung vorsehen.

In Anlehnung an Veränderungen von Selbstverständnis und Bedeutung lokaler Politik, die sich an neuen Steuerungsmodellen und Marketingstrategien öffentlicher Verwaltungen zeigen, sollen oder wollen sich öffentliche Verwaltungen auf Gewährleistungsfunktionen beschränken und Vollzugs- sowie teilweise auch Finan-

zierungsverantwortung an freie Träger oder BürgerInnen abgeben. Hierbei würden gleichzeitig auch Gelegenheiten für bürgerliches Engagement geschaffen, so die deklarierten Erwartungen (Braun 2001a: 86). Bezogen auf den Arbeitsmarkt wurde angesichts einer ebenfalls seit Mitte der 1970er Jahre sich mit jeder Wirtschaftskrise kumulativ erhöhenden Arbeitslosigkeit die Zukunft der Arbeitsgesellschaft diskutiert (Offe 1984). Anhaltende Arbeitslosigkeit und Schwinden der als „Normalarbeitsverhältnis“ bezeichneten dauerhaften Vollzeitbeschäftigung, bringen nicht nur die sozialen Sicherungssysteme in Finanzierungsnöte, sondern stellen auch die gesellschaftliche Integrationsfunktion von Erwerbsarbeit in Frage. Folglich werden einerseits Forderungen nach gleichwertiger Anerkennung gesellschaftlich wichtiger Tätigkeiten in Familie, Vereinen und sozialen Initiativen neben der Erwerbsarbeit laut. Andererseits sollen mit sogenannter Bürgerarbeit auch arbeits- und sozialpolitische Probleme gelöst werden, indem sich dadurch die Nachfrage nach Erwerbsarbeit vermindert (Bundesprogramm Bürgerarbeit).

Ideen zur Einführung eines entsprechenden Grundeinkommens als Ersatz von Transferleistungen, wie es in Konzepten der Partei der GRÜNEN bereits Anfang der 1980er Jahre propagiert wurde und von Götz Werner (2007), dem Gründer einer großen Drogeriemarktkette, prominent vertreten wird, scheint bislang trotz nachweisbarer Finanzierbarkeit (Opielka 2009) kaum Chancen auf Umsetzungserfolg zu haben.

Partizipationsbewegung, Krise des Sozialstaates und Krise der Arbeitsgesellschaft haben großes Interesse an bürgerschaftlichem Engagement ausgelöst. Aus allen drei Perspektiven wird im engagierten Bürger, in dessen Selbstorganisation, Partizipation und möglichst selbstlosen Einsatz die Lösung gesehen. Auf die Debatte um Krise, Abbau oder Umbau des Sozialstaates in einen „aktivierenden Staat“ und die damit verbundenen Rollenzuschreibungen für die Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und die Soziale Arbeit haben Dahme/Wohlfahrt (2005) hingewiesen.

Die Hoffnungen mit bürgerschaftlichem Engagement sozial- und arbeitsmarktpolitische Probleme lösen zu können, scheinen eher unrealistisch. Denn gerade diejenigen Bevölkerungsteile, die von Veränderungen wie der Reduzierung von Sozialleistungen und struktureller Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen sind, haben i.d.R. am wenigsten Einkommens-/Bildungs- und Beziehungs-Potential für gesellschaftliches Engagement und können es sich finanziell am wenigsten leisten unentgeltliche Tätigkeiten zu verrichten (Becker 2008: 297ff.).

Die Frage der politischen Dimension bürgerschaftlichen Engagements wird ebenfalls kritisch diskutiert. Einerseits scheinen Projekte bürgerschaftlichen Engagements eher auf soziales als auf politisches Engagement ausgerichtet zu sein (Braun 2001a: 90), andererseits kann noch keine Rede von einem Machtgleichgewicht zwischen repräsentativ-demokratischen und direkt-demokratischen Institutionen sein. In Deutschland sind direkt-demokratische Partizipationsformen, anders als in der Schweiz, noch mit erheblichen Verfahrenshindernissen verbunden (Wollmann 1998: 141). Allerdings schafft gerade die Verbindung repräsentativer und direkter politischer Partizipationsformen Beteiligungsmöglichkeiten durch gemeinsame Konfliktaustragung, spart damit Kosten für behördliche Fehlentscheidungen und verhindert die Durchsetzung von Partialinteressen. Was Menschen dazu bringt, sich bürgerschaftlich zu engagieren und wie sich dieses theoretisch begründen lässt, wird im nächsten Abschnitt erläutert.

5.2.4. Begründungen und Motive bürgerschaftlichen Engagements

Evers (1998) unterscheidet zwei idealtypische Begründungszusammenhänge bürgerschaftlichen Engagements. Zum einen individualistisch-liberale Ansätze, die auf Rational Choice Theorien und utilitaristischen Annahmen sowie psychologischen Handlungstheorien beruhen. Hier stehen die Neigungen und Interessen des Einzelnen im Mittelpunkt. Bereitschaft zum Engagement wird ausgehend vom Menschenbild des „homo oeconomicus“ mit Nutzenerwartungen erklärt. Die Entscheidung für oder gegen Engagement erfolgt nach Kosten-Nutzen-Abwägungen. Vom eigenen Engagement sollen auch andere profitieren, die sich ihrerseits hierfür erkenntlich zeigen, so dass es zu einem gegenseitigen Austausch von Leistungen kommt. Individuelle Interessenverfolgung erzeuge Solidarität als Ergebnis. Außer den Nutzenerwartungen, die eine Form extrinsischer Motivation darstellen, wird Engagement aus modernisierungstheoretischer Sicht auch mit direkter Bedürfnisbefriedigung oder Sinngebung, also intrinsischer Motivation in Verbindung gebracht. Hintergrund ist der von Schulze (1997/1992) beschriebene, vorwiegend in den Nachkriegsgenerationen anzutreffende Orientierungswandel von welt-verankerter zu ich-verankerter Selbsteinordnung, bei der subjektive Vorlieben zur bedeutsamsten Richtschnur individuellen Handelns werden. Engagement im liberal-individualistischen Sinne beruht demnach nicht auf Pflichtbewusstsein oder moralischen Normen, sondern Nutzenerwartungen und Selbstverwirklichung seien die Motive des Einsatzes für das Gemeinwohl. Erklärt man Engagement aus Nutzenerwartungen, erhält die Konvertierbarkeit von Ressourcen zunehmende Bedeutung, denn wer über vielseitig austauschbare ökonomische, kulturelle und/oder soziale Ressourcen verfügt, hat mehr „Tauschmasse“, wird interessanter als Tauschpartner, hat mehr Nutzenoptionen (z.B. in Form beruflicher Aufstiegsmöglichkeiten) und hegt damit entsprechend hohe Nutzenerwartungen. Geringe oder einseitige Ressourcen bedeuten geringe oder einseitige Tauschmasse und bedingen, bei geringen Nutzenoptionen, entsprechend niedrige Nutzenerwartungen. Somit lässt sich unterschiedliches Engagement auf Grund unterschiedlicher Verteilung ökonomischen, kulturellen oder sozialen Kapitals erklären (Bourdieu 1983). Engagement wäre demnach abhängig von gesellschaftlicher Ressourcen- und Chancenverteilung einschließlich vertikaler sozialer Mobilität, womit sozialer Aufstieg z.B. bezüglich beruflicher oder statusorientierter Positionen gemeint ist. Wenn Engagement mit Interessen und Bedürfnissen der Engagierten begründet wird, können Interessen von hilfsbedürftigen Menschen oder gesellschaftliche Notwendigkeiten leicht in den Hintergrund geraten.

Mit diesem Ansatz lassen sich sowohl stärkere Mitgliederfluktuation als auch kürzere Amtszeiten von Funktionsträgern in freiwilligen Assoziationen erklären. Engagement ist dann wechselhaft, unverlässlich und nicht geeignet für dauerhaften kontinuierlichen Hilfebedarf (vgl. Becker 2016: 104 ff.).

Ist Selbstverwirklichung ein Phänomen von Wohlstandsgesellschaften (Schulze 1997/1992), so können individualistische Ansätze Engagement nur unter Wohlstandsbedingungen und nur für Menschen erklären, deren Grundbedürfnisse im Sinne Maslows (1954) befriedigt sind. Liberal-individualistische Ansätze erklären somit vorwiegend prestigeträchtiges oder Vorteil versprechendes Engagement. Pflichtbewusstsein oder Idealismus als Motiv bleiben außen vor, bzw. müssen als individuelle Form der Selbstverwirklichung definiert werden.

Den Gegenpol zu individualistisch-liberalen Begründungen bilden kommunitaristische und republikanische Ansätze, die stärker an Gemeinschaft und Gemeinwesen orientiert sind. Diese diskutieren Engagement entweder im Sinne von Solidarität und Hilfsbereitschaft auf dem Hintergrund gemeinsamer Werte (Kommunitarismus) oder im Sinne von Partizipationsgelegenheiten im Rahmen von Bürgerrechten und –pflichten (Partizipationsbewegung). Die kommunitaristische Bewegung um Bellah (1985) und Etzioni (1996/1998), sieht die Gesellschaft als Mosaik von Gemeinschaften, deren Mitglieder sich auf Grund gemeinsamer Werte solidarisch und hilfsbereit verhalten. Engagement gründet nach kommunitaristischer Idee auf der Zugehörigkeit zu Gemeinschaften, deren Unterstützung sich das Individuum sicher sein kann, solange es sich dem Gemeinschaftsleben anschließt und die geltenden Werte annimmt. Engagement in und für die Gemeinschaft lebt demnach von Solidarität und Hilfsbereitschaft auf der Basis geteilter Werte und nicht von individuellen Abwehrrechten und Rechtsbeziehungen.

Engagementbereitschaft in Abhängigkeit von der Bildung von und der Zugehörigkeit zu Gemeinschaften kann bedeuten, dass Nicht-Zugehörige oder Ausgeschlossene nicht Engagement bereit bzw. würdig sind, frei nach dem Motto, wer keiner Gemeinschaft angehört, will sich nicht engagieren und wer sich nicht engagieren will, darf auch nicht mit Unterstützung rechnen. Unklar bleibt darüber hinaus, welche Werte außer Solidarität und Hilfsbereitschaft, als verbindlich gelten sollen und wie ein Wertekonsens innerhalb und zwischen verschiedenen Gemeinschaften hergestellt werden kann. Individualistisches Engagement aus Nutzenkalkül oder Selbstverwirklichungsmotiven kann aus kommunitaristischer Sicht eher bewertet denn erklärt werden, selbst wenn es Gemeinwohl dienende Wirkung haben sollte.

Im Gegensatz dazu liegt der Schwerpunkt republikanischer Ideen auf der politischen Verfassung der Gesellschaft, die ihren Mitgliedern sowohl Rechte als auch Pflichten auferlegt (Barber 1994, Sarcinelli 1993, Naschold 1996). Engagement für das Gemeinwesen, resultiert aus der Existenz des mündigen Bürgers, der sich für das politische Gemeinwesen interessiert, sich an Diskussions- und Entscheidungsprozessen beteiligt und sich aus Einsicht in die Notwendigkeit für das Gemeinwohl einsetzt. Engagement ergibt sich demnach aus der bloßen Existenz von (Partizipations-) Möglichkeiten und Notwendigkeiten, quasi von selbst. Voraussetzung dafür sind umfangreiche Information, Transparenz und Partizipationsgelegenheiten in Entscheidungsprozessen. Interindividuelle Unterschiede bezüglich Engagementbereitschaft sind mit diesem Ansatz nur schwer erklärbar.

5.2.5. Einflussfaktoren auf bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation

Entsprechend den unterschiedlichen Ansätzen zur Erklärung von bürgerschaftlichem Engagement ergeben sich zwangsläufig auch unterschiedliche Einflussfaktoren. Aus kommunitaristischer Sicht haben räumliche und soziale Nähe in Bezug auf die Bindungskraft von Gemeinschaften eine große Bedeutung für Entstehung und Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements. Damit bestimmen räumliche und soziale Nähe, über Solidarität und Identifikation mit der Gemeinschaft, das Maß an bürgerschaftlichem Engagement. Wie in Becker (2016: 71ff.; 185ff.) über moderne Stadtentwicklung beschrieben, beeinflussen räumliche Faktoren wie Größe einer Stadt,

Bevölkerungsdichte und Heterogenität die Interaktionen der Menschen, weil in größeren Städten hoher Dichte und Verschiedenheit der Bevölkerung die Chancen auf so viele Gleichgesinnte zu treffen, dass daraus ein gemeinsames Engagement entstehen kann, größer sind als in Kleinstädten oder Dörfern. Es sei daher kein Zufall, dass die sozialen Innovationen der letzten Jahrzehnte überwiegend von großen Städten ihren Ausgang genommen hätten, so Erika Spiegel (1998: 45). Neben dieser sozialwirksamen Raumstruktur ist bei Friedrichs (1977) auch von der Umkehrvariante, der raumwirksamen Sozialstruktur die Rede, wonach BewohnerInnen bestimmter Merkmale in bestimmten Gegenden konzentriert sein können und damit Zusammenhänge zwischen persönlichen Merkmalen, Gebäudestruktur und Wahlverhalten feststellbar werden. Friedrichs meint damit Zusammenhänge zwischen geringem sozialem Status (Einkommen, Bildung, Berufsstellung), niedrigem räumlichem Status (Wohnqualität) und geringer Wahlbeteiligung (1977: 192ff.).

Auf den scheinbar banalen Einfluss von Zeitstrukturen auf gesellschaftliche Partizipation verweist Dietrich Henckel (1998: 310ff.), indem er die Pluralisierung von Zeitrhythmen problematisiert. Beschleunigung und Flexibilisierung von Zeitstrukturen durch Ausweitung von Betriebszeiten bei gleichzeitiger Arbeitszeitreduzierung sowie veränderten Beschäftigungsverhältnissen in Form von Zeitverträgen, Mehrfachbeschäftigungen, Leiharbeit und Teilzeitarbeit würden es immer schwerer machen, Termine für gemeinsame Engagementaktivitäten zu finden. Darüber hinaus bestehen je nach Branche und beruflicher Stellung deutliche Unterschiede bezüglich eigener Zeitautonomie, d.h. der selbständigen Verfügbarkeit über Arbeits- und Freizeit. Weil in gemeinschafts- und gemeinwesenorientierten Ansätzen zur Erklärung von bürgerschaftlichem Engagement, der Vermittlung von (moralischen bzw. republikanischen) Werten besondere Bedeutung zukommt, werden Erziehung und Sozialisation zu wichtigen Einflussfaktoren. Während kommunitaristische Ideen vom traditionellen Familienbild ausgehen, wobei ein Elternteil sich vollständig der Erziehung der Kinder widmen und damit die eigenen Werte weitergeben sollte, setzen republikanische Ansätze eher auf die Vermittlung verfasster Rechte und Pflichten mittels öffentlicher Erziehung und der Einübung von Partizipationsformen. Soziale Herkunft kann durchaus verhaltensprägende Wirkungen haben, allerdings nicht unbedingt immer im Sinne geplanter oder absichtsvoller Erziehung. Bildung und Berufsstellung bedingen entsprechende Erfahrungen, die sich ihrerseits wiederum auf Erziehungsziele und -verhalten auswirken wie Hradil nachweist (1999: 441). Soziale Unterschiede werden somit reproduziert und beeinflussen über Sprachentwicklung, Mediennutzung und Leistungsbereitschaft das Potential und die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement. Erziehung und Sozialisation sind insofern nur indirekte Einflussfaktoren auf Engagement, als sie für Weitergabe und Reproduktion von Wertvorstellungen oder sozialen Unterschieden sorgen.

Aktivitäten der mündigen und Engagement bereiten BürgerIn dürften darüber hinaus von Informationen und Gelegenheiten abhängen. So unterstreicht Ulrich Sarcinelli (1997) die Bedeutung massenmedialer Wirklichkeitsvermittlung und –konstitution. Seiner Meinung nach haben Massenmedien Kultivierungskraft und strukturieren die Realitätswahrnehmung. Schwonke (1974) hingegen hält Teilhabe und öffentliche Kommunikation über politische Themen für weniger abhängig von medialer Vermittlung als von Anschaulichkeit und Konkretion der Themen sowie von Interessenrelevanz und Betroffenheit der BürgerInnen. Ansonsten schreibt auch er ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen und den Organisationsformen politischer Aktivitäten unterschiedlichen Einfluss zu.

Wie im Zusammenhang mit liberal-individualistischen Ansätzen zur Erklärung von bürgerschaftlichem Engagement bereits erwähnt, werden Art und Ausmaß an sozialem und politischem Engagement von ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen sowie Lebensformen, -erfahrungen und Alter beeinflusst. Menschen unterer Statusgruppen, die auf Grund ihrer sozialen und beruflichen Lage die Erfahrung gemacht haben, dass Existenzsicherung und Erfolg eher durch die Befolgung von Regeln, als durch aktives Wirken nach außen möglich sind und obendrein Sprache, Wissen und Verhaltensvariabilität nicht zu ihren Stärken zählen können, sehen weder für sich, noch für andere einen großen Nutzwert in sozialem oder politischem Engagement (Hradil 1999: 451). Demgegenüber sehen Menschen mittlerer und höherer Statusgruppen, wegen deren Erfahrungen von Veränderbarkeit und Steuerbarkeit eigener Lebensverhältnisse und Lebenssituationen durch Geld, Besitz, Bildung, Macht, Prestige, Sprachkompetenz und/oder vielerlei sozialer Kontakte, in der Teilnahme an gesellschaftlichen Organisationen oder Initiativen eher Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, Einwirkung oder Kontakterweiterung und damit entsprechenden Nutzwert. Interesse und Beteiligung an Politik sind laut Hradil (1999: 454) stark abhängig von der jeweiligen Betroffenheit gesellschaftlicher, insbesondere ökonomischer Krisen, der Einschätzung der eigenen Lage und der individuellen Zufriedenheit.

Aus Verbindungen räumlicher und sozialer Einflussfaktoren ergeben sich unterschiedliche Formen aktionsräumlicher Mobilität, die Auswirkungen auf Art und Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements haben. Immobile Menschen haben, wegen ihrer freiwilligen oder zwangsläufig nahräumlichen Orientierung, einen höheren Bedarf an dauernder Einflussnahme und Gestaltung ihrer räumlichen und sozialen Umwelt. Soziale Kontrolle ist erwünscht und wird als Ausdruck von Verantwortung und Identifikation mit dem unmittelbaren Wohnumfeld verstanden. In kleinen sekundären Netzwerken werden Kenntnisse über privates und öffentliches Alltagsleben vor Ort ausgetauscht. Partizipation und Engagement konzentrieren sich je nach kulturellem Kapital auf direkte eher handfeste Aktivitäten im hausnahen Bereich. Der Blick für die Gesamtgemeinde/Stadt und das Gemeinwohl ist weniger ausgeprägt. Im Rahmen neuer Partizipationsformen haben weniger mobile Menschen oft Probleme ihre Bedürfnisse zu artikulieren (Sachs Pfeiffer 1988). Mobile überlokal orientierte Menschen sind wegen ihres größeren Aktionsradius eher an der Gesamtstadt, bzw. ihrem Aktionsraum interessiert. „Mobile“ verstehen sich bei höherer Wissens- und Sprachkompetenzen sowie größerer Beziehungsnetze oft als Sprachrohr oder Übersetzer gesellschaftlicher Belange.

Damit übertragen sie ihre Wert- und Lebensstilsysteme auf vermeintlich unbedarftes oder weniger informiertes Publikum und festigen durch intensive und zahlreiche Teilnahme an vielen Partizipationsformen ihre Macht als neuer „Wertadel“, wie Sachs Pfeiffer (1988) kritisch anmerkt.

Nach dieser eher theoretischen Explikation von Erklärungsansätzen, soll im Folgenden die empirische Bedeutung der genannten Einflussfaktoren auf bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation allgemein dargestellt werden.

5.2.6. Empirische Befunde zu bürgerschaftlichem Engagement

Bevor Aussagen über Art und Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements und politischer Partizipation in Kommunen gemacht werden, sollen zunächst allgemeine Daten zu gesellschaftlichem Engagement außerhalb des privaten Nahbereiches betrachtet werden.

Nimmt man den Organisationsgrad der Bevölkerung in Bezug auf Mitgliedschaften in Organisationen und Vereinen als Maß für gesellschaftliche Teilhabe, dann hat nach wie vor die große Mehrheit der Bevölkerung Anteil am gesellschaftlichen Leben, das sich in Organisationen und Vereinen abspielt. Nur etwa zwei Fünftel der Bevölkerung Deutschlands sind in keinem Verein oder anderen Organisationen Mitglied (Datenreport 2013: 350ff.). Innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte sind die Mitgliederzahlen allerdings nicht mehr gestiegen, sondern entweder gleich geblieben oder gesunken, insbesondere bei Parteien, Kirchen und Gewerkschaften. Bei letzteren allerdings u.a. bedingt durch die „Tertiarisierung“ und den damit verbundenen höheren Anteil von Personengruppen mit geringerem Organisationsgrad unter den Erwerbstätigen, wie Frauen und Angestellten. An der Spitze der Rangliste nach Mitgliederanteilen stehen die Sportvereine mit knapp 30% der Bevölkerung, gefolgt von Kultur- und Musikvereinen, anderen Hobbyvereinen und Wohltätigkeitsvereinen (Datenreport 2013: 366f). In Berufsverbänden insbesondere den Gewerkschaften sind mit über 10 Mio. etwa ein Viertel aller Erwerbstätigen organisiert. Lediglich ca. 2% der wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands sind in politischen Parteien selbst Mitglied (Datenreport 2013: 368f.). Zwar haben die beiden großen Kirchen, mit je knapp 24 Mio. vergleichsweise viele Mitglieder, innerhalb der Kirche aktiv sind, nach eigenen Angaben, jedoch nur etwa ein Viertel davon (Datenreport 2013: 346ff.). Unter den Vereinen gibt es durchaus strukturelle Unterschiede bezüglich deren Mitglieder. Generell sind Männer stärker in Vereinen organisiert, mit Ausnahme von kirchlichen Vereinen, Turn- und Tanzgruppen, wo die Frauen in der Überzahl sind. In kirchlichen Vereinen, Musik- und Gesangvereinen sind ältere Menschen überrepräsentiert.

In Sportvereinen haben jüngere Menschen höhere Anteile, allerdings mit abnehmender Tendenz. So nahm der Anteil 18-34 Jähriger in Sportvereinen im Zeitraum 1984 bis 1998 von 40% auf 35% ab (Datenreport 1999: 536f.).

In politischen Organisationsformen wie Gewerkschaften, Parteien und Bürgerinitiativen sind immer noch mehr Männer als Frauen und mehr Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen organisiert. Während Männer in den Gewerkschaften stärker und in Bürgerinitiativen schwächer dominieren, haben Gewerkschaften mehr Mitglieder mit niedrigen Bildungsabschlüssen, Bürgerinitiativen dagegen mehr mit hohen Bildungsabschlüssen (Datenreport 2011: 358ff.).

Stagnierende oder sinkende Mitgliederzahlen von Vereinen und Organisationen, das zunehmende Wegbleiben junger Leute selbst aus Sportvereinen und die oben dargestellte Debatte um Sozialstaat, Arbeitsgesellschaft und politische Teilhabe, haben in den 1990er Jahren zu empirischen Forschungen über bürgerschaftliches Engagement geführt. Aufgeschreckt von ersten Ergebnissen, die im internationalen Vergleich ein geringeres Maß an bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland aufzeigten, griff die Politik das Thema auf. Es folgten politische Kampagnen für mehr freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement, wie die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“[9] und

die Ausrufung des „Internationalen Jahres der Freiwilligen“ im Jahr 2001 durch die UNO sowie die Ausschreibung eines Wettbewerbes zur Auszeichnung kommunaler Bürgeraktionen im Jahr 2000 durch das Innenministerium Baden-Württemberg[10] .

Veränderte Untersuchungsdesigns, Definitionen und Erhebungskategorien führten zu neuen Ergebnissen, die ein Niveau bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, ähnlich dem europäischer Nachbarstaaten, nachwiesen (Braun 2001a: 98f.). In Baden-Württemberg wurden in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre im Auftrag des Sozialministeriums drei Studien zum bürgerschaftlichen Engagement, für eine Kleinstadt, für das Bundesland und bundesweit, mit jeweils ähnlichem Instrumentarium und somit untereinander vergleichbar erstellt (Geislingen-Studie 1995; Landesstudie 1997, SIGMA 1999). Die vom baden-württembergischen Sozialministerium bei SIGMA[11] in Auftrag gegebenen Studien sind stark an die kommunitaristische Argumentationslinie angelehnt. In der Geislingen-Studie offenbarten sich Unterschiede in Einstellungen und Motivation insbesondere zwischen junger und älterer Generation.

Jüngere haben demnach mehr Hilfsnetze, auch unabhängig von Nachbarschaftsbeziehungen, sind weniger „privatistisch“ eingestellt und offener für solidarisches Handeln, empfinden weniger „soziale Kälte“ (unpersönliche Beziehungen), sind integrationsfreudiger gegenüber ausländischen Mitbürgern und trauen sich mehr öffentliches Engagement zu als die Generation der über 65 Jährigen. „Pflichtbewusstsein“ als Motiv für bürgerschaftliches Engagement war nur noch bei über 70 Jährigen nennenswert ausgeprägt. „Helfen“ gilt vor allem bei Frauen in der Nachfamilienphase und älteren Menschen, die damit aktiv bleiben wollen, als Grund für Engagement. Während der „Gestaltungswille“ für jüngere (20<40 Jahre) und mittlere Altersgruppen (40<60 Jahre) das Hauptmotiv ist, beanspruchen Jugendliche (unter 20 Jahre) besonders den eigenen Nutzen in Form von Kommunikationskontakten oder die Verwirklichung eigener Interessen („Ich-Bezug“) als Motiv. Nur in den mittleren Altersgruppen treffen alle o.g. Motivkreise zusammen, mit Schwerpunkt auf dem Hilfeaspekt und dem Gestaltungswillen. Die Bereitschaft zum Engagement steigt mit der Höhe des Bildungsabschlusses. Einstellungen und Motive für bürgerschaftliches Engagement unterscheiden sich nach den Ergebnissen der Geislingen-Studie also vorwiegend nach Alter und Bildung. Somit stimmen diese Befunde mit den Ergebnissen von Schulze (1992/1997) überein.

Engagement-Aktivitäten unterscheiden sich nach Lebenssituationen und Arten von Organisationen. In Vereinen dominieren Männer und jüngere Altersgruppen (Sportvereine). Frauen in der Nachfamilienphase sind eher in der Hilfe und Pflege für andere tätig. In selbstorganisierten Gruppen und Initiativen finden Neubürger eher Zugang als in traditionellen Vereinen. Engagement-Notwendigkeiten werden in erster Linie im sozialen Engagement für bestimmte Personengruppen, wie Kinder, Jugendliche, alte und hilfsbedürftige Menschen gesehen. An zweiter Stelle stehen Themen wie Verkehrssituation und Stadtgestaltung. An (staatlicher) Unterstützung von Land und Stadt wünschten sich die Geislinger Befragten eher Personal, Schulung und Anerkennung anstatt Geld und Sachleistungen (Geislingen-Studie 1995). Die landesweite Studie von 1997 bestärkte in ihren Ergebnissen die Bedeutung von Eigeninteressen und Nutzungserwartungen als Motive für bürgerschaftliches Engagement. An Problemkreisen auf Landesebene benannten die Befragten aus Baden-Württemberg an erster Stelle Arbeitslosigkeit, Wirtschaftssituation und Finanzen, auf kommunaler Ebene Verkehr, Stadtplanung, Infrastruktur und im persönlichen Nahbereich, ökonomische und soziale Sicherheit. Kriminalität, Anonymität oder Egoismus spielten nur eine untergeordnete Rolle.

Diese Befunde geben realistische und auf guter Information beruhende Einschätzungen zu Lösungskompetenzen von Staat, Wirtschaft, Kommunen und Bürgerschaft wieder. Die Befragten setzen im Übrigen bürgerschaftlichem Engagement dort deutliche Grenzen, wo der Privatbereich des Einzelnen beginnt. Das heißt, sie sehen bürgerschaftliches Engagement nicht als geeignet zur Lösung privater Probleme im persönlichen Nahraum an. Engagement-Bereitschaft und die Überzeugung etwas bewegen zu können, ist bei jungen Generationen (unter 40 Jahre) größer als bei der ältesten (über 70 Jahre). Bei den Jüngeren gibt es darüber hinaus weniger Vorbehalte gegenüber dem Engagement mit und für Fremde (Landestudie 1997).

In der bundesweiten Studie mit Schwerpunkt auf dem Verhältnis der Generationen untereinander wird deutlich, dass zwischen den Jüngsten und den Ältesten kaum Kontakte bestehen. Dies beruht jedoch weniger auf gegenseitiger Ablehnung, als vielmehr auf mangelnden Kontaktgelegenheiten sowie jeweils unterschiedlichen Interessen und Vorlieben, die dem Einzelnen, ob jung oder alt, wichtiger sind als intergenerationale Kontaktwünsche (SIGMA 1999). Die o.g. Befunde wurden durch den Freiwilligensurvey (2014) der Bundesregierung im Wesentlichen bestätigt, machen aber auch deutlich, dass die Privaten (Hilfs-)netze abnehmende Tendenz zeigen und sich ein Trend zur Verlagerung sozialer Beziehungen in den öffentlichen Bereich abzeichnet. MigrantInnen haben laut Freiwilligensurvey ähnliche Organisationsraten wie die einheimische Bevölkerung und Frauen mit Migrationserfahrung engagieren sich ebenfalls eher im „Innenbereich“ von Organisationen, während die Männer eher Führungspositionen einnehmen und sich um die Außenvertretung von Organisationen kümmern. In den Gewerkschaften sei die Repräsentanz von MigrantInnen höher als in allen anderen Organisationen der Gastgesellschaft so Thränhardt (2008). Weil die Vernetzung innerhalb von Migrantenorganisationen und zwischen diesen und anderen Organisationen stark ausgeprägt ist, sieht Thränhardt ein großes Integrationspotential durch die Existenz von Migrantenorganisationen sofern die Migrationsbevölkerung einen entsprechend hohen Integrationsgrad in solchen Organisationen aufweist.

Nach diesen grundsätzlichen Erwägungen und Befunden zu Partizipation und Engagement soll im Folgenden die Situation Bürgerschaftlichen Engagement auf kommunaler Ebene beleuchtet werden.

5.2.7. Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene

Durch den verschärften interkommunalen Wettbewerb um Standortfaktoren, Investitionen, Fachkräfte und Fördermittel, entsteht zunehmender Druck zur Deregulierung zugunsten von Attraktivitätssteigerungen als Standort. Gleichzeitig wird der politische Einfluss von Kommunen eingeschränkt, weil sie unter Wettbewerbsbedingungen weniger Restriktionsmöglichkeiten und Druckmittel durchsetzen können. So kommt es zur Veränderung von Selbstverständnis und Bedeutung lokaler (Kommunal)-Politik. Diese geht einher mit einer zunehmenden Ökonomisierung kommunaler Stadtpolitik[12] einer Ausrichtung von Stadtverwaltungen auf unternehmerische Führung (Lean Management / neues Steuerungsmodell) und verstärkten Marketingstrategien[13] der Kommunen (vgl. Becker 2016: 88ff.). Dabei mutieren BürgerInnen aus wettbewerbsorientierter Perspektive tendenziell zu KundInnen von Produkten und Dienstleistungen. BürgerInnen genießen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung jedoch Bürgerrechte, ein „Recht auf Stadt“ und nicht nur konsumorientierte Kundenrechte. Mit Bürgerrechten sind Aufenthalts-,

Beteiligungs- und (Mit-) Entscheidungsrechte verbunden. Diese werden durch Sicherheitsmaßnahmen wie Videoüberwachung im öffentlichen Raum, Vertreibung von Wohnungslosen und KünstlerInnen aus dem öffentlichen (Stadt)Raum sowie durch schleichende Umwidmungen von öffentlichem in privaten Raum, z.B. für Gastronomiezwecke, in Frage gestellt. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der bürgerlichen Selbstverwaltung der Stadt, also dem Ausbalancieren der Machtpotentiale zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft angesichts der kommunalen Überschuldung insbesondere von Kommunen in strukturschwachen Regionen.

BürgerInnen genießen Aufenthalts-, Beteiligungs-, Versammlungs- und Mit-Entscheidungsrechte, die in Bundes- und Landesgesetzen bzw. den einschlägigen Gemeindeordnungen verankert sind. Im Baurecht sind u.a. Rechte und Pflichten von Eigentümern, Mietern, Pächtern, wie z.B. die Auskunftspflicht (§138 BauGB) sowie Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen (§§137, 138, 139 BauGB) geregelt. Auf die Rechtsgrundlagen der Beteiligungsrechte von Bewohnern bei Stadtsanierungsprojekten oder im Rahmen der Kommunalen Selbstorganisation („Bürger- und Einwohnerversammlungen“, „Bürgerfragestunden“, „Bürgerantrag“, „Bürgerbegehren“ , „Bürgerentscheid“), die in den Gemeindeordnungen der Länder geregelt sind (vgl. Becker 2016: 173ff.).

Die verfassten Rechte kommunaler Selbstverwaltung werden durch unterschiedliche Entwicklungen zunehmend eingeschränkt. Zum einen werden durch Bundes- und Landesgesetze bzw. Programme den Kommunen immer mehr Aufgaben zugewiesen, ohne dass dafür auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden (Naßmacher 2011). Sei es die Einführung der Ganztagesschule, die lediglich mit einem Investitionszuschuss für die Kommunen zur Umgestaltung der Schulgebäude einher ging, das Recht auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahren, die Forderungen nach Krippenplätzen für unter 3-jährige Kinder, Forderungen nach kostenfreien Kitaplätzen oder zuletzt das sogenannte „Bildungspaket“ für Familien von ALG II Beziehern mit Kindern. Die Kostenbelastung der Kommunen steigt, ohne dass deren Einnahmesituation sich dementsprechend anpassen kann. Gleichzeitig werden die Eigenanteile der Kommunen an Bundesprogrammen, wie z.B. Bund-Länder-Programm für „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“, erhöht und/oder deren Förderrahmen gekürzt, wie zuletzt die Förderung „nichtinvestiver Maßnahmen“ und „Modellprojekte“ (vgl. Becker 2016: 212f.). Kommunen geraten durch ihre Einnahmeausfälle bei steigender Kostenbelastung in die Verschuldung. Davon sind vorwiegend die Kommunen in strukturschwachen Regionen betroffen, weil diese erhöhte Belastungen durch Sozial- und Umweltkosten zu tragen haben und andererseits, wegen der wirtschaftlichen Probleme von Firmen und Einwohnern, mit sinkenden Steuereinnahmen auskommen müssen. Diese Situation versuchen Kommunen durch die Auslagerung öffentlicher Aufgaben an Privatfirmen („Outsourcing“) zu bewältigen. So werden städtische Versorgungsbetriebe veräußert, Bäder und Kultureinrichtungen privatisiert oder durch die bereits beschriebenen Partnerschaften mit Privatunternehmen („public-privat-partnership“) versucht den Kapitalaufwand zu reduzieren. Auch Verkäufe städtischer Grundstücke und Wohnungsbestände gehören zum Repertoire der Kommunen beim Versuch die Schuldenlast zu drücken. Neben der Einschränkung der kommunalen Einflussmöglichkeiten auf privatisierte Dienstleistungen, wie Grünpflege, Kultur, Energieversorgung und Müllentsorgung, wird durch die Abhängigkeit von privaten Investoren auch im Bereich der Stadtplanung und Stadtentwicklung die verfassungsmäßig garantierte kommunale Selbstverwaltung eingeschränkt und vermindert (Naßmacher 2011).

Wenn sich die Verschuldungssituation so zuspitzt, dass eine Kommune ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen kann, verliert sie weiter an Gestaltungskraft, denn dann kann es zum Eingriff der Kommunalaufsichtsbehörde in die kommunale Selbstverwaltung kommen. Solche „Nothaushaltskommunen“ dürfen nur noch sogenannte „Kassenkredite“ zur Liquiditätssicherung aufnehmen und, ohne Genehmigung der Kommunalaufsicht, keine weiteren Ausgaben tätigen (Holtkamp 2011). Wenn eine Stadt nur noch Kassenkredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen kann, bzw. darf, bedeutet dies meist das Ende für freiwillige Leistungen, also Maßnahmen wie z.B. der Gemeinwesenarbeit, offener Jugendarbeit, Kunst und Kultur, für die es keine zwingende gesetzliche Verpflichtung gibt. Für die BürgerInnen einer solchen „Nothaushaltskommune“ reduzieren sich ihre Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten und die Kommune verliert ihre nachhaltigen Entwicklungsmöglichkeiten. Sowohl durch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben als auch durch Verschuldung verursachte „Zwangsverwaltung“ verlieren die BürgerInnen also tendenziell das Mandat für die Selbstverwaltung ihrer Stadt[14].

5.2.8. Tendenzielle Entwicklung vom Bürger zum Kunden

Besonders die Strategien der unternehmerischen Stadtführung, die auf interkommunalem Wettbewerb fußen und zu verstärkter Marketingorientierung der Stadtpolitik führt, verändern nicht nur Selbstverständnis und Bedeutung lokaler Politik, sondern auch das Bild und die Stellung des Bürgers. Mit der Privatisierung öffentlicher Aufgaben durch den Verkauf öffentlichen Eigentums, wie Wohnungen und städtische Betriebe, verändert sich das Verhältnis des Bürgers zu diesen Privatbetrieben insofern, als er diesen nicht mehr als anspruchsberechtigter Bürger, sondern eher als Kunde auf dem Wohnungs- oder Anbietermarkt gegenüber steht. Leistungsansprüche auf Grund von Bürgerrechten werden dabei teilweise durch Kriterien wie Zahlungsfähigkeit von Kunden ersetzt. Die Strategien der Marketingorientierung, wie Citymanagement, Aufwertung der Innenstädte, Vermarktung des öffentlichen Raumes für gastronomische Zwecke oder Eventmarketing, schränken die Handlungs- und Bewegungsfreiheit der BürgerInnen in ihrer Innenstadt ein, weil der Aufenthalt auf privatisierten Flächen unter Konsumzwang gestellt oder per Hausordnungen das Verhalten der BürgerInnen reglementiert werden kann. Auf diese Weise werden bestimmte Bevölkerungsteile, wie Jugendliche, wohnungslose oder bettelnde Menschen von vormals oder eigentlich öffentlichen Plätzen vertrieben. Mittels Videoüberwachung, Bettel- oder Alkoholverboten zur „Säuberung der Innenstädte“, soll die Stadt von unerwünschten Personen und Tätigkeiten befreit und für erwünschte Kundenkreise, wie zahlungskräftige Citynutzer, attraktiv gemacht werden.

5.2.9. Perspektiven für ein Recht auf Stadt

Holtkamp (2011) verweist auf die gängige Praxis einiger Kommunen in Nordrhein-westfalen, die sich auch als „Nothaushaltskommunen“ mit ihrer Situation arrangiert und dennoch eine Eigenständigkeit, wenn auch auf geringem Niveau, erhalten haben. Hintergrund ist, dass die kommunale Selbstverwaltung, wie oben erwähnt, im Grundgesetz stark verankert und von höchsten Gerichten auch geschützt wird. Über direktdemokratische Beteiligungsformen wie „Bürgerbegehren“ und „Bürgerentscheid“, ist es möglich, Eingriffe der Kommunalaufsichtsbehörde abzuwehren,

wenn diese wesentliche Dienstleistungen oder Einrichtungen in der Stadt aus finanziellen Gründen abschaffen bzw. schließen will.

Angelika Vetter (2011) berichtet von der Euro-Barometer-Befragung 2008, wonach die Bevölkerung den Einfluss lokaler und regionaler Politikebenen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung als sehr hoch einschätzt. Berücksichtigt man den weiteren Befund des „Eurobarometers 2008“, wonach es einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Vertrauen der Bevölkerung in lokale bzw. regionale Politik und dem Vertrauen in nationale Politik gibt, bedeutet dies, dass eine vertrauensvolle Lokalpolitik durchaus vertrauensfördernde Wirkung auf nationale Politik hat, der allgemeinen Politikverdrossenheit entgegenwirken könnte und damit das Vertrauen in die Demokratie insgesamt stärken kann.
In einer Studie über den Bürgerbeteiligungsprozess zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz werden außerdem starke Verbindungen von Engagement orientierten und repräsentativen Beteiligungsformen nachgewiesen, die zeigen welche Möglichkeiten von Kombinationen repräsentativer und direktdemokratischer Beteiligungsformen bestehen (Sarcinelli u.a. 2011).

Die bereits erwähnte „Leipzig-Charta“ der EU (2007) stellt die Partizipation und soziale Entwicklung der Städte in den Rahmen der Herausforderungen an Städte im 21. Jahrhundert und gewichtet diese neben ökonomischen und ökologischen Aspekten gleichwertig. Die Erhaltung der bürgerlich geprägten kommunalen Selbstverwaltung spielt darin eine hervorgehobene Rolle. Auf lokaler Ebene bestehen in Deutschland dank kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen nach wie vor Gestaltungsmöglichkeiten der physischen Stadtstruktur.

So können die Bürger einer Stadt über die kommunale Selbstverwaltung auf räumlich-bauliche Umgebungsqualität und Gelegenheitsstrukturen für Engagement, z.B. in Form von sozialer Infrastruktur, auf die Vielfalt öffentlichen Lebens Einfluss nehmen und damit die lokalen Voraussetzungen urbaner Lebensart und zivilisierter Lebensweise gestalten. Die o.g. Befunde sprechen für die Qualitäten der „europäischen Stadt“ (vgl. Becker 2016: 57-71), die trotz aller durchgemachter und vermeintlicher Krisen, gute Voraussetzungen für Vielfalt städtischen Lebens bietet (Häußermann 2001). Wie oben über die Ökonomisierung der Stadtpolitik erwähnt, wird die Gestaltungskraft lokaler Politik zwar von überlokalen Entwicklungen eingeschränkt, doch haben insbesondere die Städte in Mitteleuropa, auf Grund ihrer historischen Entwicklung, ihrem im globalen Vergleich langsameren Wachstum, ihrer begrenzten Größe und ihrer traditionell hohen Nutzungsmischung, die noch oder wieder den Reiz des Wohnens im Zentrum bietet, gute Voraussetzungen, ihre relative lokalpolitische Selbständigkeit, zur Erhaltung oder Erhöhung der Lebensqualität der Stadtbevölkerung, zu nutzen (Kaelble 2001).

In einigen Städten Deutschlands haben sich mittlerweile Initiativen und Aktionsbündnisse für ein „Recht auf Stadt“ gebildet, die gegen Segregation, Polarisierung, Kommerzialisierung und Vertreibung in den Städten arbeiten und mehr direkte Partizipationsmöglichkeiten der BürgerInnen an der Kommunalpolitik fordern[15.] Solche zivilgesellschaftlichen Initiativen für ein Recht auf Stadt, bilden einen Gegenpol zur konstatierten Ökonomisierung der Stadtentwicklung und reklamieren das Mandat des Bürgers zur sozialen Gestaltung der Stadtentwicklung im Rahmen politischer Interessens-Aushandlungsprozesse.

5.2.10. Kritische Anmerkungen zu bürgerschaftlichem Engagement

Es gibt plausible Gründe für die Annahme, dass fortgeschrittene Industriegesellschaften (Schwengel 1999) oder postindustrielle Gesellschaften (Bell 1975), Formen politischer Beteiligung ihrer BürgerInnen finden müssen (Dahrendorf 1999), die dem in solchen Gesellschaften vorherrschenden Menschenbild, des autonomen Individuums (Capra 1982), entsprechen, und deshalb die Beteiligung der BürgerInnen zwangsläufig einen hohen Stellenwert in Leitbildern und Zielbeschreibungen genießen und gleichzeitig sich deren Nichterfüllung als soziales Problem in diesen Gesellschaften konstituiert. Andererseits werden zu den „Herausforderungen des Sozialstaates“ (Kaufmann 1997), unter der Überschrift der „Krise des Sozialstaates“, seit den 1990er Jahren, ausgehend von einer „Überforderung des Staates“ (Ellwein/Hesse 1997), Konzepte diskutiert, die einen starken Sozial- oder Wohlfahrtsstaat in Frage stellen (Hildemann 2000), den „Staat neu denken“ (Behrens/Heinze u.a. 1997) und als Ergebnis dessen einen „aktivierenden“ (Mezger/West 2000) oder „ermunternden“ (Bandemer/Blanke 1999) Staat proklamieren. Wenn in Bürgergesellschaft und aktivierendem Staat, „Eckpunkte für einen neuen Gesellschaftsvertrag“ (Bürsch 2002) gesehen werden, verwandelt sich aus dieser Perspektive die repräsentative, unversehens in eine multiple, als komplexes Gefüge von Formen und Arrangements zu verstehende, Demokratie (Nolte 2011) und der Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft (Evers/Olk 1996). Mit der Figur einer „Postdemokratie“ wird die Diskussion darüber geführt, ob die Aufrechterhaltung der Institutionen einer repräsentativen Demokratie mit gleichzeitigem Legitimationsverlust durch Enteignung der Partizipationsrechte auf Seiten der BürgerInnen einher geht oder ob sich lediglich die Formen der demokratischen Beteiligung ändern (Nolte 2011). „Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie“ (Jörke 2011) kann trotz oder gerade auf Grund der Etablierung neuer und unkonventioneller Beteiligungsformen die soziale Spaltung der Gesellschaft verschärfen. Die weiter oben bereits erwähnten empirisch feststellbaren Unterschiede in der Nutzung traditioneller Beteiligungsformen repräsentativer Demokratie, wie des Wahlrechts, machen deutlich, dass insbesondere Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen, geringen Einkommen und schlechten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, diese Beteiligungsformen immer weniger nutzen und gleichzeitig auch an den immer häufiger auftretenden unkonventionellen Beteiligungsformen, wie runden Tischen oder Bürgerforen, in geringerem Maße beteiligt sind, weil sie deren Voraussetzungen oft nicht erfüllen. Demgegenüber scheinen gerade die unkonventionellen „neuen Formen“ der Beteiligung vorwiegend von gut ausgebildeten „Modernisierungsgewinnern“ praktiziert zu werden, wie der Hamburger Schulstreit zeigte, wo 2010 die BürgerInnen aus eher wohlhabenden Stadtgebieten mit ihrer überdurchschnittlichen Beteiligung am Volksentscheid für eine Mehrheit gegen das Vorhaben des Senats zur Einführung der sechsjährigen Primarschule für alle Kinder sorgten (Jörke 2011). Die beiden, mit der Idee der Demokratie verbundenen, Versprechen, die gleiche Teilhabe am politischen Prozess und die Angleichung der Lebensverhältnisse, verlangen also sowohl nach politischen Beteiligungsrechten, die allen BürgerInnen offen stehen als auch nach der sozialen Egalität. Wenn sich nun soziale Lagen einschränkend auf die Beteiligung am politischen Prozess auswirken, steht das demokratische Versprechen in Frage (Böhnke 2011).

5.2.11. Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Aus den obigen Ausführungen leitet sich der Auftrag für Soziale Arbeit ab, bei Beteiligungsprozessen, diejenigen Bevölkerungsteile verstärkt in den Fokus zu nehmen und zu fördern, die auf Grund ihrer sozialen Lage besonders benachteiligt sind und bei widerstrebenden Interessen von BürgerInnen in Stadtteilen/Quartieren genau diesen zur Stimme zu verhelfen.

Eine Untersuchung von Sauter (2004) zur Mobilisierung von Bewohnerengagement im Rahmen des Programms „Soziale Stadt" kommt zu dem Ergebnis, dass Aktivierung und Beteiligung zwar hohe Wertschätzung genießen, aber eher geringe Praxisrelevanz verzeichnen. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung sei zum Engagement bereit und fähig, weshalb Bewohnerengagement eine dauerhafte professionelle Unterstützung benötige. Engagement-Förderung müsse an den vor Ort vorhandenen Strukturen andocken und die Bevölkerung sollte mehr Entscheidungskompetenzen erhalten, so Sauter, und das kommunale Verwaltungshandeln brauche eine explizite Raumorientierung. Zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen aber nicht nur diesen, schlägt Schwarze (2008) die beteiligungsorientierte Entwicklung eines Förderkonzeptes vor, das sowohl Elemente zur Stärkung der internen Strukturen von Organisationen als auch zur Stärkung der Mitwirkungskompetenzen in öffentlichen Gremien beinhaltet. Solche Konzepte wären mit allen Akteuren der Zivilgesellschaft abzustimmen, zu vernetzen und stadtweit zu verankern. Eine lokale Bestandsaufnahme vorhandenen Engagements durch aktivierende Befragung, Sozialraumanalyse oder andere Methoden könnten eine Grundlage der Konzeptentwicklung darstellen. Eine „Anerkennungskultur", die verschiedene Formen der Anerkennung von Engagement (öffentliche Ehrungen, Verdienstauszeichnungen, Einladung zu öffentlichen Anlässen und kommunalen Events, etc.) berücksichtigt, ergänzt um organisatorische Unterstützung (z.B. Anlauf- und Vermittlungsstelle für Engagement, Raumvergabe an Initiativen, Nutzung von Presse-Verteilern, etc.), Qualifizierungsangebote für Vereinsmitglieder in Kooperation mit lokalen Bildungsanbietern (Vereinsrecht, Finanzen, Fundraising, Sponsoring, PR-Arbeit, Projektmanagement, Wahlrecht, politische Gestaltungsmöglichkeiten, etc.) und die Schaffung von Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen (z.B. AG-Bürgervereine, Stadtteilkonferenz, etc.), können zur Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement beitragen. Speziell für die Beteiligung von MigrantInnen werden aufsuchende Kontaktaufnahme, die Nutzung persönlicher Kontakte und informeller Kanäle für die persönliche Ansprache durch MultiplikatorInnen sowie eine von Aufrichtigkeit, partnerschaftlichem Umgang, Vertrauen und Geduld geprägte Haltung, empfohlen (Schwarze 2008).

10 Thesen zur Bürgerbeteiligung

In den vorigen Kapiteln und Abschnitten wurden neben der geschichtlichen Entwicklung, die theoretischen Grundlagen sowie rechtliche und politische Rahmenbedingungen zur Begründung der Handlungsmöglichkeiten vorgestellt. An dieser Stelle steht nun die Konkretisierung von Handlungsmöglichkeiten an. Um das Thema Bürgerbeteiligung aus der Perspektive von sozialer Stadt- und Quartierentwicklung in einem dieser Veröffentlichung noch angemessenen Rahmen abzuschließen, werden im nächsten Abschnitt 10 Thesen formuliert die auf der Basis der oben dargelegten Erkenntnisse die wesentlichen Gesichtspunkte ansprechen.

1. Bürgerbeteiligung ist vielfach erwünscht, relativ weit verbreitet und zunehmend möglich.

Die dauerhafte Existenz des bundesweiten Netzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), mit entsprechenden Netzwerken auf Länderebene zeigt die gesellschaftspolitische Relevanz der Thematik. Mit der mittlerweile vierten Welle des Freiwilligensurvey (FWS 2014) wurden Längsschnittdaten zur Verbreitung diverser Arten von Beteiligung in Deutschland erhoben, die eine weite Verbreitung bürgerschaftlicher Partizipation belegen. Fachliteratur (wie Lüttringhaus/Richers 2003; Ackermann 2004), Publikationen von Ministerien (vgl. BMVBS 2012) und Stiftungen (vgl. Stiftung Mitarbeit 2012) weisen auf zahlreiche kleinere und größere Initiativen und Aktivitäten an vielen Orten hin und zeigen Möglichkeiten der Partizipation von BürgerInnen am gesellschaftspolitischen Geschehen auf.

2. Bürgerbeteiligung nutzt den BürgerInnen, zur Artikulation ihrer Interessen/Anliegen und zur Stärkung des Selbstwertgefühles.

Gerade Menschen, deren Berufs- und Lebensbiografie eher von Vernachlässigungserfahrungen geprägt sind und sie gelehrt haben, wenig oder nichts für die Allgemeinheit beitragen zu können und auch nicht diesbezüglich angefragt worden zu sein, können durch, auf ihre Lebenssituation und zu ihren Ressourcen passende, Beteiligungsformen Selbstwirksamkeitserfahrungen machen und erleben, dass die Organisation von Bürger-Interessen durchaus erfolgreich sein kann.

3. Bürgerbeteiligung nutzt Stadtteilen und Quartieren, zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Verbesserung des Stadtteil-Images.

Die Erfahrungen mit den Bund-Länder-Programmen für „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt" haben gezeigt (vgl. AKZENT 2011), dass die Orientierung der Stadtentwicklung auf sozialräumlicher Ebene zu Verbesserungen in Stadtteil und Quartier führen können, wenn dabei die Bevölkerung einbezogen wird und diese ihr „know how" als ExpertInnen für ihr räumliches und soziales Lebensumfeld einbringen können.

4. Bürgerbeteiligung nutzt den Kommunen, zur Entwicklung besserer Lösungen bei politischen Entscheidungen.

Zu dieser Erkenntnis kam jüngst das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in seinem Abschlussbericht zur Bürgerbeteiligung im Rahmen der Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor (BMVBS 2012). Dieser Bericht ist dementsprechend als Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung konzipiert und berücksichtigt wesentliche Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Bürgerbeteiligung Sozialer Arbeit (Lüttringhaus/Richers 2003).

5. Bürgerbeteiligung kann ausgenutzt werden...

zur Durchsetzung von Partialinteressen, zur Verschleierung von Manipulation, zur Entpolitisierung durch „Folklorisierung", zum Konkurrenzkampf gesellschaftlicher Gruppen sowie zur Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen.

Wenn sich gesellschaftliche Gruppen, die ohnehin über mehr und höheres Sozialkapital verfügen, für Anliegen einsetzen, die ihre Partialinteressen anstatt dem Gemeinwohl in den Vordergrund stellen , stellt sich die Frage nach den Chancen der Gleichberechtigung von Anliegen in der Aushandlung von Interessen unterschiedlicher Bevölkerungsteile.

Wenn Behörden vermeintliche Bürgerbeteiligung auf expertokratische Art und Weise betreiben, die in keinster Weise dazu geeignet ist, dem Bürgerwillen zum Ausdruck zu verhelfen, weil sehr gut vorbereitete ExpertInnen umfangreiche Informationen präsentieren, lediglich ihre eigenen Schlüsse daraus ziehen und weder Nachfragen noch Diskussionen ermöglichen, liegt der Verdacht von Manipulation und deren Verschleierung nahe.

Wenn Organisationen die Bevölkerung zur Teilnahme an Veranstaltungen mobilisieren, ohne diese an den verschiedenen Stufen der Beteiligung (vgl. These 7 und Abb. 1) teilhaben zu lassen, um damit im Konkurrenzkampf zwischen den Trägern sozialer Dienstleistungen eine bessere Position einzunehmen, wird Bürgerbeteiligung für Organisationszwecke instrumentalisiert.

Wenn ausschließlich Begegnungsformen, die geselligen Charakter und keine thematische und politische Fokussierung haben, praktiziert und als Beteiligungsformen deklariert werden, kann von der „Folklorisierung" von Beteiligung gesprochen werden. Damit wird nicht in Abrede gestellt, dass unterhaltsame und gesellige Formen der Begegnung und Beteiligung wichtige Bestandteile nachhaltiger Partizipation sein können.

Und wenn sozial benachteiligte Menschen nicht ernst genommen und nicht durch ernsthafte Analysen und sorgfältig vorbereitete Methoden in Beteiligungsprozesse einbezogen werden, schließt Bürgerbeteiligung diese Bevölkerungsteile aus, wie Chantal Munsch (2004) kritisiert.

6. Bürgerbeteiligung braucht sowohl Teilhabegewährung durch Beteiligungsangebote und -möglichkeiten seitens der Entscheidungs- und Maßnahmenträger als auch Beteiligungsnachfrage, Interesse und tatsächliche Teilnahme seitens der BürgerInnen.

Weil die beste Beteiligungsabsicht von Maßnahmen- oder Entscheidungsträgern ins Leere läuft, wenn sie von niemandem in Anspruch genommen und genutzt wird, müssen Beteiligungsangebot und –nachfrage in Einklang gebracht werden. Um nicht einzig nach dem Prinzip „trial and error" verfahren zu müssen, empfiehlt sich nach den Anliegen, Betroffenheiten und Interessen der Bürgerschaft zu forschen. Hierzu eignet sich in besonderer Weise die aktivierende Befragung, bei der methodisch sowohl Informationen generiert, Einschätzungen und Deutungen erfasst, als auch Ressourcen erhoben und Ideen entwickelt werden können, für deren Umsetzung die Befragten wegen der selbst benannten Betroffenheit am ehesten motiviert sein dürften. Das Handbuch von Lüttringhaus und Richers (2003) gibt dazu ausführliche und hilfreiche Anregungen. Einen Erfahrungsbericht über eine aktivierende Befragung in einem Stadtteil bieten Martin Albert und Julia Wege (2012) an.

7. Bürgerbeteiligung geschieht auf unterschiedlichen Stufen der Beteiligung, die sich nach Intensität und Aktivität unterscheiden lassen.

Die in der folgenden Abbildung (1) dargestellten „Beteiligungs-Stufen" sind als auf einander aufbauende Stufen zu verstehen, bei denen jede Stufe auch die Basis der darunter liegenden Stufen benötigt. Die Größe der Stufen suggeriert eine weitere empirische Verbreitung, was durchaus beabsichtigt ist, denn es wird davon ausgegangen, dass „Information", die am weitaus häufigsten genutzte Beteiligungsstufe darstellt, wohingegen die Stufen der „Mitwirkung", „Mitentscheidung" oder gar der „Selbstorganisation" in der Praxis eher abnehmend verbreitet sein dürften. Bedeutung und Intensität der Beteiligung steigen mit jeder nach oben ansteigenden

Stufe. Eine nachhaltige Beteiligung geht von einem ganzheitlichen Ansatz aus, der alle Beteiligungsstufen bedient. Anlässe und Möglichkeiten der Beteiligung können jedoch mit unterschiedlichen Beteiligungsstufen korrespondieren. Bleibt die Beteiligung auf der untersten Stufe, also im Bereich der Informationen stehen, werden die Wirkungen der Beteiligung weniger Reichweite erzielen, weil die beteiligten BürgerInnen nicht ins Handeln (Stufe Mitwirkung) kommen, nicht die Erfahrung machen, dass sie Einfluss nehmen (Stufe Mitentscheidung) und Autonomie gewinnen (Stufe Selbstorganisation) können. Nähere Erläuterungen finden sich in Becker (2016) sowie im „Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung" (BMVBS 2012) und bei Lüttringhaus/Richers (2003).

Abbildung 1: **Beteiligungsstufen**

Quelle: Eigene Bearbeitung Becker 2013, nach BMVBS 2012 und Lüttringhaus/Richers 2003.

8. Bürgerbeteiligung erfordert auf unterschiedlichen Stufen der Beteiligung, unterschiedliche Voraussetzungen und Bedingungen.

Die Beteiligung durch Information erfordert Betroffenheit der BürgerInnen von der jeweiligen Situation und Interesse an der jeweiligen Thematik über die informiert wird. Betroffenheit wiederum ist abhängig von Lebenslage, Lebensstil und sozialräumlicher Orientierung der Menschen. Bildungsstand und Vorwissen von BürgerInnen sind wesentliche Faktoren für die Art und Weise der Informationsverarbeitung und –aneignung. Auf der Stufe der Mitsprache und Mitwirkung sind niedrig oder hochschwellige Zugänge, Zeitressourcen, Orte und Zeiten von Mitwirkungsgelegenheiten und Beteiligungserfahrungen entscheidende Bedingungen für Engagement. Ob und wie stark BürgerInnen mit- oder selbst entscheiden können und die Gelegenheiten dazu nutzen, hängt neben gesetzlichen Regelungen und politischen Strukturen auch von Eigentums- und Machtverhältnissen einerseits sowie von den Menschenbildern und Demokratieverständnissen der beteiligten Akteure andererseits ab. Wer im Sinne eines funktionalistischen Menschenbildes davon ausgeht, dass Menschen nur unter Anweisung und Kontrolle zur Einhaltung von Absprachen und Normen fähig sind, wird sich in Beteiligungsprozessen anders verhalten, als wer von einem humanistisch autonomieorientierten Menschenbild ausgeht (vgl. McGegor 1986; Capra 1982). Eine Checkliste zur Bürgerbeteiligung, mit einem Fragebogen zur Gestaltung von Bürgerbeteiligung und Beispielen für Spielregeln in einem Beteiligungsprozess sowie einen Methodenkoffer, haben die Stadt Essen und deren Kooperationspartner die Firma „PlanKom" unter dem Titel „Standards der Bürgerbeteiligung – Checkliste für Projektverantwortliche" entwickelt, der ausdrücklich zur Weiterverwendung durch Kommunalverwaltungen empfohlen wird und über dessen „respektlose Aneignung und vielfältige Verwendung in der kommunalen

Praxis“ sich die AutorInnen ausdrücklich freuen (Checkliste Bürgerbeteiligung 2011). Einen „Verhaltenskodex für die Bürgerbeteiligung im Entscheidungsprozess“ haben internationale Nichtregierungsorganisationen (INGOs 2009) im Rahmen einer Konferenz beim Europarat im Oktober 2009 verabschiedet. Darin werden Ziele, Rahmenbedingung für die Bürgerbeteiligung, Parameter der Zivilgesellschaft, Grundlagen und Voraussetzungen der Bürgerbeteiligung, verschiedene Ebenen der Beteiligung, die Phasen des politischen Entscheidungsprozesses sowie fachübergreifende Werkzeuge und Mechanismen für die Bürgerbeteiligung beschrieben.

9. Die Problematik von Bürgerbeteiligung liegt u.a. in der potentiellen Spaltung zwischen Engagement geübten und –erfahrenen, vermeintlichen „AktivbürgerInnen“ und Engagement ungeübten und –unerfahrenen vermeintlichen „PassivbürgerInnen“.

Weil viele, auch neuere, Formen der Beteiligung, wie Runde Tische, Stadtteilkonferenzen, etc. in der Regel einen bereits hohen Bildungs- und Informationsgrad, sprachliche Gewandtheit, diszipliniertes Verhalten, Sachorientierung statt Emotionalität und Zeit erfordern, werden Menschen, die ihre Stärken nicht in diesen Kompetenzen sehen oder auf Grund ihrer Lebenserfahrung nicht glauben, etwas zum Wohle der Allgemeinheit beitragen zu können, tendenziell von Beteiligung ausgeschlossen (Munsch 2003; 2004). Wie BürgerInnen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Motivation mittels entsprechend angepasster Methoden beteiligt werden können, zeigt Ina Zimmermann (2012) am Beispiel der Evaluation im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“.

Weitere Probleme entstehen durch Angst vor Machtverlust auf Seiten von Politikern, die befürchten, sich nicht mehr als Macher darstellen und ihre informellen Kontakte nicht mehr als Vorteile nutzen zu können. Auch Verständigungsprobleme und Vorurteile zwischen Angehörigen unterschiedlicher Disziplinen und Akteuren (Stadtentwickler, Verkehrsplaner, Wirtschaftsförderer, Architekten, Sozialarbeiter, Grund-/Hauseigentümer, Mieter, Kommunalpolitiker,....), die unterschiedliche Perspektiven, Interessen, Lösungs- und Bewältigungsideen haben, sind nicht selten. Architekten sehen sich möglicherweise als „Künstler und Gestalter“ durch Bürgerbeteiligung in ihrer Kreativität und Schöpfungskraft beschränkt und ihre Ideen/Geschöpfe zerredet. „Naturwissenschaftler“ und „Techniker“ sehen evtl. stärker ihre Fakten (Vorgaben, Parameter) und wenig Spielräume für Diskussionen „technischer Lösungen“. Bürgerbeteiligung kann somit tendenziell als zusätzliche „Störgröße“, als unkalkulierbarer Zeitfresser und Belastung gesehen und erlebt werden.

Damit wird Moderation zu einer wichtigen Aufgabe. Weil sich ehrenamtliche Mitwirkungsstrukturen und hauptamtliche Arbeitsstrukturen der öffentlichen Verwaltungen oft an Arbeitskapazitäten/Arbeitszeiten/Bevormundungen/Formalismen reiben, entstehen unangemessene Erwartungen, beispielsweise zu Zeitpunkt und Tempo der Ideenrealisierung. Enttäuschte Erwartungen demotivieren. Missverständnisse und Enttäuschungen können zu Vorurteilen über „die Politik“, „die Verwaltung/Ämter/Bürokratie“, „die Investoren“, „die BürgerInnen“ werden. Hinzu kommt, dass neue Kommunikationsanforderungen selten mit zeitlichen Entlastungen versehen werden. Somit können durch unrealistische Vorgaben für unpopuläre Entscheidungen, für die es keinen Verhandlungsspielraum gibt, nicht selten psychische Belastungen entstehen. Nachhaltigkeit und Verstetigung von BürgerInnenbeteiligung wird in und durch Projektmanagement und –finanzierung eingeschränkt, denn Projektfinanzierungen beenden oft die Beteiligung nach Ende des Projektes. Projektmanagement als zeitlich begrenztes Quartiermanagement baut Kontakte und Beziehungen auf, die danach brach liegen oder wenn sie personengebunden sind, bei Weggang der jeweiligen Person nicht mehr nutzbar sind (vgl. Hüttinger/Selle 2003).

10. Die Beteiligung von Engagement ungeübten Menschen kann gelingen, wenn die Voraussetzungen für reelle und adäquate Beteiligungschancen für alle Bevölkerungsteile geschaffen werden.

Dazu gehören dezentral, auf Quartierebene, angesiedelte Beteiligungsgelegenheiten, die geprägt sind von offenem, vertrauensvollem Zuhören, um die Themen der Menschen herausfinden und aufgreifen zu können. Es sind adäquate Beteiligungsformen zu finden, die zu den Menschen und ihrer Situation passen und eine kontinuierliche Beteiligung ermöglichen aber nicht voraussetzen. Hierzu sind Lebenswelt orientierte Veranstaltungsorte zu wählen, die eine niedrige Schwellenangst auslösen und unverbindliche Teilnahmemöglichkeiten bieten, die auch geringe Arbeitsdisziplin und hohe Emotionalität tolerieren. Durch ansprechende und auffällige Ankündigungen kann die Bevölkerung auf Aktivitäten aufmerksam gemacht werden. Durch die Verbindung von Reden und praktischem Tun sowie dem Aufzeigen konkreter Handlungsmöglichkeiten, kann bei aktiver, unterstützender Moderation die Eigenständigkeit und das Selbsthilfepotential der BürgerInnen gefördert werden. Zur Sicherung nachhaltiger Beteiligungsstrukturen sollte ein Koordinationsgremium aller Organisationen im Stadtteil/Quartier existieren, wobei eine Trennung von Bewohner- und Organisationsvertretung (Bewohnerrat aller BewohnerInnen; Trägerrat aller Organisationen) sicher stellen sollte, dass nicht Bewohnerinteressen von Organisations-/Trägerinteressen dominiert werden. Gleichwohl braucht es eine strukturelle Zusammenführung von BewohnerInnen- und Organisationsvertretung (Bewohnerrat + Trägerrat = Stadtteil-/Quartiergremium; z.B. Stadtteilkonferenz), um Interessengegensätze und Gemeinsamkeiten bewältigen und nach außen vertreten zu können. Diesem Stadtteil-/Quartiergremium kommt außerdem die Aufgabe zu, Ansprechpartner für Stadtverwaltung/Quartiermanagement zu sein und könnte als Träger einer professionellen Quartierarbeitsstelle fungieren. Mit der Sicherung einer überparteilichen Moderation von Beteiligungs-/Aktivierungsprozessen kann das Risiko, dass BürgerInnen durch Beteiligung oder Aktivierung instrumentalisiert werden, vermindert werden.

5.2.12. Schlussbemerkung zu MARGE und Partizipation

Für das Projekt MARGE fanden sämtliche oben genannten Aspekte Beachtung und erwiesen sich als relevant. In Abschnitt 2 wurde Partizipation von und durch BürgerInnen auch unter Berücksichtigung der möglicherweise unterschiedlichen Perspektiven der drei am Projekt MARGE beteiligten Ländern thematisiert. Die aufgezeigten sozialwissenschaftlichen Hintergründe und Phänomene weisen in Europa, trotz unterschiedlicher Staatsformen und gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen, durchaus vielfache Gemeinsamkeiten auf. Ob dies so ist, wo die Unterschiede und vielleicht noch viel wichtiger, wo die möglichen Gemeinsamkeiten und Optionen grenzüberschreitenden Austausches im Hinblick auf die Beteiligung von BürgerInnen/BewohnerInnen und lokalen informellen wie formellen Akteuren liegen, wurde versucht im Rahmen des trinationalen grenzüberschreitenden Europaprojektes MARGE zu erschließen und sind in der Darstellung der Ergebnisse des Projekts MARGE an anderer Stelle in dieser Publikation benannt.

Martin Becker, 2019

Literatur- und Quellenverzeichnis

Ackermann, Paul (2004): Bürger Handbuch. Basisinformationen und 66 Tipps zum Tun. Schwalbach: Wochenschauverlag.

AKZENT (2011): Projektbericht. AKZENT ist ein Pilotprojekt im Rahmen der Nationalen Stadt-entwicklungspolitik und wird gefördert vom Bundes-ministerium für Verkehr, Bau und Stadt-entwicklung (BMVBS). Herausgeber: Kotlenga, Sandra / Müller, Doreen (Zoom e.V. – Ge-sellschaft für prospektive Entwicklungen e.V., Göttingen), Scholz, Carmen / Simon, Heribert / Wölfle, Daniel (Landesarbeitsgemeinschaft soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., Hannover); Göttingen/ Hannover.

Albert, Martin / Wege, Julia (2012): Gelingende Nachbarschaft. Aktivierende Befragung als Methode in sozialen Brennpunkten; in: Soziale Arbeit 1/2012. Zeitschrift für soziale und so-zialverwandte Gebiete, November 2012, 61. Jahrgang.

Bandemer, Stephan von / Blanke, Bernhard (1999): Der „aktivierende“ Staat; in: Gewerkschaftliche Monatshefte. 50. Jg. Heft 6/1999:, S. 321-330.

Barber, Benjamin (1994): Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg.

Becker, Martin (2016): GWA-Personalbemessung. Orientierungshilfe zur Personal bemes-sung professioneller Sozialen Arbeit im Handlungsfeld der Stadtteil- und Quartierentwick-lung. Konstanz: Hartung-Gorre Verlag.

Becker, Martin (2008): Lebensqualität im Stadtquartier. Einflussfaktoren, Wirkungen und Handlungsmöglichkeiten, Saarbrücken: VDM-Verlag.

Behrens, Fritz / Heinze, Rolf G. u.a. (Hrsg; 1997): Den Staat neu denken. Reformper spektiven für die Landesverwaltungen. Berlin.

Bell, Daniel (1975): Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt/Main: Campus.

Bellah, Robert N. (1985): Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life. Los Angeles: University of California Press.

BMVBS (2012): Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung. Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.). Invali-denstraße 44, 10115 Berlin.

Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer Partizipation. In: APuZ 1-2/2011: 18-25. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Rein-hard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt Sonderband 2, S.183-198. Göt-tingen.

Braun, Sebastian (2001a): Bürgerschaftliches Engagement. Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte, in: Leviathan 1/2001, Seite 83-109.

Bühlmann, Marc/Freitag, Markus (2007). Freiwilligkeit als soziales Kapital der Gesellschaft. Ein Vergleivh der Schweizer Kantone. In: Farago, Peter (Hg.). Freiwilliges Engagement in der Schweiz: Ergebnisse neuer Forschung. Seismo Verlag: Zürich. S. 23-58.

Bürsch, Michael (2002): Bürgergesellschaft und aktivierender Staat - Eckpunkte für einen neuen Gesellschaftsvertrag; in: Meyer, Thomas / Weil, Reinhard (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerko-mmunikation. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 195-208.

Bundesamt für Statistik (2015). Wahlbeteiligung 2015. URL: https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/nationalratswahlen/wahlbe-teiligung.html [Zugriffsdatum: 5.03.2019]

Capra, Fritjof (1982): Wendezeit. Baustein für ein neues Weltbild. Bern: Scherz.

„Charta von Aalborg“ (1994): http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/aalborg_charta_1994_554.htm (03.09.2015).

Checkliste Bürgerbeteiligung (2011): Standards für Bürgerbeteiligung – Checkliste für Projekt-verantwortliche. Stadt Essen / PlanKom (Hrsg.) Stadt Essen, 01-16 Büro Stadtentwicklung, Monika Hanisch www.essen.de/buergerengagement; PlanKom, Oliver Kuklinski, www.plankom.net.

Dahme, H.J. / Wohlfahrt, N. (Hrsg.; 2005): Aktivierende Soziale Arbeit. Baltmannsweiler.

Dahrendorf, Ralf (1999): Die Bürgergesellschaft. Der verlässliche Anker der Freiheit. In: Pongs, Armin (Hrsg.): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich. Gesellschaftskonzepte im Vergleich. München: Dilemma-Verlag, Seite 87-104.

Datenreport (2013). Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt „Destatis“ / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozial-forschung (WZB), Zentrales Da-tenmanagement (Hrsg.) Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.

Datenreport (2011), Statistisches Bundesamt „Destatis“ / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung „WZB“, Zentrales Datenmanagement (Hrsg.):

Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Band I, Bonn.

Datenreport (1999): Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), in Zusammenarbeit mit WZB-Berlin, ZU MA-Mannheim und der Bun-deszentrale für politische Bildung, Bonn.

Ellwein, Thomas / Hesse, Joachim Jens (1997): Der überforderte Staat. Frankfurt/Main.

Etzioni, Amitai (1998): Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verant - wortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus. Frankfurt/M.: Fischer. (Deutsche Version)

Etzioni, Amitai (1996): The New Golden Rule. Community and Morality in a Demokratic Society; New York: Basic Books.

Evers, Adalbert (1998): Soziales Engagement. Zwischen Selbstverwirklichung und Bürgerpflicht, in: Transit 15, S. 186-200.

Freitag, Markus (2014). Das soziale Kapitel der Schweiz. Zürich: NZZ Verlag.

Freitag, Markus/Manatschal, Anita/Achermann, Kathrin/Ackermann, Maya (2016).

Freiwilligen-Monitor Schweiz 2016. Seismo Verlag: Zürich.

Freiwilligensurvey (FWS 2014) wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Die wissenschaftliche Leitung der vierten Welle (2014) liegt beim Deutschen Zentrum für Alters-fragen (DZA): http://www.dza.de/forschung/deutscher-freiwilligensurvey-fws.html (28.12.2015).

Friedrichs, Jürgen (1977): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Geislingen-Studie (1995): Engagement in der Bürgergesellschaft. Die Geis-lingen-Studie. Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwarts-fragen Mannheim (SIGMA), Jörg Ueltzhöffer/ Carsten Ascheberg, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart.

Häußermann, Hartmut (2001): Neues aus der Stadtforschung. Ein altes Modell mit Zukunft? Die europäische Stadt. In: Leviathan 2/2001. Westdeutscher Verlag. 237-255.

Henckel, Dietrich (1998): Zeitstrukturen, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Sozio-logische Stichworte. Seite 310-319. Opladen: Leske + Budrich.
Hildemann, Klaus D. (2000): Einleitung; in: Hildemann, Klaus D. (Hrsg.): Abschied vom Versorgungsstaat? Erneuerung sozialer Verantwortung zwischen Individualisierung, Markt und bürgerschaftlichem Engagement. Bonn. S. 7-17.
Holtkamp, Lars (2011): Kommunale Haushaltspolitik bei leeren Kassen. In: Aus Politik und Zeitgeschehen. 7-8/2011. 13-19.
Hradil, Stefan (1999): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich.
Hüttinger, Helene / Selle, Klaus (2003): Probleme mit der Bürgerorientierung. In: vhw FW 3/2003, S. 160-166. Forum Wohneigentum, Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtent-wicklung und Immobilienwirtschaft, Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwick-lung e.V. Berlin (Hrsg.).
ILS 64, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (1992) (Hrsg.): Von der traditionellen Sozialpolitik zur neuen Wohlfahrtskultur. Freiwilliges soziales Engagement und lokale Infrastruktur, Dortmund.
INGOs (2009; INGO = internationale Nichtregierungsorganisationen): Verhaltens kodex für die Bürgerbeteiligung im Entscheidungsprozess. http://www.coe.int/t/ngo/code_good_prac_en.asp (15.02.2013).
Jörke, Dirk (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: APuZ 1-2/2011. Bonn: Bun-deszentrale für politische Bildung, Seite 13-18.
Kaelble, Hartmut (2001): Die Besonderheiten der europäischen Stadt im 20. Jahrhundert. In: Leviathan 2/2001. S. 256-274. Westdeutscher Verlag.
Kaufmann, Franz-Xaver (1997): Die Herausforderungen des Sozialstaats. Frankfurt/Main.
Kriesi, Hanspeter/Baglioni, Simone (2003). Putting local associations. Swiss Political Science Reviews. 9 (3). S. 1-34.
Krumm, Thomas (2013). Das politische System der Schweiz. Ein internationaler Vergleich. Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH: München.
Landesstudie 1997: „Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg“. Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA), im Auftrag des Sozialministeriums Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart.
Leipzig Charta EU (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Bundesminis-terium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.), Berlin.
Lüttringhaus, Maria / Richers, Hille (2003): Handbuch aktivierende Befragung : Konzepte, Er-fahrungen, Tipps für die Praxis. Bonn: Stiftung Mitarbeit (Hrsg.).
Lüttringhaus (2000): Stadtentwicklung und Partizipation. Bonn.
Maslow, Abraham H. (1954): Motivation and Personality. New York: Harper.
Mc Gregor, D. M. (1986): Der Mensch im Unternehmen / Douglas McGregor. [Aus dem Ame-rikanischen übersetzt von A. Wolter. „Zum Geleit“ aus dem Amerikanischen übersetzt von G. Nessler]. Erstausgabe 1960: The human Side of Enterprise. New York: McGraw Hill.
Mezger, Erika / West Klaus-W. (Hrsg.; 2000): Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln. Schüren.
Munsch, Chantal (2004): Engagement schließt aus. In: forum sozial 1/2004, S. 16-18.

Munsch, Chantal (Hrsg.; 2003): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales En-gagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim/München.
Naßmacher, Hiltrud (2011): Kommunalpolitik in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgesche-hen. 7-8/2011. Seite 6-12.
Naschold, Frieder (1996): Partizipative Demokratie. Erfahrungen mit der Modernisierung kommunaler Verwaltungen, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jhs., Berlin, S. 294-307.
Nolte, Paul (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: APuZ 1-2/2011. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Seite 5-12.
Offe, Claus (1984): Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frank-furt/M.-New York: Campus.
Opielka, Michael (2009): Grundeinkommen und Werteorientierungen. Eine empi rische Analyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Reichard, Christoph (1994): Umdenken im Rathaus. Neue Steuerungsmodelle in der deutschen Kommunalverwaltung: Berlin: Edition Sigma.
Roth, R. (2000): Bürgerschaftliches Engagement. Formen, Bedingungen, Perspektiven, in: Zimmer, Annette /Nährlich, S. (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven. Opladen, S. 25-48.
Sachs Pfeiffer, Toni (1988): Lebensstil, Mobilität und die Gestaltung von Stadträumen, in: Vol-ker Hauff (Hrsg.), Stadt und Lebensstil. Thema: Stadtkultur, S. 105-133.Weinheim-Basel: Beltz.
Sarcinelli, Ulrich (1997): Politische Kommunikation und multikulturelle Gesellschaft, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Band 2, S.403ff.. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Sarcinelli, Ulrich (1993): „Verfassungspatriotismus“ und „Bürgergesellschaft“ oder: Was das demokratische Gemeinwesen zusammenhält, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 34, S. 25-37.
Sauter, Matthias (2004): Die Zukunft der Sozialen Stadt - Integrierte Stadtteilentwicklung im Spannungsfeld von staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation. Dissertation an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund. Dortmund/Münster.
Schäfers, Bernhard (1995): Partizipation, in ders. (Hrsg): Grundbegriffe der Soziologie, S. 239-241. Opladen: Leske + Budrich.
Schulze, Gerhard (1997): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/M. - New York: Campus. Erstausgabe (1992).
Schwarze, Antje (2008): Kommunale Ansätze zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Migranten. In: vhw FW 3/2008: 152-159. Forum Wohneigentum, Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft. Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V. Berlin (Hrsg.).
Schwengel, Hermann (1999): Globalisierung mit europäischem Gesicht. Der Kampf um die politische Form der Zukunft. Berlin: Aufbau-Verlag.
Schwonke, Martin (1974): Kommunikation in städtischen Gemeinden, in: Wolfgang Pehnt (Hrsg.): Die Stadt in der BRD, S. 45ff.. Stuttgart: Reclam.
SIGMA (1999): Generationenkonflikt und Generationenbündnis in der Bürgergesellschaft. Die erste bundesweite Studie zum Verhältnis der Generationen

in der Bürgergesellschaft, Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA), im Auftrag des Sozialministeriums Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart.

Spiegel, Erika (1998): Dichte, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte. S. 39-46. Opladen: Leske + Budrich.

Stiftung MITARBEIT (Hrsg.; 2012): Jahrbuch 2012. Jahresprogramm 2012 , Tätigkeitsbericht 2011. Bonn: Verlag Stiftung MITARBEIT.

Thränhardt, Dietrich (2008): Das Engagement von Migranten. In: Forum Wohneigentum, Zeit-schrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft, vhw FW 3/2008: 131-137. Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V. Berlin (Hrsg.).

Vatter, Adrian (2014). Das politische System der Schweiz. 1. Aufl. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden.

Vetter, Angelika (2011): Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, 7-8/2011; Seite 25-32.

Werner, Götz W. (2007): Einkommen für alle. Der dm-Chef über die Machbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Wollmann, Helmut (1998): Lokale Demokratie, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 135-142.

Zimmer, Annette (1996): Vereine – Basiselemente der Demokratie. Eine Analyse aus der Drit-te-Sektor-Perspektive, Opladen: Leske + Budrich.

Zimmermann, Ina (2012): Evaluationen unter Einbeziehung Betroffener. in: Soziale Arbeit 11.2012, Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete, November 2012, 61. Jahrgang, Seite 415-421.

1 http://www.mehr-demokratie.de/volksentscheid-kampagne.html; 28.12.2012
2 www.campact.de/
3 Hélène Hatzfeld, La participation, une histoire ancienne, In Urbanisme n°392, Printemps 2014, pp.32-35
4 ANRU ist verantwortlich für die Vereinbarung, Überwachung und Kofinanzierung von Stadter-neuerungsprojekten.
5 http://www.ville.gouv.fr/IMG/pdf/democratie_lph-avis_19_01_12_v1002_.pdf
6 Der „Contrat de Ville“ (Stadtvertrag) legt formal die Beteiligung des Staates, der örtlichen Ge-meinden und der verschiedenen öffentlichen Stellen zugunsten der „Programmbezirke“ fest. Er bildet den Fundament des Stadtentwicklungsprogramms „politique de la ville“.
7 Das Gleichstellungs- und Staatsbürgerschaftsgesetz vom 27. Jan. 2017 führte die Schaffung eines (Interpellations-)Einspruchsrechts (Artikel 153-156) sowie eine Beurlaubung bei ehrenamtli-chem Engagement ein (Artikel 10).
8 Die nachfolgend entwickelten Punkte stammen aus dem 2018 von ORIV erstellten Zustandsbe-richt über das Funktionieren der Bürgerräte in der Region Grand Est, sowie aus dem 2019 erstell-ten Bericht der CNDP über die Bürgerräte.
9 Bundestagsdrucksache 14/2351
10 Az: 2-2205.08-00/1
11 Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen Mannheim

12. z.B. durch „Public-Private-Partnership“, „Outsourcing öffentlicher Aufgaben“, etc.(Becker 2014: 68ff.)
13 Beispiele sind CitymanagerInnen, kommunales Eventmarketing und „Festivalisierung“ des öffentlichen Stadtlebens sowie bauliche Aufwertung und Möblierung von Innenstädten Becker 2014: 68ff.))
14 Zum Ausmaß der kommunalen Verschuldungssituation siehe den Artikel von Lars Holtkamp in APuZ 7-8/2011, S. 13-19.
15 z.B. „Recht auf Stadt“ Hamburg: http://www.rechtaufstadt.net/
16 wie z.B. die Verhinderung eines Kinderspielplatzes, einer Einrichtung für Menschen mit Behinderungen oder einer Schwerpunktpraxis für Substitutionsbehandlungen suchtkranker Menschen, in ihrem Wohngebiet.

5.3. Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, freien Trägern und der Bevölkerung

5.3. Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, freien Trägern und der Bevölkerung

(Martin Becker)

5.3.1. Einleitung und Bezug zum EU-Programm INTERREG V

Das trinationale INTERREG-Projekt „MARGE“ ist auf das spezifische Ziel Nr. 11 - „Verbesserung des grenzüberschreitenden Leistungsangebots von Verwaltungen und Institutionen“ nach dem EU-Programm INTERREG V ausgerichtet. Dementsprechend nimmt es Bezug auf die grenzüberschreitende Problemstellung der Vermeidung und Verminderung der Marginalisierung von Quartieren in der Oberrheinregion.

Das Projekt „MARGE“ versucht, die im spezifischen Programmziel 11 benannte „Verbesserung des grenzüberschreitenden Leistungsangebots von Verwaltungen und Institutionen“ über Möglichkeiten verstärkten grenzüberschreitenden Austauschs zwischen Fachkräften in öffentlichen Verwaltungen und lokalen Akteuren in Quartieren, die sich für die Entwicklung einer integrierten sozialen Stadtentwicklung engagieren, zu erreichen. Im Folgenden gehen wir der Frage nach, welche Anforderungen und Aufgaben sich zur Erreichung dieses Ziels in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, freien Trägern Sozialer Arbeit und der Bevölkerung ergeben. Dabei werden sowohl die Herausforderungen, vor denen Kommunen heute und in Zukunft stehen werden, als auch bisher bereits bestehende Ansätze zur Bewältigung der Herausforderungen einbezogen. Im Anschluss daran werden Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt, wie im Rahmen des Projektes „MARGE“ die angesprochenen Themen bearbeitet werden sollen.

5.3.2. Gesellschaftliche Herausforderungen und politische Strategien

Globale Herausforderungen, wie die Ausbreitung weltweiter Waren-, Finanz- und Unternehmensmärkte, verbunden mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel, der Polarisierung von Nationen und Regionen stellen, je nach Risiken und Chancen der regionalen oder lokalen Betroffenheit von globalen Entwicklungen, erhöhte Anforderungen an Staat und Zivilgesellschaft (Becker 2016: 87-146). Neben dem Klimawandel gehören die demografische Entwicklung, verbunden mit in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften üblichen Prozessen der Bevölkerungsschrumpfung sowie dem Bevölkerungswachstum in den meisten anderen Gesellschaften und die teilweise damit in Verbindung stehenden verstärkten Migrationsbewegungen sowie Fragen der gerechten Teilhabe an gesunder Umwelt, Unterkunft, Arbeit, Politik und Wohlstand, zu den wichtigsten Themen gesellschaftlicher Entwicklungen. Um den o.g. Anforderungen zu begegnen, haben Staaten und Staatengemeinschaften multilaterale Kooperationen geschlossen, um ihre jeweiligen Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Mit der Lokalen Agenda 21, wurde bereits Anfang der 1990er Jahre in Rio de Janeiro eine weltweite Bewegung in Gang gesetzt, die unter dem Stichwort „Nachhaltigkeit“ das Ziel verfolgt, die Bedürfnisse heutiger und zukünftiger Generationen decken zu können (Lokale Agenda 21). In Artikel 28 der „Agenda 21“ wird den Kommunen eine besondere Bedeutung bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben zugeschrieben. Die Europäische Union hat diesen Impuls in der Leipzig Charta (2007) aufgegriffen, und eine Nachhaltigkeitsstrategie vereinbart, die wirtschaftliche Prosperität, sozialen

Ausgleich und gesunde Umwelt bewirken soll. Hierzu wird eine integrierte Stadtentwicklungspolitik empfohlen, die durch Koordination der sektoralen Politikfelder für mehr Verantwortungsbewusstsein sorgt. Neben Maßnahmen, wie einer Bestandsanalyse (vgl. Sozialraumanalyse in: Becker 2014: 153ff.) von Stärken und Schwächen der Stadt und all ihrer (Stadt)teile, wird die Abstimmung teilräumlicher, auf Quartiere bezogener, sektoraler Pläne und politischer Maßnahmen, die Koordination und Moderation, sowohl innerhalb der Kommunalverwaltung als auch zwischen allen lokalen Akteuren auf Gesamtstadt- und Quartierebene unter Einbezug der BürgerInnen und anderer Beteiligter gefordert (vgl. Leipzig Charta 2007).

5.3.3. Besonderheiten integrierter Stadtentwicklung und Kooperation

Erfolgsfaktoren und Hemmnisse lokaler Agenda-Prozesse sind in dem Band „Kommunale Nachhaltigkeit“ (Kegelmann/Martens 2013) beschrieben. Darin geht Jürgen Kegelmann (2013: 245-260) auf die Geschichte, Gegenwart und Zukunft Kommunaler Verwaltung (mit Fokus auf Deutschland) ein, indem er die Charakteristika und zentralen Merkmale von Verwaltungen darstellt, deren „Schattenseiten“ und Entwicklungen, (z.B. „neues Steuerungsmodell“) erläutert sowie Zukunftsanforderungen an Hand von 10 Thesen skizziert.
Im selben Band beschreibt Stottele strategische Eckpunkte, Handlungsfelder und Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen am Beispiel der Stadt Friedrichshafen sowie einer Studie über die Verbreitung ressortübergreifender Koordination in 371 der größten deutschen Städte und Landkreise (IöS 2012). Interessant für das Projekt „MARGE“ sind sowohl die Empfehlungen an Kommunen zum Dialog mit den BürgerInnen als auch die vorgeschlagenen Beiträge von Hochschulen in Form von Fort- und Weiterbildungsangeboten (Stottele 2013: 101-119). Diese Empfehlungen sind insbesondere deshalb so interessant, weil das Projekt „MARGE“ den trinationalen Austausch zwischen Kommunalverwaltung, lokalen Akteuren und Bürgerschaft durch die dauerhafte Schaffung einer Internet gestützten Austauschplattform, einem Handbuch (Toolkit) sowie einem trinationalen Fort- und Weiterbildungsprogramm der beteiligten Hochschulen nachhaltig fördern will (http://www.marge-trinational.eu/).

Weil das Projekt „MARGE“ als trinationales grenzüberschreitendes Projekt angelegt ist, sind auch unterschiedliche Rahmenbedingungen von Verwaltungsstrukturen und -prozessen im Allgemeinen zu berücksichtigen sowie mögliche „transnationale Verwaltungskulturen“ im Speziellen in den Blick zu nehmen. Hierfür kann auf die Ergebnisse einer Untersuchung von Joachim Beck, dem Direktor des Euro-Institutes an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl zurück gegriffen werden, die in einem Beitrag zum Band „Kommunale Nachhaltigkeit“ (Beck 2013: 369-404) veröffentlicht sind. Darin entwickelt Beck „Analytische Dimensionen von Verwaltungskultur“ und fasst seine Erkenntnisse zu „kulturellen Basisausprägungen“ am Beispiel Oberrhein in einem Schaubild dichotomer Ausprägungen von sieben Dimensionen nach schweizerischen, französischen und deutschen Dispositionen zusammen (Beck 2013: 376). Anknüpfend an die vergleichende Kulturforschung nennt Becks Studie (2013: 373) eine Klassifizierung folgender (interkultureller) Differenzierungskriterien: Kommunikationsstil, Zeitverständnis, Handlungsorientierung, Differenzierungsgrad, Diskursorientierung, Machtdistanz und Problemlösungsstil. In einem grenzüberschreitenden Austausch kann es zwar „nationale“ Kulturprofile geben, wobei diese kulturellen Profile nicht zwingend als

Gegensätze oder pauschale Unterscheidungen verallgemeinert werden können. Beck verweist darauf, dass die Bedeutung der Verwaltungskultur abhängig von der Handlungsautonomie und Entscheidungskompetenz der Akteure zu Tage tritt. Daher konstatiert Beck Möglichkeiten produktiver Innovationsprozesse durch grenzüberschreitenden Austausch, wenn die funktionelle Autonomie grenzüberschreitender Subsysteme gegenüber den nationalen Institutionen erhöht werde (Beck 2013: 387f).
Auch die Untersuchung „Transnationale Verwaltungskulturen in Europa. Bestandsaufnahme und Perspektiven“ von Fabrice Larat und Joachim Beck (2015) sowie die empirische Modellstudie zur „Kultur der grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeit –am Beispiel der Oberrhein-Region / „Culture de la coopération transfrontalière administrative - Etude pilote empirique dans la région du Rhin supérieur“ (Beck, Dussap u.a.; 2015) sind als wichtige Quellen für das Projekt MARGE anzusehen.

Die Frage der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren der sozialen Stadtentwicklung war darüber hinaus Gegenstand zahlreicher Untersuchungen und Berichte in Frankreich. Sozialarbeit (Madlin, 2009), Stadtplanung (Nez, 2011) oder die Beteiligung der Bewohner (Bacqué/Mechmache, 2013) und weitere Themen, die bereits analysiert wurden, spiegeln die Schwierigkeiten und Realitäten dieser Kooperation wider.

Eine Zusammenfassung der Thematik der integrierten Stadtentwicklung im Hinblick auf die Kooperation öffentlicher kommunaler Verwaltung mit lokalen Akteuren und der Bürgerschaft findet sich in Becker (2016). Dort werden auf der Grundlage theoretischer Hintergründe und empirischer Studien „Empfehlungen für eine nachhaltige Stadt- und Quartierentwicklung“ formuliert (Becker 2016: 238-247). Diese basieren auf Erkenntnissen aus Forschungsprojekten (Becker 2008; 2007; 2004) sowie auf Ergebnissen einer empirischen Studie zu Erfolgsfaktoren sozialer Quartierentwicklung, die durch Untersuchung von Projekten des deutschen Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ ermittelt wurden (GdW 2010). Neben der Notwendigkeit verwaltungsinterner Koordination mit Quartierfokus innerhalb der Kommunalverwaltung, wie sie im „Koordinations- und Vernetzungsmodell Stadt(teil)entwicklung“ (Becker 2016: 248) dargestellt ist, zeichnet sich auch die von Alisch (2008), Grimm u.a.(2004) oder Gillich (2002) thematisierte Bedeutung einer Aufteilung von Rollen und Zuständigkeiten auf den drei Ebenen „Gesamtstadt-Intermediäre Ebene – Quartierebene“ ab, wie sie im „Schaubild Ebenen des Quartiermanagements“ (Becker 2016: 33) visualisiert sind. Hierbei geht es um die Fragen, wer auf welchen Ebenen welche Aufgaben verantwortlich wahrnehmen kann und welche Formen der Koordination und Kooperation Wirksamkeit entfalten können.

Die Teilhabe von BürgerInnen als Betroffene und Subjekte der Quartierentwicklung, ist eine weitere, hoch brisante und relevante Thematik. Neben den Grundsätzen von Beteiligung, den Fragen nach Voraussetzungen und Potentialen gesellschaftlicher Teilhabe („Partizipation und Engagement am öffentlichen Leben“, Becker 2016: 209-230), deren unterschiedlichen Intensitätsstufen („Beteiligungsstufen“, Becker 2016: 234), Formen („Beteiligungs- und Vernetzungsmodell auf Stadtteil-/Quartierebene“, Becker 2016: 249) und Methoden (Becker 2014: 183-187) gibt es diverse Ideen und Möglichkeiten der Intensivierung, die in den „Thesen zur Bürgerbeteiligung“ von Becker (2016: 231-237) zusammenfassend dargestellt wurden.

5.3.4. Projektstruktur und Fragestellungen

Die oben nur grob skizzierten einschlägigen Diskussionen und Erkenntnisse werden insofern durch das Projekt „MARGE“ aufgenommen, als die zentrale Fragestellung, „Wie beeinflusst grenzüberschreitender Austausch soziale Innovation in den Quartieren?“ auf das Projektziel 1 „Entwicklung eines systematischen Austauschs zwischen den Professionellen in den Verwaltungen und den lokalen Akteuren in den marginalisierten Quartieren für die Entwicklung einer integrierten sozialen Stadtentwicklung.“ heruntergebrochen, die Blickrichtung auf die bisherigen Praktiken der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, freien Trägern und der Bevölkerung lenkt, um diese genauer verstehen und deren Entwicklungspotentiale erkennen und beschreiben zu können.

Diesem Ansatz folgend, integriert das Projekt „MARGE“ im Portfolio seiner Projektpartner sowohl Gebietskörperschaften und Fachkräfte der -mit sozialer Stadtentwicklung befassten- öffentlichen Verwaltung, als auch Organisationen und Fachkräfte öffentlicher und/oder freier Träger der in der Quartierarbeit tätigen Sozialen Arbeit sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteure auf Quartierebene, wozu nicht zuletzt, sondern selbstverständlich die BürgerInnen gehören. In der Bildung und Zusammensetzung von Quartier bezogenen „Fokusgruppen“ zeichnet sich diese Orientierung im praktischen Handeln im Projekt „MARGE“ ab. Die einzelnen Fokusgruppen setzen sich deshalb idealerweise aus VertreterInnen der oben genannten Gruppierungen zusammen. In diesen Fokusgruppen bringen die unterschiedlichen Akteure Ihre jeweiligen Perspektiven ein und ermöglichen somit bereits einen „interdisziplinären Austausch“. Diese interdisziplinäre Perspektive wird erweitert durch eine trinationale Perspektive, indem an den Treffen aller Fokusgruppen jeweils auch ausländische VertreterInnen der Steuerungsgruppe teilnehmen. Darüber hinaus treffen sich wiederum VertreterInnen aller Fokusgruppen/Quartiere, die Partner im Projekt „MARGE“ sind, anlässlich der jährlich zweimal stattfindenden sogenannten Projektgruppentreffen. Hiermit erhält der Austausch eine weitere und zwar grenzüberschreitende Perspektive. Hier geht es darum, Sensibilität für Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Beschreibung, Einordnung und Bearbeitung von Themen zu sozialer Stadt-/Quartierentwicklung, zu entwickeln, zu fördern und gleichzeitig vorschnelle Ursachenzuschreibungen zu vermeiden. Dabei stellen sich systemische Fragen wie „wie macht Ihr das?“, „weshalb macht Ihr das so?“, „welche Erfahrungen macht Ihr damit?“, „was wäre wenn Ihr eine/folgende Änderung vornehmen würdet?“, „was würde passieren wenn Ihr dies/jenes verändern würdet?“, „was müsste passieren, dass Ihr zu einer anderen Einschätzung kommen würdet?“, „welche Akteure könnten Euch dabei unterstützen?“ etc.. Diese sehr offenen Fragen werden durch Fokussierung auf konkrete Handlungsweisen und Aktionen (wie Projekte, Methoden und Techniken, etc.) konkretisiert. Die Erfahrungen mit den o.g. Austauschgelegenheiten werden durch gegenseitige Feldforschungsbesuche, die in allen Quartieren stattfinden und zu denen alle TeilnehmerInnen der Fokusgruppen eingeladen sind, intensiviert und in den Treffen der „Projektgruppe“ wieder zusammengeführt. Die Verfahren zur Bearbeitung der Zielthemen des Projektes sind jeweils gleich, die Schwerpunkte der Themenbearbeitung werden, wie es für die Aktionsforschung kennzeichnend ist, stark durch die Projektbeteiligten festgelegt. In den Reflexionen zur Auswertung der o.g. Erhebungsaktivitäten können die möglichen Bedeutungszuschreibungen von Rahmenbedingungen, Politkultur, Verwaltungsverständnissen etc. herausgearbeitet und damit erkennbar gemacht werden.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Alisch, Monika / May, Michael (Hrsg.; 2008): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Bacqué, M.-H., & Mechmache, M. (2013). Pour une réforme radicale de la politique de la ville. ça ne se fera plus sans nous. Citoyenneté et pouvoir d'agir dans les quartiers populaires. Rapport au Minsitre délégué chargé de la ville.

Beck, Joachim (2013: 369-404): Transnationale Verwaltungskultur? Ergebnisse einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein. In: Kegelmann, Jürgen / Martens, Kay-Uwe (Hrsg.; 2013) Kommunale Nachhaltigkeit. Baden-Baden: Nomos-Verlag.

Beck, Joachim / Fabrice Larat (Hrsg./Dir 2015): Transnationale Verwaltungskulturen in Europa. Bestandsaufnahme und Perspektiven / Les cultures administratives transnationales en Europe. Etat des lieux et perspectives, Zürich / Baden-Baden: Dike/NOMOS.

Beck, Dieter / Ulrike Becker-Beck / Joachim Beck & Anne Dussap (Hrsg.; 2015): Kultur der grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeit – Eine empirische Modellstudie am Beispiel der Oberrhein-Region / Culture de la coopération transfrontalière administrative - Etude pilote empirique dans la région du Rhin supérieur; Speyer: Speyerer Arbeitsheft Nr. 221, 2015.

Becker, Martin (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: Kohlhammerverlag.

Becker, Martin (2016): GWA-Personalbemessung professioneller Sozialer Arbeit im Handlungsfeld der sozialen Stadtteil- und Quartierentwicklung. Konstanz: Hartung-Gorre-Verlag.

Becker, Martin (2008): Lebensqualität im Stadtquartier. Einflussfaktoren, Wirkungen und Handlungsmöglichkeiten. Saarbrücken: VDM-Verlag.

Becker, Martin (2007): Altern in gewohnter Umgebung – in ländlichen und städtischen Wohnquartieren. (http://www.organisationsentwicklung-becker.de/publikationenperson.htm; Zugriff: 16.06.2017)

Becker, Martin (2004): Dezentrale Stadtteil- und Familienzentren. Ein Modell kommunaler Quartierarbeit, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, Vierteljahreshefte zur Förderung von Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe, Frankfurt/M: 35 Jahrgang Nr. 1/2004, Seite 65ff..

GdW (2010) Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. Berlin. (Hrsg.): Erfolgsfaktoren sozialer Quartiersentwicklung. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung von Projekten der „Sozialen Stadt“.

Gillich, Stefan (Hrsg.; 2002) Gemeinwesenarbeit. Eine Chance der sozialen Stadtentwicklung. Gelnhausen: TRIGA-Verlag.

Grimm, Gaby / Hinte, Wolfgang / Litges, Gerhard (2004): Quartiermanagement. Eine kommunale Strategie für benachteiligte Wohngebiete. Berlin: edition sigma.

IöS (2012), Institut für den öffentlichen Sektor e.V. (Hrsg.; 2012): Kommunale Nachhaltigkeitssteuerung. Umsetzungsstand bei größeren Städten und Landkreisen. Berlin: Studie.

Kegelmann, Jürgen / Martens, Kay-Uwe (Hrsg.; 2013) Kommunale Nachhaltigkeit.

Baden-Baden: Nomos-Verlag.
Kegelmann, Jürgen (2013: 245-260): Die Zukunft der Verwaltung. In: Kegelmann, Jürgen / Martens, Kay-Uwe (Hrsg.; 2013) Kommunale Nachhaltigkeit. Baden-Baden: Nomos-Verlag.
Leipzig Charta EU (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.), Berlin.
Lokale Agenda 21: http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf (19.06.2015)
Madelin, B. (2009). Le travail social dans les quartiers «sensibles»: un rendez-vous manqué. Informations sociales, n°2, 82-90.
Nez, H. (2011). Nature et légitimités des savoirs citoyens dans l'urbanisme participatif. Une enquête ethnographique à Paris. Sociologie, n°4, 387-404.
Stottele, Tillmann (2013: 101-119): Von der lokalen Agenda zur nachhaltigen Stadtentwicklung. In: Kegelmann, Jürgen / Martens, Kay-Uwe (Hrsg.; 2013) Kommunale Nachhaltigkeit. Baden-Baden: Nomos-Verlag.

5.4. Residentielle Segregation und soziale Mischung in benachteiligten Quartieren

5.4. Residentielle Segregation und soziale Mischung in benachteiligten Quartieren

(Jutta Guhl, Maurice Blanc)

5.4.1. Einleitung

MARGE nimmt marginalisierte Quartiere der Oberrheinregion in den Blick. Als ein zentrales Merkmal marginalisierter oder benachteiligter Quartiere wird i.d.R. die sozioökonomische, teils auch ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung herangezogen. Insofern sind Phänomene der residentiellen Segregation bzw. Strategien zur Sozialen Mischung auch von Interesse im Rahmen des Projekts.

5.4.2. Residentielle Segregation

Segregation bezeichnet nach Fassmann *„einen Prozess und einen Zustand der ungleichen Verteilung von Bevölkerungsgruppen in der Stadt."(Fassmann, 2002, S.13) beruhend auf gemeinsamen Merkmalen der segregierten Gruppen (z.B. ethnische Zugehörigkeit und/oder soziale Schicht). „Sie kann der betroffenen Gruppe aufgezwungen worden sein (durch Diskriminierung, Abdrängen in ein Ghetto[sic]), kann aber auch gewünscht sein (z.B. Abkapselung ethnischer Minderheiten)*". (ebd.) Fassmann bezeichnet die sozialräumliche Segregation als eines der wichtigsten Ordnungsprinzipien der Gesellschaft im städtischen Raum (vgl. ebd.). Für Kürşat-Ahlers ist sie ein Symptom ungleicher Machtverteilung innerhalb der Gesellschaft (vgl. Kürşat-Ahlers, 1993, S.218).

Die Chancen seinen Wohnort frei zu wählen, steigen mit den Ressourcen, die den Individuen zur Verfügung stehen. Dangschat weist auf das Problem hin, das die „Massenhaftigkeit paralleler individueller Entscheidungen" (Dangschat, 2002. S.26) für diejenigen bedeutet, die über wenige Ressourcen verfügen und von daher ihren Wohnort nur sehr begrenzt frei wählen können.

Bourdieu fasst diese individuellen Ressourcen mit den Begriffen des sozialen, kulturellen und ökonomischen Kapitals und führt aus, welche „Lokalisationsprofite" (Bourdieu, 1991, S.31) sich aus dem Einsatz dieses Kapitals auf dem Wohnungsmarkt schlagen lassen. Bezogen auf den Raum entscheidet das einer Person zur Verfügung stehende Kapital auch über die Möglichkeiten, denselben nach seinem Wunsch zu gestalten (Bourdieu, 1991, S.30). Als konkrete Profite benennt Bourdieu die 'Situationsrendite', die unerwünschte Dinge und Personen, etwa Lärm oder arme Menschen, fernhält und Nähe zu begehrten Dingen und Personen, etwa Sicherheit, attraktive Lage oder jeweils gewünschter Lebensstil sichert; die 'Okkupations- oder Raumbelegungsprofite', worunter etwa der persönliche Wohnflächenverbrauch zu verstehen ist, und schließlich die 'Positions- oder Rangprofite', die sich z.B. in einer 'guten' Adresse niederschlagen (Dangschat, 1998a, S.35).

Besonders die Situationsrendite spielt für die Frage der Segregation eine wichtige Rolle. Bourdieu schreibt, dass nichts weniger tolerierbar sei als Menschen, die einem sozial fern stehen, aber räumlich nahe sind (vgl. Bourdieu, 1991, S.32). Die Situationsrendite ermöglicht es, sich dieser räumlichen Nähe nicht aussetzen zu müssen. Raum ist somit ein Ort, in dessen Gestaltung sich Macht ausdrückt und zwar häufig in einer subtilen, nicht als Macht wahrgenommen Form (ebd., S.27).

Situationsrendite und Rangprofite führen zu einer freiwilligen Segregation, insbesondere nicht-benachteiligter Gruppen. Bourdieu bezeichnet dies als „Klub-Effekt", der in anderen Quartieren einen „Ghetto-Effekt" erzeugt. Die freiwillige Segregation der „Kapitalbesitzenden" führt auf der anderen Seite diejenigen zusammen, die „nichts anderes gemeinsam haben als ihre gemeinsame Exkommunikation" (Bourdieu, 1991, S.33f.).

5.4.3. Segregation in Deutschland, der Schweiz und Frankreich

Die Gebiete, in denen sozial benachteiligte Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund gehäuft wohnen, sind in **Deutschland** häufig Gebiete des Sozialen Wohnungsbaus. Durch die Mietpreis- und Belegungsbindung und aufgrund der Tatsache, dass diese Wohnungen häufig von der Kommune belegt werden können, haben Menschen, die auf dem freien Markt wenig Chancen haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden, hier relativ gute Chancen.

Während der Soziale Wohnungsbau ursprünglich und nach Gesetz immer noch „weite(n) Kreise(n) der Bevölkerung" (2. Wohnungsbaugesetz § 1 Abs.2) zur Verfügung stehen sollte, hat sich dieses Segment des Wohnungsmarktes in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verringert. Die Einkommensgrenzen zum Bezug hielten nicht mit der Lohnentwicklung Schritt. Die drastischen Kürzungen staatlicher Förderung führten dazu, dass kaum noch neue Sozialwohnungen entstehen.

Ältere Sozialwohnungen verlieren nach einer gewissen Zeit ihre Preis- und Belegungsbindung. Ein Teil des Bestandes wurde von den Kommunen und öffentliche Wohnungsbauunternehmen privatisiert. Dadurch verblieben immer weniger Wohnungen für ärmere Bevölkerungsgruppen und die Gruppen, die auf dem freien Markt von Benachteiligung bedroht sind, wie etwa MigrantInnen.

Die soziale Bedeutung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in der Vergangenheit kommt bei Häußermann deutlich zum Ausdruck, wenn er schreibt: „Herausragendes Merkmal der europäischen Stadt des 20. Jahrhunderts war und ist, dass sich zwischen soziale Ungleichheit und Wohnbedingungen ein Puffer schob, der die Verdoppelung von Benachteiligung durch sozialräumliche Ausgrenzung verhinderte" (Häußermann, 1998, S.160). Durch eine neoliberale Stadtpolitik wurde dieser Puffer in den letzten Jahrzehnten zunehmend schwächer. Hinzu kommt, dass sich die ökonomische Lage vieler BewohnerInnnen dieser „Arbeiterquartiere" in den letzten Jahrzehnten durch Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik verschlechtert hat (Wegrationalisierung gering qualifizierter Arbeit, Anstieg der Arbeitslosigkeit, Prekarisierung der Arbeitsplätze, schlechtere ökonomische Abfederung bei Arbeitslosigkeit seit Einführung von Hartz IV). Aus Arbeiterquartieren wurden so teils „Arbeitslosenquartiere" (Häußermann/Kapphan, 2004, S.210).

In der **Schweiz** gibt es keinen klassischen sozialen Wohnungsbau der öffentlichen Hand. Die Aufgabe der preiswerteren Wohnversorgung einkommensschwächerer Gruppen wird häufig über Wohnbaugenossenschaften erfüllt. 2003 wurde mit dem Wohnbauförderungsgesetz ein „Fonds de roulement" eingeführt, der es gemeinnützigen Bauträgern ermöglicht zinsvergünstigte Darlehen für den Bau und die Sanierung preisgünstiger Mietwohnungen zu erhalten. Daneben gibt es teils kantonale Förderprogramme. (Vgl. Bundesamt für Wohnungswesen, o.J.; Wohnbaugenossenschaften Schweiz, o.J.) Grundsätzlich wird seitens der Politik und in der öffentlichen Wahrnehmung im Bereich der Wohnversorgung den Betroffenen eine

viel höhere Eigenverantwortung zugemutet und Wohnungspolitik viel weniger als kommunale bzw. staatliche Aufgabe verstanden.

Verglichen mit Frankreich oder Deutschland gibt es in der Schweiz weniger grossflächige Segregation, was auch an den insgesamt kleineren Maßstäben liegt. Dennoch gibt es natürlich durchaus sozioökonomische Unterschiede zwischen verschiedenen Stadtgebieten und unterschiedliche Konzentrationen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.

Insgesamt ist die Schweiz weniger durch Grossstädte geprägt als durch ländliche Regionen und v.a. in den letzten Jahren durch ein starkes Wachstum der Agglomerationsgemeinden. Zur Frage der sozialen Mischung ist in der Schweiz hinzuzufügen, dass die Gemeinden eine hohe Steuerautonomie haben und je nach Wohnort unterschiedlich hohe Einkommenssteuern zu bezahlen sind. Gerade für einkommensstarke Bevölkerungsgruppen ist dies bei der Frage der Wohnortwahl ein wichtiger Faktor. Dies führt teils zu sozioökonomischer Segregation, nicht auf Quartiers-, sondern auf Gemeindeebene.

In **Frankreich** gab es in der Zeit des Wirtschaftswachstums, die fälschlicherweise als 'die Glorreichen Dreißig' (1945-1973) bezeichnet wurde, wie auch in Westdeutschland und der Schweiz eine grosse Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften. Es war hauptsächlich eine Arbeitsmigration junger Männer, die ohne ihre Familien kamen. Sie hofften, schnell viel Geld zu verdienen und dann nach Hause zurückzukehren. Sie akzeptierten harte und gefährliche Arbeitsbedingungen, ihr Hauptanliegen bestand darin, Geld zu sparen. Sie lebten untereinander, entweder in Slums oder in „Wanderarbeitsheimen"; Diese Segregation wurde lange Zeit nicht wahrgenommen.

Nach dem 'Ölschock' und der Wirtschaftskrise veränderten sich die Dinge 1973 rasch. Ein Gesetz von 1974 verbot die Einwanderung von Arbeitnehmern und hatte unbeabsichtigte Folgen: Da die Arbeiter nicht mehr zwischen Frankreich und ihrem Herkunftsland pendeln konnten, kamen die Familien nach Frankreich. (Auch diese Entwicklung verlief in der Schweiz und Deutschland ähnlich.) Die Politik der Familienzusammenführung stellte zwei Bedingungen auf: ein stabiles Beschäftigungsverhältnis mit einem ausreichenden Lohn und angemessenen Wohnraum.

Um ihre Familien nachholen zu können, bemühten sich die ausländischen Arbeitskräfte um eine Sozialwohnung, zu einer Zeit als diese begannen ihre Attraktivität zu verlieren: Die großen Sozialwohnungssiedlungen, die in den 1960er Jahren massiv am Stadtrand gebaut wurden, waren in einer Abwärtsentwicklung. Durch die neue Politik, den Besitz eines Einfamilienhauses in noch weiter außen liegenden Vororten zu fördern, standen viele Sozialwohnungen leer. Sie wurden ausländischen Familien zugeteilt, die keine andere Wahl hatten. Die Reaktionen der Nachbarn waren jedoch sehr scharf: In einer Umkehrung von Ursache und Wirkung wurde erklärt, dass „die Ausländer den Franzosen die Sozialwohnungen wegnehmen" (Blanc, 1983, Übersetzung J.G[1]). Zu dieser Zeit begann das Programm zur Sanierung großer Sozialwohnungsgebiete mit dem Namen „Politique de la ville" (Äquivalent des späteren deutschen Programms „Soziale Stadt"). Neben den technischen, architektonischen und städtebaulichen Problemen musste es sich mit Arbeitslosigkeit und interethnischen Beziehungen in der Nachbarschaft befassen. Dies erfordert komplexe, Partnerschaften mit Schulen und Unternehmen, aber auch mit Sozialarbeitern. (Blanc, 1982).

Sozialwohnungen und prekäre Wohnungen

„In Bezug auf den Wohnungsmarkt spielen die prekären Unterkünfte die Rolle eines Ventils, indem sie Einwanderern Unterschlupf bieten, die von ihm ausgeschlossen sind.“ (Arditi et al., 1974 ; zit. in: De Rudder et Vourc'h, 1978, p.53).

In allen drei Ländern ist die unzureichende Verfügbarkeit von Wohnraum für die Ärmsten offensichtlich. Für Frankreich ist dies in den Jahresberichten der Abbé-Pierre-Stiftung über den Zustand der Wohnungsnot gut dokumentiert[2]. Die Zahl der obdachlosen und nur notdürftig wohnversorgten Personen nimmt zwangsläufig aufgrund zweier sich gegenseitig verstärkender Mechanismen zu: (i) die Überbelegung in prekären Wohnverhältnissen: Aus familiärer und / oder ethnischer Solidarität rückt man zusammen, damit niemand auf der Strasse bleibt, was darauf hinausläuft, dass sich die Wohnverhältnisse weiter verschlechtern, (ii) die Strategien skrupelloser Vermieter, die Mieter in unwürdigen Verhältnissen zusammenpferchen, um ihren Gewinn zu steigern. Sie werden in Frankreich oft 'Schlafhändler' genannt, sie wissen, wie man mit den Grenzen der Legalität und der Wehrlosigkeit ihrer Mieter spielt, besonders wenn diese einen irregulären Aufenthaltsstatus haben.

5.4.4. Ethnische Segregation

Da MigrantInnen bzw. einige MigrantInnengruppen die Gesellschaften in allen drei Ländern unterschichten, ist die Frage der sozialen Mischung bzw. der sozioökonomischen Segregation auch verknüpft mit der Frage der ethnischen Segregation. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, welchen Einfluss eine räumliche Segregation oder eben Durchmischung auf Integrationschancen der zugewanderten Bevölkerung in die Aufnahmegesellschaft darstellen.

In Deutschland und der Schweiz ist die räumliche Konzentration der ausländischen Bevölkerung in marginalisierten Quartieren ein präsenter Teil des Diskurses. Der 'hohe Ausländeranteil' wird bei der Beschreibung eines Quartiers häufig mit als erstes genannt. Auch in den nationalen Stadtentwicklungsprogrammen („Soziale Stadt“ in Deutschland und bis 2015 „projets urbains“ in der Schweiz) liegt ein Fokus auf der Integration der Migrationsbevölkerung. (Vgl. Becker, Guhl, Michon, 2017, 114 ff.)

In Frankreich ist die Wahrnehmung von Segregation sehr ambivalent: Offiziell handelt es sich um eine Politik gegen ökonomische Segregation, von Armen und Reichen. Aber leicht verschiebt sich die Frage von der Armut zur Ethnizität. Die sogenannten 'Gastarbeiter' sind gleichzeitig arm und ausländisch. Die Gentrifizierung der alten Arbeiterviertel in den Stadtzentren wird als Mittel angesehen um eine Mischung zwischen Franzosen und Ausländern zu erreichen. Durch den Preisanstieg – seien es Wohn- oder Gewerbeimmobilien - werden die (französischen und/oder ausländischen) Armen aus dem Viertel vertrieben. Nur die gehobene Mittelschicht (von Franzosen oder Ausländern) kann in den gentrifzierten Vierteln bleiben (oder sich niederlassen). (Vgl. Blanc 2010 ; Blanc & Bidou 2010).

Multikulturelle 'Ghettos' finden sich meistens in den heruntergekommenen Quartieren am Stadtrand: *„ [Das Ghetto ist] die Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in bestimmten städtischen Gebieten, Bevölkerungsgruppen, die Opfer eine starken Segregation und rassistischen Diskriminierung sind, die schliesslich spezifische Lebensstile und Organisationsformen entwickelt haben. “* (Lapeyronnie, 2008, p.12).

Didier Lapeyronnie betont die Ambiguität des Ghettos, das gleichzeitig anziehend und abstossend wirkt : *„Das Ghetto wird als Käfig und als Kokon erlebt, ein durch Klassenverachtung erbautes Gefängnis und (zugleich) ein Schutzraum für ein ruhiges Überleben“* (Lapeyronie, 2008, S.268).

5.4.5. Exkurs: Historischer Rückblick zu Segregation und Sozialer Mischung

V.a. zur ethnischen Segregation bzw. Integration im städtischen Kontext werden häufig zwei historische Autoren herangezogen: Georg Simmel und Robert Park:

Georg Simmel beschreibt in seinem Aufsatz „Die Großstädte und das Geistesleben“ die Großstadt Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts als eine Form menschlicher Gesellschaft, die sich grundlegend von der des Dorfes unterscheidet. Während im letzteren die Beziehungen zwischen den Menschen von persönlicher Kenntnis und Emotionen bestimmt sind, zeichnet sich die Großstadt dadurch aus, dass man permanent Fremden begegnet (Simmel, 1995, S.124f.). Die Toleranz der Vielfalt macht die Stadt für den Fremden zu einer attraktiven Umgebung. Die Stadt bei Simmel bietet für den Fremden eine Chance zur Integration, einer Integration durch Separation (Häußermann, 1998, S.154), eine Tolerierung, die besteht, solange sich die einander fremden Stadtbewohner nicht zu nahe kommen.

Während Simmel den Stadtbewohner als Individuum beschreibt, rücken bei **Robert Park**, einem Vertreter der Chicagoer Schule zu Beginn des 20. Jahrhunderts soziale Gruppen, vor allem ethnische Communities, in den Blick: Auch Robert Park nimmt die Großstadt zunächst als einen Ort der Anonymität und der persönlichen Freiheit wahr (Park, 1925, S.40), aber er fragt nach dem Umfeld, in das die Menschen eingebunden sind. In der Einwanderungsstadt Chicago fallen ihm dabei die Quartiere der Zugewanderten auf: Die Menschen, die aus anderen Ländern, oft aus dörflichen Strukturen in die Stadt gezogen sind, suchen in der Anonymität der Großstadt die Nähe zu ihren Landsleuten. Diese ethnisch homogenen Quartiere bezeichnet Park als „natural areas“ (Lindner, 1990, S.77). Diese Segregation sieht er als freiwillig, von den BewohnerInnen gewählt, an. Sie verspricht ihnen in der Anfangszeit im neuen Land Hilfe bei der Orientierung, versorgt die Neuankömmlinge mit den nötigen Informationen und Kontakten bezüglich Arbeit und Wohnung, sie überbrückt sprachliche Schwierigkeiten und sie bietet Vertrautheit in einer noch fremden Welt. Die verschiedenen natural areas sind von ständiger Bewegung geprägt, denn es ist v.a. die erste Generation von Zugewanderten, die versucht in den natural areas ihr altes Leben - so gut wie möglich - weiterzuleben. Die zweite Generation nimmt in der Regel den Kontakt mit der Aufnahmegesellschaft auf und weigert sich z.B. die oft strengen moralischen Regeln der Einwandererkolonie einzuhalten und verweigert sich damit implizit der hohen sozialen Kontrolle der eigenen ethnischen Gruppe (Park, 1925, S.27). Dieses Denkmuster findet sich auch in der heutigen Stadtsoziologie in Form der Binnenintegrationsthese (s. unten).

5.4.6. Verschiedene Aspekte residentieller Segregation

Zur Beurteilung des segregierten Wohnens müssen die spezifischen Bedingungen der Segregation betrachtet werden. Hierbei sollen im Folgenden verschiedene Gegensatzpaare beleuchtet werden.

Funktionale versus strukturelle Segregation

Vor allem bezüglich ethnischer Segregation wird häufig eine Unterscheidung zwischen funktionaler und struktureller Segregation vorgenommen: „*Mit funktionaler Segregation ist konstituierend eine zeitliche Übergangsannahme verbunden, in der auch ´Binnenintegration´ eine wesentliche Komponente bildet, um auf der sicheren Grundlage geteilter kultureller Selbstverständlichkeiten die individuelle Systemintegration voranzutreiben*." (Heitmeyer, 1998, S.447). Unter der Binnenintegrationsthese wird verstanden, dass „*eine stärkere Integration der fremdkulturellen [sic] Einwanderer in ihre eigenen sozialen Zusammenhänge innerhalb der aufnehmenden Gesellschaft – eine Binnenintegration also – [...] unter bestimmten Umständen ein positiver Faktor für ihre Integration in eine aufnehmende Gesellschaft [ist]*" (Elwert, 1982, S.718). D.h. es geht hier um eine zeitlich befristete Segregation der ersten Generation von ZuwandererInnen. Hier erkennen wir klar Parks Gedanken wieder. Die Zugewanderten erhalten Sicherheit und Hilfestellungen aus ihrer Community; mit dieser Sicherheit und dem erworbenen Wissen über die Aufnahmegesellschaft können sie sich dann in die Aufnahmegesellschaft integrieren.

Strukturelle Segregation liegt hingegen vor, wenn sich die funktionale Segregation nicht auflöst: „*Mit struktureller Segregation ist ein ´Dauerprovisorium´ verbunden, d.h. dass zwar ´Binnenintegration´ eine möglicherweise zufriedenstellende Basis ergibt, die Systemintegration aber für größere Teile unterschiedlicher Migrantengruppen partiell oder dauerhaft scheitert*" (Heitmeyer, 1998., S.447). Die Folge sind nach Heitmeyer, Selbstethnisierungen und eine Verstärkung der kulturellen Homogenität. Der binnenintegrative Effekt verkehrt sich ins Negative und wird zur Falle. Die Integration in die Community verhindert dann die Integration in die Aufnahmegesellschaft.

Häußermann und Siebel fassen den Unterschied zwischen funktionaler und struktureller Segregation wie folgt zusammen: „*Die entscheidenden Merkmale funktionaler Segregation sind Freiwilligkeit und zeitliche Begrenzung. Wenn beides der Fall ist, dann – so die These – dient Segregation der individuellen Integration und ist damit funktional. Sie erfüllt dann alle [...] positiven, der Segregation zugeschriebenen Funktionen. Strukturelle Segregation dagegen ist dauerhafte, erzwungene Segregation, und sie geht einher mit dem dauerhaften Scheitern der Systemintegration. Ethnische Institutionen in segregierten Gebieten entstehen dann als Reaktion auf versagte Teilhabe und ersetzen die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft auf niedrigerem Niveau*" (Häußermann/Siebel, 2004, S.187).

Freiwillige versus erzwungene Segregation

Hiermit sind wir bereits bei der nächsten Unterscheidung, der zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Segregation.

Im öffentlichen Diskurs wird das segregierte Wohnen von MigrantInnen zuweilen einem mangelnden Integrationsinteresse der MigrantInnen zugeschrieben. Empirisch ist das nicht belegt. (Vgl. Kürşat-Ahlers, 1993, S.221). Vielmehr scheinen, wie bei Einheimischen auch, wenig überraschend Miethöhe und Wohnungsausstattung bei der Wohnungswahl eine Rolle zu spielen (vgl. Alpheis, 1990, S.184). Hinzu

kommt, dass die Wahlmöglichkeiten auf dem privaten Markt einerseits durch die Preise, andererseits auch durch Ressentiments von VermieterInnen eingeschränkt werden (vgl. Kohlbacher, Reeger, 2002, S.254). Nicht vergessen werden sollte, dass die Bevölkerung in Quartieren mit einem hohen MigrantInnenanteil - wenn überhaupt- nur aus der Perspektive der einheimischen Bevölkerung als homogen erscheint. De facto leben in den Quartieren Menschen aus vielen verschiedenen Herkunftsländern.

Bei der Frage der Freiwilligkeit der Segregation muss der Blick vielmehr von den benachteiligten Quartieren und Bevölkerungsgruppen auch auf die mittelschichtigen und privilegierten Gruppen und Quartiere und ihr Distinktionsbedürfnis gelenkt werden. Dangschat spricht von der „*fragwürdige[n] Rolle der ´flüchtenden Mittelschichten´" (Dangschat, 2002. S.35) und schreibt: „Während in einer freien Gesellschaft jeder und jedem selbstverständlich das Recht zugestanden wird, dorthin umzuziehen, wohin sie oder er möchte, liegt das Problem in der Massenhaftigkeit paralleler individueller Entscheidungen, die – jede für sich genommen – nachvollziehbar und plausibel darstellbar sind, in der Summe jedoch genau zu den Entmischungsformen führen, die dann von diesen Menschen selbst kritisiert und bekämpft werden*" (Dangschat, 2002. S.26). Alisch und er kritisieren dies als „*Verweigerung gesellschaftlicher Integrationsarbeit (gegenüber Migranten, nicht-familialen Haushalten, Behinderten, Sozialhilfeempfängern, Obdachlosen) [...] Wenn sich die Zahl und die Heterogenität derer, die die präsente Aufnahmegesellschaft darstellen, ´in die hinein integriert werden soll´, derart reduziert, dass die unterschiedlichen Beteiligten unter sich bleiben und diese schwierige Aufgabe für den Rest der sich gerne ´multikulturell´ gebenden Aufnahmegesellschaft übernehmen müssen, dann sollte diese Freiwilligkeit auch als ein Akt der Entsolidarisierung kritisiert werden*" (Alisch, Dangschat, 1998a, S.92).

Für Frankreich argumentiert Éric Maurin (2004) provokativ, aber gestützt auf empirische Daten, dass die „wahren Ghettos" nicht die der Armen, sondern die der Reichen sind. Wir beobachten ihm zufolge eine „Ghettoisierung von oben", die Nicole Haumont (1996) als «Agregation» (Ansammlung) bezeichnete. Dies ist auch die These von Michel und Monique Pinçon-Charlot (2000): Die Eliten heben sich vom 'Volk' ab und bleiben unter sich. Für Eric Maurin ist dies jedoch eine Dynamik, die sich von oben herab in der gesamten Gesellschaft ausbreitet. Er scheint sich von Pierre Bourdieus Konzept der Distinktion (1979) inspirieren zu lassen: Sich abzugrenzen bedeutet, seine Überlegenheit gegenüber denjenigen zu bekräftigen, die einem auf der sozialen Leiter nahe stehen, indem man sich materiell und / oder symbolisch von ihnen entfernt.

Räumliche versus soziale Segregation

In Frankreich haben zwei Forschende der Bourdieu´schen Schule, Jean-Claude Chamborédon und Madeleine Lemaire (1970), einen wichtigen Artikel zur Bevölkerung in Grosswohnsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus in der Peripherie der Städte in den 1960er Jahren publiziert. Sie zeigen darin, dass sich entgegen der Intention der Architekten und Urbanisten die räumliche und die soziale Mischung nicht ergänzen, sondern im Gegenteil: die räumliche Nähe geht mit sozialer Distanz einher. Die Wohnungspolitik strebte eine gewisse soziale Mischung an – zwischen der Mittelschicht und der Arbeiterklasse – aber unter Ausschluss der ärmsten und reichsten Segmente der Bevölkerung, die in den „guten Vierteln" leben (s. unten). Selbst zwischen den Mittelschichten und den ärmeren Schichten hat das auferlegte Zusammenleben (räumliche Mischung) kaum zu intensiven nachbarschaftlichen Beziehungen (soziale Mischung) geführt: Es kommt häufig zu Nachbarschaftskon-

flikten und die räumliche Nähe verstärkt die soziale Distanz.
Diese Studie ist unter französischen Soziologen sehr bekannt, aber völlig ignoriert bzw. abgelehnt von den politisch Verantwortlichen, den Professionellen aus dem Wohnungssektor (Architekten, Urbanisten, Immobilienmakler etc.) den Journalisten und der Öffentlichkeit. Seit 50 Jahren bleibt die Illusion, dass räumliche Nähe reicht um (eine wirkliche) soziale Mischung zu generieren, ein sehr starkes Leitmotiv. (s. dazu weiter unten die Kritik am französischen Gesetz „Solidarität und städtische Erneuerung" von 2010.)

Auf die Frage, ob räumliche Nähe interethnische Kontakte fördert oder eher Konflikte begünstigt und (positive) Kontakte verhindert, wird im deutschsprachigen Diskurs häufig auf die Kontakt- und die Konflikthypothese eingegangen. Die Kontakthypothese geht davon aus, dass Kontakte zwischen Einheimischen und Migranten gegenseitige Sympathie und positive Einstellungen begünstigen. Die Konflikthypothese geht hingegen davon aus, dass es zwischen Menschen verschiedener Schichten, Lebensstile und Kulturen eher zu Konflikten kommt als zwischen Menschen, die die eigenen Gewohnheiten teilen.

Empirische Untersuchungen zu den beiden Hypothesen zeigen uneinheitliche Ergebnisse (Alpheis, 1990). Häußermann und Siebel sehen den Ausschlag in den jeweiligen Rahmenbedingungen der räumlichen Nähe. Zwar braucht es räumliche Nähe für eine bestimmte Art von Kontakten, aber für die Frage, ob es ein positiver oder konflikthafter Kontakt wird, sind die Umstände entscheidend. Danach fördern Kontakte die soziale Integration, wenn die verschiedenen Gruppen einen ähnlichen sozialen Status haben, beiden Seiten ein Vorteil aus dem Kontakt erwächst, dieser regelmäßig und gewollt ist. Dagegen verlaufen Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen eher konflikthaft, wenn das soziale Klima angespannt ist, die Gruppen sich in Konkurrenz zueinander befinden und verschiedene Normen das Zusammenleben erschweren, sowie wenn mindestens eine der involvierten Gruppen einen schlechten sozialen Status hat (Anhut/Heitmeyer in Häußermann/Siebel, 2004, S.185).Dass Kontakt nicht automatisch zu Sympathie führt, zeigt sich nach Häußermann und Siebel auch im hohen Wahlanteil fremdenfeindlicher Parteien in den Quartieren mit hohem Ausländeranteil (Häußermann/Siebel, 2004, S.185).

Hoher MigrantInnenanteil: Ursache oder Folge des sozialen Abstiegs von Quartieren

Im deutschsprachigen Raum wird in der Regel bei der Beschreibung benachteiligter Quartiere fast reflexhaft auf den hohen MigrantInnenanteil der Bewohnerschaft verwiesen. Dies führt dazu, dass der MigrantInnenanteil teils als ursächlich für die Probleme des Quartiers erscheint. Häußermann und Siebel schreiben (2001, S.59) dazu: „*Die Selektionsmechanismen des Marktes und die Belegungspraktiken von Wohnungsbaugesellschaften filtern Migranten in jene Segmente des Wohnungsmarktes, in denen vorwiegend auch einheimische Bewohner in prekären Lebenslagen konzentriert sind. Diese sind aber am wenigsten in der Lage, geduldige und weltoffene Partner im Prozess der Entwicklung einer multikulturellen Stadt zu sein.*" Durch den Strukturwandel sind viele dieser Quartiere in den letzten Jahrzehnten zunehmend von Arbeitslosigkeit und Verarmung betroffen. Dies führte zu einer zunehmenden Fluktuation: Wer die Wahl hatte, zog häufig weg. Wie bereits oben erwähnt, wurden aus „Arbeiterquartieren" „Arbeitslosenquartiere" (ebd., S.61). Zeitgleich zogen zunehmend MigrantInnen zu. Der Wandel des Quartiers wird in der Folge den Zugezogenen angelastet, obwohl ihr Zuzug eher die Folge als die Ursache des sozialen Abstiegs ist. Die Angst vor dem eigenen (weiteren) sozialen Abstieg, wird auf die MigrantInnen übertragen (ebd., S.60). Ein Muster, das sich, wie wir gesehen haben, auch in der Wahrnehmung der französischen Öffentlichkeit findet.

Benachteiligte oder benachteiligende Quartiere?

Intensiv wurde in Deutschland diskutiert, ob Quartiere mit einem überproportional hohen Anteil von armutsbetroffenen oder migrantischen EinwohnerInnen, nur eine räumliche Konzentration benachteiligter Gruppen darstellen oder, ob von diesen Quartieren eine zusätzliche Benachteiligung für die BewohnerInnen ausgeht. So Dangschat: „*Überwiegend wird davon ausgegangen, dass es sich bei Segregation/Konzentration um ein Abbild, eine Übertragung sozialer Ungleichheit in den (städtischen) Raum handelt. Dabei wird übersehen, dass durch die Lage und die Ausstattung des Wohnstandortes selbst unmittelbare Vor- und Nachteile entstehen, die nahezu ausnahmslos, die ohnehin bestehenden sozial-strukturellen Unterschiede vergrößern*" (Dangschat, 1998b, S.207).

Die These, dass benachteiligte Quartiere auch benachteiligende Quartiere sind, ist in der Literatur nicht unumstritten, auch die methodische Frage der Messung solcher ´Kontexteffekte´ bereitet Probleme (Häußermann/Siebel, 2004, S.162f.). Friedrichs (1990, S.309ff.) hält die Kontexteffekte des Viertels auf seine Bewohner für überschätzt. In einer Studie zu interethnischen Beziehungen kommt er zu dem Schluss, dass das Quartier kaum Effekte im Sinne eines negativen Modell-Lernens hat oder die Interaktionschancen einschränkt.

Häußermann und Kapphan gehen davon aus, dass der soziale Raum die Verbindung zwischen gesellschaftlicher Makroebene und individueller Mikroebene darstellt und eine „die Marginalisierung verstärkende Rolle" (Häußermann/Kapphan, 2004, S.211) spielt. Sie zählen einige Kontexteffekte auf, etwa fehlende (positive) Rollenmodelle z.B. hinsichtlich Erwerbsbiographien für Kinder, die Auswirkungen eines verwahrlosten öffentlichen Raumes auf das Selbstbild der BewohnerInnen oder der Verlust an politischem Einfluss durch den selektiven Wegzug wahlberechtigter und kommunikativ kompetenter BewohnerInnen (ebd., S.228f.).

Farwick und Voges (1997) kommen in Bezug auf Armut zu dem Schluss, dass ein Quartier durchaus einen zusätzlichen benachteiligenden Effekt haben kann. In ihrer Untersuchung des Sozialhilfebezugs in verschiedenen Bremer Quartieren beobachteten sie, auch bei Kontrolle verschiedener persönlicher Merkmale, einen längeren Verbleib in der Sozialhilfe bei Bewohnern von Armutsquartieren. Allerdings weisen sie eingrenzend daraufhin, dass das nicht für alle Betroffenen gleichermaßen gilt. Die individuellen Merkmale spielen durchaus eine große Rolle. Aber wo nachteilige individuelle Bedingungen auf ein benachteiligtes Wohnumfeld stoßen, gebe es einen Effekt des Quartiers (Farwick/Voges, 1997, S.13 ff.).

Ein weiterer Aspekt unter dem viele BewohnerInnen benachteiligter Quartiere leiden ist das schlechte Image des Quartiers und die Angst, dass dies auf sie „abfärben" könnte z.B. bei der Arbeitssuche. Hier bewegt sich auch die Soziale Arbeit und nicht zuletzt auch die Sozialforschung in einem Spannungsfeld: eine Thematisierung der Benachteiligung birgt immer auch die Gefahr einer zusätzlichen Stigmatisierung.

5.4.7. Strategien zum Umgang mit Segregation

Während es in der Forschung zur residentiellen Segregation je nachdem also durchaus verschiedene Positionierungen gibt, stellt sie, wie Häußermann (2005: 133) feststellt, für Planer und Verwaltung, und man kann wohl hinzufügen auch für Sozialarbeitende, häufig einen „Betriebsunfall der Stadtentwicklung“ dar.
Welche Strategien zum Umgang mit Segregation finden sich in der Praxis?

Desegregation

Auf die lange Geschichte politischer Massnahmen der Sozialen Mischung weist Holm (2009) hin, wenn er schreibt, dass bereits im 19. Jahrhundert aus Angst vor Seuchen und sozialen Unruhen Versuche unternommen wurden, die soziale Segregation der Arbeiterviertel aufzubrechen. Aber man hat nicht die Arbeitsbedingungen verbessert, die die zentrale Ursache des Elends waren (Blanc, 2015).
Desegregation setzt entweder einen direkten Eingriff in bestehende Wohn- und Eigentumsstrukturen voraus, was zum einen einen entsprechenden politischen und gesellschaftlichen Rückhalt braucht und zum anderen ein grosses finanzielles Engagement der öffentlichen Hand bedeutet.

Frankreich ist unseres Wissens das einzige Land, das ein Gesetz zur Bekämpfung der Segregation und zur Durchsetzung sozialer Vielfalt erlassen hat: das Gesetz „Solidarität und Stadterneuerung“ (Dezember 2000). Dieses Gesetz ist sehr diskussionswürdig: Es macht das Vorhandensein von Sozialwohnungen zu einem Indikator für soziale Vielfalt bzw. Segregation. Es legt für alle Stadtgemeinden ein Minimum von 20% Sozialwohnungen fest (dieser Schwellenwert wurde mittlerweile auf 25% angehoben). Die Kritik an dieser Herangehensweise stützt sich auf mehrere Punkte (Blanc 2010, Blanc, Bidou, 2010).

Es definiert Segregation als ein städtisches Problem, obwohl es (auch) in den Dörfern vorhanden ist:

- Der Prozentsatz der Sozialwohnungen ist keine aussagekräftige Maßzahl für die sozialräumliche Segregation: Wie bereits erwähnt, sind in Frankreich im Sozialen Wohnungsbau nicht die reichsten (das ist logisch), aber auch nicht die ärmsten Personen untergebracht. Letztere wohnen im „(sehr profitablen) Segment der gesundheitsschädlichen Wohnungen“ (De Rudder, Vourc’h, 1978).
- Ein stadtweiter Indikator ist unzureichend: Es gibt sehr große Unterschiede zwischen den Stadtteilen.
- Dieser räumliche Indikator sagt nichts über die Nachbarschaftsbeziehungen aus. Konkret: Gehen die Kinder im Quartier in die Schule oder außerhalb?

Die 2003 gegründete Nationale Agentur für Stadterneuerung hatte ursprünglich Pläne, 200.000 Sozialwohnungen am Stadtrand abzureißen, durch „ökologische“ Wohnungen zu ersetzen und die soziale Mischung durch eine Partnerschaft zwischen den öffentlichen Sozialwohnungsunternehmen und privaten Immobilienentwicklern zu sichern. Die Ziele wurden dann nach unten korrigiert, die soziale Mischung hat sich nicht erhöht (Blanc, 2010). Das ist keine Überraschung.

Leichter als bei Bestandsimmobilien sind desegregierende Strategien bei Neubauvorhaben möglich. Sie werden in den letzten Jahren auch vermehrt in Angriff genommen.
Die Stadt Freiburg schreibt bei Neubaugebieten seit einigen Jahren eine bestimmte Quote geförderter Wohnungen vor. Allerdings zeigt die Praxis, dass bei konkreten Bauvorhaben, gerade in „besseren“ Quartieren dennoch häufig Ausnahmen genehmigt werden.

Kritisch kann zu solchen Strategien angemerkt werden, dass sie nicht Armut oder Ausschluss reduzieren, sondern nur die räumliche Konzentration und damit eventuell die Sichtbarkeit. Häußermann und Oswald (1996, S.96) merken dazu an: „*der Irrtum besteht im Glauben, Benachteiligung sei geringer, wenn sie nicht so gut sichtbar ist*.“

Auch stellt sich hier die Frage, wie oben bereits angedeutet, ob der räumlichen Mischung auch eine soziale entspricht. In einer Studie über die neuen BewohnerInnen von Privatwohnungen im Straßburger Stadtteil Neuhof im Juni 2013 zeigten das Observatoire régional de l’Intégration et de la Ville und die Metropolregion Strasbourg die Schwierigkeiten auf, die sich aus der Stadterneuerungspolitik in den Stadtteilen ergaben. In der Tat sind die neuen BewohnerInnen sehr stark nach außen orientiert, was eher eine „statistische“ soziale Mischung (die Anzahl der Haushalte im Quartier, die zu einer höheren Berufsgruppe gehören, steigt) als eine reale darstellt. Es gibt viele „Reibungszonen“ (z.B. Kinderspielplätze), die verschiedenen Bewohnergruppen geraten eher in Konflikt, als dass sie in (einen positiven) Kontakt kommen. (ORIV / CUS, 2013).

Quartierentwicklungsmassnahmen

Wesentlich häufiger als direkte Desegregierungsstrategien werden für benachteiligte Quartiere Quartierentwicklungsmassnahmen eingesetzt. Jans et al erachten dies als sinnvoller als Desegregierungsbemühungen: „*Eine Verbesserung der Lebenssituation in Problemgebieten erfordert viel eher eine integrierte Quartierentwicklung, verknüpft mit städtebaulichen Entwicklungsmassnahmen, als eine stärkere soziale Durchmischung.*“ (2011 , 70)

Da die räumliche Gebundenheit, auch benachteiligter Bevölkerungsgruppen, tendenziell abnimmt, wird für eine tatsächliche Mischung einer guten Anbindung an die Nachbarquartiere und die Gesamtstadt, sowohl in baulicher als auch in sozialer Hinsicht, insofern eine grosse Bedeutung beigemessen (Vgl. PPU, 2011, S.23).
Häufig ein Bestandteil im Kontext der sozialen Stadtentwicklung sind Massnahmen, die der **sozioökonomischen Integration der Wohnbevölkerung** dienen (Qualifizierungs- und Arbeitsmarktintegrationsmassnahmen). Die Verbesserung der sozioökonomischen Lage der Bevölkerung würde letztlich natürlich auch zu einer grösseren sozialen Durchmischung führen. Allerdings stoßen diese Maßnahmen in ihrer Wirkung durch makroökonomische Entwicklungen häufig an Grenzen. (Vgl. Guhl, 2015)

Krummacher weist auf zwei Aspekte hin, die im Kontext von Quartierentwicklungsmassnahmen beachtet werden müssen. Zum einen müsse eine Stabilisierung des Gebiets angestrebt werden, keine Aufwertung (Gentrification), die eine Verdrängung der jetzigen Bewohner zur Folge hätte und es dürften daraus keine „‘*Billiger-Jakob-Lösungen’ für Arme, Ausländer und Ausgegrenzte abgeleitet werden*“ (Krummacher, 2002, S.44).

Literatur- und Quellenverzeichnis

Alisch, Monika & Dangschat, Jens S. (1998). Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen: Leske + Budrich

Alpheis, Hannes (1990). Erschwert die ethnische Konzentration die Eingliederung? In: Esser, Hartmut & Friedrichs, Jürgen (Hg.). Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie, Opladen, Westdt. Verlag, Reihe: Studien zur Sozialwissenschaft, Band 97, 97, S. 147 – 184

Becker, Martin, Guhl, Jutta & Michon, Bruno (2017). Soziale Stadtentwicklung in trinationaler Perspektive. In: Oehler, Patrick; Käser, Nadine, Drilling, Matthias, Guhl, Jutta& Thomas, Nicola (Hg) (2017). Emanzipation, Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Eine programmatische und methodische Herausforderung. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich UniPress Ltd., 97-121

Blanc Maurice (2013). « Logement, travail et santé en France », Pensée plurielle, n°39, p.17 S.26. https://www.cairn.info/revue-pensee-plurielle-2015-2-page-17.htm

Ders. (2010). « The Impact of Social Mix Policies in France », Housing Studies, Vol.25, n°2, p.257 S. 272. http://www.informaworld.com/

Ders. (1991). « Von heruntergekommenen Altbauquartieren zu abgewerteten Sozialwohnungen. Ethnische Minderheiten in Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich », Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8, S.447-457. [Traduction de Blanc (1990)].

Ders. (1990). « Du logement insalubre à l'habitat social dévalorisé. Les minorités ethniques en Allemagne, France et Grande-Bretagne », Les Annales de la recherche urbaine, n°49, p.37-48. https://www.persee.fr/doc/aru_0180-930x_1990_num_49_1_1561

Ders. (1983). « Le logement des travailleurs immigrés en France : après le taudis, le foyer, et aujourd'hui le H.L.M. », Espaces et Sociétés, N°42, p.129 S.140. http://www.espacesetsocietes.msh-paris.fr/archives/

Ders. (1982). « Travailleurs sociaux et aménagement urbain », Espaces et Sociétés, n°40, p.47 S.55. http://www.espacesetsocietes.msh-paris.fr/archives/

Blanc, Maurice & Bidou, Catherine (Hg.). (2010). « Les paradoxes de la mixité sociale (éditorial) », Espaces et Sociétés, Nr. 140/141, S.9 20. http://www.cairn.info /revue

Bourdieu, Pierre (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Otto Schwarz, S.183-198

Ders. (1991). Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin (Hg.): Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen. Frankfurter Beiträge Bd. 2. Frankfurt, New York: Campus-Verlag, S.26 – 34

Ders. (1979). La distinction. Critique sociale du jugement, Paris, Minuit. Bundesamt für Wohnungswesen (Hrsg), o.J. In: https://www.bwo.admin.ch [Zugriffsdatum: 24.2.2019]

Chamboredon, Jean-Claude et Lemaire, Madeleine (1970). « Proximité spatiale et distance sociale. Les grands ensembles et leur peuplement », Revue française de sociologie, Vol. 11(1) S..3-33.

Dangschat, Jens S. (1998a). Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mehrebenen-Theorie ethnischer und rassistischer Konflikte um den städtischen Raum. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.)Die Krise der Städte: Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch- kulturelle Zusammen leben. 1. Aufl.. – Frankfurt/M. : Suhrkamp, S. 21 – 95

Ders. (1998b). Segregation. In: Häußermann, Hartmut (Hg.) Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich, S.207-220

Ders. (2002) Residentielle Segregation – die andauernde Herausforderung an die Stadtforschung. In: Fassmann, Heinz; Kohlbacher, Josef & Reeger, Ursula (Hg.): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich. Klagenfurt, Celovec: Drava Verlag, S.25–36

De Rudder-Paurd, Véronique, (1978), «Le Marché de l'insalubre», Espaces et Sociétés, Nr. 24-27. https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k61309434.image

Elwert, Georg (1982). Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 34. Jg. S.717–731.

Farwick, Andreas & Voges, Wolfgang (1997) Wohnquartier und Sozialhilfebedürftigkeit. Zum Einfluss von Nachbarschaften auf Armutsdynamiken. In: Sonderforschungsbereich 186 report, Heft 6, September S.1–16.

Fassmann, Heinz (2002). Zuwanderung und Segregation. In: Fassmann, Heinz; Kohlbacher, Josef & Reeger, Ursula (Hg.): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich. Klagenfurt, Celovec: Drava Verlag, S.13-24

Friedrichs, Jürgen (1990). Interethnische Beziehungen und städtische Strukturen. In: Esser, Hartmut & Friedrichs, Jürgen (Hg.): Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie.Opladen: Westdeutscher Verlag, Reihe: Studien zur Sozialwissenschaft, Band 97, S.305-320

Guhl, Jutta (2015). Die Programme der integrierten Stadt- und Quartierentwicklung in Deutschland und der Schweiz und die Rolle der Gemeinwesenarbeit.In. Drilling, Matthias & Oehler, Patrick (Hg.) Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. Reihe Quartierforschung. Wiesbaden : Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 2. Auflage, 113-124

Haumont, Nicole. (1996). La Ville. Agrégation et ségrégation sociales, Paris, L'Harmattan.

Häußermann, Hartmut(1998). Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen „underclass"? In: Heitmeyer, Wilhelm et al. (Hg.): Die Krise der Städte, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.145–174.

Ders. (2005): Migranten und Urbanität. In: D' Amato, Gianni/Gerber, Brigitta. Herausforderung Integration. Städtische Migrationspolitik in der Schweiz und in Europa. Zürich: Seismo. S.133-142.

Häußermann, Hartmut & Kapphan, Andreas (2004). Berlin: Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt. In: Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin & Siebel, Walter (Hg.): An den Rändern der Städte. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.203-234.

Häußermann, Hartmut & Oswald, Ingrid (1996). Stadtentwicklung und Zuwanderung. In: Schäfers, Bernhard & Wewer, Göttrik (Hg.)Die Stadt in Deutschland. Aktuelle Entwicklung und Probleme. Opladen: Leske + Budrich, S.85–101.

Häußermann, Hartmut & Siebel, Walter (2000). Wohnverhältnisse und Ungleichheit. In: Harth, Annette; Scheller, Gitta & Tessin, Wulf (Hg.): Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen: Leske + Budrich, S.120–140

Residentielle Segregation und soziale Mischung in benachteiligten Quartieren

Dies. (2001) Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin, Oldenburg. http://archiv.schader-stiftung.de/docs/haeussermann_siebel_gutachten.pdf; Zugriff am 16.07.2017

Dies. (2004) Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (1998). Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Die Krise der Städte: Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch- kulturelle Zusammenleben. 1. Aufl..– Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.443–467.

Holm, A. (2009): Soziale Mischung. Zur Entstehung und Funktion eines Mythos, in: Forum Wissenschaft, 26. Jg., (1), 23-26

Jans, Armin, Graf, Silvio & Leu, Thomas (2011). Aktuelle Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt. Winterthur, zhaw

Krummacher, Michael (1998). Zuwanderung, Migration. In: Häußermann, Hartmut (Hg.) Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske+Budrich, S.320–331.

Kürşat-Ahlers, Elcin (1993) Über das Wohn- und Gesellschaftsmodell der Multikulturalität. Stigmatisierung, Wohnsegregation und Identitätsbildung. In: Blanke, Bernhard (Hg.): Zuwanderung und Asyl in der Konkurrenz-gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 215 – 237

Lapeyronie, Didier. (2008). Ghetto urbain. Ségrégation, violence, pauvreté en France aujourd’hui, Paris, La Découverte.

Lindner, Rolf (1990) Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage, Frankfurt/M.: Suhrkamp

Maurin, Éric. (2004). Le ghetto français. Enquête sur le séparatisme social français, Paris, Seuil.

Müller, C. Wolfgang (1999) Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methoden-geschichte der Sozialarbeit. Bd 1: 1883 – 1945, überarb. Neuauflage. Weinheim, Basel: Beltz:

ORIV, CUS (2013) Etude des parcours, pratiques et usages des habitants du nouveau parc privé au Neuhof [In], http://www.oriv-alsace.org/wp-content/uploads/oriv_dossier_thematique_habitants_parc_prive_neuhof.pdf

Park, Robert Ezra (1927). The City: Suggestions for the Investigation of Human Behaviour in the Urban Environment. In: Park, Robert E.; Burgess, Ernest W.; McKenzie, Roderick D. (Hg.) The City. Chicago: University of Chicago Press, S.1–46.

Pinçon-Charlot, Michel et Monique. (2000). Sociologie de la bourgeoisie, Paris La Découverte.

Programms Projets Urbains (Hrsg.) (2011): Soziale Mischung und Quartier-entwicklung: Anspruch versus Machbarkeit, Bern, https://www.are.admin.ch (Zugriffsdatum: 9.5.2019)

Simmel, Georg (1995) Die Großstädte und das Geistesleben. In ders. Aufsätze und Abhandlungen 1901 – 1908 (Bd.1) Gesamtausgabe Bd.7 (Hg. von Rammstedt, Otthein u.a.) Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.116–131.

Ders. (1992) Exkurs über den Fremden. In: ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Bd. 11 (Hg. von Rammstedt, Otthein u.a.) Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.764–771.

Wohnungsbaugenossenschaften Schweiz (Hrsg.) o.J. In: https://www.wbg-schweiz.ch (Zugriffsdatum: 24. 2. 2019)

Zweites Wohnungsbaugesetz (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz - II. WoBauG) in der Fassung vom 01.10.1994.

1 Französischsprachige Zitate übersetzt durch Jutta Guhl

2 https://www.fondation-abbe-pierre.fr/nos-publications/etat-du-mal-logement/les-rapports-annuels

5.5. Prävention gegen Radikalisierung (-sprozesse) in der Oberrheinregion – ein Phänomen, drei nationale Realitäten

5.5. Prävention gegen Radikalisierung (-sprozesse) in der Oberrheinregion – ein Phänomen, drei nationale Realitäten

(Constanze Dunst, Bruno Michon)

Seit den Attentaten des 11. Septembers in New York sowie den aktuelleren Anschlägen in Europa, ist das Phänomen der Radikalisierung aus den Medien, der wissenschaftlichen Forschung, der staatlichen Politik und allgemeiner noch, den europäischen Zivilgesellschaften nicht mehr wegzudenken.

Hinsichtlich des Projekts MARGE, als ein von der EU gefördertes trinationales Forschungsprojekt, steht die Oberrheinregion als Untersuchungsgebiet im Fokus und damit auch die demokratischen Grundwerte der drei angrenzenden Länder Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Ein Teilziel von MARGE ist es, sich für soziale Durchlässigkeit und Chancengleichheit in Deutschland, Frankreich und der Schweiz sozialräumlich zu engagieren, gemeinsam aus der jeweiligen Geschichte zu lernen, sich wechselseitig über politische, gesellschaftliche und methodische Ansätze zu informieren und diese zu vergleichen. Angelehnt an diese Zielsetzung ist das Phänomen der Radikalisierung, besonders die Radikalisierungsprävention, als grenzüberschreitende Thematik zu berücksichtigen. Das Phänomen der Radikalisierung sowie die staatlich geförderten Präventionsansätze der genannten Länder sollen im Folgenden, insbesondere mit dem Fokus auf die Oberrheinregion, näher beleuchtet werden.

Das vorliegende Grundlagenpapier geht dabei nicht davon aus, dass das Phänomen der Radikalisierung und diesbezügliche präventive Maßnahmen ausschließlich marginalisierte Quartiere und Stadtteile betreffen. Vielmehr wird Radikalisierung als ein komplexer Prozess verstanden, der von einer Vielzahl an Mechanismen abhängig ist. Es gilt zu beachten, dass Radikalisierung von den Begriffen des Extremismus und des Terrorismus abzugrenzen ist und somit auch distanziert zu dem Themenkomplex der Gewalt steht. Darüber hinaus ist der gesellschaftliche Kontext, in dem Radikalisierung entsteht, ein wesentliches Element, das eine kontextuelle Analyse des Phänomens erfordert. Demnach bedeutet in Frankreich radikal zu sein nicht dasselbe wie im Nahen Osten, in Deutschland oder in der Schweiz und knüpft nicht an dieselben historischen und sozialen Kontexte an (Truong 2017: 201). Um Radikalisierung als ein komplexes und vom jeweiligen Kontext abhängiges Phänomen umfassend beschreiben zu können benötigt es einer Definition, vergleichende Analysen von Radikalisierungsprozessen und staatlicher Präventionspolitik sowie eine möglichst globale Erfassung des Phänomens. Im Folgenden werden einige Definitionen vorgestellt sowie die jeweilige staatliche Präventionspolitik der benannten Länder separat betrachtet und miteinander verglichen.

5.5.1. Radikalisierung(-sprozesse) definieren

Ursprünglich stammt die Herkunft des Wortes ‚radikal' von dem spätlateinischen Wort ‚radicalis - mit Wurzeln versehen' ab und wird mit Synonymen wie elementar, fundamental, substanziell und rigoros beschrieben (Bibliographisches Institut o.J.). Diese sprachliche Herleitung, in welcher Radikalisierung auf die Ursprünge und Wurzeln verweist, kann als kleinster gemeinsamer Nenner verstanden werden. Es

herrscht eine Vielzahl an Erklärungsansätzen vor, wobei das Phänomen der Radikalisierung unterschiedlich interpretiert wird und daher unterschiedliche Bedeutungsgehalte entstehen. Dies führt unteranderem dazu, dass das Phänomen auf diverse Disziplinen unterschiedliche Auswirkungen hat. Die nationale und internationale Politik nutzt etwa Erklärungsansätze, um öffentliche Maßnahmen zu entwickeln, bei denen die Herangehensweisen und Umsetzungen wiederum äußerst vielfältig sind (Dalgar-Nielsen 2010; Andersen 2015; Michon 2017). Folglich kann nicht von einer allgemeingültigen Definition von Radikalisierung (-sprozessen) ausgegangen werden.

Polizeipsychologe Borum geht insbesondere dieser Definitionsproblematik nach und verweist auf die Notwendigkeit der Differenzierung zwischen den Begriffen radicalization, radicalism und terrorism (Borum 2011: 8). So versteht der Soziologe Waldmann unter Terrorismus planmäßige, vorbereitete und schockierende Gewaltanschläge, welche vor allem Unsicherheit und Schrecken verbreiten aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen sollen (Waldmann 2011: 14). Stellt man die Definition von Radikalisierung von Allen gegenüber, wird der Unterschied der beiden Begriffe Terrorismus und Radikalisierung deutlich: Vidino und Brandon legen in ihrem Report ‚Countering Radicalization in Europe' Allens Definition als eine der umfassendsten Definitionen von radicalization fest: „the process of adopting an extremist belief system, including the willingness to use, support, or facilitate violence, as a method to effect societal change" (Allen 2007: 4; Vidino / Brandon 2012: 8). Diese Begriffsbestimmung findet sich beim französischen Soziologen Khosrokhavar wieder: Radikale gewalttätige Handlungen seien unmittelbar mit politischen, gesellschaftlichen oder religiösen Ideologien verknüpft, welche die bestehende politische, soziale oder kulturelle Ordnung infrage stellen (Khosrokhavar 2014: 8; 191). Auch Borum geht davon aus, dass Radikalisierung einen komplexen Prozess darstellt, an dessen Ende, unter bestimmten Umständen, unbedenkliche Weltanschauungen ‚radikalisiert' d.h. auf entsprechend fundamentale Art und Weise interpretiert und in Extremfällen durch Gewaltanwendungen eingefordert werden (Borum 2011:14).

Um den Prozess und damit auch die Definition von Radikalisierung greifbar zu machen, bietet es sich an zunächst zwei grundlegende Ansätze heranzuziehen (Crettiez 2016: 711): Der erste, auf kognitiven Elementen aufbauende Ansatz, bezieht sich auf die Ideologie der Tat. Laut der Vertreter*innen dieses Ansatzes, sind es die extremen Ideen, welche Individuen dazu verleiten Gewalttaten zu verüben. Der zweite und eher verhaltensbezogene Ansatz bezieht sich direkt auf die Tatumsetzung. Hierbei wird ab dem Zeitpunkt, in dem eine Tat ausgeführt wird, von Radikalisierung gesprochen. Diese beiden Ansätze sind nicht überall gleichermaßen vertreten: Ersterer ist besonders in Kontinentaleuropa verbreitet, während der zweite Ansatz eher im angelsächsischen Raum vorherrschend ist. Anhand der Geschichte des kontinentalen Europas und die Verbindung zu teils nationalsozialistischen Ideologien, kann die geographische Grenze der beiden Ansätze erklärt werden. Neumann beschreibt in dem Artikel „The trouble with radicalization" (Neumann 2013) die unterschiedlichen Auswirkungen der beiden Ansätze in Bezug auf die öffentliche Politik. Nach Neumann konzentrieren sich zum Beispiel staatliche Maßnahmen gegen Radikalisierung insbesondere auf die Vermeidung von Gewalttaten, welche im Namen von radikal ausgelegten Ideologien verübt werden. Hintergrund dieser Maßnahme ist zum Beispiel die unantastbare Meinungsfreiheit in z.B. angelsächsischen Ländern (s. beispielsweise den ersten Zusatzartikel der US-amerikanischen Verfassung). Weitere Erklärungsansätze, wie etwa nach Christmann 2012;

Dalgaard-Nielsen 2010; MacCauley / Moskalenko 2008; Maurer 2017 beziehen sich auf ein ganzheitliches Modell um den Prozess der Radikalisierung greifbarer zu machen: Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass diese Modelle, mittels einer dynamischen Betrachtungsweise Kausalitätszusammenhänge zwischen Individuum und Umfeld herstellen. Demzufolge werden die sich radikalisierenden Personen nicht als ‚Opfer ihrer Psyche' betrachtet, vielmehr erschließt sich der Radikalisierungsprozess unter Betrachtung von psychosozialen, gesellschaftlichen sowie gruppendynamischen Entwicklungen (Christmann 2012: 23ff.; Lützinger / Kraus 2010: 4 ; Kepel / Jardin 2016: 41). Der ganzheitliche und biografische Erklärungsansatz nach Neumann erläutert fünf Bausteine, die bei Radikalisierungsprozessen eine Rolle spielen. Ausgangspunkt sind die bereits aufgeführten Schlüsselbegriffe, welche immerzu ein kontextbezogenes Verständnis hervorrufen (Neumann 2016: 25). Die dynamische multifaktorielle Betrachtungsweise auf Radikalisierungsprozesse findet sich in Neumanns Baustein-Prinzip wie folgt wieder: Jeder Baustein enthält ein Teil des Gesamtbildes. Erst die Kombination und dessen Bedeutungszuschreibungen ergeben einen möglichen Radikalisierungsprozess. Die nachfolgende Abbildung greift dieses Ineinanderwirken auf:

Bausteine zur Erforschung von Radikalisierung nach Neumann:

Frustration
- Unmut
- Entfremdung

„Hinter jeder [...] extremistischen Bewegung steckt eine gesellschaftliche Spannung oder Konfliktlinie" (2016:46).

Drang
- Identität
- Abenteuer

„Mindestens ebenso wichtig sind emotionale Bedürfnisse, etwa die Suche nach Identität, Gemeinschaft, Bedeutung, Ruhm, Abenteuer" (2016:64).

Netzwerke
- Gegenkultur
- Cliquen
- Anführer

„...die soziale Dimension der Radikalisierung" (2016:102).

Gewalt
- Gewöhnung
- Repression
- Krieg

„Die Brutalisierung, die in Emwazis Fall stattfand, war ein langwieriger und schrittweiser Prozess – nicht Veranlagung, Schock oder Gehirnwäsche" (2016:122).

Ideen
- Ideologie
- Frames
- Resonanz

„Was entscheidet, ob eine Ideologie Anhänger findet, ist nicht ihr eigentlicher Inhalt, sondern die Art und Weise, wie dieser aufgenommen und interpretiert wird" (2016:90).

RISIKOFAKTOREN

Radikalisierungsforschung und dessen Problematiken
- Zweideutigkeit von Schlüsselbegriffen wie Terrorismus und Extremismus
- »Radikalisierungsverläufe« sind schwer durch wissenschaftliche Theorien oder Methoden zu erklären
- „Von einer >exakten Wissenschaft< ist die Radikalisierungsforschung noch weit entfernt" (2016:31).

(Abbildung 1: Bausteine zur Erforschung von Radikalisierung nach Neumann. Eigene Darstellung nach Neumann 2016)

Die in Abbildung 1 dargelegten multiplen Risikofaktoren von Radikalisierung erschweren eine umfassende Erforschung von Radikalisierungsprozessen. Bereits seit 1960 werden diese multiplen Risikofaktoren analysiert, wobei die Forschenden auf unterschiedliche Art und Weise vorgehen. Fokussiert werden unter anderem Individuen, Gruppen, Netzwerke, Organisationen, Massenbewegungen, sozialkulturelle sowie internationale und nationale Kontexte (Borum 2011: 14). Aufgrund dieser breiten fachlichen Basis sowie dem darauf aufbauenden Facettenreichtum ist die Erforschung von Radikalisierungsprozessen stark interdisziplinär ausgelegt (Knipping-Sorokin et al. 2016: 13).

5.5.2. Prävention der Radikalisierung: eine trinationale Perspektive

Ein zentrales Element der sich gegen gewaltverherrlichende Radikalisierungsprozesse richtenden Politik, stellt die Prävention dar. Es wird in der staatlich geförderten Präventionsarbeit in Bezug auf Radikalisierungsprozesse zwischen drei Ebenen und drei Zielgruppen unterschieden: Die Ebenen strukturieren sich nach Prävention, Früherkennung und Begleitung und beziehen sich auf die Primär- (gesamte Öffentlichkeit), Sekundär- (Risikogruppen) und Tertiärprävention (ausgemachte Individuen) (Andersen 2015).

(Abbildung 2: Die drei Ebenen der staatliche geförderten Prävention gegen Radikalisierungsprozesse. Eigene Darstellung nach Andersen 2015: 179).

Prävention gegen Radikalisierung (-sprozesse) in der Oberrheinregion – ein Phänomen, drei nationale Realitäten

Um das Risiko einer oftmals mit präventiven Maßnahmen gegen Radikalisierung einhergehenden Stigmatisierung von Bevölkerungsgruppen (etwa ‚Muslime' oder ‚Menschen mit Migrationshintergrund') zu vermeiden, ermöglichen Maßnahmen der Primärprävention die Gesamtheit von gewaltbereiten Radikalisierungsformen zu erfassen. Das Centre de Prévention de la Radicalisation Menant à la Violence (CPRMV) (dt.: Zentrum zur Verhinderung von zu Gewalt führender Radikalisierung) in Montréal proklamiert, dass grundsätzlich bei Radikalisierungsprozessen eine Empfangsbereitschaft („terreau favorable à l'adaptation de cette offre") des Individuums für etwaige ‚Radikalisierungsangebote' vorausgesetzt werden muss (CPRMV 2016). In Bezug auf die Vermeidung von ‚Radikalisierungsangeboten' befindet sich der Großteil der präventiven Arbeit im Bereich des Sicherheits- und Justizwesens. Hierbei liegt der Fokus zum einen auf der Strafverfolgung, zum anderen auf dem Auffinden von Inhalten, die Radikalisierungsprozesse befördern. Des Weiteren konzentriert sich die Präventionsarbeit auf den Nährboden / Empfangsbereitschaft bei Individuen für ‚Radikalisierungsangebote'. Es wird davon ausgegangen, dass ‚Radikalisierungsangebote' bei einer resilienten Bevölkerung bzw. nicht-empfangsbereiten Individuen auf keine Nachfrage treffen und somit keine Wirkung haben. Alle Präventionsmaßnahmen zielen darauf ab, die Radikalisierungsmöglichkeiten auf individueller, mikro-, meso- und makrosozialer Ebene zu reduzieren (Centre internationale pour la prévention de la criminalité 2015).

Diese Vorgehensweise kann durch folgende Präventionsansätze aus Deutschland ergänzt werden: Im Zuge des Aufbaus der Forschungsstelle ‚Nationales Zentrum für Kriminalprävention' in Deutschland konnte gemeinsam mit dem ‚Institut für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung Bielefeld' ein Kooperationsprojekt entwickelt werden, in welchem die Vielfalt der Angebote zur Prävention von islamistischer Radikalisierung in Deutschland strukturiert worden ist. Die nachfolgende Abbildung fasst die Ergebnisse des Forschungsprojektes zur Systematisierung von Präventionsansätzen zusammen. Hierbei ist zu beachten, dass es sich lediglich um eine übergeordnete Strukturierung der unterschiedlichen Präventionsansätze in Deutschland handelt, welche sich nicht speziell auf islamistische Radikalisierung beziehen.

Systematisierung von Präventionsansätzen nach Trautmann, Kahl, Zick:

Prototypen	Formate
Medienschutz	„Radikalisierungsprozesse werden durch [...] Propaganda im Internet vorangetrieben, unterstützt und auch koordiniert“. (2017:3)
Bildungsarbeit	Aufklärung: Ziel ist zu sensibilisieren und Kompetenzen zu fördern, um bei der Bewältigung jugendspezifischen Entwicklungsaufgaben zu unterstützen. (2017:4) Fortbildung: Ausbildung und Qualifikation von Multiplikatoren (2017:4)
Netzwerkbildung	Institutionelle Netzwerkbildung: Verschränkung von Institutionen wie (Moschee-) Gemeinden, Behörden, wissenschaftliche Einrichtungen, Schulen u.a. durch Schlüsselpersonen. (2017:4) Zielgruppenbezogene Netzwerkbildung: Ausbildung von gleichaltrigen Mentoren, die auf individueller Ebene die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihrer Auseinandersetzung [...] auf ‚Augenhöhe‘ begleiten. (2017:5)
Beratungsarbeit	Jugendspezifische Begleitung: Zentral ist die Entwicklung von persönlichen und sozialen Fähigkeiten zu stärken, Angebot zum Konfliktmanagement sowie Gespräche über jugend-, kultur- und religionsspezifische Inhalte zu schaffen. (2017:5) Ganzheitliche Beratungsarbeit: Im Zentrum steht die Ergründung und Aufarbeitung der Sozialisationsgeschichte, Beziehungen sowie die Begleitung bei der Sicherstellung von grundlegenden Bedürfnissen oder Fragen der Lebensbewältigung. (2017:6)

(Abbildung 3: Systematisierung von Präventionsansätzen nach Trautmann, Kahl, Zick. Eigene Darstellung.)

In Bezug auf Radikalisierungsprozesse in der Oberrheinregion stellen die genannten Erklärungsansätze einen Auszug aus dem angehenden Forschungsdiskurs dar und haben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Sie sind als grundlegende Elemente zu verstehen, mithilfe derer das Phänomen der Radikalisierung disziplinübergreifend als auch grenzüberschreitend näher erörtert, erforscht und präventiv angegangen werden kann. Hierbei gilt es, wie oben schon erwähnt, die Ausprägungen des Phänomens in den drei Ländern zu berücksichtigen: Es kann davon ausgegangen werden, dass sich aufgrund der unterschiedlichen Ausprägungen von Radikalisierung(-sprozessen) unterschiedliche nationale Realitäten definieren. Etwa steht in Deutschland und in der Schweiz das Phänomen des Rechtsradikalismus deutlich im Vordergrund, während in Frankreich die Radikalisierung in Bezug zum Islam diesen Platz einnimmt (Michon 2017)1. So ist beispielsweise in Frankreich die Anzahl von Personen, die in Kriegsgebiete (Syrien, Irak) ausreisen doppelt so hoch wie in Deutschland (Michon 2017). Betrachtet man das Phänomen des Rechtsradikalismus stellt sich die Situation umgekehrt dar: Die gewaltbereiten rechtsradikalen Bewegungen sind in Deutschland stärker ausgeprägt als in Frankreich oder in der Schweiz (Michon 2017). Dennoch scheinen diesbezüglich alle drei Länder mit einem spezifischen Phänomen konfrontiert zu sein: Der Normalisierung der „populistischen“ radikalen Rechten (Alternative in Deutschland, Rassemblement national in Frankreich, Schweizer Volkspartei in der Schweiz), welche eine wachsende Verbreitung von rechtem Gedankengut in der jeweiligen Gesellschaft mit sich bringt (Dennison 2019). Es bleibt die Frage, ob diese Normalisierung die Bedeutung der radikalen rechtsextremen Bewegungen verringert oder erhöht. Auf der Seite der Schweiz und Frankreichs räumen einige Forscher*innen ein, dass die Schwierigkeit, einen kritischen Blick auf die Geschichte dieser beiden Länder während des Zweiten Weltkriegs zu werfen, ein fruchtbarer Boden für die Entstehung rechtsextremer Bewegungen sein könnten. Auf Schweizer Seite bleibt die Frage, ob die Praktiken der direkten Demokratie diese Art von Bewegung verhindern oder sogar im Gegenteil, rechtsextremen Bewegungen erlauben, ihre Ideen besser zu verbreiten. Weiter konstatiert der Soziologe Palheta in einem 2018 erschienen Aufsatz eine Verbindung zwischen neoliberaler Politik und dem Aufstieg rechtsextremer Bewegungen. Das Gefühl der Enteignung von Handlungsmöglichkeiten durch die neoliberale Politik erzeuge laut des Autors den Aufstieg von rechtsextremem Populismus (Palehta 2018). Diese theoretischen Überlegungen und politischen Entwicklungen haben zur Folge, dass die Radikalisierungsprävention mehr Aufmerksamkeit im öffentlichen Diskurs erhält. So ist in Frankreich die Politik der Radikalisierungsprävention nach den jüngsten Attentaten von 2014/2015 entstanden und Teil der kontinuierlichen Terrorismusbekämpfung. Sie ist sehr stark auf die Radikalisierungsprävention im Zusammenhang mit dem Islam ausgerichtet. Der Hauptteil der zur Verfügung stehenden Ressourcen konzentriert sich in Frankreich auf die Bekämpfung der Radikalisierung und räumt der Prävention nur einen nachrangigen Platz ein. In jüngerer Zeit (CIPDR 2018) wurde zwar eine ambitioniertere Präventionspolitik eingeführt, jedoch ist diese weiterhin auf den Islam ausgerichtet und stellt die Förderung der Werte der Französischen Republik sowie des Säkularismus in den Mittelpunkt. Viele kritisieren diese Vorgehensweise und stellen die Wirksamkeit einer solchen Präventionspolitik in Frage. Hinterfragt wird, ob die Konfrontation mit Werten für eine Verhinderung von Radikalisierungsprozessen nützlich ist oder ob die Fokussierung auf den Islam, und damit einhergehender Stigmatisierung von französischen Muslimen, nicht weiterhin verschärfend wirkt (Crettiez 2017).

Der deutsche Ansatz unterscheidet sich in besonderem Maße zur beschriebenen französischen Vorgehensweise: Die deutsche Präventionspolitik, welche historisch in der Entnazifizierungspolitik nach 1945 verwurzelt ist, konzentriert sich in erster Linie auf den Kampf gegen die extremen Rechten und die Förderung der Demokratie (Steinbach 2014). So hat die alliierte Aufsichtsbehörde 1947 eine Reform des deutschen Schulsystems eingeleitet und damit die Grundlage für eine ‚politische Bildung' geschaffen, die nach wie vor Grundlage für die Prävention von Radikalisierungsprozessen in Deutschland darstellt. Neben dieser Primärprävention entstehen viele Ausstiegsprojekte aus rechtsextremen Bewegungen (s. EXIT Deutschland). Nach demselben Modell hat sich auch in den letzten Jahren die Prävention gegen die Radikalisierung im Zusammenhang mit dem Islam entwickelt. Zwischen der Förderung demokratischer Werte und Programmen bezüglich des Austritts aus dem Extremismus wird das für die extreme Rechte entwickelte Modell erneut für die religiöse Radikalisierung herangezogen. Diese Programme basieren weitgehend auf resozialisierte Personen und beziehen sich auf Experten der islamischen Theologie, was die präventiven Vorgehensweisen zwischen Frankreich und Deutschland voneinander unterscheidet.

Auf Schweizer Seite ist es schwierig, allgemeine Schlussfolgerungen zu ziehen, da Prävention größtenteils auf kommunaler Ebene erfolgt, was zu einer großen Vielfalt von Ansätzen und Projekten führt. Die Ausreise von 90 jungen Schweizer*innen nach Syrien stellt das Land vor ähnliche Herausforderung wie in Frankreich und Deutschland (Eser-Davolio 2015) und führt 2017 zur Veröffentlichung eines Nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung der Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus. Dieser Aktionsplan konzentriert sich weitgehend auf den Islam und scheint dem französischen Modell nahe zu kommen.

Konklusion: Marginalisierte Quartiere und das Phänomen der Radikalisierung - es benötigt ein Denken außerhalb von Klischees

Der Zusammenhang zwischen Marginalisierung und Radikalisierung ist Gegenstand zahlreicher Studien, welche die Komplexität des Phänomens belegen. Soziale Ungleichheiten und Diskriminierungen sind zentrale Faktoren für das Verständnis von Radikalisierung. Dabei ist bekannt, dass in marginalisierten Stadtteilen / Quartieren Bevölkerungsgruppen zusammen leben, welche von diesen Ungleichheiten und den vielen Formen der Diskriminierung (ethnisch, religiös, räumlich usw.) betroffen sind (Maurer 2017: 82, Baier / Prätor 2017). Es wäre jedoch falsch, das Phänomen Radikalisierung auf diese Gebiete zu beschränken, da eine Vielzahl an Formen und Ausprägungen von Radikalisierungsprozessen („forme de registre radical") existiert. Die religiöse Form des Radikalismus ist wahrscheinlich die medial am bekannteste, jedoch ist an dieser Stelle auch die wachsende Polarisierung der Gesellschaft und die Vielfalt weiterer Radikalisierungsformen zu nennen (Linksextremismus, Rechtsextremismus, identitäre Bewegung, ökologischer Radikalismus etc.). Ferner zeigen weitere Studien, dass unterschiedliche Formen der Radikalisierung die gesamte Gesellschaft betreffen, wobei der religiöse Radikalismus sich besonders auf die marginalisierten Gebiete konzentriert (Truong 2017).

Das Europaparlament, als eine Verbindungsstelle der Oberrheinregion als Untersuchungsgebiet, sollte im Sinne einer nachhaltigen Präventionspolitik bzgl. Radikalisierungsprozesse in Europa ein umfassendes Gesamtkonzept zur Prävention von Radikalisierung etablieren (unter Rücksichtnahme der Definitionsproblematik und

Vielschichtigkeit des Phänomens), um die Wirksamkeit von solchen, auch grenzüberschreitend, zu erhöhen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Allen, Charles (2007), Threat of Islamic Radicalization to the Homeland. Testimony before the U.S. Senate Committee on Homeland Security and Government Af-fairs, 14.03.07, unter: www.hsgac.senate.gov/hearings/the-threat-of-islamic-radicalism-to-the-homeland (09.06.17).

Andersen, L. E. (2015). Terrorisme et contre-radicalisation: le modèle danois. Poli-tique étrangère(2), 173-183.

Baier, Dirk / Susann Prätor (2017), „Nicht zentral, aber auch nicht egal. Die Bedeu-tung des Wohnumfeldes für kriminelles Verhalten von Jugendlichen". In: Forum Krimialprävention 1, 40-46.

Bibliographisches Institut (o.J.), radikal, unter: www.duden.de/rechtschreibung/radikal (09.06.17).

Borum, Randy (2011), „Radicalization into Violent Extremism I: A Review of Social Science Theories". In: Journal of Strategic Security 4/4, 7-36.

Centre de prévention de la radicalisation menant à la violence. (2016). Rapport d'analyse : Enjeux et perspectives de la radicalisation menant à la violence en milieu scolaire au Québec Retrieved from www.info-radical.org.

Centre international pour la prévention de la criminalité. (2015). Comment prévenir la radicalisation : une revue systématique, Montréal. Disponible sur www.interieur.gouv.fr/content/download/91590/.../rapport-radicalisation-cipc.pdf.

Comité interministériel de prévention de la délinquance et de la radicalisation. (2018). « Prévenir Pour Protéger » Plan national de prévention de la radicalisa-tion Retrieved from https://www.gouvernement.fr/sites/default/files/contenu/piece-jointe/2018/02/2018-02-23-cipdr-radicalisation.pdf

Crettiez, X. (2016). Penser la radicalisation. Revue française de science politique, 66(5), 709-727.

Crettiez, X., & Romain, S. (2017). Saisir les mécanismes de la radicalisation violente: pour une analyse processuelle et biographique des engagements violents Rapport de recherche pour la Mission de recherche Droit et Justice. Mission de Recherche Droit et Justice.

Dalgaard-Nielsen, Anja (2010), „Violent Radicalization in Europe: What We Know and What We Do Not Know". In: Studies in Conflict & Terrorism 33/9, 797-814.

Dennison, S., Krastev, I., & Leonard, M. (2019). Trois idées reçues sur les élections européennes. Esprit, Mai(5), 121-128. doi:10.3917/espri.1905.0121

Eser Davolio, M., Banfi, E., Gehrig, M., Gerber, B., Luzha, B., & Mey, E. (2015). Hintergründe jihadistischer Radikalisierung in der Schweiz. Eine explorative Studie mit Empfehlungen für Prävention und Intervention. Schlussbericht. Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Kepel, Gilles / Antoine Jardin (2016), Terror in Frankreich. Der neue Dschihad in Europa. München: Verlag Antje Kunstmann.

Khosrokhavar, Farhad (2014), Radicalisation [= Interventions]. Paris: Éditions de la Maison des sciences de l'homme.
Lee, M. A. (2013). The Beast Reawakens: Fascism's Resurgence from Hitler's Spy-masters to Today's Neo-Nazi Groups and Right-Wing Extremists: Routledge.
Lützinger, Saskia / Benjamin Kraus (Hrsg.) (2010), Die Sicht der Anderen. Eine qulitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen [= Polizei + Forschung 40]. Köln: Luchterhand.
MacCauley, Clark / Sophia Moskalenko (2008), „Mechanisms of political radicalization: Pathways toward terrorism". In: Terrorism and political violence.
Maurer, Thomas (2017), „Die Pluralität der Radikalisierung - Eine systematische Analyse der Theorieansätze zur Radikalisierungsforschung". In: Journal of Deradicalization 13/13, 49-100.
Michon, B. (2017). Radicalisation et lutte contre la radicalisation dans le Rhin supérieur. Demokratie Zentrum Baden-Württemberg. Retrieved from https://www.vielfalt-media-thek.de/data/dzbwwachsenderadikalisierung-amoberrhein_vielfalt_mediathek.pdf
Neumann, Peter R. (2016), Der Terror ist unter uns. Dschihadismus und Radikalisierung in Europa. Berlin: Ullstein.
Palheta, U. (2018). La possibilité du fascisme: France, la trajectoire du désastre: La Découverte.
Ragazzi, F. (2014). Vers un" multiculturalisme policier"?: la lutte contre la radicalisa-tion en France, aux Pays Bas et au Royaume-Uni. Les études du CERI, n°206, 1-39.
Steinbach, P. (2014). Die Bundeszentrale für politische Bildung im Kontext der deutschen Nachkriegsgeschichte. In W. Sander & P. Steinbach (Eds.), Politische Bildung in Deutschland (pp. 11-16). Bonn: Bundeszentrale für # politische Bildung.
Truong, F. (2017). Loyautés radicales: l'islam et les" mauvais garçons" de la nation. Paris, La Découverte.
Waldmann, Peter (2011), Terrorismus. Provokation der Macht. 3. Aufl.

[1] Hinsichtlich der radikalisierten Personen sind die Zahlen mit großer Vorsicht zu genießen, da eine eingeschränkte Betrachtung/Vergleichbarkeit vorliegt. Es handelt sich um Angaben der Nachrichtendienste in den drei Ländern, welche nicht immer auf gleiche statistische Grundlagen basieren. Diese Zahlen ermöglichen jedoch das Verständnis der Unterschiede zwischen den drei Ländern bezüglich den verschiedenen Radikalisierungsformen (Michon 2017).

6. Quartiere und Projekte

In diesem Kapitel werden die Quartiere, Projekte und Methoden vorgestellt, die das Herzstück von MARGE bilden. Die Projekte und Methoden wurden gesammelt, erkundet, analysiert und einige von ihnen in ein anderes Land transferiert. Wir hoffen, dass dieses Kapitel Sie inspirieren wird und dass neue Ideen durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit entstehen können. Die Projekte und Methoden sind ebenfalls elektronisch verfügbar und können heruntergeladen werden.

Thema

Ziele

Adressat_innen

Partner / Akteure

Beschreibung

erforderliche Ressourcen

Laufzeit

Hinweise zur Umsetzung

Kategorie der Zweckbestimmung

Kontaktadresse / Infos

6.1. FRANKREICH

Name des Quartiers

Meinau-Neuhof

Name der Stadt

Strasbourg

Eurométropole de Strasbourg – Christophe Bourgeois

Einwohnerzahl
15 700

Entstehungszeit
1950 – 1960

www.google.com

Neuhof und Meinau sind zwei Stadtteile in Strasbourg, die jeweils aus einer oder mehreren Grosswohnsiedlungen aus den 1950er bis 1970er Jahren sowie einem älteren Wohngebiet bestehen. Die Gebiete um die Grosswohnsiedlungen wurden zum grössten Stadtteil der Politique de la Ville im Grossraum Strasbourg zusammengeschlossen. Heute leben 15.700 Einwohnerinnen und Einwohner in diesem Stadtteil, der sich durch ein sehr starkes Zusammengehörigkeitsgefühls und durch Stadterneuerungsprojekte auszeichnet, die Anfang der 2000er Jahre in Neuhof und 2006 in Meinau initiiert wurden und diese tiefgreifend verändert haben.

Neuhof war Teil aller städtebaulichen Entwicklungs- und Sanierungsprogramme von den späten 1970er Jahren bis heute. Trotz dieser hohen öffentlichen Investitionen gibt es nach wie vor viele Schwierigkeiten wie bspw. eine hohe Arbeitslosenquote oder eine hohe Rate an Schulabbrechern, die ihrer Auseinandersetzung der Bearbeitung im Stadtteil bedürfen. Die Verbindung der beiden Bezirke durch den Bau einer Strassenbahnlinie sowie zahlreiche Projekte der Bewohnerinnen und Bewohner, Vereine und der Stadt führen zu einem positiven Imagewechsel.

Neuhof ist durch einen großen Teil an 0 –14 Jährigen (30 % der Bevölkerung) und einem erhöhten Anteil von nicht mehr zur Schule gehenden 15–18 Jährigen (67 %) charakterisiert. Die überwiegende Mehrheit der Wohnungen besteht aus sozialem Wohnungsbau (87 % in Neuhof, 70 % in Meinau). Die Bevölkerung der beiden Stadtteile ist außerdem von prekären Lebensverhältnissen betroffen (40 % der Haushalte leben von Sozialhilfe).

Ville et Eurométropole de Strasbourg
Elise Dietrich
Direction de territoire Meinau Neuhof
165 avenue du Neuhof
67100 Strasbourg

Land / Kommune / Quartier

FR Strasbourg / **Meinau-Neuhof**

Titel des Projektes

Bürgersportclub

Thema
- Bürgerschaft
- Zugang zu sportlicher Betätigung für Menschen in prekären Lebenslagen

Ziele
- Förderung des Zugangs für Jugendliche aus Strasbourg zu Sportclubs, in denen sie die Sportarten ihrer Wahl ausüben können
- Aufwertung der Sportvereine als Lebensraum und Ort bürgerlicher Lernprozesse

Adressat_innen
- Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren

Partner / Akteure
- Projetträger: Stadt Strasbourg (Abteilung für Sport)
- Partner: interessierte Sportvereine

Beschreibung
- Die Stadt Strasbourg hat das Projekt Bürgersportclub als Experiment 2016 / 2017 im QPV (zu priorisierende Stadtteile bei der Stadtentwicklung) Neuhof-Meinau eingesetzt, mit dem Ziel den Zugang junger Menschen aus prekären Verhältnissen zu verbessern und den Sport als Unterstützung für bürgerliche Werte zu etablieren.

Das Projekt ist auf drei Bereiche angelegt:
- Eine individuelle finanzielle Unterstützung (bei Erfüllung der Kriterien gewährt die Stadt eine Unterstützung in Höhe von 100 €: 80€ als Unterstützung der Sportler und 20€ als Unterstützung der Sportvereine)
- Eine Begleitung der Sportler (Bürgertreffen um Betreuer auszubilden, 10 Hilfen zur zukünftigen Anstellung von Jugendlichen per Vertrag)
- Ein Ausbau der menschlichen Begleitung der Stadt durch Unterstützung von Sportvereinen (5 Verträge über 12 zukünftige Bürgerservices)

erforderliche Ressourcen
- Städtische Finanzierung
- staatliche Kofinanzierung (CGET - 50% Kofinanzierung)

Laufzeit
Langfristig

Kontaktadresse / Infos
Kontakt: Direction de territoire Meinau-Neuhof
Téléphone : +33 (0)3 90 40 42 55

Kategorie der Zweckbestimmung
- Ressourcen + Potentiale
- Partizipation + Engagement

Land / Kommune / Quartier

FR Strasbourg / **Meinau-Neuhof**

Titel des Projektes

Empowerment bezüglich der Wohnung

Thema
- Lebensbedingungen der Bewohner
- Partizipation der Bewohner

Ziele
- Verantwortungsbewusstsein von Mietern, Vermietern, Verbänden und Vereinen stärken.
- Aufzeigen, dass die Bewohner durch das Beseitigen von Missständen und indem sie aktive und anerkannte Gesprächspartner werden, ihre Lebensbedingungen beeinflussen und verbessern können.
- Mieter bei der Gründung eines Komitees unterstützen, um Austausch und Verhandlungen mit dem Vermieter zu ermöglichen.
- Die Beziehungen zwischen Mietern untereinander und zwischen Mietern und Vermietern verbessern.
- Aufbau eines dauerhaften und ruhigen Dialogs zwischen Bewohnern / Mietern und dem Vermieter.

Adressat_innen
- Die Bewohner eines Wohnhauses

Partner / Akteure
- CUS Habitat (Vermieter)
- Mieter
- Verein für aufsuchende Soziale Arbei, JEEP Neuhof
- Bewohnerverein, AGATE

Beschreibung
- Treffen der Bewohner zur Erarbeitung einer Liste mit gegenüber dem Vermieter zu diskutierenden Punkten (Bedarfsanalyse, Bündelung, Reflexion und Vorschläge, Analyse).
- Treffen vor Ort oder gemeinsam mit den Mietern, dem Bauherrn, einem der Verantwortlichen der Sozialwohnungsbaugesellschaft und den Verbänden JEEP und AGATE in der Agentur des Vermieters, um zu verhandeln und Misstände zu erörtern.
- Wir würden gerne regelmäßige Treffen mit dem Hausmeister arrangieren, jedoch haben wir Mühe damit dies umzusetzen. Durchschnittlich finden zwei bis drei Sitzungen statt. Wir machen mehrere Besuche auf dem Gelände, um Mietern zu begegnen und mit ihnen zu besprechen, was gut und was nicht so gut läuft.

erforderliche Ressourcen

Personal:
- 2 Mitarbeiter (JEEP und AGATE) für 3 Stunden pro Woche während der Dauer eines Jahres.

Material:
- Kleinere Materialien (Plakate, Büromaterial, Tische, Bänke usw.)

Laufzeit

1 Jahr

Hinweise zur Umsetzung
- Man muss regelmäßig vor Ort sein und sich Zeit nehmen, um sich mit den Bewohnern über die Entwicklung der ergriffenen Maßnahmen auszutauschen.

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur

Kontakt: agateneuhof67@gmail.com

Kategorie der Zweckbestimmung
- Partizipation + Engagement
- Themen- + Projektarbeit

Land / Kommune / Quartier

FR Strasbourg / **Meinau-Neuhof**

Titel des Projektes

Bildungswerkstätte

Thema

- Zugang zum Arbeitsmarkt für Jugendliche

Ziele

Das Hauptziel der Bildungswerkstätte ist, die Gefahr der Marginalisierung zu bekämpfen, indem jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren eine erste Berufserfahrung ermöglicht wird, in der sie die Möglichkeit erhalten, sich schrittweise mit der Arbeitswelt vertraut zu machen und dabei von Präventionspädagogen begleitet werden.

Adressat_innen

- Jugendliche (16 – 25 Jahre) ((„Spezialisierte Prävention“, Aufsuchende Soziale Arbeit)

Partner / Akteure

- JEEP (Spezialisierte Prävention)
- Die intermediären Vereine (Logiservices, Droit au travail (Recht auf Arbeit), Germa Alsace) fungieren als Arbeitgeberverbände.
- Unsere institutionellen Partner (der Staat, die Region Grand Est, der Departementsrat Bas-Rhin, die Eurométropole und die Stadt Hagenau).
- Arbeitsvermittlung für junge Menschen (16-25 Jahre)

Beschreibung

Für die vom Team begleiteten und am stärksten marginalisierten Jugendlichen, entwickelt der Verein JEEP Bildungsprojekte, die einen wichtigen Faktor für die Wiederaufnahme von Bildungswegen darstellen. Vor allem die jungen Menschen, die in den 1980er Jahren oft als „aus den Augen verloren“ oder „unzerbrechlich“ beschrieben wurden, profitieren von Bildungswerkstätten.

- Die im Jahre 2016 durchgeführten Bildungswerkstätten (insgesamt 16) fanden an mehreren Standorten statt; ausgehend von den Bezirken der Eurométropole (Neuhof, Hohberg, Gare, Ecrivains in Schiltigheim...) über Haguenau und Marienthal bis Bergbieten. Die Bildungswerkstätten bestanden aus Arbeiten wie Gebüsche zu schneiden, Keller und Dachböden zu reinigen, Malerarbeiten zu verrichten, Abschlepparbeiten zu tätigen, die Teilnehmer eines Seminars zu empfangen, Holz in den Weinreben herunterzutragen etc.
- Die Bildungswerkstätten sind von kurzer Dauer: 4 Tage pro Woche à maximal 5 Stunden. Weiterhin erfordern sie keine technischen Fähigkeiten, um sie sozial und beruflich benachteiligten Jugendlichen zugänglich zu machen.

erforderliche Ressourcen

Finanzielle Mittel: Bsp. 2018: 50.000€ Lohn für die Jugendlichen

- 54.000€ Aufwendungen für das Personal (Brutto) zuzüglich 15.000€ für das Material, das Werkzeug und Benzin.

Personal:

- Ein Abteilungsleiter, ein Koordinator und ein technischer Ausbilder bilden die Werkstattleitung.
- Die Erzieher stellen die pädagogische und soziale Betreuung sicher, die auf die Integration und Autonomie der Jugendlichen abzielt.
- Die intermediären Vereine erfüllen die Aufgaben des Arbeitgebers (Arbeitsvertrag, Lohnzettel usw.).
- Folgende Kostenträger haben es der JEEP ermöglicht, die Bildungswerkstätte durchzuführen, indem sie die Werkstätten zur Verfügung gestellt haben und diese finanziert haben: Die Städte Strasbourg und Haguenau, die Sozialwohnungsbaugesellschaften (Opus67, Habitation Moderne, Domial, Batigère), das Landgut Roland Schmitt etc.

Laufzeit

Die ungefähre durchschnittliche Dauer einer Bildungswerkstatt: Zwischen 12 h und 20 h pro Woche

Hinweise zur Umsetzung

Zugelassen sein, um Bildungsprojekte zu entwickeln (in Frankreich ist dies der Aufsuchenden Sozialen Arbeit vorbehalten), In Verbindung mit einer marginalisierten oder einer von Marginalisierung bedrohten Bevölkerungsgruppe stehen, die sich im Interventionsgebiet des Projekts aufhält. Arbeit mit einem Zwischenverband (Arbeitsverträge, Löhne). Akquirieren von Sponsoren für die mit der Finanzierung zu erledigenden Arbeiten. Kenntnis über und Kontakt mit Projekten und Strukturen im Zusammenhang mit sozialer und beruflicher Integration.

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur

Mondher Abdelkrim des Teams JEEP Neuhof.
3 rue de Mâcon,
67100 Strasbourg Neuhof,
Tel: 03 88 79 39 42
Mobil: 07 82 19 65 71
E-Mail: neuhof@jeep.asso.fr
jeep.asso.fr

Kategorie der Zweckbestimmung

- Themen- + Projektarbeit

Land / Kommune / Quartier

FR Strasbourg / **Meinau-Neuhof**

Titel des Projektes

ESPACETIERS (Dritträume)

Thema

- Kulturelle Mediation

Ziele

- Einen Ort der Nähe/Nachbarschaft schaffen, indem ein feinfühliges Verhältnis zu den Bewohnern aufbaut wird, welches dazu geeignet ist, soziale und territoriale Ungleichheiten mittels dem Zugang zur Kultur abzubauen.
- Die Kreativität durch die Unterstützung innovativer und neuer Aktionen im Kulturbereich allen zugänglich machen, egal ob jung oder alt.
- Kunst in all ihrer Vielfalt benutzen und diese als gesellschaftlichen Hebel für reiches Lernen für ein Publikum, das in der Lage sein wird, seine Praktiken und Verhaltensweisen zu ändern, einsetzen.
- Die Beziehung zwischen den Bewohnern und ihren Quartieren neu betrachten und deren Mauern, Türme, Straßen und Räume neu lesen, um öffentliche Plätze und Orte des Lebens wiederzuentdecken.

Adressat_innen

- Quartiersbewohner
- Schüler der Schulen des Quartiers

Partner / Akteure

- Die Schulen des Quartiers
- Der Quartiersrat
- Die Sozialwohnungsbaugesellschaften
- Die Stadt Strasbourg

Beschreibung

Konkret besteht dieses Projet aus drei Aktionskategorien pro Saison.

- Zunächst die städtischen Rundgänge mit Künstlern, die im Leclerc, im Pflegeheim, im EHPAD Laury Munch, im medizinisch-sozialen Zentrum sowie in Wartezimmern mehrerer Nachbarschaftsvereine eingesetzt werden. Diese Rundgänge finden mehrmals im Quartal während eines halben Tages statt.
- Anschließend finden Künstlerfreizeiten in den Schulen des Quartiers, einschließlich in Einrichtungen für Kleinstkinder statt. Wir gehen einmal im Quartal für eine Woche mit dem oder den Künstlern zu den Pausenhöfen, die gemeinsam mit den Teams aus den verschiedenen an diesem Projet beteiligten Schulen ausgewählt wurden.
- Zuletzt gibt es Konzerte an den Fenstern, d. h. Konzerte am Fusse der Gebäude, welche die Bewohner des Quartiers dazu einladen, sie von ihren Fenstern aus zu verfolgen. Wir hoffen, dass wir es dank der Sozialwohnungsbaugesellschaften schaffen, etwa zehn von ihnen pro Saison zu organisieren. Dies bietet eine perfekte Gelegenheit, um Nachbarn zu treffen, einen neuen Blick auf den Alltag, die Nachbarschaft und die Umgebung zu werfen und talentierte Musiker zu entdecken.

erforderliche Ressourcen

Finanzielle Mittel:

- Für die Verwaltung dieses Projekts ist ein Budget zwischen 15.000€ und 25.000€ erforderlich.

Personelle Ressourcen:

- Das gesamte Django-Team (verantwortlich für den kuturellen Teil und die Technik)
- Künstler (Musiker, Tänzer, Zirkuskünstler, Straßenkünstler, Dichter, etc.)

Materielle Ressourcen:

- Tonanlage
- verschiedener Künstlerbedarf

Laufzeit

1 Jahr (jährliche Verlängerung)

Hinweise zur Umsetzung

Jeder Raum hat seine eigenen Realitäten, wodurch ein Projet oftmals schwer von einem Kontext in einen anderen zu übertragen ist.
Die Besonderheit unseres Projekts besteht jedoch darin, dass wir uns auf eine einfache Methodik (Umweltanalyse, Partnerschaftsansatz, Identifizierung passender Methoden usw.) stützen, die andernorts reproduzierbar ist. Dabei geht es auch um die Geisteshaltung. Einstieg in die Ära des Post-Equipments. Initiierung von Forschungen über neue Arten der Beziehung zum Werk, dem Raum und dem Publikum. Einen Pionierstellung für künstlerische Erkundung und kulturelle Vermittlung schaffen. Kurzum, es lässt sich Schritt für Schritt ein Modell bauen, welches als Vorbild für andere Quartiere, Orte und andere Gruppen dienen kann. Hierzu sind wir bereit.

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur

Pierre Chaput, pierre@espacedjango.eu
www.espacedjango.eu/espacetiers/

Kategorie der Zweckbestimmung

- Ressourcen + Potentiale
- Kooperation + Vernetzung
- Themen- + Projektarbeit

Name des Quartiers

Port du Rhin

Name der Stadt

Strasbourg

Eurométropole de Strasbourg

www.google.com

Einwohnerzahl
1834 hab.

Entstehungszeit
1930

« Port du Rhin » ist ein kleines Quartier von weniger als 2000 EinwohnerInnen. Es befindet sich am östlichen Ende der Stadt Strasbourg, am Ufer des Rheins und der deutschen Grenze. Viele Grünflächen sind hier zu finden (wie der Garten der 2 Ufer). Bevor eine Anbindung an die Straßenbahn bestand, war dieses Quartier sehr isoliert. Gleich in der Nähe befindet sich der Hafen, der eine wichtige wirtschaftliche Funktion hat (300 Unternehmen und 13 000 Arbeitsplätze).

Im Jahr 2009 wurde das Quartier anlässlich des NATO-Gipfels von Gewaltereignissen erschüttert. Öffentliche und private Gebäude wurden verbrannt. Traumatisierte EinwohnerInnen haben demonstriert, um sich Gehör über die Projekte in ihrem Quartier zu schaffen.

Der vor kurzem eingerichtete „Place de l'Hippodrome" bildet das Zentrum des Quartiers. Auf der anderen Seite befindet sich ein Reiterhof und ein Zirkuszelt, indem Zirkuskunst gelehrt wird. Rundum entstehen neue Gebäude, darunter die Reha-Klinik, ein großes Krankenhaus mit mehrere Kliniken. Das verlassene COOP-Gelände, in dem bereits Künstlerateliers untergebracht waren, befindet sich in der Umstrukturierung. Es wurde von der Stadt gekauft und soll bis 2019 zu einem wichtigen Kulturzentrum werden.

Für das Quartier Port du Rhin ist das Chance und Herausforderung zugleich: Wie kann die Bevölkerung in diese Transformationsprozesse integriert werden?

Port du Rhin ist von einer sehr jungen (1 von 4 BewohnerInnen ist jünger als 14 Jahre), aber gleichzeitig prekären Lebensverhältnissen (Arbeitslosenquote der 15 – 24 Jährigen beträgt 55 %) betroffenen Bevölkerung geprägt. Die Bevölkerungsfluktuation im Quartier ist eher gering, was die starke Verankerung der Bevölkerung im Quartier unterstreicht (1 von 2 Haushalten lebt seit über 10 Jahren im Quartier).

Annie Broglio
Ville et Eurométropole de Strasbourg
Direction de territoire Neudorf-Musau-Port du Rhin
19, route du Polygone
67100 Strasbourg

Land / Kommune / Quartier

FR Strasbourg / **Port du Rhin**

Titel des Projektes

MICHTO

Thema
- Berufliche Eingliederung
- Kulturelle Mediation

Ziele

Das Hauptziel des Projekts ist die berufliche und soziale Wiedereingliederung von jugendlichen Schulabbrecher und/oder Jugendlichen aus prekären Verhältnissen.
Es gibt mehrere Ziele:
- Bereichert werden durch die Entdeckung verschiedener unbekannter oder weniger bekannter Tätigkeitsbereiche (Metallbearbeitung, Elektroschweißarbeiten, künstlerische Gestaltung).
- Die Entwicklung von neuen Kompetenzen auf der Grundlage künstlerischer Techniken zu ermöglichen.

Adressat_innen

Jugendliche Schulabbrecher zwischen 14 und 18 Jahren

Partner / Akteure
- Daniel DEPOUTOT – Plastischer Künstler
- Jugendsgerichtshilfe

Beschreibung

Es gibt verschiedene Phasen:
- Vorbereitung und Bekanntmachung: Zunächst soll das Team mit den Jugendlichen über das Projekt sprechen (jugendliche Schulabbrecher bzw. junge Personen in Wiedereingliederungsprozessen). Diese Vorbereitungsphase ist ein erster Projektschritt. Sie ermöglicht es, ein „Team“ zu bilden, welches bereit ist, sich für das Projekt einzusetzen.
- Operationalisierung: Eine Woche Schweißarbeitspraktikum. Am Anfang der Woche wurde ein Rundgang durch das Atelier des Künstlers organisiert. Ausserdem lernten die Jugendlichen den Künstler Daniel Depoutot kennen. Auch wenn die Gruppe vor dem Praktikum gebildet wurde, mussten die Betreuer die Jugendlichen jeden Tag aufs Neue mobilisieren. Einige Jugendliche hatten Schwierigkeiten bezüglich der Dauer des Praktikums.
- Präsentation im Rahmen des Tram Fests (29. - 30.04.17): Einweihung und Vorstellung der Kunstwerke. Die 15 Werke wurden während des Tramfests ausgestellt. Diese Ausstellung ermöglichte es, die Arbeit der Jugendlichen zu würdigen. Hierdurch konnten die Jugendlichen ihre Werke im Rahmen einer großen Veranstaltung der Städte Strasbourg und Kehl der Öffentlichkeit präsentieren.

erforderliche Ressourcen

Finanzielle Mittel: Gesamtbudget 3200€
- Kulturabteilung der Eurométropole Strasbourg, Vergütung des Künstlers 1400€, zusätzlich: Betriebskosten
- ARSEA - OPI

Personelle Ressourcen:
- 3 Vollzeitstelle (Sozialarbeiter des OPI Port du Rhin Teams), eine Vollzeitstelle (Sozialarbeiter der PJJ) als Führungskraft während der Woche, 1 Künstler

Materielle Ressourcen:
- 1 Metallschrott-Container, welcher von Eurométropôle zur Verfügung gestellt wurde
- Verschiedene Sicherheitsausrüstung teilweise von dem UEAJ zur Verfügung gestellt und vom OPI bezahlt
- Verpflegunsbundget für die Eröffnung der Ausstellung

Laufzeit

2 Jahre

Hinweise zur Umsetzung
- Künstler finden, der „Lust“ hat, mit Jugendlichen Anfängern zu arbeiten, die „nicht motiviert“ sind.
- Auch wenn das Projekt „Michto“ eine grosse künstlerische Komponente hat, darf der pädagogische Aspekt nicht vernachlässigt werden.
- Gemeinsam mit den Jugendlichen zusammen über die verschiedenen Phasen des Projekts nachdenken (sowohl inhaltlich als auch praktisch)
- Nachdenken über die verschiedenen Aufgaben, die den Jugendlichen aus der Gruppe zugeteilt werden (Schweißen, Essen zubereiten), die jedem Jugendlichen in der Gruppe vorgeschlagen werden, damit jeder seinen Platz in der Gruppe finden kann.
- Berücksichtigung der Erwartungen der Jugendlichen (z.B. achteten die Jugendlichen sehr auf Hygiene während des Mittagessens und das Tragen von Schutzkleidung)

Kontaktadresse

Equipe OPI-ARSEA mpr@opistrasbourg.fr
Webseite von Daniel Depoutot: http://www.danieldepoutot.fr/index.php

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Ressourcen + Potentiale
- Themen- + Projektarbeit

Land / Kommune / Quartier

FR Strasbourg / **Port du Rhin**

Titel des Projektes

Solidaritätsmodeschau

Thema
- Förderung des sozialen Zusammenhalts
- Genetationenübergreifendes Projekt
- Wertschätzung von Frauen
- künstlerische Textilkreationen

Ziele
- Entwicklung von Selbstbewusstsein, Selbstachtung und Selbstbehauptung innerhalb einer Gruppe
- Sensibilisierung bezüglich der künstlerischen Textilkreationen
- Aufbau von Beziehungen zwischen den Einwohnerinnen untereinander und den Künstlern

Adressat_innen
Frauen des Quartiers (alle Altersgruppen)

Partner / Akteure
- Träger des Projets ist die Secours populaire français (gemeinsam mit einem Designer)
- Eine plastische Künstlerin (Wonder Wizz Art)
- OPI (Organisation de Prévention Insertion (zu dt. Prävention und Eingliederung))
  Finanzierung: das Projet wurde gefördert durch den Contrat Ville, der DRAC und dem conseil général du Bas-Rhin.

Beschreibung
Das Projekt dauerte 3 Jahre. Am Anfang sollten nur Kleider präsentiert werden, um sie zugunsten des Secours Populaire zu verkaufen. Die erste Modeschau fand im Rahmen eines Quartierfests im Sommer 2012 statt. Es handelte sich um eine „Vintage Modeschau“. Diese erste Veranstaltung erlaubte es einigen Frauen sich zu behaupten und von der Mode im Quartier gänzlich abweichende Kleidung zu tragen. Es war ein schönes Ereignis und die Beteiligten fühlten sich geehrt. Durch diese erste Veranstaltung konnte sich das Team von OPI ein Bild davon machen, wie schwer es für die jungen Frauen im Quartier sein kann, sich in ihrem Selbstbild zu behaupten.
Da diese erste Phase des Projekts sehr positiv verlief, hatten alle Akteure Lust, dieses Projekt weiterzuverfolgen. Neu sollten die Frauen auch in die Gestaltung und Herstellung der Kleidung involviert werden. Hierzu entstand das Projekt „Porte Parole“ („SprecherIn“): Idee war, weiße Kleidung zu designen, auf welchen Worte geschrieben werden sollten, welche für die Designerinnen von Bedeutung sind, mit dem Ziel, am Ende eine Modeschau zu organisieren.

erforderliche Ressourcen
Finanzielle Mittel: 4500€
Personelle Ressourcen:
- 2 Künstler (Designer und plastischer Künstler)
- 1 Sozialarbeiter für die Mobilisierung der Bewohnerinnen und Jugendlichen

Finanzielle Ressourcen: das Projet wurde durch ein „Contrat Ville“ finanziert, gefördert und von der DRAC und dem conseil général du Bas-Rhin
Materielle Ressourcen:
- Nähmaterial (für die Herstellung und Gestaltung von Kleidung)
- Ort für die Modeschau mit einer Bühne und einer Inszenierung, welche die Kreationen und Bewohnerinnen in Szene setzen.

Laufzeit
4 Jahre

Hinweise zur Umsetzung
- Es müssen Künstler und Designer gefunden werden, die Lust haben mit Einwohnern aus benachteiligten Quartieren zusammen zu arbeiten und Projekte anzubieten.
- Aufeinander Acht geben.
- Schöne Momente mit Personen teilen, die man gleichzeitig sozial begleitet.
- Sich vergegenwärtigen, dass die Ziele des Projekts genauso wichtig sind, wie die Momente der Vorbereitung und Umsetzung.
- Einbeziehung der Menschen von Anfang bis Ende des Projets: Von der Projektentwicklung bis zur Projektdurchführung.
- Ihnen die Möglichkeit geben, sich selber wertzuschätzen. Entwicklung des Selbstwertgefühls.
- Gemeinsame Entwicklung von Wertschätzung für das Quartier durch kulturelle Maßnahmen für und mit den Bewohnern, um hierdurch die Sichtweise Anderer auf das Quartier zu verändern.
- Arbeit am Austausch von Fachwissen: Stickerei, Schrift...
- Den Menschne erlauben, sich entsprechend dem kulturellen Thema auszudrücken und gleichzeitig wachsam auf die Botschaft zu achten.

Kontaktadresse / Infos
Merah Farid: farid.polyester@gmail.com

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Ressourcen + Potentiale
- Partizipation + Engagement
- Themen- + Projektarbeit

Land / Kommune / Quartier

FR Strasbourg / **Port du Rhin**

Titel des Projektes

„ALIAS“: Sich anders ausdrücken

Thema

Bekämpfung des Schulabbruchs

Ziele

- Einen Ort gründen und schaffen, an dem sich SchülerInnen frei ausdrücken können
- Erprobung neuer Umgangsformen, hinsichtlich verschiedener Themen (Jugend, Gewalt, Social Media...)
- An unterschiedlichen Darstellungen von Schule - Familie arbeiten
- „Ausschluss“ aus der Schule vermeiden und den Kontakt zwischen Schule und Familien versuchen aufrecht zu erhalten
- Alternative Lösungen zu Krisen und Ausschlüssen finden
- Bearbeitung von Themen wie „sich verhalten“ und „Etwas werden“
- Förderung der Schüler-Lehrer Beziehung

Adressat_innen

SchülerInnen zwischen 12 und 15 Jahren

Partner / Akteure

- Alle Akteure des Gymnasiums (Schulleiterin, Lehrpersonen, Studienleiterin, Aufsichtspersonen etc.)
- Eltern (je nach Situation)

Beschreibung

Idee ist, den SchülerInnen, welche durch wiederholtes oder einmaliges negatives Verhalten aufgefallen sind und von der Schulverwaltung gemeldet wurden, die Möglichkeit zu geben, mit Jugendsozialarbeitern über ihre spezifischen Situationen zu sprechen. Die Studienleiterin bietet dem Schüler/der Schülerin und seinen/ihren Eltern an, der ALIAS-Gruppe beizutreten. Im Falle eines Beitritts des/der Jugendlichen, schreibt er/sie sich für 4 Sitzungen à eine Stunde pro Woche ein. Die Gruppe besteht durchschnittlich aus 4 - 6 Jugendlichen. Die SchülerInnen kommen aus verschiedenen Schulstufen (6. bis 9. Klasse). Bei der Erarbeitung und Umsetzung des Projekts wurde entschieden, dass die Aussagen der SchülerInnen während den ALIAS Sitzungen nicht weitergegeben werden. Dieser Grundsatz ist wichtig, um die Meinungsfreiheit und Vertraulichkeit zu gewährleisten.
Zwei Sozialarbeiter moderieren die Sitzungen, welche sich verschiedenen Themen widmen und mehreren Ziele annehmen: Das Zusammenleben, Handlungen * nachvollziehen und dafür Verantwortung übernehmen, Beziehungen, Abstand hisichtlich Konfliktsituationen nehmen, Anerkennung...

Verschiedene Formate werden angeboten, um diese Dynamik zu ermöglichen: Forum-Theater, Körpersprache, Fantasiespiele, Kooperationsspiele, Rollenspiele, konkrete Beispiele von real erlebten Situationen...
Jede Sitzung wird gemeinsam mit der Schülergruppe mit einer Bilanz beendet. Nach jeder Sitzung wird ein Treffen mit der Studienleiterin arrangiert, um den Ablauf der Sitzung zu reflektieren. Die Schweigepflicht wird hierbei stets eingehalten. Nach einer Runde à 4 Sitzungen können uns die Jugendlichen während der Pausen erreichen und mit uns sprechen. Außerdem können sie uns auch über Social Medien erreichen (Facebook, Snapchat). Um die guten Beziehungen zu wahren, welche bei den Sitzungen zustandegekommen sind, wird am Ende jeder Runde (gemeinsam mit den SchülerInnen) ein Picknick organisiert , welches während der Mittagspause im Gymnasium stattfindet. Am Ende des Schuljahres wird eine „Essenbilanz“ mit allen SchülerInnen, welche an ALIAS teilgenommen haben organisiert.

erforderliche Ressourcen

Finanzielle Mittel für die Sozialarbeiter bereitgestellt für den Kauf von Spielsachen
Personal: Zwei Vollzeitstellen - Jugendsozialarbeiter - 2 Sozialarbeiter pro Sitzung, 1 StudienleiterIn
Materialien: Geeigneter (großer) Raum, Unterlagen und Materialen (Spiele), Gesellschaftsspiele, Themenspiele bezüglich des Zusammenlebens, die Bürgerschaft

Laufzeit

1 Schuljahr

Hinweise zur Umsetzung

Die Frage der Übertragbarkeit ist stets schwierig zu beantworten, da auf das kollektive und individuelle Umfeld Rücksicht genommen werden muss. Bei der Umsetzung ist es wichtig, die Rolle und die Funktionen aller Akteure zu verstehen, um einen gemeinsamen Prozess zu schaffen. Dieser Prozess ist wichtig, um neue Verhalten und Beziehungen zu erproben.
Angefangen werden sollte bei den im Gymnasium auftretenden Schwierigkeiten, während ebenso eine Person benötigt wird, welche dafür zuständig ist, eine Liste mit SchülerInnen zusammenzutragen, ein verfügbares Zeitfenster festzulegen und einen freien Raum zu organisiert.

Kontaktadresse / Infos

Equipe OPI-ARSEA : mpr@opistrasbourg.fr

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension

- Ressourcen + Potentiale
- Themen- + Projektarbeit

Land / Kommune / Quartier

FR Strasbourg / **Port du Rhin**

Titel des Projektes

Schriftsteller zu Gast

Thema
- Kulturelle Mediation
- Aufwertung des Quartierimages

Ziele
- Sammlung von Erinnerungen älterer BewohnerInnen des Stadtteils Port du Rhin und die Weitergabe dieser Erinnerungen an den in den neuen Liegenschaften lebenden Bewohnern: Hintergrund ist, dass sich das Quartier aufgrund einer grenzüberschreitenden Ausrichtung stark wandelt (Deux Rives – Zwei Ufer) - hiermit nehmen die BewohnerInnen an der Verwandlung ihres Quartiers teil.
- Durch die Lebensberichte werden sich die Zeitzeugen (die älteren Bewohner Innen) der positiven Aspekte ihres Lebens bewusst, wodurch ihre persönliche, familiäre und kollektive Identität wie auch ihre individuellen und Gruppen bezogene Werte gefördert werden.

Adressat_innen
- Die breite Öffentlichkeit
- Ältere Menschen

Partner / Akteure
- Schriftstellerverein „Turbulences“
- Verband „Couleur conte“
- Sozial- und Kulturzentrum, Gesundheitszentrum, Schule, Verbände (secours populaire, ATD...), Sportvereine, Präventionvereine
- DRAC Grand-Est und die Stadt Strasbourg (Regionales Kulturamt), Théâtre actuel et public de Strasbourg (TAPS) für die finanzielle Unterstützung und die Logistik

Beschreibung

Zwei Schriftsteller waren „zu Gast“. Das Projekt bestand darin, BewohnerInnen aus dem Quartier Port du Rhin in Strasbourg zu treffen. Die Akteure wurden ihnen als Personen vorgestellt, dessen Aufgabe es ist, die Erinnerungen der ältesten BewohnerInnen zu sammeln und dieses kollektive Gedächtnis zu konservieren.
Die Vielfalt dieses Erbes soll an die neuen BewohnerInnen weitergegeben werden.
Die meisten Interviews waren individuell und fanden im Sozial- und Kulturzentrum oder in Cafés statt.
Die Bewohner haben das Angebot sofort sehr geschätzt. Sie sind stolz auf ihr Quartier und dessen Lage (in der Nähe des Hafens und eines Stadtparks), wodurch ein Vielzahl an Erinnerungen zusammengetragen werden konnte. Manchmal haben die Akteure auch mit Gruppen gesprochen, die sie in Bewerbungsworkshops oder im Gesprächsgruppen trafen.
Durch dieses Projekt wurde eine gemeinsame Geschichte über die Entstehung der Quartiers geschrieben, sowie eine fiktive Kurzgeschichte und eine theatralische Sammlung verschiedener Aussagen erschaffen. Alle diese Werke haben das Ziel, bei Quartiers- und Schulfesten sowie im Vereinsradio vorgetragen zu werden. Die letzten beiden Texte wurden gedruckt und in einer kleinen Publikation veröffentlicht sowie an die TeilnehmerInnen, den Einrichtungen und der Presse weitergegeben.

erforderliche Ressourcen

Finanzielle Mittel: 8500€
Personal: 2 Schriftsteller, Beteiligung von Institutionen sowie Akteuren aus dem Quartiers

Laufzeit

2 Jahre

Hinweise zur Umsetzung
- Die positiven Besonderheiten des Viertels ausfindig machen: Auch die Verarmung hat eine Geschichte und zwar die Geschichte der Deindustrialisierung. Das heißt, dass es vor der Armut etwas gab: Eine Zeit ohne Massenarbeitslosigkeit. Es gibt geografische Besonderheiten des Quartiers und eine einzigartige Geschichte. Es gilt diese Eigentümlichkeiten wiederherzustellen.
- Dieses Quartier besaß einige Besonderheiten, worauf die Bewoher stolz waren. Dieser Stolz stellt eine wichtige Ressource für die Mobilisierung von Energie für neue Projekte dar (Renovierung kollektiver Räume, Aufwertung des Wohnraums, Initiative von Eingliederungsbetrieben...)
- Teilnahme an Quartiersveranstaltungen im Vorfeld der Gespräche, um Vertrauen zu den Bewohnern aufzubauen und die eigene Person bekannt zu machen.
- Sich auf die Akteuren des Quartiers stützen sowie ihre Erzählungen ergänzen und wertschätzen.

Kontaktadresse / Infos
- Siehe diese Website: www.collectif-turbulences.fr, onglet projets/Port du Rhin

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Ressourcen + Potentiale
- Kooperation + Vernetzung
- Themen- + Projektarbeit

Land / Kommune / Quartier

FR Strasbourg / **Port du Rhin**

Titel des Projektes

KaléidosCOOP

Thema
- Wirtschaftsförderung
- Sozial- und Solidarwirtschaft

Ziele

Den Bewohnern, insbesondere aus den benachteiligten Quartieren der Eurometropole-Region bzw. des Quartiers Port du Rhin, die Möglichkeit zu geben, das Projekt zu übernehmen und am zukünftigen Leben an einem Drittort teilzunehmen. Es zu einem Ort der Ressource und des Impulses für gemeinsame Initiativen der BewohnerInnen zu machen.

Adressat_innen
- Alle BewohnerInnen
- Unternehmer

Akteure/Partner
- Maison de l'Emplois
- CRESS Grand-Est
- Cooproduction
- URSIEA
- YTES
- ADIE
- Alsace Active
- Antigone
- Artenréel
- Coopénates
- Berufliche Schulen Kehl
- CJD
- E2C
- Tempo
- Université de Strasbourg
- Auport'unes
- URBACT

Beschreibung

KaléidosCOOP ist ein grenzüberschreitender und kooperativer Drittanbieter für alle, um auf eine andere Weise zu arbeiten, unternehmerisch tätig zu sein, oder einfach den Konsum auf eine andere Art zu betreiben. KaléindosCOOP wird 2020 in Port du Rhin in Strasbourg eröffnet und dabei neue Dienstleistungen, neue Aktivitäten in Richtung Beschäftigung, Sozial- und Solidarwirtschaft sowie Unternehmertum für das Gebiet und seine BewohnerInnen entwickeln.
KaleidosCOOP wird sich an der COOP, einem symbolischen Ort an der Grenze zwischen Frankreich und Deutschland, der kulturelle Akteure, wirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung, ESS, Künstler, einen „Maker Space", Wohnraum, Restaurants, etc. zusammenbringen möchte.

KaléindosCOOP wird folgendes anbieten:
- Räumlichkeiten und Dienstleistungen für die Unternehmer der Region (Coworking, Beratung bei der Gründung und Entwicklung von Unternehmen, Lösungen für kollektives Unternehmertum usw.)
- Beratung, Unterstützung und Ausbildung zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Beschäftigung
- Eine Vitrine der ESS, eine Einkaufspassage mit verschiedenen Produkten und Dienstleistungen der Sozial- und Solidarwirtschaft der Region
- Ein Ort der Bürgerbeteiligung zur Förderung sozialer Innovation, zur Vernetzung von Bewohnern und Wirtschaftsakteuren sowie Unterstützung von Projekten in der Nachbarschaft.

Erforderliche Ressourcen
- Räumlichkeiten von 2800m² am Standort COOP
- Finanzielle Mittel für weitere Arbeiten (Gebäudesanierung)
- Finanzielle Mittel für die Leitung vor Ort (2 Vollzeitstellen)

Laufzeit

Das Projet befindet sich im Aufbau. KaléidosCOOP wird sich im Jahr 2020 am Standort der COOP niederlassen und ist auf Dauer angelegt.

Hinweise zur Umsetzung
- Räumlichkeiten in Aussicht haben, um sich bekannt zu machen und die Kommunikation zu vereinfachen
- Sicherstellung einer Vernetzung mit künftigen Nachbarn unter Berücksichtigung eines Kooperationsansatzes (KaléidosCOOP) hat sich in erster Linie an die Kulturakteure gewandt, die zur COOP wechseln werden.
- Das Projet und seine Weiterführung den Bewohnern der Region vorstellen, um es gemeinsam mit ihnen auszuarbeiten.

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur

Agathe BINNERT,
directrice adjointe de la Maison de l'emploi -
abinnert@maisonemploi-strasbourg.org
www.kaleidos.coop+M2

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Ressourcen + Potentiale
- Kooperation + Vernetzung
- Themen- + Projektarbeit

Name des Quartiers

Quartier-Est

Name der Stadt

Saverne

Stadt Saverne

Einwohnerzahl

1470

www.google.com

Dem Zentrum anliegend, besteht dieser durch Vertrag sozialbevorzugte Stadtteil aus zwei Ortsteilen « Gravières » und « Sources » genannt. Er ist ein Übergang zwischen Industrie und Landwirtschaftszonen.

Aus rein urbanistischer Sicht, sieht der Ortsteil «Gravières» im allgemeinen freundlich aus, aber in sich geschlossen, und dies wegen eines schlechten und unverdienten Rufes. Er liegt mehr ausserhalb, als der Ortsteil « Sources », der mehr bewohnt und weniger umschlossen ist. In beiden Fällen, sind viele Sozialmieter vorhanden, 52% der Einwohner dieser Ortsteile leben in einer Sozialwohnung.

Die « Ostviertel » zählen mit 1470 Einwohner ungefähr 12.5% der gesamten Saverner Bevölkerung. Dort findet man die jüngsten aber auch die kinderreichsten Familien. Die Hälfte davon, lebt mit weniger als 1148€ pro Monat, 25% weniger als in anderen Stadtteilen. Und 46% der emigrierten Bevölkerung lebt dort.

Obwohl die Ostviertel, nah der wichtigsten Betriebe liegen, sind 22% der Einwohner arbeitslos. Auch der Zugang zu Sport und Kultur ist schwieriger als in den übrigen Stadtteilen. Dies, ist eine der Prioritäten des Vertrags.

Marianne Panel
Mairie de Saverne
78 grand Rue
67700 Saverne

Land / Kommune / Quartier

FR Quartier-Est / **Saverne**

Titel des Projektes

SaveRNE: (Rettet die Republik durch unsere Bedürfnisse)

Thema
- Beteiligung und Mitverantwortung für das Wohnumfeld
- Kunst- und Kulturvermittlung

Ziele
- Konzeption und Gestaltung des öffentlichen Raums mittels diversen Workshops
- Zusammenleben fördern, so dass die Jugendlichen der Quartiere effiziente Berührungspunkte zwischeneinander herstellen.
- Die Energie der jungen Menschen soll durch die Aneignung des Lebensumfelds und den Anreiz, zu einer Verbesserung beizutragen gefördert werden.

Adressat_innen
alle Bewohner*innen

Partner / Akteure
Die beiden Künstler der Organisation setzen das Projet gemeinsam mit den Bewohner*innen und den lokalen Akteuren um:
- Kulturservice und Bibliothek sowie das soziokulturelle Zentrum der Stadt Saverne
- Das Programm für Bildungserfolge
- Das Kapitänsbüro des Hafens von Saverne
- Schulen und Gymnasien des Quartier prioritaire *(Quartiers prioritaires de la Politique de la Ville = dt.: bevorzugungswürdige Stadtviertel der Stadtpolitik - ähnlich Programm „Soziale Stadt“)*

Beschreibung
SAVE R.N.E. ist ein auf 3 Jahre ausgelegtes Projet der Zivilgesellschaft (Juli 2018 - Dezember 2020), welches die Stimme der lokalen Bewohner*innen bilden soll. Dies soll dadurch geschehen, dass eine Reihe gemeinsam entwickelter Initiativen und Projete ermöglicht und gesichert werden, welche sich auf verschiedene Bereiche der Stadt Saverne beziehen. Das Projet basiert auf der Feststellung einer sehr geringen Aneignung von Räumen und einer mangelhaften Stadtentwicklung. Durch die akustische und plastische Co-Kreation und die Vorwegnahme einer „Republik unserer Bedürfnisse“, werden die Bewohner*innen dazu angeregt, sich über die Stadt Gedanken zu machen und sich Protoypen sowie Konzepte zu überlegen und diese im Einklang mit der Stadtentwicklung und der Co-Konstruktion in die Tat umzusetzen. Das übergeordnete Ziel ist es, Interaktionen an Ort und Stelle unter Berücksichtigung des Bestehenden (lokales Erbe, Landschaftsräume, Nutzungen, Stärken des Stadtgebiets) zu schaffen und dabei die latenten Potentiale durch das künstlerische Medium herauszuarbeiten.

erforderliche Ressourcen
Personal:
Zwei Künstler sind ganz- oder halbtags in Zusammenarbeit mit den Akteuren der QPV (Quartiers prioritaires de la Politique de la Ville) vor Ort.
Finanzielle Ressourcen:
9300€ (DRAC, CGET, Departement, Stadt) +4500€ an Einzelmitteln

Laufzeit
3 Jahre

Hinweise zur Umsetzung
- Gestützt auf den Befund der sehr guten Aneignung des Raums und des Fehlens eines urbanen Ausbaus, konnte zusammen mit städtischen Service und Aktionspartnern das Zusammentreffen der Projetpräsentation und die Ankunft der Künstler vor Ort erleichtert werden.
- Diese Art gemeinsamen Projets stellt stark auf die Einbeziehung der Bewohner*innen und der Akteure ab, wodurch es unabdinglich ist, dieses pädagogisch darzustellen. Da das Ergebnis unbekannt ist, muss Wert auf das gemeinsame Vorgehen gelegt werden.

Kontaktadresse / Infos
m.panel@mairie-saverne.fr
https://www.horizome.org/?page_id=395

Kategorie der Zweckbestimmung
- Partizipation + Engagement
- Kooperation + Vernetzung

Land / Kommune / Quartier

FR Quartier-Est / **Saverne**

Titel des Projektes

Contrat de Ville des Quartiers Est de Saverne 2015-2020

Thema
- Soziale Kohäsion
- Verminderung räumlicher Ungleichheit
- Verbesserung der Lebensqualität
- Zugang zum Arbeitsmarkt

Ziele
- Begleitung der Projetträger, Entwicklung neuer Projete, welche Antworten auf die spezifischen Probleme des Stadtgebiets bieten
- Beleben des Partnernetzwerks und Entwicklung von Querschnittsarbeiten zu den verschiedenen Themenbereichen des Contrat de Ville
- Stärkung der partizipativen Demokratie
- Verringerung der sozialen und territorialen Ungleichheiten

Adressat_innen
Bewohner*innen des „Quartier prioritaire“

Partner / Akteure
Leitung: Projetleiter*in von der Abteilung für Soziales und Familien der Stadt Saverne.
- Gesamtheit der kommunalen Dienste der Stadt Saverne (insbesondere soziokulturelles Zentrum, CCAS, Kultur- und Sportamt)
- Dezentralisierte staatliche Dienststellen
- Caisse dállocation familiale (Familienkasse)
- Conseil Départemental (Departementrat)
- Région Grand Est
- Pôle Emploi (Arbeitsverwaltung)
- Soziale Wohnungsbaugesellschaften
- Agence régional de Santé (Regionale Gesundheitsbehörde)
- Mission Locale (Sozialzentrum)
- Académie de Strasbourg

Beschreibung
- Die Politique de la Ville ist eine vertragliche, interministerielle, territorialisierte und „kollaborative“ Politik gemeinsam mit den Bewohner*innen. Die Maßnahmen basieren auf einer konzertierten Diagnose und sind auf einen Zeitraum von fünf Jahren (2015-2020) angelegt, um Entwicklungsungleichheiten in den Städten zu reduzieren und die republikanische Gleichheit in benachteiligten Stadtvierteln wiederherzustellen und die Lebensbedingungen ihrer Bewohner*innen zu verbessern. Die Maßnahmen müssen auf eine der drei Säulen (soziale Kohäsion / wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung / städtebauliche Erneuerung und Lebenswelt) reagieren und als Priorität die öffentlichen Mittel mobilisieren. Der vertragliche Rahmen ist für die Entwicklung der Maßnahmen von wesentlicher Bedeutung und ermöglicht es, eben diese öffentlichen Mittel zu mobilisieren.
- Eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wird jedes Jahr veröffentlicht, um neue Maßnahmen zu implementieren und zu finanzieren (insgesamt ca. 20 Maßnahmen).
- Der „Contrat de ville Saverne“ wird von der Stadt Saverne getragen.

erforderliche Ressourcen

Finanzielle Mittel
- Ca. 150.000€

Personnal
- Ein*e Projetleiter*in leitet das Projet mit Unterstützung durch die Direktorin der Abteilung für Soziales und Familien der Stadt Saverne.
- Eine Familienreferen*tin des CSC leitet den Bewohner*innenrat.

Laufzeit
Der Contrat de Ville ist auf 5 Jahre angelegt.

Hinweise zur Umsetzung
Der Contrat de Ville bedarf aufgrund seiner vertraglichen, territorialen und integrierten Dimension einer wirklichen ressortübergreifenden Arbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen der Stadt sowie mit den Gebietskörperschaften und den lokalen Akteuren. Neben dem finanziellen Aspekt und der Möglichkeit zusätzliche Maßnahmen im Quartier zu entwickeln, erlaubt der Contrat de Ville den lokalen Akteuren einen für die Zusammenarbeit geeigneten Ort zu finden. Um diesen Aspekt zu entwickeln, war Lobbyarbeit nötig. Diese Transversalität ist insofern notwendig, als dass der Contrat de Ville die lokalen Akteure nicht ersetzen kann und darf, sondern einen Mehrwert darstellt, der insbesondere durch die Optimierung der Verwendung von öffentlichen Mitteln ausgenutzt werden soll.

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur
m.panel@mairie-saverne.fr
www.ville.gouv.fr/?tout-sur-la-politique-de-la-ville
/www.saverne.fr/famille-solidarite/contrat-de-ville/

Kategorie der Zweckbestimmung
- Partizipation + Engagement
- Kooperation + Vernetzung
- Themen- + Projektarbeit

Land / Kommune / Quartier

FR Quartier-Est / **Saverne**

Titel des Projektes

Programm für Bildungserfolg

Thema
- Bildung
- Erziehung

Ziele
- Die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche in den Programmgebieten gewährleisten.
- Sicherstellen einer individuellen oder einer Kleingruppen-Begleitung und Unterstützung von Familien in ihrem Erziehungsauftrag.
- Hilfe für Familien bei schulischen, sozialen, psychologischen, gesundheitlichen und kulturellen Problemen.

Adressat_innen
- Kinder zwischen 2 und 16 Jahren und ihre Familien

Partner / Akteure
- Kommunale Dienste der Stadt Saverne (Jugend, Familie, Kultur, Sport, Soziales, soziokulturelle Zentren)
- Conseil Départemental
- Schulen (2 écoles maternelles, 1 Primarschule und 1 Sekundarschule)
- La Caisse d'Allocations Familiales (Familienkasse)

Beschreibung

Das Programm wir durchgeführt von einem interdisziplinären Team von verschiedenen Akteuren des Gebietes. Diese Partner prüfen die Anfragen und werfen auf dem Hintergrund ihrer jeweiligen Kompetenzen und professionellen Hintergründe einen mehrdimensionalen Blick auf die Probleme der Kinder und Familien. Das Programm arbeitet hauptsächlich auf 4 Achsen: „genaue Identifizierung der Schwierigkeiten des Kindes, Erstellung einer Diagnose der Situation, Vorschlag eines angepassten Bildungsweges, Begleitung und Entwicklung des Kindes". Das Programm wendet sich auch an Kinder/Jugendliche und ihre Familien bei Fragen der Erziehungspartnerschaft. Keine Massnahme wird ohne die ausdrückliche Zustimmung der Familien ergriffen. Die Herausforderungen, die hauptsächlich angetroffen werden, sind: schulische Schwierigkeiten, Verhaltensprobleme, mangelnde kulturelle Offenheit und mangelnde Offenheit gegenüber der Außenwelt. Um auf die häufigsten Probleme zu reagieren, wurden Angebote entwickelt, v.a. schulische Unterstützung („Pädagogik des Umweges"), Bildende Kunst (Förderung der Feinmotorik), künstlerischer Ausdruck (Töpfern), Baustellen und kulturelle Ausflüge (Förderung der Öffnung gegenüber der Aussenwelt), Sport. Die Maßnahmen zielen darauf ab, Kindern und Jugendlichen Hilfe zu leisten und Eltern in Schwierigkeiten zu unterstützen. Die Laufbahnverfolgungen finden alle sechs Wochen während der Sitzungen des Programmteams statt.

erforderliche Ressourcen

Finanzielle Ressourcen:
- 70 000 € (CAF et CGET).

Personal:
- ein Sozialpädagoge (100%) für die Koordination und die individuelle Begleitung von Kindern
- der Projetleiter des Contrat de Ville (0,30 Stellenanteile)
- eine Animatrice (Erzieherin) (0,30 Stellenanteile)

Materielle Ressourcen:

Die Stadt und das Centre Communal d'Action Sociale (CCAS) in Saverne bieten materielle, personelle und logistische Unterstützung.

Laufzeit

6 Monaten bis zu einem Jahr (für die Begleitung)

Hinweise zur Umsetzung

Das Programm, das mit dem Contrat de Ville verknüpft ist, exisitiert seit November 2015. Die grösste Herausforderung besteht in der Notwendigkeit einer transversalen Zusammenarbeit von Akteuren verschiedener Arbeitslogiken. Der Erfolg der Kooperation entsteht auch durch eine wichtige Reflexion der Partner, v.a. der Stadt, über Themen wie Erziehung, Kindheit, Jugend und Elternschaft. Die Aktuere müssen sich des Programms wie eines Werkzeugs bedienen, das eine spezifischere Arbeit mit und für die Bewohner*innen des Programmgebietes erlaubt. Eine gute Abstimmung zwischen den Akteuren ist für die erfolgreiche Umsetzung der Programms notwendig. Es erlaubt eine Flexibilität bei der Entwicklung der Massnahmen und damit eine hohe Handlungsfähigkeit.

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur

http://observatoire-reussite-educative.fr/dispositifs/dossier-PRE/programme-de-reussite-educative
http://www.cget.gouv.fr/education/reussite-educative

Kategorie der Zweckbestimmung
- Ressourcen + Potentiale
- Kooperation + Vernetzung
- Themen- + Projektarbeit

Land / Kommune / Quartier

FR Quartier-Est / Saverne

Titel des Projektes

Integrative Gärten

Thema
- sozialen Zusammenhalt
- Beteiligung der Bewohner*innen
- Umweltarbeit.

Ziele
- Den Menschen die Möglichkeit bieten sich im Rahmen eines gemeinsamen Projektes zu treffen
- Schaffung eines sozialen Netzwerks
- Ein kollektives Projekt dauerhaft durchführen
- Sensibilisierung für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung
- Sensibilisierung für frische Produkte, Geschmack und ausgewogene Ernährung
- Vermittlung von Techniken der Gartenarbeit und Kochfertigkeiten durch Koch-Workshops

Adressat*innen
- Einwohner*innen von Saverne und des „Quartier prioritaire“
- Kinder und Jugendliche
- Ältere Menschen und Senior*innen

Partner / Akteure
- Leitung: Stadträtin für sozial- und Familienwirtschaft des „Centre communal d‘action sociale“ (CCAS) (Kommunales Zentrum für Sozialhilfe)
- Technische Dienste der Stadt
- Soziokulturelles Zentrum
- Familiengärten (Küche, Freiwillige ...)
- Eco-conseil (wörtl. : Öko-Rat)
- Le pavillon de développement durable (wörtl.: Pavillon für nachhaltige Entwicklung)
- L‘épicerie sociale „le Moulin de l’espoir“ (wörtl.: Mühle der Hoffnung ; = Lebensmittelabgabe für Bedürftige)
- le Conseil Départemental (Departementrat)
- La Mission Locale – Garantie jeunes
- Urbiotop (Verein)

Beschreibung

Das Projekt um den Garten entstand als Ergebnis der Beobachtungen und Anfragen von verschiedenen Nutzer*innen in Einzelgesprächen und bei kollektiven Aktionen wie dem von der CCAS und dem CSC eingerichteten Workshop „Meine Gesundheit, eine Priorität“ (offener Fragebogen). Das Ziel ist es, durch diesen Ort und die gemeinsame Gartenarbeit die die Förderung der sozialen Durchmischung ermöglichen, intergenerationelle, familiäre und interkulturelle Verbindungen zu schaffen und zu entwickeln. Dieses Ziel wird gefördert durch die Teilnahme mehrerer Partner an dem Projekt welche Jugendliche und Kinder aus den Programmgebieten (des QPV), Familien sowie älteren Menschen und Menschen in prekären Lebenslagen (welche bei der CCAS empfangen werden) aufsuchen. Das Projekt wird von Freiwilligen und Fachleuten unterstützt, die Kenntnisse in der Gartenarbeit besitzen, was die Durchführung von festlichen und geselligen Anlässen, die Weitergabe von Wissen, der Achtung der Umwelt, der Abfalltrennung und vielem anderen ermöglicht.

erforderliche Ressourcen
- Logistik, Personal und Ausrüstung, bereitgestellt durch die Stadt
- Ersatz fehlender und / oder defekter Gerätschaften
- Kauf von Setzlingen und Samen
- Geselligkeit
- Kauf von Konservierungsausrüstung
- Einkäufe für Koch-Workshops und bei Bedarf von ergänzenden Lebensmitteln
- Besuche verschiedener Orte im Zusammenhang mit den Gärten und der Gartenarbeit
- Mitarbeiter*innen der verschiedenen Partnerorganisationen

Laufzeit

ein Jahr und kann verlängert werden.

Hinweise zur Umsetzung

Die ressortübergreifende Arbeit mit den Partnern des Programms Réussite Éducatif, der Mission Locale und dem soziokulturellen Zentrum ermöglichte es auch, ein breiteres Publikum zu mobilisieren. Das Interessante dieser Aktion liegt auch in der Möglichkeit, mit den verschiedenen lokalen Akteuren der sozialen / beruflichen Integration zusammenzuarbeiten. Dies schafft eine Verbindung zwischen den Bewohner*innen, aber auch zwischen den institutionellen Akteuren, um die Begleitung der Nutzer*innen und deren Werdegang zu verbessern. Die regelmässige Mobilisierung der Zielgruppe erfordert eine konstante aufsuchende Arbeit und Pädagogik (Gartenarbeitstechniken, kulturelle Möglichkeiten...). Das Projekt benötigt eine Vielzahl an Investitionen und die Verlässlichkeit (zumindest einiger) Teilnehmer*innen.

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur

Isabelle METTLING, Beraterin bei der économie sociale et familiale der CCAS von Saverne
Mail: i.mettling.ccas@mairie-saverne.fr

Kategorie der Zweckbestimmung
- Ressourcen + Potentiale
- Partizipation + Engagement
- Kooperation + Vernetzung
- Themen- + Projektarbeit

Land / Kommune / Quartier

FR Quartier-Est / **Saverne**

Titel des Projektes

Quartiermediation „Vermittlung-Beschäftigung“

Thema
- soziale und berufliche Integration
- Zugang zur Beschäftigung

Ziele
- junge Erwachsene und „aus dem Blick Geratene“ wieder zu mobilisieren und sie zu den öffentlichen Arbeitsvermittlungsdiensten hinzuführen

Adressat_innen
- Erwachsene und junge Menschen in sozial und beruflich prekären Situationen.

Partner / Akteure

Die Quartiermediation wird von der Stadt Saverne beauftragt und von der Mission Locale Savernes für die Umsetzung der Maßnahme zur Verfügung gestellt. Die weiteren Partner sind die Akteure im Bereich der Beschäftigung und Arbeitsintegration (Pôle Emploi, CCAS, CSC, soziokulturelles Zentrum, Arbeitsintegrationsstruktur...).

Beschreibung
- Das Angebot entstand aufgrund des Mangels an Angeboten im Bereich Beschäftigung und Arbeitsintegration sowie der Notwendigkeit der personellen Präsenz um die Bewohner*innen zu mobilisieren und zu begleiten. Diese Feststellung wurde nach der Implementierung des Projets „Perdus de vue / Aus dem Blick Geratene“ gemacht, das zum Ziel hatte, Schul- und Ausbildungsabbrecher zwischen 16 und 25 Jahren zu identifizieren, zu begleiten und ihnen den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen zu erschließen.
- Die Aufgabe der Quartiermediation ist es, die Bewohner*innen zu empfangen, zu informieren und in ihren Beschäftigungs- und Integrationsbemühungen zu begleiten. Es sollen die Jugendlichen und Erwachsenen in den Gebieten des Contrat de Ville identifiziert und zu den öffentlichen Dienststellen, die für Beschäftigungs- und Integrationsfragen zuständig sind, weitergeleitet werden.
- Eine der Hauptaufgaben ist es, Schulabbrecher und junge Menschen mit Anzeichen von Vulnerabilität ausfindig zu machen und zu begleiten. Dafür bedarf es eines großen Anteils aufsuchender Feldarbeit mit dem Ziel soziale Netze zu schaffen und die Zielgruppe in ihrem Umfeld aufzusuchen.

erforderliche Ressourcen
- Die Stelle der Quartiersmediation wird zu 80% durch den Staat und zu mindestens 20% von der Stadt Saverne finanziert.
- Die Mission Locale stellt alle zur Durchführung notwendigen logistischen Mittel zur Verfügung.

Laufzeit

3 Jahre

Hinweise zur Umsetzung

Das Ziel der Entwicklung von Beschäftigungsvermittlungsmaßnahmen ist es, Personal zur Verfügung stellen zu können, welches direkt vor Ort in Kontakt mit der Bevölkerung arbeitet. Die erste Beobachtung zeigt die Schwierigkeit der lokalen Akteure, eine Zielgruppe zu mobilisieren, die die öffentlichen Arbeitsvermittlungsdienste (durch Unkenntnis oder Vermeidungsstrategie) nur unzureichend aufsucht. Die Quartiersmediation muss daher die Voraussetzungen für den Erfolg des Angebots schaffen, indem sie den Zielgruppen begegnet und Aktionen mit den lokalen Akteuren (Stadt, CCAS, CSC, Local Mission, Pôle Emploi) entwickelt. Die Ansiedlung der Quartiersmediation innerhalb des CCAS Saverne und der Mission Locale von Saverne ermöglicht ihr eine ressort-übergreifende Position zwischen den Dienstleistungen in den Bereichen Integration und Beschäftigung. Das Angebot muss in der Lage sein, Verbindungen zu den Bewohner*innen und den Institutionen, aber auch zwischen den Institutionen untereinander herzustellen, um die vorgefundenen Situationen leicht gestalten und beobachten zu können.

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur

Eric HOJNACKI, momentan Conseiller Garantie Jeunes bei der Mission locale de Saverne

Mail: erichojnacki@mlsaverne.alsace

www.ddcs.paris.gouv.fr/SITE-DDCS/Politique-de-la-ville-Egalite-des-chances/Politique-de-la-ville/Dispositif-Adultes-relais

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Partizipation + Engagement
- Themen- + Projektarbeit

6.2. DEUTSCHLAND

Name des Quartiers

Haslach

Name der Stadt

Freiburg

Einwohnerzahl
20.049

Entstehungszeit
786

www.google.com

Der Stadtteil Haslach ist ein sehr heterogener Stadtteil mit gut bürgerlichen Gegenden, aber auch mit segregierten Armutswohngebieten. Insgesamt besteht aber dennoch eine enge Bindung im Stadtteil und gerade in den Armutswohngebieten findet die kulturelle Integration alltäglich statt. Zudem hat der Stadtteil eine relativ gute Infrastruktur was Schulen, Freizeit und Einkaufen anbelangt.

Der Freiburger Stadtteil Haslach besteht statistisch aus vier Bezirken. Die Bezirke Egerten und Gartenstadt stellen aufgrund der Infrastruktur den sozialen Mittelpunkt des Stadtteils dar. Zudem ist der alte dörfliche Kern des Stadtteils dort verortet. Das angrenzende und sich im Bau befindende neue Stadtquartier Gutleutmatten ist mit rund 500 geplanten Wohneinheiten für ca. 1300 Menschen derzeit ein wichtiges Entwicklungsgebiete.

Der Bezirk Gartenstadt prägt das Stadtteilbild durch denkmalgeschützte Gebäude, die nach englischen Vorbild (Howard) als Wohnsiedlung mit Gärten entstand. Jedoch reichte die Erbauung der Gartenstadt aufgrund der steigenden Bevölkerungszahl nicht aus, wodurch in den 1920er und 1930er Jahren weitere Großwohnkomplexe für Arbeiterfamilien errichtet wurden. Weiter stellt der Bezirk Schildacker ein überwiegend gewerblich geprägtes Quartier dar. Wohnbauliche Schwerpunkte sind die ECA-Siedlung (Economic Cooperation Administration) und weitere Mehrfamilienhäuser, die in der Nachkriegszeit zur Behebung der Wohnungsnot errichtet wurden. Die ECA-Siedlung wird derzeit abgebrochen und durch neue Gebäude ersetzt und somit doppelt so viel Wohnraum geschaffen. Der Bezirk Haslach-Haid ist ähnlich zweigeteilt: Zum einen wohnbaulich geprägt durch einen hohen Anteil von Reihen- und Doppelhäusern; Zum anderen geprägt durch das Gewerbegebiet Haid-Ost, in dem eine hohe Diversität an Betrieben vorherrscht.

Das Spezifische an der Quartiersarbeit Haslach des Nachbarschaftswerk e.V. ist die Tätigkeit im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Die Soziale Stadt“, da einige der Wohngebiete große städtebauliche Defizite im Bereich der Ausstattung und Instandhaltung aufweisen.

Es wird in enger Kooperation mit der Sozialberatung und der Beschäftigungsinitiative vor Ort gearbeitet. Dadurch werden zum einen die Belange und die Entwicklung des Quartiers auf struktureller Ebene fokussiert, zum anderen aber auch konkrete Hilfen für Einzelpersonen und Familien ermöglicht. Hierzu wurde im Stadtteilbüro ein integriertes Handlungskonzept entwickelt. Die Fachbereiche arbeiten eng zusammen und garantieren den Informationsfluss, um Entwicklungen im Quartier schnell zu erkennen. Sie erarbeiten gemeinsame Projekte und Maßnahmen, um die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Bewohnerschaft und des Quartiers zu erreichen.

Nachbarschaftswerk Freiburg
Stadtteilbüro Freiburg-Haslach
Melanchtonweg 9b
79115 Freiburg

Tel.: 0761 / 76 79 005
haslach@nachbarschaftswerk.de

Quartiersarbeit: Fachbereichsleiter Gerald Lackenberger
www.nachbarschaftswerk.de

www. fritz.freiburg.de:8443/
Informationsportal/

X

Etat / Commune / Quartier

DE Freiburg / **Haslach**

Titel des Projekts

Adventskalender in Haslach des Haslacher Netz

Thema

Begegnung von Bewohner*innen aus dem Quartier

Ziele

- Räume und Orte im Stadtteil erschließen
- Begegnung der Menschen untereinander
- Stärkung der Identifikation mit dem Quartier

Adressat_innen

Alle Bewohner*innen aus Haslach von Jung bis Alt

Partner / Akteure

- Stadtteilbüro Haslach
- Haslacher Netz
- Kath. und ev. Kirchengemeinde
- Privatpersonen, soziale Einrichtungen und Unternehmen aus Haslach

Beschreibung

- In der Adventszeit (1. – 24.12.) wird an ausgewählten Orten im Quartier ein Adventskalender für die Öffentlichkeit geöffnet.
- Soziale Einrichtungen, Privatpersonen, Hausgemeinschaften, Nachbarschaften und Unternehmen in Freiburg-Haslach öffnen ihre Türen, Plätze oder Höfe für kleine Aktionen am frühen Abend (18 – 18:30 Uhr) für Bewohner*innen aus Haslach.
- Die Gastgeber*innen bieten ein kurzes Programm am jeweiligen Treffpunkt an (Singen, Tee, Glühwein, etc.).
- Der Adventskalender wird vom Stadtteilbüro organisiert (per doodle können sich Interessierte einen Termin reservieren).
- Ab Mitte November werden die Termine mit einem Flyer in Kalenderform stadtteilweit beworben.

erforderliche Ressourcen

- Öffentlichkeitsarbeit (Mailing-Aktionen, Druckaufträge für Flyer und Plakate, Verteilungsorganisation)
- Koordinierung bei Anfragen und Termine
- (hauptamtliche) Ansprechpartner für Organisation nötig

Laufzeit

- Projet läuft mittlerweile seit 2012
- brauchte Anlaufzeit, hat sich aber mittlerweile sehr gut etabliert.
- Es gibt mehr Nachfrage als vorhandene Tage
- Besucherzahlen sind deutlich gestiegen
- Bereits im Herbst ist eine deutliche Vorfreude auf den Adventskalender feststellbar.

Hinweis für die Umsetzung

Positive Erfahrungen:

Es braucht Geduld und langen Atem und viele Kooperationspartner

Negative Erfahrungen:

Hauptamtliche Koordination notwendig, da sonst die Verlässlichkeit nicht zu gewährleisten ist.

Sonstiges

Finanzierung der Arbeitszeit und Kosten der Öffentlichkeitsarbeit muss gewährleistet sein.

Kontaktadresse / Infos

Nachbarschaftswerk Freiburg, Stadtteilbüro Freiburg-Haslach,
Melanchtonweg 9b, 79115 Freiburg
Tel.: 0761 / 76 79 005
haslach@nachbarschaftswerk.de;
Quartiersarbeit: Fachbereichsleiter Gerald Lackenberger

Quellen / Literatur

https://www.nachbarschaftswerk.de

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension

- Ressourcen + Potentiale
- Kooperation + Vernetzung

Land / Kommune / Quartier

DE Freiburg / **Haslach**

Titel des Projekts

Ruhewohnung Haslach Südost

Thema

Wohungssanierung

Ziele

- Rückzugsmöglichkeit und Raum zur Erholung für Bewohner*innen
- Ermöglichen von Lebensqualität trotz Baumaßnahmen

Adressat_innen

- Bewohner*innen, aller Altersgruppen, in Sanierungsgebieten

Partner / Akteure

- Die „Ruhewohnung“ entstand auf Initiative der Bewohnerschaft.
- Durchführung: Stadtteilbüro Haslach, Quartiersarbeit
- Freiburger Stadtbau GmbH (kommunale Wohnungsbaugesellschaft); Stadt Freiburg, Dez. III; Stadt Freiburg, APS (Amt für Projektentwicklung und Stadterneuerung)

Beschreibung

- Im städtebaulichen Sanierungsgebiet „Soziale Stadt Haslach-Südost“ stand für vier Wohnblöcke mit je 18 Wohneinheiten eine umfassende Sanierung im bewohnten Zustand an.
- Wunsch von Bewohner*innen: während der Bauarbeiten einen Ausweichort außerhalb der eigenen Wohnung zu haben, um dem Lärm und dem Schmutz der Bauarbeiten mind. zeitweise entgehen zu können.
- Quartiersarbeit in Haslach nahm diese Idee und Kontakt mit Freiburger Stadtbau GmbH (FSB) auf.
- FSB stellt eine renovierte Wohnung im betroffenen Sanierungsgebiet mietfrei zur Verfügung.
- Die Wohnung wurde durch Quartiersarbeit zusammen mit Bewohner*innen eingerichtet.
- die Finanzierung erfolgt mit bis zu 8.000 € aus Mitteln des Förderprogramms NIS (Nichtinvestive Mittel Soziale Stadt) des Bundeslandes Baden-Württemberg.
- An interessierte Bewohner*innen werden Schlüssel zur selbständigen Nutzung der Wohnung ausgegeben.

erforderliche Ressourcen

- Hauptamtliche Fachkraft (Stadtteilbüro Haslach) mit durchschnittlich ca. 2 Std. pro Woche
- Kostenrahmen 8.000 € aus NIS
- ehrenamtliche Bewohner*innen
- Investitionen in Wohnungsmöbelierung

Laufzeit

Probephase: vorerst in 2017 und 2018

Hinweis für die Umsetzung

- Einige Bewohner*innen sind ausgesprochen dankbar (Leben mit einem Kind oder Arbeiten zu Hause während Handwerker in der eigenen Wohnung arbeiten, kaum möglich).
- Nutzung bislang eher gering (zwei von sechs möglichen Schlüsseln im Umlauf)
- Vernetzung der Bewoher*innen untereinander läuft eher schleppend
- erhoffte aktivierende Wirkung bleibt bislang, von Einzelpersonen abgesehen, aus
- Gründe und Möglichkeiten zur Verbesserung werden fortlaufend geprüft
- Erwartet wird, dass die Nutzung in der kälteren Jahreszeit steigt
- Maßnahme fand im Rahmen des Projets MARGE reges Interesse bei Quartieren mit Sanierungsgebieten.

Kontaktadresse / Infos

Stadtteilbüro Freiburg-Haslach
Melanchtonweg 9b
79115 Freiburg
Tel.: 0761 / 76 79 005, haslach@nachbarschaftswerk.de;
Quartiersarbeit: Fachbereichsleiter Gerald Lackenberger;

Quellen / Literatur

www.nachbarschaftswerk.de

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension

- Themen- + Projetarbeit

Land / Kommune / Quartier

DE Freiburg / **Haslach**

Titel des Projekts

Frühstückstafel an den Vigeliusschulen

Thema
- Hilfe im Alltag (Ernährung)
- Soziales Miteinander in der Schule

Ziele
- Schaffung eines zusätzlichen Gemeinschaftsangebotes im Lebensraum Schule, um den Schülerinnen und Schülern einen positiven Start in den Schultag zu ermöglichen unter Beachtung der Niedrigschwelligkeit (keine Voranmeldung erforderlich) und des Zugangs für alle.

Adressat_innen
- Schüler*innen (1. bis zur 10. Klasse), die Ganztagesschulen in Haslach besuchen

Partner / Akteure

Kooperationspartner:
- Kiwanis Club Freiburg-Herdern
- Stadt Freiburg
- Vigeliusschule I, Grundschule und Vigeliusschule II, Gemeinschaftsschule
- Betreuungsverein Vigeliusgrundschule e.V.
- Freiburger Tafel e.V.
- Ida-und-Otto-Cheliusstiftung
- Private Sponsoren
- Zwei vertraglich angestellte Betreuungskräfte
- Schulsozialarbeit

Beschreibung
- kostengünstiges reichhaltiges Frühstück, täglich ab 7.00 Uhr
- Täglich kommen ca. 20 Schüler*innen
- Kinder bezahlen für Frühstück symbolischen Betrag von 30 Cent
- Auf Nachfrage gibt es auch noch ein Vesper für den Schultag
- Geschätzt wird sehr familiäre und herzliche Atmosphäre
- kommen, weil in der Familie keine Zeit und Gelegenheit für gemeinsames Frühstück
- andere kommen aus dem Bedürfnis heraus, sich satt essen zu können und durch liebevolle Zuwendung eine Herzensstärkung zu erfahren
- Das Erleben der Tischgemeinschaft ist ebenfalls ein gewichtiges Moment Schule als soziales Miteinander zu erfahren und prosoziale Beziehung zu schaffen.
- Diese Faktoren sind die tragenden Argumente für alle Akteure und Sponsoren das Angebot auch im 10. Jahr seiner Existenz weiterhin zuverlässig zu fördern.

erforderliche Ressourcen
- Spenden und regelmäßig eingehende Zuwendung der Kooperationspartner (Stiftungen / Privatpersonen)
- Vertragspartner für die Anstellung der Beschäftigten (Betreuungsverein der Vigeliusgrundschule) und entsprechendes finanzielles Budget für die Gehälter
- Vernetzungspartner hin zur Schulgemeinschaft (Schulsozialarbeit als Bindeglied)
- Räumliche Ausstattung (Vigeliusschule I)
- Sächliche Zuwendung (Freiburger Tafel) und Finanzierungsbudget der Frühstückszutaten

Laufzeit
- Start 2008 als Projekt mit Honorarkräften
- Über die Jahre sukzessive Erhöhung der Wochentage, an denen das Frühstück angeboten wird (bedarfsorientiert)
- Verankerung des Angebotes durch personelle Absicherung und Optimierung der räumlichen und sächlichen Ressourcen
- Die „Frühstückstafel“ ist mittlerweile feste Größe im Tagesablauf der Vigeliusschulen (solange die Kooperationspartner mithalten können)

Hinweis für die Umsetzung
- Austausch aller Kooperationspartner einmal pro Schulhalbjahr über Entwicklungen und Notwendigkeiten
- regelmäßige Kontakte von Schulsozialarbeit der Vigeliusschule I und Leiterin des Betreuungsvereins zu den beiden verantwortlichen Betreuungskräften ist enorm hilfreich
- Aktuell bemühen sich die beiden Schulen darum, bei der Stadt (Amt für Schule und Bildung) zusätzlich dringend benötigte Mittel für die personellen Kosten in ein festes Budget einfließen zu lassen.

Kontaktadresse / Infos

Schulsozialarbeit
Feldbergstraße 25a
79115 Freiburg
Waltraud Strohmeier

Quellen / Literatur

waltraud.strohmeier@drk-freiburg.de
www.vigelius-grundschule.de/index.php?id=192
www.vigeliusschule.de/Contenido/cms/front_content.php?idcat=35

Kategorie der Zweckbestimmung/Aufgabendimension
- Themen- + Projetarbeit

Name des Quartiers

Kreuzmatt

Name der Stadt

Kehl

Einwohnerzahl
1.200

Entstehungszeit
- Ende der 1950er Jahre
- GWA seit Anfang 1990er Jahre

www.google.com

Im Wohngebiet “Kreuzmatt” wurden Ende der 50ger Jahre 24 große Wohnhäuser mit ca. 420 Wohnungen gebaut, in denen heute etwa 1.200 Menschen wohnen.

Der Stadtteil ist bunt und kinderreich. Während in der Stadt Kehl ca. 24 % der Bewohner*innen einen ausländischen Pass besitzen, sind es im Stadtteil Kreuzmatt 39 %. Es wohnen viele kinderreiche Familien in der Kreuzmatt, von denen etliche aufgrund ihrer materiellen und sozialen Lebenssituation von Armut betroffen sind. 38% der Kinder und Jugendlichen in der Kreuzmatt leben von Transferleistungen.

Im Jahr 2010 wurde das Wohngebiet « Kreuzmatt » in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen, wofür die Stadt Kehl Zuschüsse erhielt. Diese Gelder flossen z.B. in die Sanierung und den Neubau der Kindertageseinrichtung Kreuzmatt, in den Umbau der Beethovenstraße und an die Städtische Wohnbaugesellschaft für umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen der Gebäude und in die Neuanlage der Grünflächen zwischen den Wohnhäusern.

Die Neugestaltung von Grünflächen und Plätzen im Stadtteil erfolgte nach einem breit angelegten Beteiligungsprozess, bei dem Menschen allen Alters aus der Kreuzmatt ihre Ideen und Wünsche einbringen konnten.

In diesem Prozess, der im Jahr 2012 stattfand, haben Bewohner*innen des Stadtteils mit den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und des beauftragten Planungsbüros Umsetzungsvorschläge für die Kreuzmatt erarbeitet, die nach und nach umgesetzt werden. Mit der Erweiterung der Kindertageseinrichtung Kreuzmatt konnte Platz für 120 Kinder geschaffen werden. 2015 wurde die « Villa RiWa », in der sich auch die Räume der Gemeinwesenarbeit befinden, umgebaut, womit nunmehr moderne und großzügige Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Zur Villa RiWa gehört auch eine Begegnungsstätte (mit großer Terrasse), die von Bewohner*innen an den Wochenenden für private Feste gemietet werden kann.

Der lange Zeit marode Spielplatz vor der Villa RiWa ist im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen zu einem Piratenspielplatz umgebaut worden.

Außer der GWA beherbergt die Villa RiWA folgende Soziale Einrichtungen: Integrationsmanagement, Frauen- und Mütterzentrum, Pflegestützpunkt, Inklusionsbeauftragtenstelle, Sonderpädagogische Beratungsstelle, Bewährungshilfe, Präventionsstelle des DRK, Ambulant Betreutes Wohnen und Tagesmütterverein.

Die Josef-Guggenmos-Grundschule wird seit Ende 2017 um- und z.T. neugebaut, damit sie der wachsenden Zahl der Grundschulkinder adäquate und zeitgemäße Räumlichkeiten anbieten kann. Die Fertigstellung ist für Ende 2019 geplant.

Im Zuge der Bewohner*innenbeteiligung wurde die Notwendigkeit eines Jugendtreffs für das Quartier, der zuvor im Keller der Villa RiWa untergebracht war, gefordert. Hierzu wurde ein eigenständiger Container mit einer Größe von 80qm gekauft und eine 0,5 Personalstelle geschaffen. Zu einem späteren Zeitpunkt wird dieser Container neben dem Hof der Grundschule aufgestellt und es wird ein Kleinspielfeld für die Jugendlichen angelegt.

Im Quartier befinden sich auch der Kommunale Soziale Dienst und die Kommunale Arbeitsförderung in unmittelbarer Nähe. Alle weiterführenden Schulen sind zu Fuß in 5-7 Minuten zu erreichen. Die Wege sind kurz und unterstützen ein vernetztes Arbeiten aller Einrichtungen.

Der Beteiligungsprozess und der Zeitplan der Sanierungsmaßnahmen sind in der Dokumentation „Zukunft Sozialraum Kreuzmatt“ nachzulesen. Die Sanierung geht stetig voran und die Bewohner*innen können erleben, wie die Kreuzmatt von Jahr zu Jahr schöner und lebenswerter wird.

GWA-Kreuzmatt
Richard-Wagner-Straße 3, 77694 Kehl

Weitere Eckdaten zur Stadt Kehl und zum Quartier unter: http://www.kehl.de

Dokumentation „Zukunft Sozialraum Kreuzmatt“ unter: http://www.kehl.de/media-stadt/docs/kreuzmatt_bildungskonzept2013.pdf

X

Land / Kommune / Quartier

DE Kehl / **Kreuzmatt**

Titel des Projekts

Plaudercafé in der Kindertageseinrichtung Kreuzmatt

Thema

- Begegnung und Austausch von Fachkräften mit Familien, deren Kinder die KiTa besuchen

Ziele

- Eltern lernen die Einrichtung und die Erlebniswelt ihrer Kinder kennen
- Kontaktaufnahme und Vernetzung mit anderen Eltern wird gefördert
- Unkompliziertes Kennenlernen des Fachpersonals ist möglich
- Identifikation mit der Einrichtung wird gefördert

Adressat_innen

- Eltern und ihre Kinder
- Fachleute anderer Einrichtungen

Partner / Akteure

- Kindertageseinrichtung-Kreuzmatt
- Gemeinwesenarbeit Kreuzmatt
- Psychologische Beratungsstelle
- Frauen- und Mütterzentrum
- Schulen und weitere Kooperationspartner.

Beschreibung

- Beim Plaudercafé haben Eltern die Gelegenheit gemeinsam mit ihren Kindern die verschiedenen Funktionsräume der Kindertageseinrichtung zu erkunden;
- Eltern werden in regelmäßigen Abständen zum Plaudercafé eingeladen;
- Das Plaudercafé findet während der normalen Öffnungszeiten statt;
- Das Team bietet niederschwellige Angebote für Eltern und Kinder in den verschieden Funktionsräumen an;
- Eltern bringen selbst zubereitete Spezialitäten mit, die in den Räumen gemeinsam verspeist werden;
- Durch die Chance informeller Kontaktaufnahme und Angebote, hat das Fachpersonal alternative Möglichkeiten des Beziehungsaufbaus und intensivere Bindungen zu den Familien.

erforderliche Ressourcen

- Personalisierte Einladungen und Plakate werden an die Eltern verteilt
- Räume werden dem Angebot entsprechend vorbereitet
- Getränke werden zur Verfügung gestellt
- Während des Ablaufs sind keine zusätzlichen zeitlichen und personellen Ressourcen nötig

Laufzeit

- Seit 2008
- im ¼ jährlichen Rhythmus

Hinweis für die Umsetzung

- Die Erfahrung zeigt, dass über das Interesse der Kinder Kontakt zu unterschiedlichen Kulturen aufgenommen werden kann;
- Ungezwungenes Kennenlernen schafft eine gute Atmosphäre;
- Eltern erfahren Wertschätzung und kommen gerne in die Kindertages-einrichtung;
- Stärkung der Teamarbeit.

Kontaktadresse / Infos

Kindertageseinrichtung Kreuzmatt
Maurice-RavelStraße 2
77694 Kehl
kiga-kreuzmatt@stadt-kehl.de

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension

- Themen- + Projetarbeit

Land / Kommune / Quartier

DE Kehl / **Kreuzmatt**

Titel des Projekts

Kreuzmattgrillen

Thema
- niedrigschwellige Begegnung von Fachleuten und Bewohner*innen

Ziele
- Kontaktaufnahme und -pflege mit den Bewohner*innen
- Identitätsförderung mit dem Stadtteil
- Vernetzung mit weiteren Einrichtungen im Stadtteil

Adressat_innen
- alle Bewohner*innen des Quartiers (von 0-99 Jahren);
- Mitarbeiter*innen aus den verschiedenen sozialen Einrichtungen in der Kreuzmatt und von der Städtischen Wohnbau.

Partner / Akteure

Gemeinwesenarbeit Kreuzmatt in Kooperation mit:
- Kommunalem Sozialem Dienst
- Kindertageseinrichtung-Kreuzmatt
- Grundschule „Josef Guggenmos“
- Jugendsozialarbeit der umliegenden Schulen

Beschreibung
- Die Idee zum ganzjährigen Grillen entstand aus der Suche nach einem niedrigschwelligen Angebot, bei dem Bewohner*innen des Stadtteils mit Mitarbeiter*innen der sozialen Einrichtungen in Kontakt kommen.
- Hier erleben Bewohner*innen die Mitarbeiter*innen der verschiedenen Einrichtungen in ganz neuem Kontext, eben als ansprechbare, unkomplizierte Menschen.
- So können Hemmnisse, Ängste und Vorurteile den Einrichtungen gegenüber abgebaut werden.
- Probleme können gegebenenfalls direkt vor Ort angesprochen werden.
- Es kann auch für Veranstaltungen, Förderverein, Projete, Ehrenamt etc. geworben werden.
- Das Grillen beginnt immer um 16.30 Uhr vor der KiTa – Kreuzmatt, weil um diese Zeit die KiTa schließt.
- So werden Kinder und Eltern direkt angesprochen.
- Die Werbung für die Grillfeste erfolgt über einen Pressebericht in der Tageszeitung und Flyer, die in allen Hauseingängen ausgehängt werden.

erforderliche Ressourcen

Personal aus unterschiedlichen Einrichtungen arbeitet mit;
ca. 8-10 Personen sind notwendig;
- Sehr arbeitsintensiv (von Aufbau bis Abbau ca. 4-5 Stunden)

Laufzeit
- Seit Februar 2012
- ca. 1mal im Quartal, das ganze Jahr über

Hinweis für die Umsetzung
- Niederschwellig, Zielgruppenorientiert
- attraktiv für Kinder und Erwachsene im Stadtteil
- Angebote in Verbindung mit Essen sind eine hervorragende Möglichkeit, um mit Menschen in Kontakt zu kommen
- Personelle Unterstützung aller Einrichtungen ist sinnvoll und auch notwendig
- Unterstützung von offiziellen Persönlichkeiten z. B. Teilnahme des Oberbürgermeisters ist sehr vorteilhaft

Kontaktadresse / Infos

GWA-Kreuzmatt, Richard-Wagner-Straße 3,
77694 Kehl,
Email: gwa-kreuzmatt@stadt-kehl.de

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Kooperation + Vernetzung

Land / Kommune / Quartier

DE Kehl / **Kreuzmatt**

Titel des Projekts

Internationale Kinderbibliothek

Thema

interkulturelle Verständigung

Ziele

- Sprach- und Leseförderung
- Förderung von Mehrsprachigkeit
- Initiierung und Verstärkung von Integrationsprozessen

Adressat_innen

- Kinder im KiTa- und Grundschulalter
- Familien aus dem Quartier
- Verschiedene Altersgruppen aus der ganzen Stadt von 0-99 Jahren

Partner / Akteure

- Gemeinwesenarbeit Kreuzmatt
- Förderverein-Kreuzmatt
- Städtische KiTas
- Grundschule „Josef Guggenmos“

Beschreibung

- Im Quartier wohnen viele mehrsprachige Familien.
- Diese Ressource sollte genutzt werden.
- Um die Sprachkompetenzen der Kinder zu fördern, wurden zweisprachige Lesetandems ausgebildet.
- Dabei wurde festgestellt, dass die Förderung von Mehrsprachigkeit und Lesekompetenz auf großes Interesse stößt und den Kindern sehr viel Spaß macht.
- Finanzielle Unterstützung von „Eurodistrikt Strasbourg/Ortenau“ und „Bürgerstiftung Kehl“ ermöglichte den Kauf von ca. 500, größtenteils zweisprachigen, Bilderbüchern.
- Die meisten der Bücher stehen in der GWA Kreuzmatt, die übrigen in den städtischen Kindertageseinrichtungen, die mit der GWA kooperieren.
- Regelmäßig werden Vorleseaktionen veranstaltet, um die Kinderbibliothek bekannter zu machen.
- Dadurch werden mehr Familien dazu zu ermuntert, ihren Kindern vorzulesen und Bücher auszuleihen.
- Bei den Vorleseaktionen werden Schüler*innen aus der Werkrealschule einbezogen, die sehr gerne in ihrer Muttersprache vorlesen und sehr stolz auf ihre Sprachkompetenz sind.

erforderliche Ressourcen

- Organisation der Veranstaltungen und Verleih der Bücher erfordert personelle Ressourcen
- Anschaffung der Bücher, Bücherschränke, Sitzkissen etc. war nur möglich durch Projetgelder

Laufzeit

- Seit November 2016
- Projet soll auch auf Jugendliche und Erwachsene ausgeweitet werden
- durch Veranstaltungen soll das Projet im gesamten Stadtgebiet bekannt gemacht werden

Hinweis für die Umsetzung

- Spricht auch Kinder und Menschen mit geringen Sprachkenntnissen an (Bilderbücher)
- Bücher sind ein hervorragendes Medium, um Menschen mit Fluchterfahrung ein bisschen „Normalität“ zu bieten
- Materielle und ideelle Unterstützung von offiziellen und prominenten Persönlichkeiten ist vorteilhaft

Kontaktadresse / Infos

GWA-Kreuzmatt
Richard-Wagner-Straße 3
77694 Kehl,
Email: gwa-kreuzmatt@stadt-kehl.de
www.mehrsprachigvorlesen.verband-binationaler.de

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension

- Ressourcen + Potentiale
- Themen- + Projetarbeit

Name des Quartiers

Weingarten

Name der Stadt

Freiburg

Quelle:Bernhard Schind

Einwohnerzahl
ca. 11.000 Einwohner*innen

Entstehungszeit
1960

www.google.com

Weingarten hat knapp 11.000 Einwohner*innen und ist in mehrfacher Hinsicht ein besonderer Freiburger Stadtteil. Kurz ausgedrückt, hat Weingarten mehr Kinder und Jugendliche und mehr alte Menschen, weniger junge Erwachsene, mehr Migrant*innen sowie deutlich mehr Arbeitslose und arme Menschen, als der Freiburger Durchschnitt.

Die Hälfte der Einwohner*innen hat eine Migrationsgeschichte. Jeder fünfte Haushalt und 27% aller Menschen unter 65 Jahren leben von „Hartz IV“. Auch viele ältere Menschen verfügen nur über ein sehr geringes Einkommen.

Das Quartier ist geprägt durch den sozialen Wohnungsbau der 1960er Jahre.
Dort sorgen dichte Bauweise und vielfältige soziale Probleme für einiges Konfliktpotenzial im nachbarschaftlichen Zusammenleben.

Neben den Hochhäusern gibt es aber auch viel Grün und einen großen Park mit Baggersee.

Viele Kulturen und über 100 Nationen leben in Weingarten – eine lebendige und bereichernde Vielfalt, die aber auch ein hohes Maß an gegenseitiger Toleranz und Rücksichtnahme erfordert. Dies gelingt mal mehr, mal weniger.

Überdurchschnittlich hoch ist auch das Engagement im Stadtteil. Viele verschiedene Gruppen, Initiativen und Einrichtungen tragen Verantwortung für eine gute Lebensqualität in ihrem Stadtteil.

Forum Weingarten
Quartiersarbeit Weingarten-West

Christel Werb
Bugginger Str. 50
79114 Freiburg
werb@forum-weingarten.de
Telefon: 0761/47 60 697

Land / Kommune / Quartier

DE Freiburg / **Weingarten**

Titel des Projekts

Wohnverwandtschaften

Thema

(nachbarschaftliches) Wohnen

Ziele

- Bewohnerbeteiligung bei der Sanierung
- Höhere Wohnzufriedenheit
- Generationengerechtes Wohnen
- Gelingende Nachbarschaft

Adressat_innen

- Zukünftige Bewohner*innen eines sanierten Gebäudes (hier: Hochhaus)
- Verschiedene Altersgruppen

Partner / Akteure

- Quartiersarbeit
- Freiburger Stadtbau
- Sanierungsbeirat
- Stadt Freiburg
- Diakonieverein Südwest

Beschreibung

- Hochhaus wird nach Sanierung mit 135 Wohnungen neu bezogen.
- Quartiersarbeit gründet eine Planungsgruppe mit interessierten BewohnerInnen.
- Alle zukünftigen Nachbar*innen lernen sich bei Baustellengesprächen und einer „Stockwerksbörse“ gegenseitig kennen.
- Eine Concierge sorgt für Sicherheit und Kommunikation mit dem Vermieter.
- Ein Quartierstreff im Erdgeschoss bietet Raum für gemeinsame Aktivitäten.
- Stockwerkssprecher*innen übernehmen Verantwortung für die Nachbarschaft.
- Bei Wohnungswechsel bestimmen die Mieter*innen über ihre neuen Nachbar*innen mit.

erforderliche Ressourcen

- Die Planungsphase ist sehr zeitintensiv (Begleitung Planungsgruppe, Stockwerksbörse)
- Personal- und finanzielle Ressourcen der Wohnungsgesellschaft
- Sanierungsprogramm

Laufzeit

ca. zwei Jahre für Planungs- und Sanierungsphase

Hinweis für die Umsetzung

- Die „Wohnverwandtschaften“ sind ein sehr umfassendes Modell mit ganzheitlichem Ansatz. Es können auch einzelne Elemente umgesetzt werden.
- Gute Zusammenarbeit von Wohnungsgesellschaft und Quartiersarbeit ist Voraussetzung.
- Nachhaltige Sanierung durch Berücksichtigung von ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Aspekten. Zahlreiche Projete als Begleit maßnahmen.

Kontaktadresse / Infos

Forum Weingarten
Quartiersarbeit Weingarten-West
Christel Werb
Bugginger Str. 50
79114 Freiburg
Tel. 0761/4760 697
werb@forum-weingarten.de

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension

- Partizipation + Engagement
- Themen- + Projetarbeit

Land / Kommune / Quartier

DE Freiburg / **Weingarten**

Titel des Projekts

Hilfenetzwerk „Aktiv in Weingarten“

Thema

generationengerechte Quartiersentwicklung

Ziele

- Wohnenbleiben im Quartier im Alter ermöglichen
- Beratung für Menschen, die schwer Zugang zum Hilfesystem finden
- Nachbarschaftliche Hilfenetzwerke

Adressat_innen

- ältere Bewohner*innen des Quartiers

Partner / Akteure

- Quartiersarbeit
- Sozialstation
- Freiburger Stadtbau

Beschreibung

- Freiburger Stadtbau stellt Räume für einen Quartierstreff zur Verfügung.
- Die Sozialstation und die Quartiersarbeit sind in den Räumen als Anlaufstelle präsent.
- Die Sozialstation bietet (aufsuchende) Beratung an,
- die Quartiersarbeit organisiert den Aufbau von nachbarschaftlichen Hilfenetzwerken.
- In den Räumen finden Begegnungsangebote und selbstorganisierte Bewohneraktivitäten sowie thematische und Informationsveranstaltungen statt.

erforderliche Ressourcen

Zwei 40 %-Stellen, gefördert über Projetgelder

Laufzeit

Drei Jahre (seit September 2016)

Hinweis für die Umsetzung

- Die Zusammenarbeit von Pflegedienst und Quartiersarbeit braucht eine intensive Vorlauf- und Vorbereitungszeit.
- Das Projet befindet sich noch in der Aufbauphase.
- Nicht formalisierte nachbarschaftliche Hilfenetze sind hilfreicher als formale Strukturen.

Kontaktadresse / Infos

Forum Weingarten
Stadtteilbüro
Stefan Borho
Krozinger Str. 11
79114 Freiburg
Tel: 0761/46611
borho@forum-weingarten.de

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension

- Kooperation + Vernetzung
- Themen- + Projetarbeit

Land / Kommune / Quartier

DE Freiburg / **Weingarten**

Titel des Projekts

Backof(f)ensive

Thema

Berufstraining (Übungsfirma) für Jugendliche

Ziele

- Erlernen von Schlüsselqualifikationen
- Soziales Lernen

Adressat_innen

Jugendliche aus dem Quartier

Partner / Akteure

- Spieloffensive
- Kinder- und Jugendzentrum Weingarten
- Mobile Jugendarbeit Weingarten-Ost

Beschreibung

- Mit Spendenmitteln wurde ein Kastenanhänger gekauft und mit einem Holz backofen und Arbeitsflächen ausgestattet.
- Jugendliche werden in Workshops im Pizza- und Flammkuchen-Backen und in der Planung und Organisation eines Verkaufseinsatzes geschult.
- Die Backof(f)ensive wird für öffentliche und private Aktionen und Feste engagiert.
- Ein Team von 3-4 Jugendlichen übernimmt Einkauf, Backen und Verkauf.
- Die Jugendlichen erhalten eine Aufwandsentschädigung.

erforderliche Ressourcen

- Einsätze sind meistens am Wochenende,
- müssen von einem Hauptamtlichen begleitet und koordiniert werden.
- Anschaffung und Renovierung des Backwagens wurde über Spenden finanziert.
- Der laufende Betrieb trägt sich über den Verkauf (hauptamtliche Personalressourcen nicht eingerechnet).

Laufzeit

dauerhaft, unbegrenzt

Hinweis für die Umsetzung

- Gutes Lernfeld für Jugendliche als Vorbereitung für den Arbeitsmarkt
- Jugendliche erhalten viel Anerkennung durch Kundenkontakt
- Relativ hoher organisatorischer Aufwand

Kontaktadresse / Infos

Forum Weingarten Spieloffensive
Sara Sattler
Krozinger Str. 11
79114 Freiburg
0761/4765883

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension

- Themen- + Projetarbeit

6.3. SCHWEIZ

Name des Quartiers

Klybeck / Kleinhünigen

Name der Stadt

Basel

BVD Basel (Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt)

Einwohnerzahl
Klybeck: 7'255 (Daten 2017)
Kleinhüningen: 2'844
(Daten 2017)

Entstehungszeit
ca. 1870

www.google.com

Klybeck / Kleinhüningen ist ein Aussenquartier der Stadt Basel. Es wird von grossen Industrie- und Hafenarealen eingefasst. Dichte Blockrand-Bebauungen teilweise mit Gewerbe in den Hinterhöfen prägen den Stadtteil.

Verschiedene Bauvorhaben veränderten die beiden Wohnviertel. Mit der Tramlinie 8 erhielten die Quartiere eine direkte ÖV-Anbindung nach Weil am Rhein (D).

Da im Klybeck und Kleinhüningen eine grosse Nachfrage nach öffentlichen Freiräumen besteht und geeignete Orte fehlten, wurde 2013 unter Mitwirkung der Quertierbevölkerung das Ackermätteli und der Giessliweg (zwei wichtige Grünflächen) umgestaltet. Seit 2012 ergänzen die Zwischennutzungen am Klybeckquai den Freiraumbedarf.

In Klybeck / Kleinhüningen leben im Vergleich mit der Gesamtstadt überdurchschnittlich mehr Menschen mit niedrigem Einkommen, tieferem abgeschlossenem Ausbildungsniveau, die arbeitslos gemeldet sind und / oder Unterstützung von der Sozialhilfe beziehen. Der Anteil an Personen im Alter von 20 Jahren und jünger ist im Vergleich zu Personen im Alter von 65 Jahren und älter grösser. Ausserdem hat ca. die Hälfte der im Quartier wohnenden Menschen keine Schweizer Staatsangehörigkeit – und damit auch kein formales Stimm- und Wahlrecht.

Mit der geplanten „Hafen- und Stadtentwicklung 3Land" kommt westlich entlang des Rheins eine zusätzliche Dynamik in das Quartier, mit welcher – infolge einer zu erwartenden steigenden Attraktivität des Quartiers – die sozialen Unterschiede und Ungleichheiten zunehmen werden.

Im Osten hat das Industrieareal Klybeck der chemischen Betriebe Novartis und BASF weitgehend ausgedient. Der Kanton Basel-Stadt, Novartis und BASF haben eine Planungsvereinbarung für die Schaffung eines neuen Stücks Stadt unterzeichnet.

Die Lage, insbesondere für sozial „benachteiligte" Bevölkerungsgruppen, die bisher in diesen beiden Quartieren „Nischen" gefunden haben, wird sich verschärfen. Dieser Stadtentwicklungsprozess stellt bereits heute für einen Teil der Bewohnerschaft eine Bedrohung für ihr Lebensumfeld dar.

Stadtteilsekretariat Kleinbasel
Klybeckstrasse 61
4057 Basel
Tel: 0041 (0)61 681 84 44
Mail: hallo@kleinbasel.org
www.kleinbasel.org

Infos / Quellen / Literatur
www.klybeckplus.ch
www.kleinbasel.stadtteilsekretariatebasel.ch
www.kleinbasel/quartierarbeit-klybeck
www.3-land.net/start

Land / Kommune / Quartier

CH Basel / **Klybeck / Kleinhüningen**

Titel des Projekts

SchirmScharm – Bücher, Spiel, Geschichten

Thema
- niederschwellige und kostenlose Lese- und Sprachförderung für Kinder

Ziele
- Zugang zu Bilderbüchern für Kinder aus verschiedensten Sprachregionen
- Vernetzung zu bestehenden öffentlichen Bibliotheken schaffen
- Interessante Begegnungen
- Lese- und Sprachförderung

Adressat_innen
- Kinder im Vorschul- und Primarschulalter 3 – 10 Jahre
- Kinderbetreuungseinrichtungen im Quartier
- Eltern im Quartier

Partner / Akteure
- GGG Stadtbibliothek Basel mit ihren Projeten Kinderliteratur-Bus / Leseförderung Kleinhüningen

Beschreibung

SchirmScharm ist eine Bücher-Spiel-Station. Ein Koffer voller Medien vom Papp-Bilderbuch bis zum anspruchsvollen Sachbuch, ein Sonnenschirm, ein Bodentuch, eine Werkzeugkiste mit Stiften, Papier, Klebstreifen, Scheren, Schnur und Spielmaterial (Würfel, Gummi-Twist) sind die Grundausstattung. Die SchirmScharm-Animatorin lädt Kinder jeden Alters und erwachsene Begleitpersonen ein zum Schmökern, Rätseln, Geschichten entdecken. Im Laufe des Nachmittags füllen sich die am Schirm angenähten Klammern mit Zeichen und Zeichnungen. Leichte, fröhliche Begegnungen mit der Welt der Bücher wecken Interesse und setzen bunte Akzente.

erforderliche Ressourcen
- Animator/in
- Auswahl von aktuellen Büchern, Schirm, Schirmhalter, Decke
- Materialkiste
- Transportgerät (Grosser Einkaufswagen)
- Laminiertes Schild der Bibliothek, Werbematerial

Laufzeit
- Mai bis Ende September, 1x pro Woche für 2-3 Stunden

Hinweis für die Umsetzung
- Nur bei trockenem Wetter möglich
- Das Buchsortiment muss interessant sein, aktuelle Medien in gutem Zustand, Hinguckerbücher, Rätselbücher
- Mit kleinen Angeboten zu literalen Basteleien und Zeichnen kommt man gut in Kontakt

Kontaktadresse / Infos
- lesefoerderung@stadtbibliothekbasel.ch
- http://www.lesart.org/aktuelles/lesen-im-park-2016/
- http://www.stadtbibliothekbasel.ch/index.php?id=schirm-scharm
- http://www.stadtbibliothekaarau.ch/xml_1/internet/de/application/d20/f35.cfm

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Partizipation + Engagement
- Themen- + Projetarbeit

Land / Kommune / Quartier

CH Basel / **Klybeck / Kleinhüningen**

Titel des Projekts

Mobile Quartierarbeit Klybeck (MQK)

Thema

- Bedürfnisabklärung der Bevölkerung in einem marginalisierten Quartier

Ziele

- Regelmässige Präsenz im Quartier, um den Beziehungsaufbau zur Bevölkerung zu gewährleisten und als Ansprechsperson zur Verfügung zu stehen.
- Verbesserung der Lebensqualität im Quartier.
- Die vielfältigen und individuellen Bedürfnisse und Anliegen der Bevölkerung in Erfahrung bringen.

Adressat_innen

- Bewohner/innen von Klybeck / Kleinhüningen
- Familien, Alleinstehende, Seniorinnen und Senioren

Partner / Akteure

- Finanzielle Partnerschaften: Christoph Merian Stiftung Basel (CMS), Erziehungsdepartement Basel-Stadt, Präsidialdepartement Basel-Stadt.
- Partnerschaften im Quartier: Quartiertreffpunkt KLŸCK, Stadtteilsekretariat Kleinbasel und Institutionen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Schulen sowie Seniorenarbeit
- Partnerschaften regional: Soziale Institutionen und Einrichtungen in der Stadt Basel, die auf Sachthemen wie Arbeit, Schulden, Sucht usw. spezialisiert sind.

Beschreibung

- Die Mobile Quartierarbeit Klybeck (MQK) ist ein 3-jähriges Pilotprojekt, das vom Stadtteilsekretariat Kleinbasel getragen wird.
- Das Projet arbeitet aufsuchend und gemeinwesenorientiert.
- Die Mobile Quartierarbeit versteht sich als Ergänzung zur bestehenden Quartierarbeit in einem Treffpunkt (Treffpunkt KLŸCK).
- Im Zentrum steht die Verbesserung der Lebensqualität und des Zusammenlebens im Quartier Klybeck für alle Bewohner/innen.

erforderliche Ressourcen

- Projetgelder von 90.000.- CHF im Jahr für Personalkosten, Miete und Infrastruktur.
- Fachkraft mit 65% wird durch Fachgruppe begleitet.
- Zusätzliche Angebote wie Aktionstage, Strassenfeste, interkulturelle Dienstleistungen usw. müssen durch Stiftungsgelder finanziert werden.

Laufzeit

- März 2015 - August 2018
- Verlängerung bewilligt bis Ende 2019

Kontaktadresse / Infos

Mobile Quartierarbeit Klybeck
Kleinhüningerstrasse 205
CH-4057 Basel;
+41 76 227 99 89
hallo@kleinbasel.org
quartierarbeitklybeck@gmail.com

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension

- Analyse + Monitoring
- Partizipation + Engagement
- Kooperation + Vernetzung
- Themen- + Projetarbeit

Land / Kommune / Quartier

CH Basel / **Klybeck / Kleinhüningen**

Titel des Projekts

Quartierzeitung mozaik

Thema
- Mehrsprachige Quartierzeitung
- Veranstaltungen und Organisationen im Stadtteil

Ziele
- Kostenlose, mehrsprachige Quartierzeitung mittels Freiwilligenarbeit
- Sensibilisieren für gegenseitiges Verständnis der Menschen und Bevölkerungsgruppen im multikulturellen Stadtteil
- Förderung friedliches Zusammenleben und Identität mit dem Stadtteil

Adressat_innen
- Alle Haushalte im Stadtteil 4057 Kleinbasel, neu auch im St. Johann (4056).
- Alle Einwohner/innen, alle Altersgruppen.

Partner / Akteure
- Redaktionsteam (Schreibende ca. 30 Personen aus verschiedenen Kulturen)
- Leitendes Redaktionsteam (Geschäftsstelle, 2 Redaktoren)
- Schreibende Institutionen wie Stadtteilsekretariat Kleinbasel; Jugend- oder Quartierarbeit
- Inserate-Akquisiteure
- Verteiler/innen (Verteilung in alle Briefkästen)
- Mitglieder des Trägervereins mozaik (Finanzierung)

Beschreibung

Der Name mozaik ist die türkische Form von Mosaik. Die Bewohner/innen unseres Stadtteils bilden für uns ein lebendiges Mosaik, das abzubilden und ernst zu nehmen wir uns vorgenommen haben. Aus diesem Grund legen wir Wert darauf, auch fremdsprachige Beiträge, etwa in Türkisch, Englisch oder Albanisch abzudrucken.
Besonders für neu Hergezogene bietet mozaik viele Informationen, die es erleichtern, mit wichtigen Akteur/innen im Quartier in Kontakt zu treten. Wir bevorzugen deshalb in der Berichterstattung gemeinnützige Organisationen und günstige oder Gratis-Angebote. Auflage ca. 20 000 Exemplare.

erforderliche Ressourcen
- Ehrenamtliche Arbeit (Vorstand, Redaktionsgruppe, Verteilung im Quartier)
- Mitgliederbeiträge (Trägerverein mozaik)
- Abonnemente
- Inserate
- Mäzenatentum
- 30 Stellenprozente für Koordination und Schlussredaktion

Laufzeit
- Die Zeitung erscheint viermal jährlich seit Herbst 2000 (März, Juni, September, Dezember).

Hinweis für die Umsetzung
- Die Zeitung ist eine Institution, die im Quartier als sozialer Kitt und identitätsstiftend wirkt.
- Die Einwohner/innen des Kleinbasels erkennen in den Texten ihre Umgebung, ihre besonderen Verhältnisse und ihre Nachbarn wieder und können sie wahr nehmen.
- Zudem ist es eine effiziente Art mit wenig Mitteln für das Quartierleben viel zu erreichen.

Kontaktadresse / Infos

www.mozaikzeitung.ch

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Partizipation + Engagement
- Kooperation + Vernetzung

Name der Quartiere

Längi, Rankacker / Gehrenacker, Aegelmatt / Vogelmatt

Name der Gemeinde

Pratteln

Gemeinde Pratteln

Einwohnerzahl
Längi: 2’500
Rankacker / Gehrenacker: 2’800
Aegelmatt / Vogelmatt: 3’000

Entstehungszeit
Die drei Schwerpunktgebiete sind in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts (als ursprüngliche Arbeiterquartiere) entstanden.

www.google.com

Pratteln mit über 16’000 Einwohnerinnen und Einwohner ist eine Gemeinde im Kanton Basel-Land mit guten Verkehrsanbindungen. Durch die Nähe zur Stadt Basel aber auch zum Rhein hat sich die Gemeinde zu einem beliebten Industriestandort entwickelt.

Pratteln verfügt über einen schönen historischen Dorfkern. In den zentrumsfernen Gebieten, welche teilweise durch urbane Brüche, wie Autobahn und/oder Bahnlinien abgeschnitten sind, ist es weniger idyllisch. Diese Gebiete gehören zu den Schwerpunktgebieten der Quartierentwicklung.

Namentlich sind das die Längi, welche etwa 30 Gehminuten nordöstlich vom Zentrum entfernt liegt, das Gebiet Rankacker / Gehrenacker östlich vom Zentrum und das am westlichen Rand liegende Gebiet Aegelmatt / Vogelmatt. In diesen drei Schwerpunktgebieten wohnen rund 45% der Prattler Bevölkerung. Die Gebiete verfügen jeweils sowohl über grosse Überbauungen mit Wohnhochhäusern als auch Einfamilienhaussiedlungen. In allen Quartieren kommen Migrationsanteile um 60% und einkommensschwache Haushalte zusammen. Vandalismus und Littering stellen die Gemeinde genauso vor grosse Herausforderungen wie soziale Isolation und unbeaufsichtigte Kinder in den Quartieren.

Das Gebiet Aegelmatt / Vogelmatt ist als räumliche Einheit von einem Industriegebiet und einem Waldstück mit Spazierwegen begrenzt, während das Gebiet Rankacker / Gehrenacker durch die Zuglinie komplett geteilt ist. Die verkehrstechnische Verbindung zwischen den beiden Teilen stellt eine einzige Fahrrad- und Fussgänger-Unterführung sicher. Seitlich begrenzt wird das Quartier auf der einen Seite durch eine stark befahrene Strasse, auf der anderen Seite durch ein Naherholungsgebiet.

Die Längi liegt abgeschnitten vom übrigen Siedlungsgebiet Prattelns jenseits der Autobahn A2, geografisch näher zur Nachbarsgemeinde Augst als zu Pratteln. Es existiert eine S-Bahnlinie und Busverbindung als verkehrstechnische Anbindung an das übrige Gemeindegebiet.

Quartierentwicklung Pratteln
Schlossstrasse 56
4133 Pratteln

Telefon: +41 79412 95 48
E-Mail: bfk@pratteln.bl.ch

www.pratteln.ch/de

Land / Kommune / Quartier

CH **Pratteln**

Titel des Projekts

Betriebsgruppe Quartiertreff

Thema
- Bewirtschaftung des Quartiertreffs nach den Bedürfnissen der Quartierbevölkerung

Ziele
- Angebote im Quartiertreff entsprechen den Bedürfnissen der Quartierbevölkerung.
- Quartierrelevante Ideen und Anliegen werden aufgenommen und bei Bedarf Projete dazu entwickelt.
- Informationsaustausch zwischen Mitgliedern der Betriebsgruppe und Gemeindemitarbeiter / innen findet statt.

Adressat_innen
- Quartierbewohner/innen ab Jugendalter

Partner / Akteure
- Quartierentwicklung der Gemeinde Pratteln
- Betriebsgruppe
- Angebotsleitende im Quartiertreff
- Projetbezogen anderweitige Partner wie Schule, Robinson-Spielplatz, Mobile Jugendarbeit...
- Quartierbewohner/innen

Beschreibung
- Regelmässige Sitzungen mit einer Gruppe Quartierbewohnenden, die sich als Betriebsgruppe des Quartiertreffs zusammengefunden hat und das Programm des Quartiertreffs nach den Bedürfnissen der Quartierbewohnenden mitgestaltet.
- Die Gruppe bringt quartierrelevante Ideen und Anliegen ein und entwickelt diese gegebenenfalls weiter.
- Die Gruppe fungiert als Sprachrohr und ermöglicht den Informationsaustausch vom Quartier zur Verwaltung und umgekehrt.

erforderliche Ressourcen
- 2 h etwa alle 6 Wochen für Sitzungen (Sitzungshäufigkeit richtet sich nach den Wünschen der Betriebsgruppe)
- 3 –10 h für Vor- und Nachbereitung der Sitzung
- erforderliche finanzielle Ressourcen sind projetabhängig

Laufzeit
- Beginn mit Eröffnung Quartiertreff
- unbefristet

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur

Quartierentwicklung Pratteln
Schlossstrasse 56
4133 Pratteln
Telefon: +41 79412 95 48
bfk@pratteln.bl.ch

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Partizipation + Engagement
- Kooperation + Vernetzung
- Organisation + Verwaltung

Land / Kommune / Quartier

CH **Pratteln, Rankacker / Gehrenacker**

Titel des Projekts

Quartierfeste organisieren und durchführen

Thema
- Begegnung im Quartier fördern

Ziele
- Öffentlichkeitsarbeit für die Quartierentwicklung
- Begegnungsmöglichkeit für die Quartierbevölkerung

Adressat_innen
- Quartierbewohner/innen
- Interessierte aus anderen Quartieren der Gemeinde

Partner / Akteure
- Quartierentwicklung Gemeinde Pratteln (Leader)
- Gemeindeverwaltung (Bewilligungen, Material, Manpower)
- Politische Verantwortliche (Unterstützung, Festredner)
- Freiwillige (Planung, Organisation, Ressortübernahmen)
- Grundeigentümer (Bewilligung)
- Presse
- Weitere Zuträger / Akteure (Unterhaltung etc.)

Beschreibung
- Freiwillige planen und veranstalten gemeinsam mit der Fachverantwortlichen der Quartierarbeit jährlich ein Quartierfest.
- Die Freiwilligen übernehmen dabei - ja nach Fähigkeiten und Interesse - einzelne Ressorts, wie „Wirschaft“, „Bau und Infrastruktur“, „Öffentlichkeitsarbeit“ etc.
- Gemeinsam werden Ideen auf ihre Machbarkeit hin überprüft, finanzielle Fragen geklärt und Ort und Datum der Veranstaltung festgelegt.

erforderliche Ressourcen
- motivierte Freiwillige über längeren Zeitraum
- Defizitgarantie durch Gemeindeverwaltung
- professionelle Koordination
- teilweise Nutzung Infrastruktur fremder Grundeigentümer (Hausverwaltung)
- Weitere Akteure (Unterhaltung etc.)

Laufzeit
- Vorlaufzeit ca. 3 - 6 Monate
- Direkte Vorarbeiten ca. 7 Tage und 3 - 4 Sitzungen
- Aufbau, Durchführung, Abbau 1 Tag
- Evaluationssitzung

Hinweise für Umsetzung
- Ansprechend für breites Publikum (alle Altersstufen, Alteingesessene sowie Zuzügler/innen, Kultur- und Sprachenübergreifend)
- Raum für Begegnungen schaffen und fördern
- Miteinandergefühl der Quartierbewohner/innen wecken und stärken
- Akteur / innen aktiv zur Planung und Durchführung motivieren, Freiräume für ihr Handeln schaffen, demokratische Entscheidungen fällen Helferessen organiseren

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur

Quartierentwicklung Pratteln
Schlossstrasse 56
4133 Pratteln
Telefon: +41 79412 95 48
bfk@pratteln.bl.ch

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Ressourcen + Potentiale
- Partizipation + Engagement
- Kooperation + Vernetzung

Land / Kommune / Quartier

CH **Pratteln**

Titel des Projekts

Aufwertung von Wohnumfeldern

Thema
- Aufwertung Wohnumfeld
- Public-Private-Partnership

Ziele
- Umgestaltung des Wohnumfeldes nach den Bedürfnissen der Nutzenden
- Das Wohnumfeld als Begegnungs- und Bewegungsort gestalten
- Förderung des Zusammenlebens
- Sensibilisierung auf die Pflege des eigenen Wohnumfeldes

Adressat_innen
- Bewohner/innen der betroffenen Siedlungen. Mit besonderem Fokus auf Kinder und Jugendliche.

Partner / Akteure
- Quartierentwicklung Pratteln
- Verwaltung
- Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Liegenschaftsverwaltungen
- Liegenschaftseigentümer
- Kinderkraftwerk für Kinderpartizipation
- Landschaftsarchitekturbüro für Planungsarbeiten

Beschreibung
- Anhand eines Grossmodells werden die anwohnenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen eingeladen, ihre Anregungen zur Gestaltung des Spiel- und Begegnungsplatzes einzubringen (unzählige Ideen und Gestaltungsvorschläge kommen zusammen).
- Zusätzlich können alle Beteiligten ihre Wünsche und Vorschläge zu den Regeln des Zusammenlebens im Areal deponieren.
- In einem mehrstufigen Aushandlungsprozess werden die umsetzbaren Ideen mit der Liegenschaftsverwaltung eruiert und den Anwohnenden nochmals zurück gespiegelt.
- An zwei Mitwirkungs-Bautage wird der Platz gemeinsam gebaut.

erforderliche Ressourcen
- Pro Wohnumfeld ca. CHF 10‘000 für Partizipations-Veranstaltungen und Mitfinanzierung Planungsentwürfe Landschaftsarchitekt.
- Interne Ressourcen Quartierentwicklung, Verwaltung und Offene Kinder- und Jugendarbeit, pro Projet ca. 40 Stunden.

Laufzeit
- 6 bis 12 Monate

Hinweise für Umsetzung

Erfolgsfaktoren unserer Projekte:
- Die Liegenschaftsverwaltungen waren bereit, auf die Ideen der Kinder einzugehen.
- Kinder und Eltern halfen bei Bautagen mit.
- Die teilweise Wiederverwendung der bestehenden Spielgeräte ermöglichte, dass Projekte trotz geringen finanziellen Ressourcen umgesetzt werden konnten.
- Durch den partizipativen Ansatz konnten die echten Bedürfnisse der Anwohnenden abgeholt und grösstenteils umgesetzt werden. Die Wohnumfelder werden heute dementsprechend gut genutzt. Durch die Beteiligung am Projekt wurde der Platz von den Anwohnenden gut angenommen und ist von Vandalismus bis heute verschont geblieben.
- Die Zusammenarbeit mit Freiwilligen hat in der Schweiz Tradition, ist jedoch beispielsweise in Frankreich weniger gängige Praxis. Die Gewinnung und Begleitung dieser wichtigen Akteur/innen kann deshalb kultur-und umfeldbedingt unterschiedliche Ansätze/Methoden beanspruchen.

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur

Quartierentwicklung Pratteln
Schlossstrasse 56
4133 Pratteln
bfk@pratteln.ch

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Ressourcen + Potentiale
- Partizipation + Engagement
- Themen- + Projetarbeit

Name des Quartiers/der Gemeinde

Suhr

Name der Gemeinde

Suhr

https://www.ag.ch/app/agisviewer4/v1/agisviewer.html

Einwohnerzahl
10'153 /
(Suhr Süd 2'500)

Entstehungszeit
Entwicklung geprägt von rasterfömigem Strassennetz

Mitte 19. Jhd. Erweiterung der Gemeinde durch Siedlungsbebauung entlang Strassenkreuzung

Suhr Süd erst in 1950/60 er Jahren mit Wohn- und Gewerbegebiet besiedelt

www.google.com

Suhr gehört zu den grössten Gemeinden im Kanton Aargau und grenzt an die Kantonshauptstadt Aarau. Ende 2016 zählte die Gemeinde 10'153 Einwohnerinnen und Einwohner und wies einen Ausländeranteil von ca. 32% auf (höherer Anteil in Suhr Süd). Aus dem ehemaligen Bauerndorf entwickelte sich Suhr nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem industrie- und gewerbereichen Vorort für die Stadt Aarau. Die Gemeinde beschreibt sich auf ihrer Homepage als „attraktiven Wohnort für Jung und Alt". Ein vielfältiges Infrastrukturangebot in den Bereichen Sport, Kultur und Schule zeichnet das von ihr genannte „Dorf" aus.

Zurzeit sind Neubautätigkeiten rund um den Bahnhofsbereich im Gange, welche die Chance ergeben, die beiden Ortsteile Suhr Süd und Suhr Nord stärker zu verbinden und den massiven Industriegürtel zu durchbrechen. Allerdings gefährdet es andererseits den charakteristisch historischen Orts- und Zentrumsteil vom nördlichen Teil Suhrs.

Da einige Trennfaktoren die Gemeinde unterteilen, liegt ein zentraler Fokus der Quartiersentwicklung auf Suhr Süd, welches sich südlich des Bahnhofes Suhr befindet und rund 2'500 Einwohnerinnen und Einwohner aufweist.
Im Folgenden werden einige Quartiermerkmale beschrieben:
Räumliche Abgrenzung Suhr Süd: Verkehrsbelastungen der starkbefahrenen Strassen, die Trennwirkung der Eisenbahn/Autobahn A1 und die Abgeschiedenheit durch den massiv breiten Gewerbe- und Industriegürtel werden als räumlich-bauliche Problemfaktoren wahrgenommen und verhindern die Anbindung an das übrige Gemeindegebiet. Die Überquerung ins übrige Gemeindegebiet ist ein Thema, welches die Bewohnerschaft beschäftigt (Isolation, fehlendes Zugehörigkeitsgefühl zur Gemeinde).

Naturnähe: Die Naturgrenze östlich zum Wald und somit ein direkter Zugang zum Naherholungsgebiet wird als ein Potenzial angesehen. Ein Quartierteil ist zudem autofrei. Allerdings bestehen bei den vorhandenen Grünflächen teilweise Spielverbote für Kinder.

Nutzungen: Suhr Süd besteht hauptsächlich aus Wohnflächen, es sind v.a. auch ältere und vernachlässigte Liegenschaften anzutreffen, welche nicht kontinuierlich erhalten wurden und zu einem schlechten Ruf beitragen.

Infrastruktur: Suhr Süd verfügt weder über kulturelle noch über Freizeit- oder Sportangebote für Kinder/ Jugendliche und Erwachsene, diese befinden sich im Norden. Es gibt zwei Ausnahmen: Familientreffpunkt Suhrrli und Open House – Offene Arbeit mit Kindern der Quartierentwicklung als Zwischennutzung. Einkaufsmöglichkeiten sind abgesehen vom Migros Outlet am Bahnhof keine vorhanden. Mit Ausnahme vom Kindergarten sind alle Bildungsstätten im übrigen Wohngebiet. Ein sogenannter Quartierskern fehlt.

Die Quartierentwicklung stellt sich der Herausforderung der modernen und heterogenen Gesellschaft mit dem Ziel, die Lebensqualität in allen Quartieren zu gewährleisten und die Attraktivität des Standorts zu sichern. Bei dieser anspruchsvollen Aufgabe spielen Faktoren wie eine ansteigende Mobilität, die vielfältigen Interessen und die Heterogenität der Bevölkerungsstruktur eine Rolle – was wiederum zu einer zunehmenden Anonymität führt. Entsprechend sind gut organisierte und verbundene Quartiere wegweisend und erstrebenswert.

Quartierentwicklung Suhr
Gemeindeverwaltung Suhr
Abteilung Gesellschaft
Tramstrass 14
5034 Suhr
quartierentwicklung@suhr.ch

Land / Kommune / Quartier

CH **Suhr**

Titel des Projekts

Nachbarschaftshaus Sonnmattweg 4

Thema
- Gemeinwohlorientierte Zwischennutzung, ehemaliges Pfarrhaus

Ziele
- Möglichkeiten der gemeinwohlorientierten Zwischennutzung aufzeigen.
- Die Einwohner/innen von Suhr werden in ihrer Wohnumgebung aktiv.
- Sie begegnen sich im öffentlichen Raum und organisieren und nutzen Angebote, die dem Gemeinwohl dienen.
- Sie schaffen Lebensqualität und positiveöffentliche Wahrnehmung im und für das Quartier.
- Das Nachbarschaftshaus fördert die Verbindung zwischen den Quartieren.

Adressat_innen
- Quartierbevölkerung (Quartier Mühlematt)
- Gesamte Bevölkerung der Gemeinde Suhr

Partner / Akteure
- Einwohnergemeinde Suhr
- Kath. Kreiskirchgemeinde Aarau
- Institut für Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW
- Freiwillige aus dem Quartier und der Gemeinde

Beschreibung
- Das Haus wird von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen genutzt. Diese bilden die Betriebsgruppe des Hauses, die dieses selbst verwaltet und organisiert.
- Verschiedene Angebote finden statt und können ausprobiert werden.
- Es gibt regelmässig Anlässe für die Öffentlichkeit. Die Bibliotheks- und Kulturkommission organisiert beispielsweise eine Veranstaltung.

erforderliche Ressourcen
- Monatliche Miete (gemeinwohlorientiert)
- Nebenkosten (Strom, Unterhalt, Heizung)
- Anschaffungen (praktisch alles Geschenke aus Hausräumungen oder Leihgaben)
- Leiterin Quartierentwicklung als Koordinatorin

Laufzeit
- Ein bis zwei Jahre (Ab Februar 2017)

Hinweise für Umsetzung
- Erforderliche Ressourcen dürfen nicht unterschätzt werden.
- Je nachdem wie sich die Bevölkerung das Haus aneignet und eine Betriebsgruppe funktioniert, muss trotzdem begleitet werden.

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur
- http://www.suhr.ch/dl.php/de/59942e5370f8d/Rahmenkonzept_Gemeinwohlorientierte_Zwischennutzungen.pdf

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Partizipation + Engagement
- Kooperation + Vernetzung

Land / Kommune / Quartier

CH Suhr

Titel des Projekts

Zwischennutzungen

Thema

- Zwischennutzung von privaten oder gemeindeeigenen Liegenschaften, die leer stehen oder abgebrochen werden sollen.
- Gemeinwohlorientiertes Angebot.

Ziele

- Leerstehende Liegenschaften werden für die Quartierbevölkerung sinnvoll nutzbar.
- Raum für gemeinwohlorientierte, experimentelle Projete und Angebote.
- Selbstwirksamkeit der Bevölkerung wird durch Partizipation gefördert.

Adressat_innen

- Individuen (z.B. armutsbetroffene Bev.)
- Gruppen (bspw. Verein, RepairCafé,etc.)
- Quartierbevölkerung
- Ganze Gemeindebevölkerung

Partner / Akteure

- Gemeinde
- Liegenschaftsbesitzer
- Bevölkerung

Beschreibung

- Immer wieder stehen private Liegenschaften leer, insbesondere, wenn ein Abbruch geplant ist.
- Mit den Liegenschaftsbesitzern wird das Gespräch gesucht.
- Die Gemeinde mietet die Liegenschaft via Bauverwaltung und das Pilotprojet Quartierentwicklung für eine beschränkte Zeit zu vernünftigen Konditionen.
- Die Gemeinde stellt je nach Grad der Gemeinwohlorientierung und kommerzieller Nutzung die Räume gratis bis kostengünstig interessierten Nutzern zur Verfügung.

erforderliche Ressourcen

- Der Aufwand ist relativ gering, wenn die Gemeinde offen und konstruktiv auf die Besitzer zugeht, für die Besitzer zugängliche Ansprechpersonen bereit stellt und der Unterhalt durch die Nutzer selber vorgenommen wird.

Laufzeit

- Einzelne Zwischennutzung begrenzt auf ein bis zwei Jahre.

Hinweise für Umsetzung

- Die Gemeinde garantiert, dass nach dem vertraglichen Ende der Nutzung diese auch wirklich beendet ist und die Besitzer keine Probleme mit illegalen Besetzern haben.
- Ein Vertrag mit Liegenschaftsbesitzern kommt viel einfacher zustande, wenn die Gemeinde eine Miete zahlt und für Schäden haftet.
- Die Nutzung soll der lokalen Bevölkerung zu Gute kommen.
- Eine Mischung aus Gratisangeboten und kommerziellen Nutzungen generiert Publikum und Mieterträge.
- Konditionen für Anbieter und Nutzer sollten möglichst einfach sein.
- Befristete Zeit kann Chancen eröffnen, kann aber auch hemmen, ein Angebot dort anzusiedeln.
- Es benötigt Ressourcen eine freiwillige Betriebsgruppe zu begleiten.

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur

- www.suhr.ch/dl.php/de/59942e5370f8d/Rahmenkonzept_Gemeinwohlorientierte_Zwischennutzungen.pdf
- www.aargauerzeitung.ch/aargau/aarau/mit-den-nachbarn-ins-beet-quartierentwicklung-beginnt-im-gemeinschaftlichen-garten-131270112
- www.repaircafe-suhr.ch/
- www.suhr.ch/de/
- www.quartierentwicklungsuhr.ch

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension

- Ressourcen + Potentiale
- Organisation + Verwaltung

Land / Kommune / Quartier

CH **Suhr**

Titel des Projekts

Familienergänzende Kinderbetreuung

Thema
- Vereinbarkeit Familie und Beruf
- Familienergänzende Kinderbetreuung

Ziele

Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch:
- Sicherung und bedarfsgerechten Ausbau der Angebote mittels Beratung, Unterstützung und Vollkostentarifen.
- Erleichterung des Zugangs für alle Familien durch Beiträge der Gemeinde an die Betreuungskosten.

Adressat_innen
- Familien mit Kindern von 0-12 Jahren

Partner / Akteure
- Gemeinde
- Private Anbieter von Kinderbetreuungsangeboten

Beschreibung
- Mit qualitätskontrollierten Institutionen wird eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen.
- Bei diesen Institutionen finanziert die Gemeinde abhängig vom steuerbaren Einkommen zwischen 20% und 80% der Betreuungskosten pro Familie bis zu einer Einkommenshöhe von CHF 110‘000.-.
- Die Beiträge werden direkt an die Eltern ausbezahlt und nicht an die Institutionen.

erforderliche Ressourcen
- Betreuungsbeiträge der Gemeinde an die Eltern: Ca. CHF 0.5 Mio. (d.h. durchschnittlich rund CHF 2‘760.- pro Kind).
- 50%-Fachstelle in der Gemeindeverwaltung für Aufbau, Koordination, Kontrolle der Angebote.

Laufzeit
- Pilotprojet 2012-2014
- 2014 als Regelangebot durch die Gemeindeversammlung einstimmig angenommen.

Hinweise für Umsetzung
- Während des Pilotprojets regelmässige und ausführliche Information der Bevölkerung notwendig.
- Qualitätskontrolle zwingend.
- Ohne Fachstelle, ob gemeindeintern oder –extern, ist Projet nicht machbar.
- Auszahlung der Beiträge direkt an die Eltern verhindert, dass die Institution über die Einkommensverhältnisse der Eltern Bescheid weiss.
- Projet ist so erfolgreich und Kosten so angestiegen, dass Kostendämpfungsmassnahmen notwendig werden (andere Einkommensberechnung, Erhöhung Eigenbeitrag der Eltern).

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur
- www.suhr.ch/de/tourismus/familie/
- www.suhr.ch/dl.php/de/0e6nk-75xmf8/Informationsbroschre_Familien-_und_schulergnzende_Kinderbetreuung.pdf
- www.suhr.ch/de/

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Themen- + Projetarbeit
- Organisation + Verwaltung

Land / Kommune / Quartier

CH **Suhr**

Titel des Projekts

Bevölkerungsbeteiligung

Thema
- Bevölkerungsbeteiligung bei kommunalen Angelegenheiten.

Ziele
- Information über und Einbezug bei geplanten Massnahmen
- Einholen von Meinungen, Anregungen

Adressat_innen
- Einbezug möglichst vieler Betroffenen und Stimmberechtigten

Partner / Akteure
- Gemeinde
- Bevölkerung

Beschreibung
- Informative monatlich erscheinende Dorfzeitschrift, die an alle ca. 4‘500 Haushalte verschickt wird.
- Quartalsweise Informationsforum (wird von ca. 30-80 Interessierten besucht).
- Halbjährlich Einwohnergemeindeversammlung (von nationalen und kantonalen Gesetzen vorgeschrieben; ca. 200-400 von 5‘500 Stimmberechtigten anwesend) mit Abstimmungen zu Budget, Reglementen, Bau- und Projektkrediten sowie zur Jahresrechnung und der Höhe der Gemeindesteuern.
- Falls notwendig, auch ausserordentliche Bevölkerungsbefragungen, z.B. zu Fusion mit Nachbargemeinden.
- Falls notwendig, auch ausserordentliche, rechtlich verbindliche Gespräche mit Betroffenen bei Bauprojeten, sowie Standorten z.B. von Schul- oder Sportanlagen oder grossen Bebauungen.

erforderliche Ressourcen
- Zeitintensiv
- Mehrere Termine im öffentlichen Raum zu verschiedenen Tageszeiten
- Zeitschrift: Gemeindebeitrag rund CHF 40‘000 pro Jahr

Laufzeit
- immer

Hinweise für Umsetzung
- Direkte Demokratie braucht mehr Zeit als Entscheide von oben herab. Die Entscheide sind danach aber respektiert, so dass bei der Umsetzung kaum mehr Widerstand auftritt und daher wird die Umsetzung schneller und günstiger (v.a. bei Bauprojeten!).
- Bezug zwischen Bürger/innen und Politik wird verbessert und das Vertrauen gestärkt.
- Aufbau von Bürgerbeteiligung braucht ernsthaftes Interesse und langen Atem von Allen. Die geäusserten Meinungen müssen auch umgesetzt werden. Es dürfen keine Alibiveranstaltungen sein.

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur
- www.drucksuhr.ch/suhrplus/archiv
- www.suhr.ch/de/politik/sitzung/
- www.suhr.ch/de/

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Partizipation + Engagement

Land / Kommune / Quartier

CH **Suhr**

Titel des Projekts

Nachbarschaftsgärten

Thema
- Gemeinsam betriebene Schrebergärten und Hochbeete (PlantMeSuhr)

Ziele
- Begegnung oder soziale Kontakte ermöglichen über gemeinsame Interessen (Gärtnern)
- Kooperation verschiedener Menschen fördern und Sensibilisierung zum Thema Nachhaltigkeit

Adressat_innen
- Personen, die keinen eigenen Garten haben, aber sich für die gemeinsame Bewirtschaftung begeistern
- Bewusst diverse Gruppe

Partner / Akteure
- Gemeinde (Bauverwaltung)
- Bevölkerung
- Quartierentwicklung

Beschreibung
- In der Gemeinde bestand ein grosses Bedürfnis nach Gärten oder Schrebergärten. So wurden alle Interessierten auf einer Warteliste für Schrebergärten angefragt, ob sie eine Parzelle gemeinsam bewirtschaften möchten.
- Eine Gruppe von sieben Personen aus vier Nationen bewirtschaftet die beiden Parzellen an der Tramstrasse 8.
- Auf der einen Hälfte der Parzelle wird gemeinsam gegärtnert und geerntet. Auf der anderen Hälfte haben alle ein Beet, wo sie ihr eigenes Gemüse oder ihre Lieblingskräuter anpflanzen können.
- Im September 2017 verkauften sie im Rahmen des Markt- und Gartenfest einen Teil des Gemüses.
- Zudem wurden in einem Quartier 5 Hochbeete aufgestellt, welche von unterschiedlichen Personen betrieben werden. Sie wurden als Alternative aufgestellt, da es im Quartier keine bepflanzbaren Grünflächen gibt.

erforderliche Ressourcen
- Freiwerdende Schrebergärten oder sonstige Grünfläche
- Begleitung der freiwilligen Gruppe

Laufzeit
- jeweils auf ein Jahr, danach Bedürfnis abfragen und neue Gruppe zusammenstellen

Hinweise für Umsetzung
- Unterschiedliche Vorstellungen von gemeinsam betriebenen Gartenflächen
- Teilweise eher Bedürfnis nach Freiraum oder Eigenanbau
- Knowhow-Austausch fördern

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur
- www.quartierentwicklungsuhr.ch/nachbarschaftsg%C3%A4rten-1/tramstrasse-8/
- www.suhr.ch/de/
- www.quartierentwicklungsuhr.ch

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Kooperation + Vernetzung

Land / Kommune / Quartier

CH **Suhr**

Titel des Projekts

Offene Arbeit mit Kindern

Thema
- Offenes Freizeitangebot für Kinder

Ziele
- Im Quartier besteht ein offenes Freizeitangebot, welches die Kinder mitgestalten.
- Die Kinder übernehmen eine aktive Rolle in ihrem Gemeinwesen.

Adressat_innen
- Kinder von 5-12 Jahren aus den Quartieren Buhalde und Frohdörfli (Suhr Süd) und deren Bezugspersonen.

Partner / Akteure
- Quartierentwicklung und Institut für Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW
- Regionale Jugendarbeit
- Bauverwaltung Suhr

Beschreibung
- Durch die durchgeführte Bedürfnisanalyse anhand eines Ferienangebotes zusammen mit der Jugendarbeit „Play and Stay“ (Spielbus) wurde das Bedürfnis nach einem „Offenen Angebot für Kinder“ sichtbar.
- Es konnte während knapp einem Jahr ein Haus für ein Spielangebot zwischen genutzt werden.
- Nach Abriss des Hauses wurde eine neue Zwischennutzung installiert in einem ehemaligen Baucontainer. Dort findet 1-2 x wöchentlich ein betreutes Angebot der „Offenen Arbeit mit Kindern“ statt.

erforderliche Ressourcen
- Material
- Räumlichkeit oder Aussenraum
- Projetverantwortliche und Helfende oder Freiwillige

Laufzeit
- Seit Sommer 2017, vorerst bis Ende 2020

Kontaktadresse / Infos / Quellen / Literatur
- Deinet, Ulrich (2005) Aneignung und Raum. Zentrale Begriffe des sozialräumlichen Konzepts. In: Deinet, U. (2005) (Hg.) Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte. Wiesbaden: VS. S. 27-58.
- http://www.suhr.ch/de/
- www.quartierentwicklungsuhr.ch

Kategorie der Zweckbestimmung / Aufgabendimension
- Partizipation + Engagement
- Themen- + Projetarbeit

7. Matrix

Um dem Ziel des vorliegenden Toolkits, die Verbreitung von guten Beispielen von Projekten, die im grenzüberschreitenden Austausch im Rahmen des Projektes MARGE erprobt wurden näher zu kommen, wurde eine Übersichtsmatrix entwickelt, die Angaben über sämtliche hier abgedruckte Projektbeispiele nach einer Auswahl von Kategorien enthält. Der Zweck dieser Matrix ist, die Ermöglichung einer gezielten Suche nach geeigneten Projekten durch Verwendung standardisierter Suchbegriffe.

Die Begriffsbildung der Suchbegriffe in den Rupriken „Themen/Sujets“, „AdressatInnen/Groupe cible“ wurden induktiv, aus den Beschreibungen der Projekte gebildet, sodass zunächst die von den AutorInnen eingetragenen Themenbegriffe verwendet und nur bei Redundanzen zusammengefasst und umbenannt wurden. Die Zuordnungen zu den „Fachlichen-Kategorien / Catégorie professionelles“ wurden deduktiv, auf der Grundlage der von Becker (2016: 255-261) entwickelten, begründeten und erläuterten Aufgabenkategorien vorgenommen.

Matrix

Vignetten	Seite	Land			Ort		Themen					Adressat*innen						Fachliche-Kategorien					
Projektname		CH	D	F	Kommune	Quartier	Wohnen	Bildung / Arbeit	Begegnung	Hilfen im Alltag	Politische Partizipation	Kinder + Jugend-liche	Eltern mit Kindern	Senior *innen	Frauen	Alle Quar-tierbewoh-ner*innen	Bewohner* innen von Sanierungs-gebieten	Analyse / Monitoring	Res-sourcen / Poten-tiale	Partizi-pation / Engage-ment	Koo-pera-tion / Vernet-zung	Themen- / Projek-tarbeit	Orga-nisation / Verwal-tung
„Adventskalender“	206		X		Freiburg	Haslach			X							X			X		X		
„Ruhewohnung“	208		X		Freiburg	Haslach	X										X					X	
„Frühstückstafel“	210		X		Freiburg	Haslach				X		X										X	
„Wohnverwand-schaften“	222		X		Freiburg	Weingarten	X										X			X		X	
„Hilfenetzwerk“	224		X		Freiburg	Weingarten	X			X				X							X	X	
„Backof(f)ensive“	226		X		Freiburg	Weingarten		X		X		X										X	
„Plaudercafé“	214		X		Kehl	Kreuzmatt			X				X									X	
„Kreuzmattgrillen“	216		X		Kehl	Kreuzmatt			X							X					X		
„Internationale Kinderbibliothek“	218		X		Kehl	Kreuzmatt			X	X		X	X						X			X	
„Wohnumfeld-gruppe“	244	X			Pratteln		X		X			X	X				X		X	X		X	
„Quartierfest“	242	X			Pratteln	Rankacker/ Gehrenacker			X							X			X	X	X		
„Betriebsgruppe“	240	X			Pratteln				X							X				X	X		X
„Nachbar-schaftshaus“	248	X			Suhr				X							X				X	X		
„Zwischen-nutzungen“	250	X			Suhr				X	X						X			X				X
„Kinderbetreuung“	252	X			Suhr					X			X									X	X
„Bevölkerungs-beteiligung“	254	X			Suhr						X					X				X			
„Nachbarschafts-gärten“	256	X			Suhr				X							X	X				X		
„offene Arbeit mit Kindern“	258	X			Suhr	Buchhalde und Frohdörfli			X			X	X							X		X	
"SchirmScharm – Bücher, Spiel, Geschichten"	232	X			Basel	Klybeck-Kleinhü-ningen				X		X	X							X		X	
"Mobile Quartierar-beit Klybeck (MQK)"	234	X			Basel	Klybeck-Kleinhü-ningen	X		X	X	X		X	X		X	X	X		X	X	X	
"Quartierzeitung mozaik"	236	X			Basel	Klybeck-Kleinhü-ningen					X					X				X	X		
SaveRNE	192			X	Saverne	Quartiers Est			X		X					X				X	X		

Vignetten	Seite	Land			Ort		Themen					Adressat*innen						Fachliche-Kategorien					
Projektname	Im Toolkit	CH	D	F	Kommune	Quartier	Wohnen	Bildung / Arbeit	Begegnung	Hilfen im Alltag	Politische Partizipation	Kinder + Jugend-liche	Eltern mit Kindern	Senior *innen	Frauen	Alle Quar-tierbewoh-ner*innen	Bewohner* innen von Sanierungs-gebieten	Analyse / Monitoring	Res-sourcen / Poten-tiale	Partizi-pation / Engage-ment	Koo-pera-tion / Vernet-zung	Themen- / Projek-tarbeit	Orga-nisation / Verwal-tung
Contrat de Ville	194			X	Saverne	Quartiers Est	X	X		X	X						X			X	X	X	
Programme de Réussite Educative / Programm für Bildungserfolg	196			X	Saverne	Quartiers Est				X		X	X						X		X	X	
Jardin d'insertion / Integrativer Garten	198			X	Saverne	Quartiers prioritaires			X		X	X		X			X		X	X	X	X	
Quartiermediation "Vermittlung-Beschäftigung" / Adulte relais médiation - emploi	200			X	Saverne	Quartiers prioritaires		X		X		X					X			X		X	
"Michto"	180			X	Strasbourg	Port Du Rhin		X	X	X		X											
"Défilé de mode solidaire" / "Solidaritäts-Modeschau"	182			X	Strasbourg	Port Du Rhin			X		X				X				X	X		X	
„ALIAS" : « Dire autrement » / "sich anders aus-drücken"	184			X	Strasbourg	Port Du Rhin		X		X		X							X			X	
"Résidence d'écrivains" / "Schriftsteller zu Gast"	186			X	Strasbourg	Port Du Rhin	X		X					X		X			X		X	X	
"KaléidosCOOP"	188			X	Strasbourg	Port Du Rhin		X	X	X						X	X		X		X	X	
"Bourse d'Aide à la pratique sporti-ve" / "Bürgersport-club"	170			X	Strasbourg	Meinau /Neuhof			X		X	X							X	X			
"Pouvoir d'agir autour du loge-ment" / "Handeln können bezüglich der Wohnung"	172			X	Strasbourg	Meinau /Neuhof	X		X	X						X	X			X		X	
"Chantiers Educa-tifs" / "Bildungs-werkstätte"	174			X	Strasbourg	Meinau /Neuhof		X				X										X	
"EspaceTiers" / "Dritträume"	176			X	Strasbourg	Meinau /Neuhof	X	X	X			X				X			X		X	X	

Übersicht der fachlichen Kategorien mit Kurzbeschreibungen zu Aufgaben und Maßnahmen:

Dimensionen:	Aufgaben:	Interventionen, Aktivitäten, Methoden und Instrumente:
1. Analyse und Monitoring	Analyse sozialräumlicher Lebensbedingungen und –situationen sowie Monitoring deren Entwicklungen	Sozialraumanalyse, Sozialstrukturanalyse, Befragungen, Beobachtungen, Begehungen, Erkundungen, Kartierungen, etc.; Daten- und Ergebnisaufbereitung und Erläuterung; (vgl. Becker 2014: 153-162, 183ff.)
2. Ressourcen und Potentiale	Erschließung und Förderung individueller und institutioneller Ressourcen und Potentiale	Sicherung, Schaffung und Betrieb von Begegnungsmöglichkeiten; „Ressourcencheck“, „Ressourcenkartei“, „Kompetenzkartierung“, „EcoMapping“, etc. (vgl. Becker 2014: 185f.)
3. Partizipation und Engagement	Ermöglichung und Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und bürgerschaftlichen Engagements sowie von Selbsthilfe und Selbstorganisation und Unterstützung Engagement-ungeübter Menschen	Ermöglichungs- und Unterstützungsmanagement; Erschließen vorhandener Veränderungsmotive; Schaffung von Öffentlichkeit und öffentlicher Diskurse, transparenter und verlässlicher Beteiligungsmöglichkeiten und Anerkennungskultur; „Zukunftswerkstatt“, „Bürgerpanel“, „Planen am Modell“, Formate: „Bürgerversammlung“, „Stadtteilkonferenz“, Hilfsmittel: „Beteiligungsmatrix“ (vgl. Becker 2014: 149, 182, 185f.)
4. Kooperation und Vernetzung	Entwicklung und Förderung ressort- und disziplinübergreifender Kooperation und Vernetzung auf Quartierebene und zwischen Quartier und Gesamtstadt	Gebietsbeauftragung / Stadtteilkoordination; Netzwerkarbeit im Quartierma-nagement; Treffpunkte und Anlaufstellen im Quartier betreiben; Moderation und Mediation; „Koordinations- und Vernetzungsmodell Stadt(teil-) entwick-lung“; „Stadtteilkonferenz“, „Runder Tisch“ (Becker 2014: 148f. und 186f.)
5. Themen- und Projektarbeit	Aufgreifen, Aufbereiten und Bearbeiten von Themen mit Relevanz für und Interesse der Bevölkerung	Projektarbeit; „Worldcafé“, „Open Space“, „Stadtteilerkundungen“; aktivierende Befragungs- / Planungsmethoden, Straßentheater, Arbeitsgruppen, soziokulturelle und politische Aktionen, etc. (vgl. Becker 2014: 183-187)
6. Organisation und Qualität	Sicherstellung und Weiterentwicklung von Finan-zierung, Professionalität und Qualität der fachlichen Arbeit	Fachqualifikationen durch Bachelor-/Masterstudium, einschlägige Fort-und Weiterbildung; Supervision, Team-/Organisationsentwicklung; Finanzierungsmanagement; Leitungs-/Führungsaufgaben (vgl. Becker 2014: 139ff.)

Quellen: Martin Becker (2016) „GWA-Personalbemessung. Orientierungshilfe zur Personalbemessung professioneller Sozialer Arbeit im Handlungsfeld der Stadtteil- und Quartierentwicklung“. Konstanz: Hartung-Gorre Verlag
Becker, Martin (2014): Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Arbeit. Stuttgart: Kohlhammer.

8. Ergebnisse einer trinationalen Aktionsforschung

Was der grenzüberschreitende Austausch zur sozialen Innovation beiträgt

Was der grenzüberschreitende Austausch zur sozialen Innovation beiträgt

Ergebnisse einer trinationalen Aktionsforschung

(Martin Becker, Jutta Guhl, Sandra Janett, Bruno Michon und Caroline Oberlin)

Einleitung

Die im Projekt MARGE angewandten Prinzipien und Methoden der Aktionsforschung wurden in Kapitel 4 vorgestellt. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass sich das Forschungsthema um die folgende Frage dreht: „Wie beeinflusst der grenzüberschreitende Austausch die soziale Innovation in Quartieren?“. Dieses Thema stellt die Voraussetzungen des Projekts MARGE selbst in Frage, indem es den grenzüberschreitenden Austausch fördern will, um soziale Innovation in den neun Quartieren hervorzubringen. Die Analyse der im Rahmen des Projekts MARGE gesammelten Daten (Protokolle, Interviews, Erfahrungsberichte, Feldforschungsnotizen…) ermöglicht es, erste Antworten auf die Forschungsproblematiken zu geben. Weil soziale Innovation ein langwieriger Prozess ist (s. Kapitel 5.1), bedarf eine abschließende Antwort der Forschungsfragen jedoch eine langfristige Beobachtung der Auswirkungen des grenzüberschreitenden Austauschs auf die Quartiere.

Die Beantwortung der Forschungsfrage wurde durch die Forscher*innen, die Fachkräfte und die am Projekt MARGE beteiligten Bewohner*innen auf drei Achsen aufgeteilt, welche in ebenso viele Unterfragen aufgegliedert wurden.

1. Lässt sich sagen, dass das Projekt MARGE zu einem grenzüberschreitenden Austausch geführt hat?
2. Was sind die Besonderheiten dieses grenzüberschreitenden Austauschs und wie beeinflusst er das Handeln der Fachkräfte?
3. Inwiefern stellen diese Veränderungen eine Form der sozialen Innovation dar?

Um diese Fragen zu beantworten, werden wir im ersten Teil auf die Hindernisse für den grenzüberschreitenden Austausch und die Innovation eingehen, auf die wir während der dreijährigen Projektlaufzeit gestoßen sind. Im zweiten Teil werden wir darstellen, was dieser grenzüberschreitende Austausch in den Quartieren und bei den am Projekt beteiligten Fachkräften und Bewohner*innen bewirkt hat. Der dritte Teil wird es ermöglichen, am Beispiel der Bürger*innenbeteiligung zu verstehen, welche Veränderungen durch eine grenzüberschreitende Sichtweise in Bezug auf die Methoden sozialer Stadtentwicklung herbeigeführt werden können. Der vierte Teil nimmt sich der Beantwortung der Forschungsfrage an. Im fünften und letzten Teil werden wir auf Basis unserer Erkenntnisse Empfehlungen für einen nachhaltigen grenzüberschreitenden Austausch formulieren.

8.1. Der grenzüberschreitende Austausch: Hindernisse und Grenzen

Wenn wir den grenzüberschreitenden Austausch zumindest als das Überschreiten von Grenzen und der Begegnung mit auf der anderen Seite lebenden Menschen definieren, scheint es offensichtlich, dass MARGE tatsächlich einen grenzüber-

schreitenden Austausch bewirkt hat, wie die Präsentation des Projekts in Kapitel 3 zeigt. Es ist jedoch eher die Qualität dieses Austauschs, die uns interessiert, als weniger die simple Beobachtung seiner Existenz. Die Analyse der Daten zeigt zwei ambivalente und paradoxe Folgen des grenzüberschreitenden Austauschs, die aus der Dualität der Grenze als Trennendes und Verbindendes hervorzugehen scheinen (Courlet, 1988). Zunächst einmal teilt die Grenze – sie stellt eine Trennung und eine Veränderung dar und wird dadurch zum Hindernis.

8.1.1. Reale und spürbare Grenzen

Es konnten drei Haupthindernisse festgestellt werden: Die Sprache, die Beförderungsmöglichkeiten und das Geld.

Es scheint fast eine Banalität zu sein, aber Sprache erwies sich im Projekt MARGE durchaus als sehr wirksame Barriere für den grenzüberschreitenden Austausch, insbesondere den Austausch über Sprachgrenzen hinweg. Selbst im Oberrheingebiet, mit seinen inzwischen zahlreichen Verflechtungen (z.B. Arbeitsmobilität, Wohnmobilität, Einkaufsmobilität) über die Ländergrenzen hinweg, zeigen sich deutliche Schwierigkeiten der Verständigung in deutscher und französischer Sprache. Bilingualität oder ganz einfach Kenntnisse bezüglich der Sprache des/der anderen, scheinen selbst bei Fachkräften der öffentlichen Verwaltung und der Sozialen Arbeit, immer noch die Ausnahme zu sein [so bemängelte der Rektor einer Grundschule des Quartiers Kehl-Kreuzmatt in der Fokusgruppe die Abschaffung des bislang üblichen Französischunterrichtes in der Grundschule im grenznahen Bereich des Oberrheingebietes; Äußerung einer TNin anlässlich Projektgruppentreffen am 26. März 2019 in Muttenz/CH].

Für das Projekt MARGE war damit die Schwierigkeit verbunden, für sämtliche Begegnungsformen Übersetzer*innen gewinnen, einsetzen und bezahlen zu müssen, was einen enormen Aufwand an Zeit und Geld mit sich brachte. Dasselbe gilt für Textdokumente, die sämtlich übersetzt werden mussten, was angesichts der Komplexität (drei Länder mit unterschiedlichen Sprachtraditionen, politischen Systemen, etc.) und Spezifität der Themen (Demokratieverständnis, Partizipation, Städtebau, Soziale Mischung, Radikalisierung, etc.) mit höchst anspruchsvollen Anforderungen an die Übersetzungen und Übersetzer*innen verbunden war/ist.

Das zweite Hindernis dieser trennenden Grenze sind die Beförderungsmöglichkeiten. Trotz der vergleichsweise geringen Entfernungen der MARGE-Projektpartner erwies sich die Erreichbarkeit, insbesondere mit öffentlichen Verkehrsmitteln, als sehr schwierig. Die Verkehrsinfrastruktur scheint nach wie vor stärker nach nationalen Anforderungen organisiert als an grenzüberschreitenden Anforderungen orientiert. So gibt es keine trinationalen Tickets mit Gültigkeit im kompletten Oberrheingebiet (CH, D, F), sondern unterschiedliche Tarifsysteme und bestenfalls punktuelle binationale grenzüberschreitende Tickets (z.B. Europass im Eurodistrikt Strasbourg Ortenau). Damit verbunden sind lange Anfahrtszeiten zu den Orten im Oberrheingebiet, was den Austausch insbesondere für berufliche Begegnungen schnell ineffizient werden lässt. So wurde von Beteiligten auch der hohe Zeitaufwand für den grenzüberschreitenden Austausch im Projekt MARGE als Schwierigkeit benannt. [„Die zeitlichen Ressourcen für die vielen interessanten Treffen und Feldforschungsbesuche aufzubringen"; Äußerungen von TNin anlässlich Projektgruppentreffen am 26. März 2019 in Muttenz/CH]. Es geht somit für eine*n Straßburger*in schneller, mit einem Flugzeug nach Athen zu fliegen, als nach Suhr im Kanton Aargau zu fahren.

Weitere Begrenzung und Behinderung des grenzüberschreitenden Austauschs, insbesondere mit der Schweiz, stellt deren eigene und im Vergleich zu den EU-Staaten andere Währung dar, was den Zahlungsverkehr und Abrechnungen zwischen den drei Ländern verkompliziert und verteuert. Hinzu kommen unterschiedliche Projektregeln, die für die betroffenen Partnerorganisationen und Personen mit unterschiedlichen Standards und Leistungen verbunden sind.

8.1.2. Das Risiko des methodologischen Nationalismus bei der trinationalen Forschung

Die Besonderheit der im Projekt MARGE entwickelten Aktionsforschung besteht darin, dass jeder Schritt systematisch grenzüberschreitend organisiert wurde. Bei internationaler Forschung wird die Forschung traditionell auf nationale Art und Weise organisiert: Die Französinnen und Franzosen forschen in Frankreich, die Deutschen in Deutschland und die Schweizer*innen in der Schweiz, anschliessend werden die Ergebnisse zusammengetragen und verglichen. Gegenteilig hierzu organisierte das Projekt MARGE jede Phase auf trinationale Weise: Forscher*innen, Expert*innen und Bewohner*innen aus jedem der drei Länder waren bei jeder Einrichtung und jeder Veranstaltung des Projekts MARGE mit dabei. Diese triadische Dimension der Aktionsforschung stellt eine Besonderheit dar, deren Beiträge und Schwierigkeiten analysiert werden können.

Die Tatsache, dass sich aus den Kontakten und guten Erfahrungen der Hochschulkooperation die Idee des Projekts MARGE entwickelte, brachte die Konstellation der „Triade" als Sozialform der Steuerungsgruppe (vertreten sind die ESEIS, die FHNW sowie die KH-FR) mit sich. Diese Triade wurde auf das Untersuchungsfeld der im Oberrheingebiet vertretenen drei Länder (Deutschland, Frankreich und Schweiz) übertragen. Auf nationaler Ebene wurde wiederum die Festlegung auf je drei Quartiere pro Land getroffen. Hiermit soll nun jedoch keine „Symbolanalyse" betrieben, sondern die Triade als Sozialform betrachtet werden, die in der Soziologie eine durchaus prominent (Simmel 1908) beschriebene soziale Konstellation, mit Bedeutung für das gesellschaftliche Leben, ist. Simmel weist auf die Möglichkeiten hin, die sich durch triadische Konstellationen ergeben. So bilden sich erst in Dreierkonstellationen, im Gegensatz zu dyadischen Konstellationen, Rollen, wie die des „Vermittlers" oder des „Unparteiischen". Aber auch die Rolle des „lachenden Dritten" ist weithin bekannt und erst in größeren Konstellationen als der Dyade möglich (Bühl 1972)[1].

Für die Arbeit der Steuerungsgruppe ergaben sich sowohl Vor- als auch Nachteile aus dieser (triadisch besetzten) Konstellation. So ermöglichte deren triadische Besetzung sowohl wechselnde Koalitionen als auch die wechselseitige Übernahme der Vermittlerrolle eines der drei Partner, was die Entscheidungsfindung gelegentlich erleichterte. Andererseits erschweren wechselnde Koalitionen und damit verbundene (strategische) Richtungsentscheidungen die Abschätzbarkeit von Entscheidungsprozessen und deren (strategische) Konsistenz. Im Projekt MARGE wurden diese Herausforderungen durch regelmäßige monatliche Sitzungen der Steuerungsgruppe bewältigt.

Die Entscheidung für drei Länder mit jeweils drei Quartieren war weniger von triadischen Überlegungen (im oben genannten Sinne), als vom Ziel der Repräsentation der im Oberrheingebiet vertretenen Nationen und damit der Sorge um die dementsprechende Vielfalt geleitet. Es stellte sich heraus, dass diese triadische Konstellation durchaus Vorteile im Sinne der Prophylaxe vorschneller nationaler

oder kultureller Zuschreibungen auftauchender Unterschiede mit sich brachte, wie sie bei binationalen Vergleichen vermeintlich nahe liegen mögen. Dies wird unter dem Stichwort „methodologischer Nationalismus“ im Folgenden erläutert. Dabei scheint es möglich zu sein, das Risiko des methodologischen Nationalismus durch eine triadische Zusammensetzung verringern zu können, ohne dies jedoch gänzlich ausschließen zu können.

Das Projekt MARGE bringt es zunächst mit sich, durch dessen trinationalen Aufbau, vermeintlich national(typisch)e Perspektiven einzunehmen. Dieser Rückgriff ist Teil einer „typisch nationalen“ Interpretation und wird nach Ulrich Beck (2008, 19) „methodologischer Nationalismus" genannt.

„Der methodologische Nationalismus geht von folgenden Prämissen aus: Er assimiliert Gesellschaften mit nationalstaatlichen Gesellschaften und betrachtet Staaten und ihre Regierungen als den primären Fokus der sozialwissenschaftlichen Analyse. Diese setzt voraus, dass die Menschheit natürlich in eine begrenzte Anzahl von Nationen unterteilt ist, die sich innerlich als Nationalstaaten organisieren und nach außen Grenzen setzen, um sich von anderen Nationalstaaten zu unterscheiden. Diese Auffassung führt noch weiter: Die externe Abgrenzung sowie der Wettbewerb zwischen den Nationalstaaten stellen die grundlegendste Kategorie der politischen Organisation dar.“ (Beck, Sznaider, 2006, 21)

Aus der Migrationsforschung ist der Begriff des „methodologischen Nationalismus“ (Nina Glick-Schiller/Andreas Wimmer 2003) ebenfalls bekannt, wonach auf die Problematik der Gleichsetzung von Untersuchungseinheiten empirischer und theoretischer Ungleichheitsforschung als nationalstaatlich organisierter und begrenzter Einheit verwiesen wird. Es handelt sich demnach um folgende „Doppelte Kongruenzannahme“:

1. Territoriale, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Grenzen stimmen überein;
2. Die Perspektiven der Akteur*innen, wenn sie Beobachter*innen sind, stimmen mit denjenigen der Forschenden überein.

So wurden im Projektverlauf entwickelte Texte in der Steuerungsgruppe, quasi per Selbstverpflichtung, dem Zwang der Berücksichtigung trinationaler Perspektive(n) unterzogen. Damit wird eine Unterscheidungskategorie, die nationale Perspektive, per normativer Setzung implementiert und nicht etwa per empirischer Evidenz ermittelt. Aus dieser Grundsatzentscheidung der Projektgestaltung ergibt sich die Schwierigkeit, bei der Gestaltung des Untersuchungsdesigns (trinationale Begegnungen, binationale Sprache,...) und der Beantwortung der Untersuchungsfrage nicht unreflektiert der Logik der nationalen Perspektiven/Unterschiede zu folgen und damit vorschnelle Schlüsse und Interpretationen zu treffen.

Im Projekt MARGE war dieses Risiko sowohl bei Forscher*innen als auch bei Fachleuten Gegenstand intensiver Diskussionen. Kann der Unterschied zwischen den Quartieren der drei Länder auf eine nationale Kategorie reduziert werden, beispielsweise: „Die Französinnen und Franzosen machen das so“?

Die Konzipierung des Projekts selbst und die Wahl der Quartiere wurden nämlich durch die Forderung nach nationaler Repräsentativität und nicht durch andere Kriterien bestimmt, die ebenfalls hätten maßgeblich sein können. Die Hauptunterscheidungskategorie war national und wurde aus normativen und nicht aus empirischen Gründen gewählt (jedes Land sollte gleichberechtigt vertreten sein).

Der reflektierende Ansatz der triadischen Konstruktion des Projekts hat es jedoch durchaus ermöglicht, dieses Risiko zu minimieren, indem die festgestellten Unterschiede zwischen den Quartieren nach lokaleren Kriterien (z.B. ländliche Quartiere vs. urbane Quartiere) neu ausgerichtet wurden.

8.1.3. Quartiere in ein europäisches Projekt einbeziehen: Erkenntnisse, Schwierigkeiten und Risiken

Die Wahl der Aktionsforschung als methodische Entscheidung, war angesichts des Gegenstands sozialer Stadtteil-/Quartierentwicklung im Oberrheingebiet und der mit diesem Gegenstand verbundenen Bedeutung der Partizipation der von sozialer Entwicklung betroffenen Bevölkerung der jeweiligen Perimeter, eine sehr naheliegende und fachlich passende Entscheidung [vgl. Forschungsdesign MARGE]. Die Schwierigkeiten lagen u.a. darin, für das Projekt MARGE mit INTERREG V eine Förderlinie der EU gewählt zu haben, die eine vergleichsweise hohe Vorbestimmung in Bezug auf Auswahl von Partner*innen und Maßnahmen erfordert, die mit dem für die Aktionsforschung konstituierenden Beteiligungsanspruch und deren Prozessorientierung nicht unbedingt kompatibel ist.

Unter solchen Bedingungen waren die Projektträger, insbesondere die Steuerungsgruppe öfter dem Dilemma ausgesetzt, zur Einhaltung der Förderregeln Entscheidungen treffen zu müssen, ohne die beteiligten Partner dabei im wünschenswerten und für Prozesse der Aktionsforschung üblichen Maße einbeziehen zu können. Die Bürger*innenbeteilung in den Quartieren wurde somit durch die Vorgaben der Finanzierung des Projekts erschwert.

Dies war insofern relevant für das Projekt MARGE, als Personen aus der Bevölkerung in den deutschen und französischen Quartieren, die vor Beginn des Projektes noch nicht bekannt sein konnten, nicht an den Maßnahmen und deren Angeboten beteiligt werden konnten, weil die damit verbundenen Aufwandsentschädigungen für Reisen, Verpflegung oder Übernachtung nicht abrechnungsfähig waren, weil diese Personen nicht im Projektantrag, der bereits Monate vor Projektbeginn vorliegen musste, benannt und eingetragen waren, bzw. werden konnten. [„Dass Ehrenamtliche nicht in die Abrechnung aufgenommen worden sind“; Äußerung einer TNIn anlässlich des Projektgruppentreffens vom 26. März 2019 in Muttenz/CH].

Als weitere Einschränkung für innovative Entwicklungen, erwiesen sich die überaus detaillierten und zahlreichen Angaben und Nachweiserfordernisse für Maßnahmen und Aufwand der Praxispartner aus Frankreich und Deutschland. Der zeitliche Anteil an Administration, selbst bei Partnern, deren Beitrag zum Projekt und deren Vorteile daraus eher gering und überschaubar war, lag für die Partner mitunter bei 50% im Vergleich zum Zeitaufwand für den eigentlichen Austausch und damit bei Weitem zu hoch [„Der Mangel an Zeit ist sehr frustrierend (zu viele administrative Aufgaben auf der französischen Seite)“, „Die Bürokratie und der Zeithorizont bei der Abrechnung“; Äußerungen von TNIn anlässlich des Projektgruppentreffens vom 26. März 2019 in Muttenz/CH]. Letztlich erwiesen sich auch die Anforderungen an Nachweisen seitens der INTERREG-Verwaltung auf einem Niveau personenbezogener Daten, die angesichts der Anforderungen der neuen EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) als äußerst unangemessen empfunden wurde und den Partnervertreter*innen nur schwer vermittelbar waren.

Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass es den Ansprechpartner*innen des

INTERREG-Büros trotz dieser Erschwernisse gelungen ist, bestimmte Schwierigkeiten durch eine „administrative Bastelei“ zu überwinden (Weller, 1994), was, zwar nicht die Lösung aller Probleme ermöglichte, jedoch trotzdem eine wertvolle Hilfe darstellte.

Letztlich war die Auswahl und Zusammenstellung des Samplings der Untersuchungsgebiete (Quartiere) nicht nur von konzeptionellen Überlegungen (drei Länder, Oberrheingebiet, große und kleinere Kommunen) geprägt, sondern auch von der Bereitschaft zur Mitwirkung seitens der zuständigen Behörden und Träger der Quartierarbeit abhängig und weniger von Kriterien der Vergleichbarkeit. So hatten sich angefragte deutsche Kommunen wie Freiburg oder Offenburg aus Kapazitätsgründen nicht am Projekt beteiligt. [„Leider hat sich die Stadtverwaltung Freiburg nicht beteiligt“, „Wenn die Stadt Freiburg sich auch eingebracht hatte, könnte man viel mehr erreichen“; Äußerung von TN anlässlich Projektgruppentreffen am 26. März 2019 in Muttenz/CH]. Bei der Zusammensetzung der Fokusgruppen erwiesen sich konzeptionelle Vorüberlegungen (Berücksichtigung von Fachkräften aus öffentlicher Verwaltung und Sozialer Arbeit) wegen der unterschiedlichen Konstellationen und Strukturen nicht in allen Quartieren als umsetzbar [Die Personenzahl in den Fokusgruppen variierte zw. 5 und ca. 30 Personen]. Auch die durch die Partner selbst getroffene Auswahl der Felderkundungen und Projekte machte direkte Vergleiche zwischen den Quartieren schwierig. Für eine eher qualitativ angelegte Aktionsforschung stehen solche direkten oder gar quantitativen Vergleiche auch nicht im Vordergrund, sondern es geht stärker um die Gewinnung von Erkenntnissen, die ohne den Austausch nicht oder nicht in dieser Art und Intensität möglich gewesen wäre.

8.2. Grenzüberschreitende Gemeinschaft und Anerkennung: Die Auswirkungen des grenzüberschreitenden Austauschs auf die Quartiere

Nichtsdestotrotz gibt es, selbst wenn das Projekt MARGE kompliziert umzusetzen und zu verwalten war, sehr positive Effekte, die hervorzuheben sind. Aus einer trennenden wurde somit eine verbindende Grenze. Zunächst hat MARGE es ermöglicht, eine grenzüberschreitende Gemeinschaft von Akteur*innen der sozialen Stadtentwicklung zu schaffen sowie Fachkräfte verschiedener Berufsgruppen und Positionen miteinander zu verbinden. Andererseits hat MARGE als Antrieb für die Wertschätzung der an der sozialen Entwicklung beteiligten Akteur*innen fungiert und zur Anerkennung der Wichtigkeit der Thematik und der Arbeitsmethoden durch Institutionen und Kolleg*innen geführt.

8.2.1. Die Entstehung einer grenzüberschreitenden Gemeinschaft

Der grenzüberschreitende Austausch stellt einen Spezialfall des internationalen Austauschs dar, der sich durch die räumliche Nähe der Akteure aus den verschiedenen Ländern auszeichnet. Dadurch sind direkte Begegnung und gegenseitige Besuche leichter möglich und bei Bedarf auch relativ einfach zu wiederholen und zu verstetigen. Im Gegensatz zum internationalen Austausch geht es beim grenzüberschreitenden Austausch nicht um den (häufig singulären) Kontakt mit einem räumlich fernen Raum, der vom eigenen klar abgegrenzt ist. Vielmehr erweitert sich beim grenzüberschreitenden Austausch das eigene Umfeld. Es entsteht ein neuer, gemeinsamer Raum. Was vorher als trennende Grenze wahrgenommen wurde, wird nun in der Wahrnehmung ein gemeinsamer Raum, ein Grenzraum, der eher verbindet als trennt. Wir finden diesen Gedanken bei Saskia Sassens Begriff „borderlands“: Grenze ist in ihrem Verständnis nicht nur eine Linie, die zwei verschiedene Räume und Realitäten voneinander trennt, sie sieht diese Linie vielmehr als analytischen Raum, den es zu entdecken gilt (vgl. Sassen in Interview mit Bourdeau-LePage, 2009). Und Claude Courlet weist daraufhin, dass die Grenze, die tatsächlich zwei politische Machtbereiche voneinander trennt, sowohl als Möglichkeit der Abgrenzung als auch der Kontaktaufnahme verstanden werden kann: „Spielt die Grenze am Ende nicht beide Rollen, ist sie nicht genauso eine [verbindende] Naht wie ein [trennender]Schnitt?" (Courlet, 1988: 9, Übersetzung u. [Ergänzung] JG)

MARGE hat also grenzüberschreitenden Austausch ermöglicht. Aber ist dadurch auch eine grenzüberschreitende Kompetenz bei den Teilnehmenden entstanden bzw. gewachsen? Sind die Teilnehmenden zu Grenzgängern geworden?

In der Soziologie gibt es bei verschiedenen Autoren Auseinandersetzungen mit „dem Fremden“ bzw. dem „Reisenden“: Georg Simmel (1908) bezeichnet den Fremden als einen „Wandernden, der heute kommt und morgen bleibt” (47), der aber die „Gelöstheit des Kommens und Gehens nicht ganz überwunden hat (ebd.). Gerade, dass der Fremde bleibt (ohne sich jedoch völlig anzupassen), macht ihn zum Fremden und macht ihn für die Autochthonen zur Herausforderung. Robert Park (1928) spricht vom „marginal man“, vom Randseiter, der auf der Grenze zweier Kulturen lebt (68). Er hat eine hohe kulturelle Kompetenz sowohl in seiner Ursprungs- als auch in der Aufnahmegesellschaft. Er kann dadurch ein Mittler zwischen den Welten sein. Allerdings ist seine Rolle gerade dadurch auch marginal, weil er dadurch die (unreflektierte) Selbstgewissheit desjenigen verliert, der sein Umfeld nie verlassen hat. Beide Begriffe gehen über den kurzfristigen Besuch hinaus und bezeichnen jemanden, der längerfristig in eine neue Welt eintaucht, zumindest beginnt sie zu verstehen, aber gleichwohl ein Stück weit fremd bleibt.

Alfred Schütz (1944) beschreibt in seinem „Fremden“ den Versuch der Annäherung an eine fremde Lebenswelt, in der der Fremde zunächst einem „Denken-wie-üblich“ verhaftet bleibt (79). Da seine bisherigen Auslegeschemata aber nicht passen, kommt es zunächst zur Handlungsunsicherheit. Schütz‘ Fremdem stellt sich die Aufgabe über die Rolle des Beobachters hinauszugehen, d.h. er soll nicht nur verstehen, sondern das Verstehen muss sich als Anleitung zum Handeln bewähren. Er muss den Sprung „vom Parkett auf die Bühne“ (81) schaffen. Es braucht in der Regel Zeit, bis der Fremde so viel Erfahrung und Kompetenz erworben hat, dass er die neuen Schemata souverän selbst verwenden kann und sie zur „fraglosen Selbstverständlichkeit“ (87) geworden sind.

Die Situation dieser „Fremden“ in diesen klassischen und bekannten soziologischen Texten unterscheidet sich insofern deutlich von den Erfahrungen und Voraussetzungen der Teilnehmenden am Projekt MARGE als es dabei ja nicht um den dauerhaften Wechsel der Umwelt geht. Vielmehr geht es bei MARGE um Begegnung, Austausch und ein zeitweiliges Eintauchen in ein anderes Umfeld mit dem Ziel, hieraus Nutzen für die Situation „zuhause“ zu ziehen.

Waren die Margianer*innen somit vielleicht nur touristisch unterwegs, MARGE ein „Reisebüro der Sozialen Stadtentwicklung“?

Ulf Hannerz (1990) geht in seiner Unterscheidung zwischen den Sesshaften und den Kosmopoliten auch auf den Touristen ein. Dem klassischen Touristen spricht er die Bereitschaft ab, sich auf fremde Deutungssysteme einzulassen. Vielmehr suche dieser in der Fremde das, was er von zuhause kenne, garniert mit angenehmen Extras wie Wettersicherheit und landschaftlichen Reizen, ohne die Bereitschaft mit-

gebrachte Überzeugungen in Frage zu stellen (145 f). Unter dieses Label lassen sich die Mitglieder von MARGE sicher nicht subsumieren. Demgegenüber zeichnet sich der Kosmopolit (im Gegensatz sowohl zum Sesshaften als auch zum Touristen) vor allem durch eine Einstellung aus, „eine Orientierung, eine Bereitschaft, sich auf das Andere einzulassen“ (142f). Dabei geht es nach Hannerz zunächst um die Offenheit „durch Zuhören, Beobachten, Intuition und Nachdenken“ (143) Zugang zu den neuen Erfahrungen zu finden und in einem zweiten Schritt darum sich im bis dato fremden „System von Bedeutungen... mehr oder weniger vertraut zu bewegen.“ (143)

Zumindest die erste Stufe des so skizzierten Kosmopolitismus, die Bereitschaft zuzuhören und zu beobachten und sich auf das Neue einzulassen, entspricht ziemlich gut den Beobachtungen, die wir im Rahmen von MARGE machen konnten. „Das Projekt ermöglicht es, Horizonte zu öffnen und verschiedene Erfahrungen zu machen, also aus der Routine auszubrechen und andere mögliche, offene Denkweisen kennen zu lernen ...“ (Wandzeitung 5. PG) und eine Teilnehmerin sagt: „Ich getraue mich zu empfinden, schon ein bisschen Grenzgängerin geworden zu sein.“ (Wandzeitung 5. PG).

Der Gegenstandsbereich von MARGE ist der grenzüberschreitende Austausch über (Quartierentwicklungsprojekte in) marginalisierte(n) Quartiere(n). Diese Grenzüberschreitung ist in sich bereits marginal. Auch wurden im Rahmen von MARGE nicht nur Quartiers- und Landesgrenzen überschritten, sondern auch Professionsgrenzen, indem neben der Sozialen Arbeit auch Akteure der Verwaltung einbezogen waren. Mit Bewohner*innen und Politiker*innen waren weitere Akteure mit anderen Rollen einbezogen. Auch hier galt es im Austausch zuweilen das „Denken-wie-üblich“ zu verlassen und durch Offenheit neue Erkenntnisse zu ermöglichen.

Damit der Grenzgänger einen Austausch zwischen zwei Systemen herstellen kann, braucht er eine doppelte Kompetenz. Er braucht einerseits eine Expertise im Thema (hier z.B. die Quartierentwicklung), um die richtigen Fragen zu stellen und um die für einen Austausch relevanten Bereiche zu identifizieren, aber auch um im jeweiligen System Gehör zu finden. Und er braucht die Expertise der Grenzüberschreitung: Die Bereitschaft sich auf Unsicherheiten einzulassen, Bewertungen zurückzustellen und Beobachtungen nicht zu generalisieren. Quartierentwicklung ist eine Zusammenarbeit mit vielen Akteuren. Es hängt unter anderem von der Expertise und der Überzeugungskraft des Grenzgängers (aber natürlich auch von der Offenheit des jeweiligen Systems) ab, inwieweit es ihm gelingt weitere relevante Akteure von der grenzüberschreitenden Perspektive zu überzeugen, damit die dadurch gewonnenen Impulse zur sozialen Innovation im Quartier werden können.

Mehrere Teilnehmende berichten von Wissenszuwachs über die Arbeit der KollegInnen im anderen Land. Allerdings wird auch immer wieder geäussert, dass man noch zu wenig wisse. Die politischen Systeme mit ihren Unterschieden, die Programme der Sozialen Stadtentwicklung, die Wohnungspolitik: All das ist komplex und für Aussenstehende schwer zu durchdringen. Es wurde häufig geäussert, dass man noch mehr wissen müsste: „Der Anfang ist gemacht und es muss fortgesetzt werden.“ (Wandzeitung 5. PG) In der Psychologie wird die Erkenntnis darüber, was man alles (noch) nicht weiss, allerdings weniger als Indiz für fehlende Kompetenz, sondern vielmehr als Kompetenzgewinn bzw. als eine höhere Stufe der Kompetenzentwicklung verstanden (vgl. Adams, o.J.). Insofern kann von einem Zuwachs an grenzüberschreitenden Kompetenzen durch MARGE ausgegangen werden.

Ziel von MARGE war, die Erfahrungen der ausländischen Quartiere für Transfer und Innovation im eigenen Quartier zu nutzen. Inwiefern sich dies realisieren wird, bleibt noch abzuwarten. Allerdings sind die beteiligten Akteur*innen bis jetzt sehr motiviert dazu, haben bereits Anregungen aufgegriffen und konkrete Ideen entwickelt und starten gerade in die Umsetzungsphase. Teilweise erfordern die Projektideen den Einbezug weiterer Akteur*innen, die (noch) nicht an MARGE beteiligt waren. Teilweise hängen die Ideen von (städte-)baulichen Maßnahmen ab, die noch Zeit brauchen etc.. Es liegt auch auf der Hand, dass es nicht darum gehen kann und soll, Projekte 1:1 zu transferieren. Schliesslich ist die Soziale Stadtentwicklung dem Bedarf und den Interessen der Bevölkerung vor Ort verpflichtet und diese sind bei allen Ähnlichkeiten doch auch in jedem Quartier spezifisch. Insofern gilt es hier das von Dieter Oelschlägel postulierte „Prinzip der lokalen Richtigkeit“ (Vgl. Oelschlägel, 2011) zu beherzigen.

Eine ganze Reihe von Ideen wurden im Rahmen der Transferphase aufgegriffen. So möchte ein Quartier inspiriert durch ein ausländisches Partnerquartier einen Bewohnertreff einrichten, bei dem die Verantwortung (festgemacht an der Schlüsselhoheit) an die Bewohner*innen übergeben werden soll. Andere Ideen, die durch die Felderkundungen aufgegriffen wurden und nach Möglichkeit umgesetzt werden sollen, sind etwa eine niederschwellige Hausaufgabenbetreuung vernetzt mit einem Spielangebot oder die Mitbestimmung der Bewohner*innen bei der Neubelegung von Nachbarwohnungen. Am konkretesten gediehen ist die Umsetzung eines grenzüberschreitenden Quartiersfests, das in den Quartieren Port du Rhin (Strasbourg) und Kehl-Kreuzmatt am 6. und 7. Juli 2019 stattgefunden hat.

Die von der Forschungsgruppe formulierte Hypothese „MARGE hat die Gründung einer ´grenzüberschreitenden Community´ ermöglicht.“ erfährt breite Zustimmung durch die Teilnehmenden. Es wurden neue Kontakte geknüpft, die auch eigenaktiv weitergepflegt werden. So fanden neben den von der Steuerungsgruppe initiierten Felderkundungen teils auch „autonome“ Besuche in den ausländischen Quartieren statt. Aber auch zwischen den Quartieren im eigenen Land kam es teils zu einem engeren Austausch, so trafen sich die Schweizer Quartiersarbeiterinnen mehrmals zur Intervision. Es wurde der Wunsch geäußert den grenzüberschreitenden Austausch auch über das Projektende hinaus zu ermöglichen: „Wichtig finde ich, dass auch nach Projektende ein Austausch fortgeführt wird.“ (Wandzeitung 5. PG) und auch weitere Akteure einzubinden.

Auch die Hypothese „Ein erfolgreicher grenzüberschreitender Austausch erfordert sowohl persönliches Engagement und Bereitschaft sowie die Unterstützung meiner Institution.“ erfährt grosse Zustimmung unter den Praxispartnern. Es braucht, so scheint es, Individuen, die vom Nutzen des grenzüberschreitenden Austauschs überzeugt sind, die persönlich motiviert und in der Lage sind am grenzüberschreitenden Austausch teilzunehmen. Aber sie brauchen auch „Rückendeckung“ in Form von zeitlicher Freistellung und Kostenerstattung, um an dem Austausch teilnehmen zu können, der durch die Entfernungen und auch durch die Sprachbarriere immer mit Zeit und Aufwand verbunden ist. Und nicht zuletzt braucht es auch die Bereitschaft der beteiligten Personen und Organisationen die im grenzüberschreitenden Austausch gewonnenen Erkenntnisse und Ideen in der eigenen Organisation, im eigenen Quartier zu nutzen und umzusetzen.

8.2.2. Eine Möglichkeit für Anerkennung

Neben der Tatsache Grenzgänger*innen geworden zu sein und das Gefühl zu ha-

ben, zu einer grenzüberschreitenden Gemeinschaft zu gehören, haben die in das Projekt MARGE einbezogenen Fachleute und die Bewohner*innen konstatiert, dass der grenzüberschreitende Austausch eine Möglichkeit für Anerkennung darstellt. Damit liegt der Fokus im vorliegenden Abschnitt auf dem Ausdruck positiver Wertschätzung gegenüber Akteurinnen und Akteuren der sozialen Stadtentwicklung. Anerkennung wird folglich zunächst nicht in seiner theoretisch-systematischen Konzipierung verstanden, sondern in seiner alltagssprachlichen und normativ geprägten Wortverwendung und ist daher gleichbedeutend mit Lob, Würdigung, Achtung, Respekt und Wertschätzung (vgl. Frischmann 2009: 148).

Eines der Hauptziele von MARGE ist und war es, den grenzüberschreitenden Austausch zwischen Akteurinnen und Akteuren der Quartier- und Stadtentwicklung zu fördern. Hierfür wurden nebst regelmäßig stattfindenden Projektgruppentreffen auch sogenannte grenzüberschreitende Felderkundungsbesuche in allen neun MARGE Quartieren durchgeführt. Die Durchführung dieser ein- bis zweitägigen Besuche ermöglichten den Praktikerinnen und Praktikern einen Einblick in die Handlungspraxis der sozialen Stadtentwicklung in der Oberrheinregion und lieferte darüber hinaus Erkenntnisse zu ähnlichen Themen und Herausforderungen. Nebstdem sie alternative Handlungsmöglichkeiten kennenlernten und in den Austausch mit weiteren Fachpersonen kamen, boten diese grenzüberschreitenden Settings zahlreiche Gelegenheiten, um die eigene Handlungspraxis zu reflektieren. Dies führte auf Seiten der Fachpersonen unter anderem zur «positiven Bewertung von Personen und ihrer Handlungen» und somit zu Wertschätzung (vgl. Kreft/Mielenz 2013: 1011):

> «*Insgesamt war der Tag für mich sehr positiv und er hat mir gezeigt, dass in [Name des Quartiers] in den letzten Jahren viel Energie und Herzblut für ein positives Zusammenleben investiert wurde; sowohl von Seiten der Verwaltung, als auch von den Quartierbewohner*innen selber. Die so entstandenen Veränderungen sind im Quartier sicht- und spürbar – auch für Aussenstehende.*»
> (Notizen Gastgebende einer Felderkundung in der Schweiz)

> «*Letztendlich haben mir die Felderkundungsbesuche gezeigt, dass bei uns im Quartier doch nicht alles so schlecht läuft und dass wir eine gute Arbeit machen.*»
> (Gedächtnisprotokoll, Mitglied einer Schweizer Fokusgruppe)

> «*Durch die grenzüberschreitenden Felderkundungen wurde mir bewusst, dass das, was wir machen, gar nicht so schlecht ist. In der Schweiz und in Deutschland machen sie es zwar anders, aber unsere Art zu arbeiten im Rahmen des Programms Politique de la ville ist auch gut.*»
> (Gedächtnisprotokoll, Mitglied einer französischen Fokusgruppe)

> «*Wir waren sehr begeistert von der guten Arbeitsatmosphäre und den sehr interessierten Besucher*innen. Gefreut hat uns auch die Rückmeldung, dass unsere Arbeit positiv und wertschätzend wahrgenommen wird.*»
> (Notizen Gastgebende eines Felderkundungsbesuchs in Deutschland)

Der grenzüberschreitende Austausch rückte nicht nur die eigene Arbeit in den Mittelpunkt individueller Betrachtungsweisen, sondern auch örtliche Angebote und Dienstleistungen. Denn indem Akteurinnen und Akteure der Quartier- und Stadtentwicklung Einblick in die Tätigkeiten anderer Fachkräfte erhalten haben, lernten

sie auch die im Rahmen der Quartier- und Stadtentwicklung durchgeführten Aktivitäten näher kennen. Auch die Bewertung dieser Angebote und Dienstleistungen fiel oftmals positiv auf:

> «*Die Stadtteilzeitung (...) hat uns sehr beeindruckt; offene Redaktionskonferenzen, bei denen Interessierte teilnehmen können; die Wahl der Themen, bei der ebenfalls viele mitmachen können und natürlich die Möglichkeit, Texte beizusteuern. Auch die Tatsache, dass Beiträge in anderen Sprachen, in den Sprachen der Bewohner*innen abgedruckt werden. Dies fördert die Identifikation mit ihrem Stadtteil.*»
> (Notizen Gast einer Felderkundung in der Schweiz)

Die Gründe für diese mehrheitlich positiv erfolgten Bewertungen liegen unteranderem darin, dass es im Kontext von grenzüberschreitendem Austausch primär darum geht, die unterschiedlichen Denk- und Handlungsweisen von Fachpersonen vor dem Hintergrund lokaler Begebenheiten zu verstehen. Denn während der dreijährigen Projektlaufzeit hat sich von Seiten der Fachpersonen immer wieder ein Bedarf nach zusätzlichen länderspezifischen Informationen gezeigt. Im Mittelpunkt ihres Interesses standen die verschiedenen sozialstaatlichen Systeme und die damit einhergehenden Fragen nach den Organisationsformen, Zuständigkeitsbereichen, Art der Finanzierungen etc. . Schwierigkeiten, Herausforderungen und Konflikte wurden dadurch nur vereinzelt und mehrheitlich erst gegen Projektende thematisiert. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der Grossteil der Akteurinnen und Akteure der sozialen Stadtentwicklung darum bemüht waren, die schönen und positiven Aspekte ihrer Gemeinde resp. ihres Quartiers zu erläutern. Zum anderen sah das Projektdesign vor, soziale Innovationen in den Quartieren durch den Transfer von Good-Practice Modellen zu fördern. Folglich wurden bei den grenzüberschreitenden Felderkundungen im Sinne von Good-Practice (vgl. Fabian et al. 2014: 15) primär Projekte vorgestellt, die Erfolg versprechende Lösungen oder Verfahrensweisen aufwiesen und von den Fachpersonen vor Ort als besonders «transferwürdig» bewertet worden sind.

Anerkennung und Wertschätzung erfolgte jedoch nicht nur von Seiten der Besucherinnen und Besucher, sondern war und ist auch auf territorialer resp. lokaler Ebene wahrnehmbar. So stellte beispielsweise der im Rahmen einer grenzüberschreitenden Felderkundung in Frankreich stattgefundene Besuch beim Präfekten eine für die involvierten französischen Akteurinnen und Akteuren noch nie erfolgte Begegnung dar. Der Austausch zwischen den Gästen und dem Präfekten als Vertreter des Staates und ausführendes Organ der Politik hinterliess bei den Fachkräften einen bleibenden Eindruck. Insbesondere die lokalen Akteurinnen und Akteuren erachteten die durch den grenzüberschreitenden Austausch möglich gewordene Begegnung als Zeichen der Wertschätzung ihrer professionellen Tätigkeiten. Ein weiteres Beispiel stellt eine im Anschluss an eine grenzüberschreitende Felderkundung erfolgte Berichterstattung in einer Schweizer Lokalzeitung dar. Darin wurde der zweitägige Besuch internationaler Gäste in einer Schweizer Gemeinde resp. Quartier erwähnt. Das damit einhergehende mediale Aufsehen wirkte sich positiv auf die Wertschätzung und Sichtbarkeit der vor Ort tätigen Quartiersakteurinnen und –akteure aus. Ähnliches konnte im Rahmen der Fokusgruppentreffen in den neun MARGE-Quartieren beobachtet werden. Diese waren je nach Quartier interdisziplinär zusammengestellt und wiesen nebst Fachpersonen auch Freiwillige aus den Quartieren auf.

Die zweimal jährlich stattfindenden Treffen ermöglichten zum einen (neue) Kon-

takte zwischen Akteurinnen und Akteuren einer Gemeinde resp. eines Quartiers. Zum anderen wurde der Austausch innerhalb einer Gemeinde resp. eines Quartiers durch die regelmäßige Teilnahme gefördert, was sich wiederum positiv auf die Zusammenarbeit der involvierten Mitglieder auswirkte. Denn Ziel der Treffen war, die Mitglieder in anstehende Prozesse zu involvieren und sie über den aktuellen wie auch zukünftigen Projektverlauf zu informieren.

Die aufgeführten Beispiele zeigen exemplarisch, dass grenzüberschreitender Austausch einen Beitrag zur Wertschätzung und Legitimation der im Rahmen der Quartier- und Stadtentwicklung durchgeführten Aktivitäten leisten kann. Ausserdem wirkte sich die trinationale Projektanlage positiv auf die Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteuren der sozialen Stadtentwicklung aus – sowohl innerhalb einer Gemeinde resp. eines Quartiers als auch im grenzüberschreitenden Kontext.

Nachfolgend werden die Ergebnisse vor dem Hintergrund der gesellschaftskritischen Theorie der Anerkennung nach Honneth (2003) diskutiert.

Das Grundmodell von A. Honneth unterschiedet folgende drei Anerkennungsebenen: Liebe/Fürsorge, Leistung und Recht. Diese drei «Sphären» gelten als Entwicklung von Identität, Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl (vgl. Heite 2008: 15). Damit ist die Identitätsbildung gemäß Honneth abhängig von der Erfahrung intersubjektiver Anerkennung in sozialen und kulturellen Gemeinschaften (vgl. Heite 2011: 49). Denn erst durch die öffentliche Anerkennung der kollektiven Identität der jeweiligen Gemeinschaft kann eine «vollständige» Identität entwickelt werden (vgl. ebd.). Für die vorliegende Fragestellung von Bedeutung ist die Ebene der Leistung resp. der Solidarität. Diese bezieht sich auf die individuelle Leistung einer Person. Ihr zufolge ist die Vergabe von Anerkennung abhängig von den Beiträgen subjektiver und kollektiver Akteurinnen und Akteuren zum «gesellschaftlichen Gemeinwohl» (Honneth 2003: 165, zit. nach Heite 2011: 48). «Das Leistungsprinzip (...) ist somit auch die wesentliche Referenz sozialer Wertschätzung, (...).» (Voswinkel/Wagner 2013: 78) Je eher es also den Akteurinnen und Akteuren der sozialen Stadtentwicklung gelingt, die Gesellschaft auf die Bedeutung ihrer Eigenschaften und Fähigkeiten aufmerksam zu machen, desto besser stehen die Chancen, den sozialen Wert eines Kollektivs zu erhöhen (vgl. Honneth 2014: 178ff). Fachpersonen der Sozialen Arbeit sehen sich jedoch noch immer der Herausforderung gegenübergestellt, nicht dieselbe Anerkennung für ihre Leistung wie andere Professionen zu erfahren (vgl. Bereswill/Ehlert 2012). Die Gründe hierfür führt Heite (2008: 31f.) unteranderem auf die mangelnde positive Öffentlichkeitarbeit und fehlende sichtbare Erfolge zurück.

In Bezug auf MARGE lässt sich festhalten, dass der Schwerpunkt des grenzüberschreitenden Austauschs auf dem Kennenlernen neuer Methoden und Praktiken lag. Im Fokus stand somit die Förderung der professionellen Kompetenz – und nicht die Frage nach dem Beitrag an das gesellschaftliche Gemeinwohl oder an die Entwicklung einer professionellen Identität durch MARGE.

8.3. Die Sichtweise der anderen als Mittel für Innovation: Bürger*innenbeteiligung und Vertrauensverhältnis

Nachdem wir die Schwierigkeiten und Erfolge des grenzüberschreitenden Austauschs im Rahmen des Projekts MARGE herausgearbeitet haben, kann sich nun mit der letzten Frage befasst werden: Was hat das Projekt MARGE bezüglich der

Veränderung von Praktiken hervorgebracht? Um diese Frage zu beantworten, ist es sinnvoll, von den zahlreichen Überlegungen und Beobachtungen bezüglich der Bürger*innenbeteiligung, welche während des gesamten Projekts gesammelt wurden, auszugehen. Diese stellt einen zentralen Aspekt der sozialen Stadtentwicklung dar und war als solche während der gesamten Dauer des Projekts und insbesondere bei den grenzüberschreitenden Feldforschungsbesuchen omnipräsent.

In diesem Kapitel werden wir deshalb eine Reflexion über die Unterschiede innerhalb der Praxis der Einbeziehung der Einwohner*innen in die soziale Stadtentwicklung zwischen den drei Ländern vornehmen. Wir empfehlen dabei, diese als Abbildung für unterschiedliche Auffassungen von „Vertrauen“ zu verstehen.

8.3.1. Der Platz der Bewohner*innen: Was selbstverständlich ist und woran kein Gedanke verschwendet wird'

Beginnen wir mit zwei Auszügen aus dem Feldforschungsbuch:

Auszug aus dem Feldforschungsbuch: 31. Juli 2017

*Ich bin zurück vom Fokusgruppentreffen in Kehl und Pratteln. Ich hatte erwartet, Schweizer und deutsche Fachkräfte aus den Quartieren der beiden Städte zu treffen. Meine Überraschung war groß, als ich mich mit einer Vielzahl von Menschen wiederfand, die ich nicht kannte. Nach den üblichen, die Fokusgruppe eröffnenden Präsentationen, stelle ich fest, dass eine beträchtliche Anzahl an Personen am Tisch Bewohner*innen der Quartiere sind.*

*Auf Grund der Tatsache, dass ich selbst die französischen Fokusgruppen zusammengestellt hatte und dass mir der Gedanke Bewohner*innen einzuladen, nicht in den Sinn gekommen war, war der Schock umso größer. Ebenso wenig auf diese Idee gekommen zu sein, schienen die Fachkräfte der an dem Projekt beteiligten französischen Quartiere. Gleichzeitig jedoch war die Anweisung, welche meine Schweizer und deutschen Kolleg*innen bei der Bildung dieser Fokusgruppen angewendet hatten, dieselbe wie meine: „Die Akteur*innen des Quartiers zusammenzubringen“.*

Auszug aus dem Feldforschungsbuch: 14. – 15. Juni 2018

*Eine der an MARGE beteiligten Schweizer Gemeinden, Suhr, ist eine Gemeinde mit 10.000 Einwohner*innen, die durch direkte Demokratie funktioniert. Zweimal im Jahr stellen die Gemeinderäte in einer Bürgerversammlung die Entscheidungen und Richtlinien der Bürgerversammlung zur Debatte und stimmen mit allen Bürger*innen der Gemeinde im wahlberechtigten Alter über diese ab. Interessiert an dieser Art der Politik, schlage ich einem stellvertretenden Bürgermeister von Straßburg und einer stellvertretenden Präfektin der „Politique de la ville“ vor, an einer dieser Versammlungen teilzunehmen.*

*Vom 14.-15. Juni reist daher eine Delegation von mindestens 15 Französinnen und Franzosen nach Suhr im Kanton Aargau. Über 400 Einwohner*innen von Suhr nehmen an der Versammlung teil, wozu sich sagen lässt, dass die demokratische Praxis beeindruckend ist: Die Debatten sind hart und jeder vom Gemeinderat vorgeschlagene Punkt wird heftig diskutiert.*

*Jede*r vortragende Bürger*in, steht auf und geht zu einem Mikrofon in der Mitte des Saales, um eine Rede zu halten, die er/sie mutmaßlich vorab vorbereitet hat. Es wird zugehört, während kein Beifall oder Buhen dies unterbricht.*

Am Ende des Treffens finden sich alle zu einem Bier und Sandwiches zusammen, was die

Französinnen und Franzosen beeindruckt: Trotz manchmal hitziger Debatten scheinen sich alle zu verstehen.
Die Französinnen und Franzosen nutzen die Gelegenheit für eine Nachbesprechung.
*Der erste Punkt, den sie ansprechen, ist das, was sie als „demokratische Reife" der Schweizer Bürger*innen bezeichnen. Alle haben zugehört, während der Gemeinderat sehr wenig gesprochen hat. Lediglich der/die für das streitige Thema zuständige Stellvertreter*in sprach, als der jeweilige Punkt auf der Tagesordnung stand. Seine Kolleg*innen reagierten dabei nicht. Sie vertrauten ihm/ihr.*
*Die Französinnen und Franzosen stellen fest, dass es sich um eine Demokratie handelt, welche genau das Gegenteil der unseren ist: Repräsentative Demokratie vs. Direkte Demokratie. Im französischen Fall vertrauen die Französinnen und Franzosen darauf, dass gewählte Vertreter*innen während ihrer Amtszeit „an ihrer Stelle" Entscheidungen treffen. Wenn die Entscheidungen nicht in ihrem Sinne sind, werden die Vertreter*innen am Ende ihrer Amtszeit nicht wiedergewählt. Auf Schweizer Seite wählen die Bürger*innen einen Gemeinderat, der für die Umsetzung ihrer Entscheidungen zuständig ist. Der Gemeinderat muss somit für jede seiner Entscheidungen einen Konsens finden, indem er die Vielfalt der Bürger*innen widerspiegelt.*
Zusammenfassend stellen die Französinnen und Franzosen fest: „Dies wäre bei uns völlig unmöglich".

Diese beiden Erfahrungen zeugen zunächst davon, dass „das Andere", das Fremde, es ermöglicht das „Selbstverständliche" im eigenen System zu reflektieren.

Ohne diesen Blick von außen, wären die französischen Teilnehmer*innen nicht zu der folgenden einfachen Erkenntnis gelangt: Es ist auch möglich es anders zu machen. Nun können diese Beobachtungen vertieft werden. Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass es in Frankreich keine Teilnahme gibt, sondern vielmehr, dass die Bedingungen für eine solche Teilnahme nicht dieselben sind. Aus den im Rahmen des Projekts erhobenen und analysierten Daten ist es nun möglich, eine Analyse dieser Beteiligungsvoraussetzungen vorzunehmen. Der wichtigste Faktor der Beteiligung scheint das Vertrauen zu sein, welches zwischen den einzelnen Ebenen der sozialen Stadtentwicklung besteht. Diese beiden von französischen Fachkräften stammenden und während der Projektgruppentreffen entstandenen schriftlichen Auszüge, sind Reaktionen auf folgende Behauptung: „Das Projekt MARGE hat verschiedene Arten der Beteiligung in den drei Ländern hervorgebracht":

*Tatsächlich!!! Wir haben den Eindruck, dass sich Frankreich diesbezüglich von Deutschland unterscheidet. Der/die Sozialarbeiter*in wird häufig auf eine ausführende Rolle beschränkt. Es existiert ein systemisches Misstrauen gegenüber Sozialarbeiter*innen, während Sozialarbeiter*innen in Deutschland offenbar mehr Autonomie genießen.*

*In Frankreich gibt es viel zu viele Bestimmungen, über die die Öffentlichkeit keinen Überblick mehr hat. Die Politik legt Sachen fest, während es anschließend Aufgabe der Sozialarbeiter*innen und ihren Partner*innen ist, dies zu den Bewohner*innen zu tragen, obwohl die Ideen von den Bewohner*innen selbst kommen sollten.*

Es scheint uns interessant, das Vertrauen und insbesondere das Vertrauensverhältnis zwischen Politik, Verwaltungen, lokalen Akteur*innen und Bewohner*innen der Quartiere als einen der wesentlichen Erklärungsfaktoren für diese Unterschiede zu betrachten. Um diese Hypothese zu verdeutlichen, kommen wir zunächst auf das

zurück, was wir als „Vertrauensbericht" bezeichnen, bevor wir diesen wieder im Kontext der Politik und Praxis der sozialen Stadtentwicklung der drei Länder betrachten.

8.3.2. Das Vertrauensverhältnis als soziale Gestaltung der wechselseitigen Abhängigkeit

Vertrauen, aus dem lateinischen con-fidere: vertrauen; sich verlassen, bedeutet für die Philosophin Michela Marzano „jemandem etwas Wertvolles zu geben, ihm zu vertrauen und sich so seinem Wohlwollen und seiner Aufrichtigkeit zu überlassen." (Marzano, 2010, 53) Dies bedeutet nicht, dass Vertrauen blind ist, sondern lediglich, dass Vertrauen ein notwendiges Risiko für das Leben in der Gesellschaft darstellt. Ohne Vertrauen würde ich mein Geld nicht auf die Bank bringen, ohne Vertrauen würde ich keine Briefe per Post verschicken, ohne Vertrauen würde ich meine Kinder nicht zur Schule schicken.

Vertrauen ermöglicht es uns, aus den zwischenmenschlichen Beziehungen, welche die Gemeinschaft charakterisieren, auszusteigen (ich habe Vertrauen, da du aus derselben Familie oder demselben Dorf kommst, oder dieselbe ethnische Zugehörigkeit besitzt) und in die Gesellschaft einzutreten (ich habe Vertrauen in die Institutionen). Norbert Elias beschreibt nichts anderes, wenn er die Wechselbeziehungen zwischen allen Individuen untereinander innerhalb einer Gesellschaft beschreibt: „Jede Gruppe und jedes Individuum wird auf Grund der Spezifität seiner eigenen Aufgaben in funktioneller Hinsicht immer abhängiger von anderen. Die Interdependenzkette differenziert und verlängert sich, sie wird dabei immer schwerer wahrnehmbar und entzieht sich so der Kontrolle des Einzelnen und der Gruppe" (Elias, 1981, 79). Diese in einer globalen Welt zunehmende Interdependenz (ohne darauf abzuzielen, vertraue ich durch den Kauf eines Autos asiatischen Arbeiter*innen, die den Großteil der Einzelteile für dieses herstellen) schafft das Risiko, dass zugleich jede*r Einzelne verletzlich und abhängig voneinander wird (Beck, 1986). Dieser Grad an Vulnerabilität und Abhängigkeit wird allgemein nur dann erkannt, wenn ein unerwünschtes Ereignis eintritt und dieses Vertrauen wieder in Frage gestellt wird (Goffman, 2013).

Jede Gesellschaft produziert folglich Regeln, Normen und Gesetze, die das Vertrauen umrahmen, und stellt ein spezifisches „Vertrauensverhältnis" zwischen den verschiedenen Komponenten der Gesellschaft her. Jeder Teil der Gesellschaft „weiß" was von den anderen Akteur*innen zu erwarten ist, und kann dabei Teil der „Vertrauenskette" sein, die alle Individuen verbindet. Wir definieren somit das Vertrauensverhältnis als die *soziale Gestaltung der Interdependenz zwischen Individuen und Institutionen sowie der Steuerung der daraus resultierenden Risiken, Schwachstellen und Ressourcen*[2].

8.3.3 Vertrauensverhältnis und Bürger*innenbeteiligung in Frankreich, Deutschland und der Schweiz

Die soziale Stadtentwicklung ist natürlich Teil dieser Kette, wie die beiden oben beschriebenen Erfahrungen veranschaulichen. Die Einbeziehung der Bevölkerung in die sie betreffende Politik setzt gegenseitiges Vertrauen auf allen Ebenen (Politik, Verwaltung, Soziale Arbeit, Bevölkerung) voraus. Daher ist es notwendig zu verstehen, wie genau diese Beteiligung gedacht wird (Becker, 2016). In Frankreich war seit 1977 die Mobilisierung von Bewohner*innen und deren Einbindung in die Quartie-

re eines der wesentlichen Elemente der verschiedenen Programme der Politique de la ville (Centre d'analyse stratégique, 2012). Die Politique de la ville ist eine der ersten politischen Maßnahmen Frankreichs, bei denen die Beteiligung der Bewohner*innen und der lokalen Demokratie gleichermaßen wichtig ist. Es ist jedoch anzumerken, dass die Kritik am Scheitern dieser Beteiligung ebenso redundant ist wie die Einbeziehung dieser in das Programm. Der Widerspruch zwischen einer angeordneten, notwendigerweise institutionalisierten Bürger*innenbeteiligung, welche durch die Politik manipuliert wird und kritischen als auch anti-institutionellen Initiativen der Bewohner*innen, stellt eine Spaltung dar, welche die Stadtpolitik seit ihrer Entstehung strukturiert. (Baqué, Mechmache, 2013).

Auf deutscher Seite ist auf die Auswirkungen der politischen Tradition bezüglich der Bürger*innenbeteiligung hinzuweisen. Nach dem Zweiten Weltkrieg baute das politische System auf einer Reduzierung der Staatsgewalt auf, wobei es insbesondere den Kirchen und den „Mittlerorganisationen" (Gewerkschaften, NGOs ...) zunehmend Raum bot. Nach der gleichen Logik sind in Deutschland die Möglichkeiten einer direkten Einflussnahme von Staatsbürger*innen in Bezug auf die Staatsgewalt in Form von Volksabstimmungen oder Referenden, wie dies in Frankreich und der Schweiz der Fall ist, eingeschränkt.

Beim Programm **Soziale Stadt** wird unter Partizipation beides verstanden:

- Beteiligung der lokalen Akteur*innen (Kirchen und nicht religiöse Institutionen). Es geht darum, die Akteur*innen zu vernetzen und zu koordinieren,
- Beteiligung der Bewohner*innen im Sinne von bürger*innenschaftlichem Engagement und politischer Beteiligung.

In Deutschland ist die Teilnahme auf mehreren Stufen vorgesehen (vgl. Text Partizipation, s. Kapitel 5.2). Von Information bis zur Selbstverwaltung, räumen die Partizipationspraktiken der „Handlungsfähigkeit" der Bewohner*innen einen wichtigen Platz ein. Im Zentrum der Prinzipien und Praktiken der Sozialen Arbeit in Stadtteilen steht daher die „Gemeinwesenarbeit", welche auf territorialer Ebene die Beziehungen zwischen der Gemeinde, den Vereinen und den Einwohner*innen organisiert. Von Mediationsarbeit bis hin zu Empowerment-Ansätzen kann die Gemeinwesenarbeit auf Grundsätzen aufbauen, die mehr auf Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse abzielen als auf Verhaltensänderung der Bevölkerung (Oelschlägel, 2016). Trotz dieser Vielfalt an Methoden wurzeln Empowerment-Ansätze mehr in Ausbildung und Habitus der Sozialarbeiter*innen als dies in Frankreich der Fall ist. Nichtsdestotrotz wird in Deutschland auch Kritik am Quartiersmanagement geübt, welchem vorgeworfen wird, die Sichtweise der Stadtverwaltung stärker zu vertreten als die der Einwohner*innen.

Eines der vielen Klischees über die Schweiz macht es zum Paradies für Partizipation schlechthin. Der nahezu beispiellose Grad an Föderalisierung und direkter lokaler Demokratie ist weitestgehend bekannt, was auch die Erfahrungen in Suhr im Rahmen des Projekts MARGE belegen, obgleich wir auch auf die zahlreichen Volksabstimmungen (Referenden) oder gesellschaftlichen und politischen Initiativen hätten verweisen können. Die zur Teilnahme berechtigten Personen bleiben jedoch Schweizer Staatsbürger*innen, während ausländische Bewohner*innen, welche zwischen 30% und 50% der Bevölkerung der betroffenen Quartiere ausmachen, von

der Abstimmung ausgeschlossen sind. Paradoxerweise schafft die direkte Demokratie dabei auch zusätzliche Schwierigkeiten für die Quartiere. Bewohner*innen von außerhalb der jeweiligen Quartiere weigern sich zuweilen, zusätzliche Steuern zu zahlen, um soziale Maßnahmen in den Quartieren umsetzen zu können. Einen weiteren Nachteil stellt dar, dass Bewohner*innen der Ansicht sein können, es gebe bereits genügend Partizipation und dabei nicht die Notwendigkeit weniger institutionalisierter Partizipationsmöglichkeiten erkennen.

Um diese Überlegungen zusammenzufassen, greift das folgende Schema die verschiedenen in die „Vertrauenskette" einbezogenen Stufen auf Quartiersebene auf:

8.3.4. Unterschiedliche Vertrauensverhältnisse

Diese wenigen Vergleichselemente zeugen von einer differenzierten Ausgestaltung des Vertrauensverhältnisses zwischen der Politik, den Verwaltungen, der Zivilgesellschaft, darunter Träger Sozialer Arbeit Sozialer Arbeit und den Bewohner*innen der marginalisierten Quartiere. Alle folgenden Aussagen müssen in den Kontext des Projekts MARGE gestellt werden. Sie ergeben sich aus der Analyse der Daten der neun Quartiere des Oberrheingebiets und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

8.3.4.1. Ein Vertrauensverhältnis zwischen republikanischer Gleichheit und Delegation in den französischen Quartieren

Die Schweizer und deutschen Partner*innen des Projekts MARGE wurden über das gesamte Projekt hinweg bei grenzüberschreitenden Feldforschungsbesuchen Zeug*innen einer doppelten Überraschung. Die erste Überraschung ist die, dass das Konzept der Gleichheit in den Diskursen der französischen Teilnehmer*innen und in der allgemeinen Politique de la ville allgegenwärtig ist. Die zweite Überraschung ist, dass die Französinnen und Franzosen auf Schwierigkeiten bei der „Bürger*innenbeteiligung" stießen. Uns scheint, dass diese fremden Beobachtungen miteinander in Verbindung gebracht werden können und dass sie ein spezifisches Vertrauensverhältnis beschreiben, welches wir nun genauer untersuchen werden. Die Umsetzung des Konzepts der Gleichheit in der gesamten öffentlichen Politik der sozialen Stadtentwicklung (territoriale Gleichheit, Chancengleichheit usw.) ist ein wichtiges Merkmal für die öffentliche Ordnung in Frankreich.

Darin wird die Stellung des Staates in der Sozialpolitik verdeutlicht. Dies ist einer der am meisten diskutierten Aspekte der Schweizer und deutschen Teilnehmer*innen im Rahmen der Besuche in französischen Quartieren. Die Anwesenheit von „Delegierten des Präfekten“ oder das Treffen mit dem Präfekten selbst während einer der Besuche führte die ausländischen Teilnehmer*innen dazu, das Konzept zu hinterfragen: „Wenn es sich tatsächlich um eine die Bewohner*innen und die Gemeinde betreffende Politik handelt, was macht dann der Staat dort?“ Ihnen zu erklären, dass der französische Staat die Gleichheit aller Teile des Staatsgebietes gewährleistet und er es folglich ist, der die Politik der sozialen Stadtentwicklung leitet, war eine echte Herausforderung. Das hier zum Ausdruck gebrachte Vertrauen beruht auf der Gewissheit, dass sich der französische Zentralstaat durch eine Neuverteilung des Nationaleinkommens für die am stärksten marginalisierten (Stadt-) Gebiete einsetzt. Diese Suche nach Gleichberechtigung baut jedoch in den drei untersuchten französischen Quartieren auf einem zweiten Merkmal des Vertrauensverhältnisses auf: der Delegation.

Um diese Gleichheit zu erreichen, bestimmt der französische Staat, welche Quartiere Entwicklungsbedarf besitzen, um dann auf der lokalen Ebene die Umsetzung der Maßnahmen anzukurbeln. Der Ansatz und die Besonderheit des französischen Vertrauensverhältnisses ist daher „Top-Down“ und hat seinen Ausgang bei der Zentralregierung, bevor es zu den Quartieren gelangt. Trotz zahlreicher Verhandlungen auf kommunaler Ebene, ist die lokale Umsetzung der Politique de la ville nach wie vor durch eine schwache Autonomie der Zivilgesellschaft und der Bewohner*innen gekennzeichnet. Die Politik und die Verwaltungen wissen, was für die Bewohner*innen am besten ist, während letztere an sie herangetragene und bereits geplante sowie finanzierte Projekte gewöhnt sind. Anders ausgedrückt, wählen die Einwohner*innen die Politiker*innen, an die sie für die Dauer einer Amtszeit ihre Entscheidungskompetenz übertragen.

Diese politischen Vertreter*innen kontrollieren die Arbeit der Verwaltungen, welche wiederum die Arbeit der Zivilgesellschaft kontrollieren, an welche sie schließlich einen Teil der Arbeit im Quartier mit den Einwohner*innen delegieren. Einige Soziolog*innen sprechen dabei von Bevormundung und einer „Anti-Empowerment-Agenda“: „Anstatt Platz für die Quartiere im demokratischen Leben zu schaffen, wurde auf Grund der Institutionalisierung der Politique de la ville eine echte Anti-Empowerment-Agenda begründet.“ (Kirszbaum, 2011)

Dieses Vertrauensverhältnis impliziert, was sich als Misstrauensverhältnis bezeichnen ließe: Was passiert, wenn die Bewohner*innen ihren Widerspruch zum Ausdruck bringen möchten und das Vertrauensverhältnis dabei auf der Delegation basiert? Die Art der Kritik und Gegenmacht der Bewohner*innen kann daher nur durch Konflikte zum Ausdruck gebracht werden, was sicherlich die Erklärung für die vielen Streiks und Demonstrationen ist und die Nachbar*innen der anderen Rheinseite durchaus überrascht hat. Des Weiteren ist diese Art von Vertrauensverhältnis in der gesamten Gesellschaft in den letzten Jahren stark geschädigt worden, wofür die Proteste der „Gelbwesten“ und die Unruhen in Arbeiter*innenvierteln der offensichtliche Beweis sind. Während sich die Förderung der lokalen Demokratie und eine stärkere Bürger*innenbeteiligung auf allen Ebenen weiterentwickelt und dies durch die Verschiebung des Konzepts von „Beteiligung“ zu „Mitgestaltung“ in der Politique de la ville deutlich wird, findet kein radikaler Modellwechsel statt, wodurch das Vertrauensverhältnis gleichzeitig weiterhin abnimmt.

Zusammenfassend lässt sich bezüglich des in den drei am Projekt MARGE teilnehmenden Quartiere bestehenden Vertrauensverhältnisses festhalten, dass dieses ein „auf der Förderung von Gleichheit durch Delegation beruhendes Vertrauensverhältnis ist“. Mit anderen Worten: Es delegieren alle Kettenglieder dieser Vertrauenskette Verantwortung und Entscheidungen an die nächst „höhere“ Ebene, wobei die höchste Ebene die Politik und den Zentralstaat darstellt. Während der gesamten Aktionsforschung von MARGE wurde daher besonders deutlich, dass die französischen Teilnehmer*innen einen großen Teil ihrer Missstände dem Verantwortungsbereich der „Gewählten“ zuwiesen, während dieses Phänomen in Deutschland und der Schweiz weniger zu beobachten war.

8.3.4.2. Ein auf der Subsidiarität basierendes Vertrauensverhältnis in den deutschen Quartieren

Auf deutscher Seite wirken sich verschiedene kulturelle und strukturelle Faktoren auf das Vertrauensverhältnis aus. Zunächst ist der Föderalismus und das ihm innewohnende Subsidiaritätsprinzip zu nennen. Das Subsidiaritätsprinzip ist ein universelles Prinzip, das wie folgt definiert wird: „Höhere Ebenen können nur dann unterstützend eingreifen, wenn ohne diese Intervention und ohne ihre Hilfe eine wesentliche Kompetenz auf einer niedrigeren Ebene fehlen würde.“ (Waschkuhn, 2013, 9) Dieser Grundsatz ist sowohl auf der Ebene der Verwaltungen als auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft von wesentlicher Bedeutung. Auf administrativer Ebene ist es zunächst die unterste Ebene, welche die öffentliche Politik im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen muss. Die soziale Stadtentwicklung ist daher in erster Linie eine kommunalpolitische Maßnahme. Der Bund und/oder das Bundesland beteiligen sich finanziell nur auf Antrag der Gemeinden. Dies erklärt sicherlich die Fragen der deutschen Teilnehmer*innen des Projekts MARGE bezüglich der kennzeichnenden Gegenwart des Staates innerhalb der französischen Quartiere. Das Subsidiaritätsprinzip schafft somit ein Vertrauensverhältnis, das auf der Nähe von Gemeindeverwaltung, Sozialarbeiter*innen und Einwohner*innen basiert. Es wird nicht alles in Berlin entschieden. Auf lokaler Ebene genießt die Zivilgesellschaft durch das Subsidiaritätsprinzip Vorrang vor den lokalen Behörden und dem Staat: Alles, was ein*e Einzelne*r, eine Familie oder eine Gruppe (Verbände...) aus eigenen Mitteln sicherstellen kann, dürfen der Staat oder die Gemeinden nicht an deren Stelle übernehmen. Somit bleibt den Verbänden und den freien Trägern der Sozialen Arbeit, die de facto einen großen Teil der Sozialpolitik in Deutschland ausmachen, eine relativ große Autonomie überlassen. Das Vertrauensverhältnis ist hier genau wie in Frankreich jedoch aus umgekehrter Sicht institutionalisiert. Der Vorrang liegt hierbei systematisch auf der niedrigstmöglichen Ebene.

Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dieses Vertrauensverhältnis nicht zu idealisieren, da ebenso zahlreiche Meinungsverschiedenheiten die Beziehungen zwischen Anwohner*innen, Zivilgesellschaft und Kommunen in den an MARGE beteiligten Quartiere beeinflusst haben und diese immer noch bestimmen. Hierbei ist die Praxis der Gemeinwesenarbeit interessant. Ihre „Vermittler*innenrolle“ zwischen der Gemeindeverwaltung und den Einwohner*innen und ihrem territorialen Auftrag bringen sie mitunter dazu, für die Einwohner*innen Partei zu ergreifen und sie bei ihren Forderungen zu unterstützen (Oelschlägel, 2016 [3]). Dies ist der Kern des Empowerments, welcher in der Ausbildung der deutschen Sozialarbeiter*innen konstitutiv ist und der sich in Frankreich nur schwer durchsetzen kann (Jouve, 2006). Die Praxis des Empowerments ergibt sich aus der Subsidiarität durch die Förderung der

Hilfe zur Selbsthilfe (Wagner 2016).

Der zweite sich auf das Vertrauensverhältnis auswirkende Faktor, ist was in den französischen Medien als Konsensdemokratie bezeichnet wird. Zutreffender wäre sicherlich, von „Demokratie der Partnerschaft“ zu sprechen, was den Aufbau eines Systems bedeutet, bei dem das Entscheidungsmonopol nie von einer einzelnen Person, einer einzelnen Institution, einer einzelnen Partei, sondern von einer Reihe von Partner*innen, die in einem bestimmten Vertrauensverhältnis stehen, ausgeübt wird. Als Ergebnis der turbulenten deutschen Geschichte und der Angst vor einem totalitären Staat ist diese Tradition auf allen gesellschaftlichen Ebenen sichtbar, von der Politik bis zur Sozialen Arbeit. Vertrauen entsteht daher in einem komplexen Verhältnis, das über die französische Denkweise hinausgeht (politische Entscheidung = zivilgesellschaftliche Bewegung gegen diese Entscheidung). Vertrauen entsteht in der Gewissheit, dass jede Partei ein Interesse daran hat, das Gemeinwohl zu erhalten. Dabei findet sich auch der Begriff „Gemein“, aus dem Wort „Gemeinwesenarbeit“.

Um dies zu veranschaulichen, bauen wir auf dem in diesem Buch vorgestellten Projekt „Wohnverwandtschaften“ auf, das von einem der deutschen Partner*innen des Projekts MARGE im Freiburger Stadtteil Weingarten durchgeführt wird. Es zeigt die Auswirkung dieses Vertrauensverhältnisses auf die Arten der potenziell entwickelbaren Projekte. Dieses Projekt zielt darauf ab, ehemalige und zukünftige Mieter*innen eines zu renovierenden Gebäudes zusammenzubringen, um ihnen die Wahl ihrer Nachbar*innen für jede Etage des Gebäudes zu ermöglichen. Dieses von Sozialarbeiter*innen der Gemeinwesenarbeit geleitete Projekt erfordert gegenseitiges Vertrauen und eine starke Partnerschaft zwischen dem/der Vermieter*in, den Sozialarbeiter*innen und den Einwohner*innen. Jede Partei muss dabei anerkennen, dass die beiden anderen Parteien für dieselbe Idee des „Gemeinwohls“ eintreten.

Aufgrund dieser Erwägungen lässt sich für die an MARGE beteiligten deutschen Quartiere von einem „*auf Subsidiarität basierenden Vertrauensverhältnis*“ sprechen.

8.3.4.3. Ein auf Konsens basierendes Vertrauensverhältnis in den Schweizer Quartieren

Auf Schweizer Seite zeigt die Aktionsforschung von MARGE, wie wichtig Konsens ist. Noch mehr als in Frankreich und in Deutschland durchdringt die Konsenskultur die verschiedenen Gesellschaftsbereiche. Erstens ist das politische System durch eine Konkordanzdemokratie, im Gegensatz zur Mehrheitsdemokratie, gekennzeichnet (Bolliger, 2007). Einerseits konsultiert und berücksichtigt die Konkordanzdemokratie alle beteiligten Akteur*innen (Parteien, Zivilgesellschaft, Bürger*innen), bevor sie eine politische Entscheidung trifft. Andererseits soll innerhalb der Exekutive die Vielfalt der Meinungen und politischen Parteien widergespiegelt werden. Bevor eine Entscheidung getroffen werden kann, ist somit die Suche nach Konsens ein notwendiger Prozess.

Um dieses Konzept des Konsenses in der Politik zu veranschaulichen, lässt sich auf den Entscheidungsprozess verweisen, welcher die Gemeinde Suhr (eine der neun am Projekt MARGE beteiligten Quartiere) dazu veranlasste, eine soziale Stadtentwicklungspolitik zu entwickeln. Die ursprünglich auf zwei Quartiere der Gemeinde abzielende Politik existierte vor fünf Jahren noch nicht. Mit einer Konsenssuche unter Einbezug der Bewohner*innen der Gemeinde entwickelte sich ein Pilotprojekt nicht nur für die beiden Quartiere, sondern für die ganze Gemeinde.

Einer der am Projekt MARGE beteiligten Stellvertreter des Bürgermeisters erklärt, dass ein sich ausschließlich auf diese beiden Quartiere beschränkendes Projekt, keine Chance gehabt hätte im Rahmen einer Gemeindeversammlung angenommen zu werden.

Das entwickelte Projekt schlägt daher einen ganzheitlichen Ansatz für die gesamte Gemeinde vor und zielt darauf ab, alle Einwohner*innen zu verbinden und dadurch den „dörflichen Zusammenhalt“ zu erhalten. Hierfür strebt die Politik immerzu einen Konsens oder zumindest eine Mehrheit innerhalb der Bevölkerung an, was eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg des Projekts darstellt. Führt man sich diese Art von Herangehensweise vor Augen, welche eine solche Art des Vertrauensverhältnisses zulässt und erfordert und dabei auf der Gewissheit beruht, dass nichts ohne Konsens entschieden wird, lässt sich die Schwierigkeit und die Trägheit der Prozesse und die Unmöglichkeit radikaler Reformen nachvollziehen.

Zweitens spiegelt sich diese Konsenskultur auf zivilgesellschaftlicher Ebene beispielsweise in der Durchführung von Projekten wider. Das Projekt MARGE hat diese fortwährende Suche nach Konsens in der Weise miterlebt, in der unsere Schweizer Kolleg*innen die Organisation eines Projekts der Größenordnung von MARGE angehen und dabei auch mit allen möglicherweise auftretenden Problematiken in Bezug auf Meinungsverschiedenheiten befasst sind. Diskussionen im Vorfeld von Entscheidungen werden so organisiert, dass sichergestellt wird, dass sich jede*r Einzelne in der endgültigen Entscheidung wiederfinden kann. Der/die Verantwortliche ist nicht für die Durchsetzung von Entscheidungen, sondern für die Organisation der Suche nach einem Konsens verantwortlich. Es scheint daher sachgemäß, für die Schweiz von einem „auf Konsens basierenden Vertrauensverhältnis“ zu sprechen.

Abschließendes Fazit: Das Risiko des Vertrauens annehmen

Um diese wenigen Überlegungen zum Thema Vertrauen abzuschließen, haben wir drei Bedingungen für den Umgang mit wechselseitiger Abhängigkeit zwischen Einzelpersonen, der Zivilgesellschaft, den Verwaltungen und den politischen Entscheidungsträger*innen herausgearbeitet. In den französischen Quartieren basiert das Vertrauensverhältnis auf Delegation. Jede*r Bürger*in delegiert an die Institutionen (Gebietskörperschaften, Staat, Soziale Arbeit usw.), welche für das „Gemeinwohl“ zuständig sind. Die Konzeption der Gleichheit hat hier Vorrang vor der der Freiheit. Ausschließlich Institutionen, die über den/die Einzelne*n hinausreichen, sind dazu geeignet die Gleichstellung aller Bürger*innen zu gewährleisten. Hier lässt sich die Feststellung von Tocqueville „*Über die Demokratie in Amerika*“ wiederfinden:

„Es gibt heutzutage viele Menschen, die sich mit einem solchen Kompromiss zwischen administrativem Despotismus und der Souveränität des Volkes arrangieren und dabei der Meinung sind, die Freiheit des/der Einzelnen sei ausreichend gewährleistet, während es die staatliche Macht ist, die diese bedingt.“ (Tocqueville, 1866, 522)

Wenn dieses Vertrauensverhältnis zerschlagen ist und versucht wird es allein durch Konflikte oder Gewalt wiederherzustellen, können wir daraus mit großer Sicherheit eine der Erklärungen für die städtischen Unruhen ableiten, welche einige französische Stadtviertel erlebt haben.

Anders stellt sich die Situation in den Schweizer Quartieren dar, in denen die Bürger*innen die Verantwortung des Gemeinwohls nur teilweise an die Politik delegieren. Letztere hat die Pflicht, die gesamte Politik gemeinsam mit den Bürger*innen auszuarbeiten. Das gesamte System basiert somit auf der ständigen

gegenseitigen Abhängigkeit aller Gesellschaftsteile. Diese Form der gegenseitigen Abhängigkeit führt dazu, dass jede radikale Reform äußerst kompliziert wird.

In den Deutschen Quartieren wiederum, ist das Vertrauensverhältnis vom Subsidiaritätsprinzip geprägt. Die höchsten Institutionen sind nicht die mit der größten Macht. Die Zivilgesellschaft ist dafür verantwortlich, sich eines Teils des Gemeinwohls anzunehmen. In den Quartieren ist die Zivilgesellschaft (Verbände, Kirchen usw.) im Namen der Gemeinden für die Verwaltung des Gemeinwohls verantwortlich.

Es ist zusammenfassend sinnvoll, keines der Modelle der Vertrauensbeziehung im Vergleich zu den anderen zu idealisieren. So beneiden viele Schweizer und deutsche Partner*innen die „französische Streitkultur“ und wünschen sich ab und an bei ihren Forderungen streitbarer zu sein. In gleicher Weise konnte das Interesse an Investitionen durch den Staat, welcher als Garant für Gleichheit auftritt, geweckt werden. Die Pflicht einer Gemeinde, in ihre ärmsten Quartiere zu investieren, war jenseits des Rheins nicht realisierbar, während das daraus entstehende Vertrauensverhältnis in den französischen Quartieren für diese sehr interessant war. Auf französischer Seite äußern die Teilnehmer*innen Verdrossenheit bezüglich dem Mangels an Vertrauen, den sie auf allen Ebenen verspüren: Die gewählten Vertreter*innen gegenüber der Verwaltung, die Verwaltung gegenüber den Mittlerorganisationen und diese drei Ebenen gegenüber den Bewohner*innen. Es scheint dabei, als sei dies eines der Hauptergebnisse des Projekts MARGE: Sich von den Vertrauensverhältnissen der Nachbar*innen inspirieren zu lassen, um um jedem einen besseren Platz zu geben.

8.4 Abschließendes Fazit: Welche Art der sozialen Innovation entsteht bei welchem grenzüberschreitenden Austausch?

Wir können nun versuchen, die zentrale Frage des Forschungsprojekts zu beantworten: Wie beeinflusst der grenzüberschreitende Austausch die soziale Innovation in Quartieren? Am Ende unserer Überlegungen zu den drei im Vorwort gestellten Fragen erscheint es uns möglich, diese Frage zumindest teilweise zu beantworten.
In den vorangegangenen Abschnitten wurden jene Schwierigkeiten beleuchtet, auf die MARGE insbesondere im Hinblick auf die Organisation gestoßen ist. Aufgrund des hohen Verwaltungsaufwands durch Interreg konnten nicht immer neue Akteur*innen in das Projekt einbezogen werden, während auch die Sprache ein Hindernis darstellte, welches bei jedem Treffen überwunden werden musste. Zudem konnte die Dimension der „sozialen Innovation“ des Projekts noch nicht systematisch herausgearbeitet oder bewertet werden. Soziale Innovation ist für jede*n Teilnehmer*in und dessen/deren Organisation ein langfristiger Prozess in einem spezifischen Kontext. Es scheint jedoch möglich zu sein, die folgenden Elemente genauer zu bestimmen.

8.4.1. MARGE als ein Erfahrungsprojekt

MARGE ist, wie viele andere Projekte auch, ein Erfahrungsprojekt. Dies bedeutet, dass es im Wesentlichen von den Teilnehmer*innen erlebt wird und es dabei schwierig ist, es zu übertragen. Das neue Wissen wurde durch die immersive Erfahrung, mithilfe der verschiedenen Sinne, der Herzlichkeit und Freude an diesem Austausch teilzunehmen, erworben. Es ist nicht akademisches Wissen, welches „outside the box“ vermittelt werden könnte, sondern setzt sich zusammen aus winzigen

Signalen, die schwer zu benennen und zu identifizieren sind und dabei Praktiken und Erfahrungen widerspiegeln. Die Auswirkungen dieser Mikrozeichen werden nicht immer erkannt und neigen dazu, sich langfristig „festzusetzen“. Diese Dimension kann als „hypersubjektiv“ bezeichnet werden. Dieses Konzept, das aus der Umfrage von Anne Perraut-Soliveres zur Nachtarbeit von Krankenschwestern stammt, beschreibt „eine Selbstverfügung bei besonderer Aufmerksamkeit für die Welt, die bestrebt ist, den anderen und sich selbst dauerhaft in einer erfahrungsbezogenen Historizität zu erhalten“ (Perraut-Soliveres 2001, 251).

Diese Hypersubjektivität macht Innovationen auf der Ebene eines Quartiers kompliziert. Oftmals nahmen ein oder zwei Personen aus verschiedenen Organisationen an MARGE teil, was es nicht erlaubt, Veränderungen durch die vorhandenen Strukturen zu übernehmen. Menschen können ihre Praktiken individuell ändern, werden dabei jedoch sehr schnell mit der Organisation und der Struktur konfrontiert. Um Methoden spürbar zu verändern, Arbeitsprozesse neu zu gestalten und diese Veränderungen zu institutionalisieren, muss die Dynamik des Austauschs und des Bewusstseins für das Thema verstärkt werden.

8.4.2. Ein begrenzter Zeitraum für die Messung der Auswirkungen von Transfers auf die Veränderung von Methoden

Das Projekt MARGE dauerte drei Jahre. Das erste Jahr ermöglichte es, die Arbeitsgruppen („Fokusgruppen“ in jedem Quartier und auf der Ebene der neun beteiligten Quartiere) zu bilden und die zu entwickelnden Projekte für die Feldforschungsbesuche zu benennen. Im zweiten Jahr gingen die Projektpartner*innen zu den Feldforschungsbesuchen, was für alle Beteiligten ein besonderes Highlight war. Es mussten die An- und Abreisen organisiert, eine persönliche Verfügbarkeit über mehrere Tage sichergestellt, die vorgestellten Projekte und Methoden verstanden sowie gemeinsam darüber nachgedacht werden, wie vorzugehen ist, um die „Transfers“ zu organisieren. Das dritte Jahr ermöglicht es lediglich, die Praktiken und Methoden so anzupassen, dass sie ihren Kontexten entsprechen und es möglich wird, sie in Bezug auf die herausgearbeiteten Bedürfnisse anzuwenden.
Von sozialer Innovation kann gesprochen werden, wenn sie „gesellschaftlich anerkannt und weitreichend in der Gesellschaft oder zumindest einigen Teilen dieser verbreitet ist, obgleich sie sich entsprechend des Kontextes entwickelt und letztendlich wie eine neue gesellschaftliche Praktik institutionalisiert ist, diese also gewissermaßen zur Routine wird“ (Howaldt/Schwarz 2010: 90).

Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh, um die Auswirkungen der Transfers vollumfassend zu erkennen. Darüber hinaus wurden die Feldforschungsbesuche nach Ansicht der Expert*innen von MARGE von vielen als eine Möglichkeit angesehen, seinen/ihren Horizont um neue Praktiken zu erweitern, ohne notwendigerweise den Wunsch / die Mittel, für die Übertragung eines Projekts zu besitzen. Hierbei ist es möglich, die Typisierung von Jürgen Kegelmann, Professor für Verwaltungsmanagement und soziale Innovation, zu übernehmen:

„ Auf der Ebene des Single-Loop-Lernens werden bestehende Praktiken verbessert und optimiert. Beim Double-Loop-Lernen findet eine Veränderung der handlungsleitenden Vorstellungen, Zielsetzungen und Grundüberzeugungen statt. Deutero-Learning hingegen sammelt und kommuniziert Wissen über vergangene Lernprozesse und wird als Lernen des Lernens aufgefasst.“ (Kegelmann, 2009, 129)
Bezogen auf MARGE, betreffen die beobachteten Veränderungen der Praktiken die erste und vielleicht längerfristig auch die zweite Stufe. Die an MARGE beteiligten

Fachkräfte und Bewohner*innen konnten, verglichen mit den Praktiken in anderen Quartieren, manchmal mit radikal unterschiedlichen Praktiken konfrontiert werden. Dabei ließen sich auch die ersten Auswirkungen dieser Konfrontationen auf die Praxis feststellen.

Die im vorherigen Abschnitt vorgestellten Überlegungen zur Bewohner*innenbeteiligung bezeugen dies.

8.4.3. Leitung und Autonomie

Damit ein Transfer oder gar eine Innovation zustande kommen kann, müssen eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein. Erstens ist es positiv, ja sogar notwendig, dass die Personen, die diesen Wandel durchführen wollen, eine führende Rolle in ihrer Organisation oder ihrem Netzwerk der territorialen Partner*innen innehat.

Laut Olivier Piazza besteht die Führungsrolle „darin, einen positiven und mitwirkenden Einfluss auszuüben, der andere Mitglieder eines Kollektivs weiter in Richtung der angestrebten Ziele mobilisiert. Es handelt sich daher um eine herausragende Qualität innerhalb des Kollektivs, welche für alle zugänglich ist, und nicht um ein Persönlichkeitsmerkmal, geschweige denn um einen Titel in einem Unternehmen.“ (Piazza 2018) Folglich ist eine Führungskraft nicht unbedingt ein*e „hierarchische*r“ Chef*in, sondern eine Person, welche die Fähigkeit besitzt, ihr berufliches Umfeld positiv zu beeinflussen.

Um neue Praktiken anzuregen, ihre Aneignung durch möglichst viele Menschen zu ermöglichen und damit kollektive Prozesse zu beeinflussen, müssen die beteiligten Akteur*innen auch selbstbestimmungsfähig sein. Während der Fokusgruppentreffen (Einteilung nach Quartieren), welche nach den Feldforschungsbesuchen stattfanden, drückten manche Anwesenden ihre Machtlosigkeit aus. Entweder weil die für den Transfer erforderlichen Bedingungen nicht erfüllt sind (z. B. Sozialwohnungsbaupolitik), oder durch eine Form der „Passivität“, durch welche die Notwendigkeit neue Projekte zu konzipieren an andere öffentliche Institutionen oder Akteur*innen überwiesen wird. Diese Art der Positionierung schränkt die Handlungsfähigkeit und die Möglichkeit Innovationen zu konkretisieren ein.

8.4.4. Ein Innovationsprojekt für innovative Quartiere?

Das Projekt MARGE zielte darauf ab, soziale Innovation durch grenzüberschreitenden Austausch zu ermöglichen. Obwohl diese Dimension zum jetzigen Zeitpunkt schwer zu erfassen und zu quantifizieren ist, hat es MARGE dennoch ermöglicht, Keime für eine soziale Innovation zu säen.
Erinnern wir uns an die sechs Merkmale der sozialen Innovation (Parpan-Blaser, 2011: 43):

- Neuerung
- Originalität
- Ungewissheit
- Emergenz
- Relativität
- Plastizität

Durch den grenzüberschreitenden Austausch und die Projektmethodik in unmittelbarer Nähe der beteiligten Akteur*innen hat MARGE die Bildung einer grenzüberschreitenden Gemeinschaft von Akteur*innen der sozialen Stadtentwicklung ermöglicht. Diese Gemeinschaft ist transnational, transprofessionell und transkulturell zugleich.

Die Arbeitsmethode, welche den Feldforschungsbesuch und den Besuch von Einrichtungen kombiniert, hat es ermöglicht, neue Praktiken zu entdecken, aber auch, über die eigenen Praktiken zu reflektieren. Diese Feldforschungsbesuche (im eigenen oder im fremden Quartier) besaßen eine wichtige reflektierende Dimension. Oftmals haben sie Fachkräfte von MARGE dazu veranlasst, einen differenzierten Blick auf ihre Arbeitsmethoden zu werfen, während sie gleichzeitig Verbesserungsspielraum für Fortschritte und mögliche Entwicklungen herausgearbeitet haben.
MARGE ist aufgrund seines internationalen und grenzüberschreitenden Kontextes ein innovatives Projekt an sich. Letzteres hatte sicherlich Einfluss auf die Motivation und Neugierde der Projektteilnehmer*innen. Die „exotische“ Dimension des Austauschs erlaubte es ihnen, ihre eigenen Praktiken von neuem zu hinterfragen, ohne sich in einem normativen oder präskriptiven Rahmen zu befinden. Für Patrick Hasseteufel (2005) sind „*die Beiträge des internationalen Vergleichs vielfältig. Erstens ermöglicht der vergleichende „Umweg“ einen Blick auf die eigene nationale Realität (…). Vor allem der vergleichende Ansatz ermöglicht es, durch Multiplikation der Anzahl der beteiligten Fälle, empirisch fundierte allgemeine theoretische Hypothesen zu validieren (oder zu verwerfen), wenn dieser deduktiv verwendet wird.*“

In dieser Hinsicht erfolgt die von MARGE produzierte Innovation im Gegensatz zur disruptiven Innovation schrittweise. Mit anderen Worten, sie erfolgt in Kontinuität mit den bestehenden Methoden, ohne einen radikalen Bruch mit dem Kontext und den bestehenden Praktiken durchzuführen. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Methode die Akzeptanz von Veränderungen verbessern wird.

Es entstehen im Rahmen des Projekts mehrere Projekte (in Form von Transfer oder neuen Projekten), die der Definition von sozialer Innovation in MARGE entsprechen:

- Ein grenzüberschreitendes Quartiersfest wurde zwischen den Stadtvierteln Kreuzmatt in Kehl und Port du Rhin in Straßburg organisiert;
- Die Stadt Saverne hat eine Reflexion über die Rolle der Bewohner*innen bezüglich der Funktionsweise des soziokulturellen Zentrums angestoßen und versucht dabei, eine Dynamik der Umwandlung der Praktiken bei allen Beteiligten, insbesondere Mandatsträger*innen, Verwaltungspersonal, Betreu-' er*innen, Direktion/Leitung usw. nach dem Vorbild der in Pratteln beobachteten Funktionsweise anzustoßen;
- Der Verein Forum Weingarten in Freiburg ist sehr daran interessiert, ein inklusives Kunstprojekt nach dem Vorbild des Projekts Michto welches in Port du Rhin vorgestellt wurde, zu organisieren;
- In Basel hat eine MARGE-Teilnehmerin das in Haslach besuchte Projekt „Ruhewohnung“ aufgegriffen und einer sozialen Wohnungsbaugesellschaft vorgeschlagen. Dies fällt zwar nicht in ihren Zuständigkeitsbereich, während sie trotzdem als „Vermittlerin“ von Ideen und Erfahrungen fungiert;
- Die Gemeinde Pratteln prüft, inwiefern sie die in Weingarten beobachtete Mietermitbestimmung in einigen Liegenschaften in ihrer Gemeinde umsetzen kann.
- In Straßburg beschloss die Unterpräfektin, die Bedingungen für die Ausschreibung von Projekten bezüglich der Festlichkeiten am Jahresende zu überprüfen. Der Ansatz ist eher „Bottom-up“ und basiert auf den Bedürfnissen des jeweiligen Quartiers. Die Überlegung liegt insbesondere in dem Feldforschungsbesuch in Suhr begründet, bei dem viele Französinnen und Franzosen an einer Gemeindeversammlung teilnehmen konnten, welche

ihre Vorstellungen zum Thema „Bürger*innenbeteiligung“ erschütterte.
Diese Liste ist nicht vollständig, zeichnet jedoch ein Bild von der Art der stattgefundenen Veränderungen. Die genannten Maßnahmen sind ein gutes Beispiel dafür, was ein Transfer im Hinblick auf soziale Innovation bedeutet, sofern er Reflexionen und Fragen in der eigenen beruflichen Praxis aufwirft. Es geht nicht darum, die anderswo gesehene Maßnahme auf die gleiche Art und Weise zu reproduzieren, sondern sie zu kontextualisieren. Darüber hinaus werden diese Maßnahmen alle als „eine Neuerung, die als Verbesserung des Bestehenden anerkannt wird“ (Braun - Thürmann 2005) angesehen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass MARGE die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass soziale Innovation durch grenzüberschreitenden Austausch stattfinden kann. Angesichts der Dauer des Projekts und der zu überwindenden Hindernisse (Sprachbarriere, Fortbewegungsbedingungen, Einbindung der Partner*innen, Handlungsfähigkeit usw.) wurden vorerst nur die Keime sozialer Innovation gesät. Der Prozess hat soeben erst begonnen. Damit sich diese Keime weiterentwickeln und sprießen können, lassen sich drei elementare Faktoren hervorheben: Kreativität (Verlassen der Komfortzone), Mut (es wagen, die eigenen Praktiken zu verändern) und schließlich die Erprobung (Übergang zum Handeln). Die Dimension der kontinuierlichen Weiterbildung sollte es ermöglichen, die soziale Innovation in der Praxis der beteiligten Akteur*innen fortzusetzen und zu verstärken.

8.5. Empfehlungen für nachhaltigen grenzüberschreitenden Austausch

Aus den mit dem Projekt MARGE gemachten Erfahrungen und auf der Basis der oben dargestellten Ergebnisse, können wir folgende Empfehlungen für einen nachhaltigen grenzüberschreitenden Austausch geben:

8.5.1 kritische Reflexion national-kultureller Zuschreibungen

Bereits mit der Entscheidung für Gegenstand, Untersuchungsfeld und Fragestellung transnationaler (Forschungs-)Projekte, sollten Überlegungen zur Gefahr des „methodologischen Nationalismus“ angestellt werden.

Vor vermeintlichen und vorschnellen internationalen und/oder interkulturellen Unterscheidungen ist bei transnationalen (Forschungs-)Projekte Vorsicht geboten! Fragestellungen, Hypothesen, Untersuchungsinstrumente und Auswertungsergebnisse sollten diesbezüglich fortlaufend kritisch reflektiert werden.

Der Einbezug von mehr als zwei Ländern in den Untersuchungsperimeter kann hilfreich sein, weil eine dualistische Gegenüberstellung und damit (vermeintliche) Essentialisierung von Unterschieden dadurch in der Regel verunmöglicht wird.

8.5.2 Aktionsforschung

Die Methode der Aktionsforschung bietet eine gute Möglichkeit einen Forschungsprozess partizipativ und demokratisch anzulegen und dadurch Entwicklungsprozesse anzustossen. Sie verlangt im Gegenzug eine gewisse Offenheit bei der Projektplanung und -steuerung und braucht eine passende Förderung, die dies erlaubt und ermöglicht.

8.5.3.Sprache als Barriere

Verständigung über Sprachgrenzen hinweg ist ohne vertiefte Sprachkenntnisse schwierig. Daher empfiehlt es sich in der Projektplanung die wechselseitigen

sprachlichen Ressourcen der potentiellen Partner*innen/Teilnehmer*innen (als Voraussetzung oder Ziel) zu prüfen.

Für zwei oder mehrsprachige Projekte sind kostspielige und zeitaufwändige Übersetzungsarbeiten für Texte und Kommunikation erforderlich und dementsprechende finanzielle und zeitliche Mittel einzuplanen.

Den Institutionen im Oberrheingebiet auf EU-, aber auch auf nationaler Ebene wird empfohlen, die Bilingualität stärker zu fördern. Dazu gehören z.B. ein intensiveres und früheres Angebot zum Erlernen der Nachbarsprache in den Schulen im Oberrheingebiet, niederschwellige Sprachkurse für Auszubildende im Oberrheingebiet und für Fachkräfte aus öffentlicher Verwaltung und Sozialer Arbeit sowie anderer Professionen, die im Oberrheingebiet angesiedelt bzw. beruflich tätig sind.

8.5.4. Verkehrs- und andere Begrenzungen am Oberrhein

Grenzüberschreitender Austausch bedarf grenzüberschreitend organisierter und förderlicher Verkehrsinfrastruktur, die lange Anfahrtszeiten durch Umstiege vermeidet und durch ein einheitliches Tarifgefüge der Länder im Oberrheingebiet erleichtert!

Bei der Gestaltung grenzüberschreitender Aktivitäten zwischen EU-Ländern und der Schweiz sind die bislang unterschiedlichen Betroffenheiten und Anforderungen an die beteiligten Personen, auf Grund unterschiedlicher Programmgestaltungen, Zuschussreglement, Währungen, Telefontarife, etc. zu beachten und bei der Planung zu berücksichtigen.

8.5.5. Das INTERREG-Programm zu einem realen Instrument der Innovation machen

Ein Programm, das den grenzüberschreitenden Austausch in den Grenzregionen der EU fördern soll, muss deutlich Nutzer*innenfreundlicher ausgelegt werden. Das heißt, es müssen auch Projekte förderbar sein, die ihre Maßnahmen und die beteiligte Bevölkerung erst durch erfolgreiches Handeln im Laufe des Projektes erschließen und generieren!

Der hohe Verwaltungsaufwand und Nachweispflichten sollten durch Förderpausschalen und evidenzbasierte Ergebnisberichte als Nachweis reduziert werden. Außerdem empfehlen wir die ausgezeichnete Begleitung der Projekte durch das INTERREG-Sekretariat und die Regio Basiliensis in der Phase der Antragstellung und der Umsetzung fortzuführen.

8.5.6. „Grenzgänger werden“ als Ziel

Die Teilnehmenden von MARGE haben im Projekt ihre grenzüberschreitenden Kompetenzen erhöht, sie haben neue Methoden und Ansätze der Sozialen Stadtentwicklung kennen- und diese in Zusammenhang mit den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einzuordnen und hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit zu beurteilen gelernt.

Die grenzüberschreitende fachliche Community der Sozialen Stadtentwicklung, die im Rahmen von MARGE entstanden ist, bietet ein Forum für Austausch und Innovation, das auf ausschließlich nationaler Ebene so nicht möglich wäre.

Soll diese Community Bestand haben und sich um neue Mitglieder (Personen, Organisationen und Quartiere) und Themen erweitern können, braucht es Menschen als “Brückenbauer*innen“, die den Transfer zwischen den verschiedenen

Quartieren mit ihren jeweiligen Gegebenheiten leisten können. Die Bildung und Förderung von „GrenzgängerInnen“ und die Pflege der grenzüberschreitenden Community mittels Fachtagen, Vernetzungstreffen etc. bleibt somit eine dauerhafte Aufgabe.

8.5.7. Anerkennung fördern

Fachpersonen der Sozialen Arbeit erfahren noch immer nicht dieselbe Anerkennung für ihre Leistung wie andere Professionen. Dank des grenzüberschreitenden Austauschs und den damit einhergehenden Besuchen von Fachkräften und weiteren Akteuren aus dem Ausland, die sich für die Methoden und Projekte vor Ort interessierten, ist es MARGE gelungen, den Dialog zwischen den Fachpersonen der Quartier- und Stadtentwicklung und der Verwaltung zu fördern und so einen Beitrag zur Wertschätzung und Legitimation der im Rahmen der Quartier- und Stadtentwicklung durchgeführten Aktivitäten zu leisten. Daher ist es aus Sicht einer nachhaltigen sozialen Stadtentwicklung von Bedeutung, Formate/Gefäße zu erschaffen, in denen alle Akteurinnen und Akteure der Quartier- und Stadtentwicklung – sowohl Fachpersonen wie auch Bewohnerinnen und Bewohner – aktiv eingebunden werden mit dem Ziel, die Vernetzung und Zusammenarbeit aller Personen zu fördern und so Anerkennung zu ermöglichen.

8.5.8. Sich von der Vertrauenskultur der Anderen inspirieren lassen

Das Projekt MARGE hat die Bedeutung der Unterschiede zwischen den Vertrauensverhältnissen in den drei Ländern gezeigt. Wir haben die Auswirkungen auf die am Projekt beteiligten Quartiere aufgezeigt. Wir schlagen daher folgende Empfehlung vor: Die Professionellen und die Bewohner*innen sind sich wenig bewusst, wie die Vertrauensverhältnisse in ihrem eigenen Quartier aufgebaut sind. Wir halten es für wichtig, diese Dimension in künftige grenzüberschreitende Weiterbildungen einzubeziehen, damit jede/r ihre/seine eigene Situation mit Abstand reflektiert betrachten und sich von anderen Formen von Vertrauensverhältnissen inspirieren lassen kann.

8.5.9. Innovation braucht Zeit

In den drei Jahren des Projekts MARGE haben Forscher*innen, Professionelle und Bewohner*innen Projekte, Methoden und Handlungsmöglichkeiten in den Quartieren entdeckt. Einige von ihnen wurden transferiert. Bevor man von Innovation sprechen kann, müssen diese Transfers weiterverfolgt, grenzüberschreitend begleitet und mit viel Engagement im Quartier unterstützt werden. Die zeitliche Begrenzung eines Projekts wie MARGE macht es nicht möglich, dauerhafte Innovation zu gewährleisten. Wir empfehlen daher, innerhalb der von der Europäischen Union finanzierten Projekte eine Nachhaltigkeitsphase einzuführen, um die Kontinuität bei der Begleitung der Träger innovativer Projekte sicherzustellen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Adams, L. Learning a New Skill is Easier Said Than Done. Online available : https://www.gordontraining.com/free-workplace-articles/learning-a-new-skillis-easier-said-than-done/ (Zugriff: 19.05.2019) Bacqué, Marie-Hélène et Mechmache, Mohamed, Pour une réforme radicale de la politique de la ville. ça ne se fera plus sans nous. Citoyenneté et pouvoir d'agir dans les quartiers populaires, Rapport au Ministre délégué chargé de la ville, 2013.

Beck, U. (1986). Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Modernität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, U. (2008). Die Neuvermessung der Ungleichheit unter den Menschen. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Beck, U., & Sznaider, N. (2006). Unpacking cosmopolitanism for the social sciences: a research agenda. The British journal of sociology, 57(1), 1-23.

Becker, M., Guhl, J., & Michon, B. (2016). Intervenir dans les quartiers marginalisés. Le sociographe(5), 129-156.

Bereswill, Mechthild/Ehlert, Gudrun (2012). Frauenberuf oder (Male) Profession ? Zum Verhältnis von Profession und Geschlecht in der Sozialen Arbeit. In: Bütow, B./Munsch, C. (Hg.). Soziale Arbeit und Geschlecht. Herausforderungen jenseits von Universalisierung und Essentialisierung. Westfälisches Dampfboot: Münster. S. 92-107.

Bolliger, C. (2007). Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, 1945 bis 2003: Parteienkooperation, Konfliktdimensionen und gesellschaftliche Polarisierungen bei den eidgenössischen Volksabstimmungen (Vol. 17): Haupt Verlag AG.

Bourdeau-Lepage, L. (2009). « Regards sur... : Une interview de Saskia Sassen ». Géographie, économie, société, vol. 11 (4) : 353-360.

Bühl, Walter L. (1972). Konflikt und Konfliktstrategie. München: Nymphenburger Verlagshandlung.

Centre d'analyse stratégique, « La participation des habitants : trois pistes pour rénover la politique de la ville », La note d'analyse, n°278, 2012.

Courlet, C. (1988). La frontière : couture ou coupure ? In : économie et humanism, no 301, Mai-Juni 1988, 5-12

Elias, N. (1981). Qu'est-ce que la sociologie ? Pandora. Des Sociétés, (1re éd. 1970).

Fabian, C. /Käser, N./Klöti, T./Bachmann, N. (2014). Leitfaden. Good-Practice-Kriterien. Prävention von Jugendgewalt in Familie, Schule und Sozialraum. Im Auftrag des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) Nationales Programm Jugend und Gewalt. URL: https://www.elternbildung.ch/fileadmin/dateiablage/DE/Fachartikel/GoodPractice_Jugendgewalt-Praevention_2014.pdf [Zugriffsdatum: 17.05.2018).

Frischmann, B.(2009). Zum Begriff der Anerkennung. Philosophische Grundlegung und pädagogische Relevanz. Soziale Passagen (1). S. 145-161.

Glick-Schiller, N. / Wimmer, A. (2003). Methodological nationalism, the social science and the study of migration: an essay in historical epistemology. International Migration Review, 37(3), 576-606.

Goergen, A. (2004). Leçons du développement de la négociation et de la médiation en Allemagne. Revue française de gestion, 153(6), 255-267. Doi : 10.3166/rfg.153.255-267.

Goffman, E. (2013). Comment se conduire dans les lieux publics. Notes sur l' 'organisation sociale des rassemblements : Économica.

Hannerz, U. (2002, [Orig. 1990]). Kosmopoliten und Sesshafte in der Weltkultur. In: Merz-Benz, Peter-Ulrich & Wagner, Gerhard (Hg.) 2002. Der Fremde als sozialer Typus. Konstanz: UVK, 2002. 139-161 (Aus dem Englischen von Roman Moser.).

Heite, C. (2008). Soziale Arbeit im Kampf um Anerkennung. Professionstheoretische Perspektiven. Juventa: Weinheim/München.

Heite, C. (2011). Anerkennung. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hand (Hg.) (2011).

Handbuch Soziale Arbeit. 4 Aufl. Ernst Reinhardt Verlag: München/Basel. S. 48-56.

Honneth, A. (2014). Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. 8. Aufl. Suhrkamp: Frankfurt/Main.

Honneth, A. (2003). Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer

Kegelmann, J. (2009). „Mit Bürgerbeteiligung die Innovationskraft der Kommunalverwaltung starken“. In Frech, S. (2009). Handbuch Kommunalpolitik (Vol. 1): W. Kohlhammer Verlag, 126-141.

Kirszbaum, T. (2011). Pourquoi la France résiste à l’empowerment. Urbanisme, n°380. Konflikte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Kreft, D. /Mielenz, I. (2013). (Hg.). Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 7 Aufl. Beltz Juventa: Weinheim/Basel.

Jouve, B. (2006). Politiques publiques et empowerment: l'exception francaise. Economie et humanisme, 379, 99.

Merz-Benz, P-U. & Wagner, G. (Hg.) 2002. Der Fremde als sozialer Typus. Konstanz: UVK, 2002.

Oelschlägel, D. (2011). Gemeinwesenarbeit – Chancen, Möglichkeiten und Voraussetzungen.URL: http://www.stadtteilarbeit.de/theorie-gwa/grundlagen-gwa/359-chancen-gwa.html

Oelschlägel, D., Wagner, R., Blanc, M., & Becker, M. (2016). Histoire du Gemeinwesenarbeit (travail social sur le commun) dans la République fédérale d’Allemagne. Le sociographe (5), 89-115.

Park, Robert E. (2002, [Orig. 1928]). Migration und der Randseiter. In: Merz-Benz, Peter-Ulrich & Wagner, Gerhard (Hg.) 2002. Der Fremde als sozialer Typus. Konstanz: UVK, 2002. 55 – 71. (Aus dem Englischen von Stefan Iske.)

Piazza O, (2018), Découvrir l’intelligence collective, Dunod.

Schoneville, H. /Thole, W. (2009). Anerkennung – ein unterschätzter Begriff in der Sozialen Arbeit= Einführung in den Schwerpunkt «Im Blickpunkt: Anerkennung». Soziale Passagen (1). S. 133-143.

Schütz, A. (2002, [Orig. 1944]). Der Fremde. Ein sozialpsychologischer Versuch. In: Merz-Benz, Peter-Ulrich & Wagner, Gerhard (Hg.) 2002. Der Fremde als sozialer Typus. Konstanz: UVK, 2002. 73-92.

Simmel, G. : Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Erstausgabe 1908.

Simmel, G. (2002, [Orig. 1908]). Exkurs über den Fremden. In: Merz-Benz, Peter-Ulrich & Wagner, Gerhard (Hg.) 2002. Der Fremde als sozialer Typus. Konstanz: UVK, 2002. 47-53.

Soliveres, A. P. (2001). Praticien-chercheur, un nouvel espace de connaissance. Partage du savoir, 193-286.

Tocqueville, A. (1866). Œuvres complètes, volume 3. Disponible sur https://fr.wikisource.org.

Tronto, J. (2013). Le risque ou le care ? : Presses universitaires de France.

Voswinkel, Stephan/Wagner, Gabriele (2013). Vermessung der Anerkennung. Die Bearbeitung unsicherer Anerkennung in Organisationen. In: Honneth, Axel/Lindemann, Ophelia/Voswinkel, Stephan (Hg.). Strukturwandel der Anerkennung. Paradoxien sozialer Integration in der Gegenwart. Campus: Frankfurt am Main. S. 75-120.

Wagner, R. (2016). Inobhutnahme versus Hilfe zu Selbsthilfe Courte in/ex-cursion sémantique dans le travail social en Allemagne. Le sociographe(5).

Waschkuhn, A. (2013). Was ist Subsidiarität?: Ein sozialphilosophisches Ordnungsprinzip: Von Thomas von Aquin bis zur „Civil Society “: Springer-Verlag.

Weller, J.-M. (1994). Les troubles de la communication : analyse d'une politique d'amélioration de la relation administrative de service. Politiques et Management Public, 1-29.

1 Vgl. die soziologischen Arbeiten zur Triade und deren Bedeutung, insbesondere in der Konfliktforschung (Bühl 1972).

2 Diese Erkenntnis steht in engem Zusammenhang mit der Care Theorie, welche besagt, dass der Mangel an Vertrauen ein Gefühl der Gefahr hervorruft (Tronto 2012, 42).

3 Im Gegensatz zur Jugendhilfe, mit der einige Überschneidungen existieren, zeichnet sich die Gemeinwesenarbeit durch ihren territorialen Auftrag aus, ohne dabei eine Altersgrenze wie im Fall der Jugendhilfe zu besitzen.

9. Glossar

Dieses Toolkit soll den grenzüberschreitenden Austausch zwischen den Akteuren der Sozialen Stadtentwicklung in der Oberrheinregion fördern. Da dabei auch Sprachgrenzen zu überwinden sind, findet sich im Folgenden eine Sammlung von (Fach-)Begriffen, die in der Sozialen Stadtentwicklung verwendet werden.
Zum Teil stehen hinter diesen Begriffen Konzepte oder Institutionen, für die es kein exaktes Pendant im Nachbarland und/oder in der anderen Sprache gibt. Deshalb gibt es zuweilen neben der Übersetzung des Begriffs auch noch eine Entsprechung, die auf inhaltlich ähnliche Konzepte/Institutionen im anderen Land/in der anderen Sprache verweist. Wo es sinnvoll und notwendig erschien, wird der Begriff ausserdem mit einer Anmerkung erläutert.
Einen Teil der Begriffe haben wir, teils mit gekürzter Erläuterung, aus dem Vademecum für einen grenzüberschreitenden Kinderschutz[1] übernommen. Die Begriffe sind entsprechend gekennzeichnet.

Das Glossar stand vor mehreren Herausforderungen und ist in mehrerlei Hinsicht unvollkommen:
In der Oberrheinregion begegnen sich drei Länder und zwei Schriftsprachen. Nicht immer trifft eine Übersetzung ins Deutsche für die Schweiz und Deutschland gleichermassen zu. Unterschiede haben wir versucht zu benennen.
Darüber hinaus gibt es (worüber wir uns keinesfalls beschweren möchten!) auch innerhalb eines Landes Unterschiede, bedingt u.a. durch teils föderale Strukturen, verschiedene Träger und lokale Besonderheiten.
Nicht alle in den Projektbeschreibungen (Kapitel 6) verwendeten Begriffe finden sich auch im Glossar. Hier sind lediglich die Begriffe aufgeführt, denen wir eine projektübergreifende Bedeutung beigemessen haben. Zum besseren Verständnis eines einzelnen Projekts, verweisen wir Sie auf die Übersetzung der Projektbeschreibung in der französischsprachigen (bzw. deutschsprachigen) Ausgabe dieses Toolkits.

1 https://www.eh-freiburg.de/wp-content/uploads/2019/02/Vademecum_grenzueberschreitender-Kinderschutz_2018.pdf

Glossar / glossaire

Terme / Begriff	Traduction / Übersetzung	Correspondance / Entsprechung	Anmerkungen	Remarques	glossaire protection de l´enfance / Glossar Kinderschutz
Agence (f) régionale de Santé	Regionale Gesundheitsagentur (f)		Die Agence Régionale de Santé (ARS) ist eine dezentralisierte staatliche Dienstleistung. Sie setzt, auf der Ebene der Region, die Gesundheitspolitik des Staates um.	L'Agence Régionale de Santé (ARS) est un service déconcentré de l'Etat. Elle met en oeuvre, au niveau d'une région, la politique publique de Santé	
Assistant/e (m/f) de Service Social (ASS)	Sozialarbeiter/in (m/f)		Während in Deutschland und der Schweiz die Studiengänge *Soziale Arbeit und *Sozialpädagogik weitestgehend zusammengeführt wurden, sind diese beiden Berufsgruppen in Frankreich weiterhin getrennt. Traditionell ist der Beruf des *assistant de service social (Sozialarbeiter) stark bezogen auf administrative Tätigkeiten. Bezugspunkte sind vor allem das Eruieren von Hilfemöglichkeiten auf der Grundlage der vorherrschenden Gesetze, Dienste und Finanzierungsmöglichkeiten. Außerdem stehen Beratungstätigkeiten im Vordergrund. Die Sozialarbeiter sind häufiger im öffentlichen Dienst tätig als die *éducateurs spécialisés (Sozialpädagogen). Das Diplom entspricht dem Niveau III des RNCP.	Contrairement à l'Allemagne et à la Suisse qui a fusionné les diplômes de *Sozialarbeiter et de *Sozialpädagoge, les professions d'ASS et *d'éducateur spécialisé (ES) sont toujours distingués en France. Traditionnellement, le métier d'ASS s'oriente vers le soutien, l'écoute, le conseil et l'orientation des personnes, des familles et des groupes avec lesquels il travaille en fonction de leur situation. Les ASS travaille plus souvent que les éducateurs spécialisés dans la fonction publique et les collectivités territoriales. Le diplôme d'Etat d'assistant de service social est un diplôme de niveau III (RNCP).	X
Association (f)	Verein (m)				
Bailleur (m) social	Soziale Wohnungsbaugesellschaft (f)		In Frankreich können die sozialen Wohnungsbaugesellschaften öffentliche, private oder öffentlich-private Gesellschaften sein, die Sozialwohnungen verwalten. Sie spielen eine entscheidende Rolle in der *Politique de la ville.	En France, les bailleurs sociaux peuvent être des institutions publiques, privées ou mixtes qui gèrent du logement social. Ils ont un rôle essentiel dans la *politique de la ville.	
Cadre (m) de vie	Lebensverhältnisse (f)				
Caisse (f) d'Allocation Familiale	Kasse (f) für Familienleistungen		Die Caisse d´Allocation familiale ist verantwortlich für die Auszahlung der Familien- und Sozialleistungen.	Les Caisses d'Allocation Familiale (CAF) gère le versement des prestations familiales et sociales aux habitants.	
centre (m) communal d'action sociale (CCAS) m	kommunales Zentrum (n) für Sozialpolitik		Die CCAS führen bestimmte Aktionen im Bereich der Prävention und der sozialen Entwicklung in der jeweiligen Gemeinde durch. Im Rahmen ihrer Aufgaben und nach dem code de l'action sociale et des familles (CASF) wirken diese Zentren an der Bearbeitung der Sozialanträge mit. Die CCAS sind kommunale oder inter-kommunale Einrichtungen nach öffentlichem Recht und sind mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit ausgestattet. Während jede Kommune pflichtgemäß ein CCAS besitzt, ist ihre Schaffung auf interkommunaler Ebene fakultativ.	Les centres communal d'action sociale (CCAS) animent une action générale de prévention et de développement social dans la commune ou dans les communes considérées. Au titre de leurs missions obligatoires, les centres d'action sociale participent à l'instruction des demandes d'aide sociale. Les centres d'action sociale sont régis par le code de l'action sociale et des familles (CASF). Le centre constitue un établissement public communal ou intercommunal qui dispose d'une personnalité juridique propre. Le centre communal d'action sociale est institué de plein droit dans chaque commune. Sa création est facultative au niveau intercommunal.	X

Glossar / glossaire

Terme / Begriff	Traduction / Übersetzung	Correspondance / Entsprechung	Remarques	Anmerkungen	glossaire protection de l´enfance / Glossar Kinderschutz
centre (m) socio-culturel	soziokulturelles Zentrum (n)	Nachbarschaftstreff (m); Quartierstreff (m); Mehrgenerationenhaus (n)	Die Centres Socio-Culturels sind Einrichtungen, die von Vereinen oder Kommunen getragen werden. Sie dienen den Bewohnern als Begegnungsstätte und werden gemeinsam von Fachkräften und Ehrenamtlichen verwaltet. Sie bieten Dienstleistungen und Freizeitbeschäftigungen an (z.B. Nachhilfeunterricht, Sport, kulturelle Angebote). Ziel ist es das Leben im Quartier zu beleben und den Bedürfnissen der EinwohnerInnen Rechung zu tragen. Die Angebote der Centre Socio-Culturelles richten sich an alle Einwohner im Quartier. In Frankreich gehört die Tätigkeit der Centres Socio-Culturels mehr in die Tradition der Volksbildungsbewegung (éducation populaire).	Les centres centres socio-culturels sont des équipements de proximité généralement associatifs ou municipaux dont la vocation est de proposer un lieu de rencontre et d'accueil des habitants. Ils proposent des activités et des services à vocation sociale (par exemple : activité périscolaire, sport, activités culturelles). Gérés conjointement par des professionnels et des bénévoles, ils cherchent à animer la vie d'un quartier et à répondre aux besoins des habitants. En France les centres socio-culturels s'inscrivent dans la continuité de *l'éducation populaire plus que de *l'éducation spécialisée.	X
chantier (m) éducatif	pädagogische Werkstatt (f)		Die chantiers éducatifs werden von den Vereinen der *prévention spécialisée eingerichtet. Sie ermöglichen es Menschen zwischen 16 und 25 Jahren, für die Herstellung von Waren und Dienstleistungen entlohnt zu werden. In erster Linie betreffen die chantiers éducatifs die Bereiche Umwelt, Baunebengewerbe, Hilfs- und Saisonarbeiten, Grünflächen und Landwirtschaft. Sie verfolgen neben erzieherischen und sozialen Zielen die berufliche Integration der Jugendlichen.	Le dispositif des chantiers éducatifs est mis en place par les associations de *prévention spécialisée. Il permet à des jeunes entre 16 et 25 ans d'être rémunérés pour une activité de production de biens ou de services. Les principaux secteurs concernés sont l'environnement, le second œuvre du bâtiment, les travaux de manutention, les travaux saisonniers, les espaces verts, la décoration, l'agriculture. Il poursuit des objectifs éducatifs, sociaux, de médiation, d'insertion professionnelle et de lien social.	X
Citoyenneté (f)	Staatsbürgerschaft (f)	überzeugte Vertretung der politischen Werte der französischen Republik	Die Citoyenneté ist ein Schlüsselbegriff der öffentlichen französischen Politik. Sie wird vielfach im Rahmen der Education Nationale und in der Präventionspolitik (Delinquenz, Radikalisierung etc...) benutzt.	La citoyenneté est un concept clé des politiques publiques françaises. Largement utilisée au sein de l'éducation nationale ou dans les politiques de prévention (délinquance, radicalisation etc...)	
cohésion (f) sociale	sozialer Zusammenhalt (m)		Der soziale Zusammenhalt ist ein wichtiger Bereich der Politique de la ville. Er zielt darauf, die sozialen Bindungen zu stärken.	La cohésion sociale est un des volets importants de la politique de la ville. Il vise à favoriser le lien social.	
collectivité (f) locale et territoriale	Gebietskörperschaft (f)		Eine collectivité territoriale ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts, der vom Staat im Rahmen der *décentralisation (Dezentralisierung) für einen bestimmten Bereich Befugnisse übertragen werden. 1. Auf kommunaler Ebene: Gemeinde. 2. Auf interkommunaler Ebene: Kommunalverband oder Verbandsgemeinschaft oder Gemeindeverband. 3. Auf der Ebene des Departements: *conseil départementaux (Generalrat). 4. Auf regionaler Ebene: *conseil régionaux (Regionalrat).	Une collectivité locale ou territoriale est une personne morale de droit public qui exerce sur un territoire certaines compétences qui lui sont dévolues par l'Etat dans un processus de *décentralisation. On peut distinguer: 1. Au niveau communal : les communes. 2. Au niveau intercommunal : *les communautés urbaines ou communautés de communes ou communautés d'agglomération ou plus récemment les métropoles dont l'*Eurométropole de Strasbourg. 3. Au niveau du département : les *conseil départementaux; 4. Au niveau régional: les *conseil régionaux.	X

Glossar / glossaire

Terme / Begriff	Traduction / Übersetzung	Correspondance / Entsprechung	Remarques	Anmerkungen	glossaire protection de l´enfance / Glossar Kinderschutz
Commissariat (m) Général à l'Egalité des Territoires	Generalkommissariat (n) für die Gleichheit der Gebiete		Das Commissariat Général à l'Egalité des Territoires (CGET) setzt die öffentliche Politik hinsichtlich der Gleichstellung der (ländlichen und städtischen) Gebiete um. Unter anderem ist sie für die *politique de la ville auf nationaler Ebene zuständig.	Le Commissariat Général à l'Egalité des Territoires (CGET) met en oeuvre les *politiques publiques visant à l'égalité entre les territoires (ruraux et urbains). Il met en oeuvre, entre autres la politique de la ville au niveau national.	
commune (f)	Kommune (f)		Die französische commune ist eine *Gebietskörperschaft, die die kleinste administrative Ebene in Frankreich darstellt. Der Bürgermeister vertritt seine Mitbürger. Er vertritt in der commune auch den Staat und führt auch das Personenstandsregister (Geburtenbuch, Heiratsbuch, Familienbuch, Sterbebuch). Zudem obliegt ihm die Polizeihoheit.	La commune française est une collectivité territoriale qui constitue le plus petit échelon de l'administration française. Le maire représente ses concitoyens habitant la commune. Il représente également l'Etat dans la commune et possède donc la charge des actes *d'état civil (naissance, mariage, divorce, décès) et dispose d'un pouvoir de police.	X
Conseil (m) régional	Regionalrat (m)		Der Regionalrat ist eine Gebietskörperschaft, die auf regionaler Ebene eine Vielzahl von Zuständigkeiten wahrnimmt, darunter: Wirtschaftsentwicklung, Verkehr, Gymnasien, Regionalplanung ...	Le Conseil Régional est une collectivité territoriale qui gère, au niveau d'une région, un grand nombre de compétence telles que : le développement économique, les transports, les lycées, l'aménagement du territoire...	
conseil (m) départemental	Rat (m) des Départements	Landkreisrat (m)	Der conseil départemental ist die gewählte Vertretung auf Départementebene, bestehend aus den Generalräten eines Departements. In der Eigenschaft als Gebietskörperschaft, entscheidet er über die Sozialleistungen. Seit dem Gesetzt von 2007, ist er aufsichtsführend im Kinderschutz. Die Bezeichnung vor der Gebietsreform 2015 lautete Conseil Géneral.	Le conseil départemental est l'assemblée réunissant les conseillers départementaux d'un département. En tant que collectivité territoriale, elle est entre autre compétent pour l'action sociale. Depuis la loi de 2007, il est le chef de file de la protection de l'enfance. Avant la réforme territoriale de 2015, il se nommait conseil général.	X
conseiller/-ère (m/f) en économie sociale et familiale (CESF)	Berater/-in (m/f) für Sozial- und Hauswirtschaft	Familienhilfe (m/f),	Der Beruf des Conseiller en économie sociale et familiale (CESF) wird von einem *Sozialarbeiter ausgeübt. Ziel seiner Intervention ist es, Einzelpersonen und Familien in sozialen und/oder finanziellen Schwierigkeiten dazu zu verhelfen, den Eintritt oder die Rückkehr zu ihrer Autonomie (wieder) zu erlangen. Der CESF ist Experte im Bereich des Alltagslebens (Wohnweise, Integration, Ernährung, Gesundheit, Konsum/ Budget). Wenn aus den Schwierigkeiten eine Notlage wird oder wenn die Familie die Intervention des CESF ablehnt, kann Letzterer gemeinsam mit der Familie den richterlichen Weg einschlagen, verbunden mit juristisch angeordneten Maßnahmen. Der CESF bietet sowohl individuelle Betreuung, als auch kollektive Aktionen an. Das Diplom des CESF ist ein Diplom, welches nach dem RNCP Niveau III entspricht.	En France, il s'agit d'un professionnel, *travailleur social, dont l'intervention consiste à aider et permettre le retour ou l'accès à l'autonomie des personnes et des familles en difficultés sociale et/ou financière. Il est expert dans les domaines de la vie quotidienne (habitat, insertion, alimentation, santé, consommation/budget). En cas de difficulté importante ou si la famille refuse l'intervention du CESF, celui-ci peut orienter la famille vers un dispositif contraignant décidé par le juge . Les actions d'un CESF sont individuelles ou collectives. Le diplôme de CESF est un diplôme de niveau 3.	X
Contrat (m) de ville	Stadt-Vertrag (m)		Der Contrat de ville ist das grundlegende Instrument der *Politique de la ville. Er vereint alle wichtigen Akteure eines Sanierungsgebietes (Staat, Gebietskörperschaften, Vereine....), die sich auf gemeinsame Aktionen für ein Gebiet für einen Zeitraum von sechs Jahren einigen.	Le Contrat de ville est l'outil principal de la *politique de la ville. Il regroupe l'ensemble des acteurs clés d'un territoire prioritaire (Etat, Collectivité territoriale, Associations...) qui se mettent d'accord pour une action commune sur le territoire sur une programmation de 6 ans.	

Glossar / glossaire

Terme / Begriff	Traduction / Übersetzung	Correspondance / Entsprechung	Remarques	Anmerkungen	glossaire protection de l´enfance / Glossar Kinderschutz
décentralisation (f)	Dezentralisierung (f)		Die décentralisation ist eine *Maßnahme des Staates zur Förderung der *Subsidiarität. Der Staat gibt damit eine Reihe seiner Verantwortungen/Hoheiten an die lokalen Körperschaften ab. Die Dezentralisierung ist in der französischen Verfassung im Artikel 1 verankert. Dort heißt es, dass die Organisationen der französischen Republik dezentralisiert sind. Die lokalen öffentlichen Körerpschaften bleiben jedoch unter der Kontrolle des Staates. Die Dezentralisierung wurde 1982 unter der Präsidentschaft von Francois Mitterrand eingeleitet. Dezentralisierung muss von *De-Konzentration unterschieden werden.	La décentralisation est le principe par lequel l'état français transfère un certain nombre de compétences administratives vers des *collectivités locales distinctes de lui. La décentralisation est consacrée par l'article 1er de la constitution, selon lequel "l'organisation [de la République française] est décentralisée". Ces *collectivités territoriales restent néanmoins sous la surveillance de l'Etat central. La décentralisation a débuté avec les lois Deferre votées en 1982 sous la présidence de François Miterrand. Il ne faut pas confondre décentralisation et * déconcentration.	X
déconcentration (f)	De-Konzentration (f)	Aufheben einer zentralistischen Ordnung/Verteilung der Verwaltung	Die déconcentration ist ein Organisatonsprinzip, bei dem der Zentralstaat einzelne Verantwortungsbereiche an die ihm zugeordneten lokalen Stellen delegiert. Die préfets (Präfekte) vertreten den Staat auf der regionalen Ebene und der Ebene des Départements.	La déconcentration est le principe d'organisation par lequel l'état central délègue ces agents et ses compétences vers des échelons inférieurs internes ne passédant pas de personnalité morale propre. Les préfets représentent ainsi l'état au niveau régional et départemental.	X
décrochage (m) scolaire	Schulabbruch (m)		Als décrochage wird im Französischen der Prozess bezeichnet, bei dem sich ein Kind oder Jugendlicher während seiner schulischen Grundausbildung immer weiter vom Bildungssystem entfernt, bis er noch vor Erlangen des Diploms die Schule (brevet de colleges ~ mittlere Reife) oder die weiterführende Ausbilung (etwa das certificat d'aptitude professionnelle, CAP.) abbricht. Im Bereich des Kinderschutzes betrifft die décrochage diejenigen Kinder, die vor Vollendung des 16. Lebensjahres (Ende der gesetzlichen Schulpflicht) die Schule gar nicht mehr oder nur noch teilweise besuchen. Im weiteren Sinne umfasst die décrochage jedoch auch diejenigen Jugendlichen, die nach ihrem 16. Lebensjahr vor Erlangen des Diploms aus dem Bildungssystem ausscheiden.	Le décrochage est le processus qui conduit un jeune en formation initiale à se détacher du système de formation jusqu'à le quitter avant d'avoir obtenu un diplôme. Il s'agit soit d'un diplôme de formation initiale (le premier étant le brevet de colleges) ou d'un diplôme de formation professionnelle homologué (le premier niveau étant un CAP). Sont concernés en protection de l'enfance des jeunes qui le plus souvent ne fréquentent plus l'école de manière régulière et continue bien avant la fin de la scolarité obligatoire (16 ans). Mais ce sont bien l'ensemble des jeunes qui quittent le dispositif de formation initiale sans diplôme donc aussi aprés 16 ans.	X
Economie (f) sociale et solidaire	Soziale und solidarische Ökonomie (f)		Der Begriff der sozialen und solidarischen Ökonomie ist in Frankreich im dritten Sektor verortet. Er umfasst Vereine, Stiftungen, Genossenschaften und Kooperativen. Er ist ein wichtiger Arbeitgeber.	Le concept d'Economie Sociale et Solidaire (ESS) structure le "tiers secteur" en France. Il regroupe les associations, les fondations, les mutuelles et les coopératives. Il constitue un employeur important.	
éducateur/-trice (m/f) spécialisé/-e	Sozialpädagoge/-in (m/f)		Die noch getrennten Berufe des éducateur spécialisé und des *assistant de service social (ASS) nähern sich tendenziell immer weiter an und werden sich möglicherweise in Zukunft zusammen schließen. Sie unterscheiden sich jedoch in ihrer historischen Entwicklung und in ihren Aufgaben. Die Aufgaben des éducateur spécialisé (Sozialpädagogen) sind stärker auf die Beziehung und Begleitung der Zielpersonen/Zielgruppe ausgerichtet.	Quoi que les professions d'éducateurs spécialisés(ES) et *d'assistants de service social ont tendance à se rapprocher, elles se distinguent par leur histoire et par leurs missions. Les missions de l'éducateur spécialisé sont centrées sur la relation éducative .	X

Glossar / glossaire

Terme / Begriff	Traduction / Übersetzung	Correspondance / Entsprechung	Remarques	Anmerkungen	glossaire protection de l´enfance / Glossar Kinderschutz
éducation (f) populaire	Volksbildung (f)	Armenbildung (z.B. im 19 Jhd. Einrichtungen, wie "das Rauhe Haus" in Hamburg), Arbeiter-, Erwachsenenbildung (f)	Die éducation populaire ist eine Bewegung mit einem speziellen Weltbild, die sich im 19. Jahrhundert parallel zur Schule entwickelte. Die Bewegung der Volksbildung wurde häufig von Aktivisten spezifischer Gruppen, wie z.B. Katholiken, nicht religiös gebundenen Menschen oder Kommunisten getragen. Ihr Ziel war das soziale System und den Bildungszugang für alle Mitglieder der Gesellschaft zu verbessern. Zu Anfang standen sich die Arbeitsbereiche der Volksbildung und die sozialpädagogischen Arbeitsfelder sehr nahe. Im 20. Jahrhundert entwickelten sie sich jedoch zunehmend auseinander, was sich in den stark getrennten Tätigkeitsfeldern und der Ausbildung für die jeweiligen Tätigkeitsbereiche spiegelt. Dennoch gibt es etliche Kooperationen zwischen den Einrichtungen der Volksbildung und sozialpädagogischen Diensten.	L'éducation populaire est un courant de pensée qui se développe au XIXième siècle en parallèle de l'école (éducation formelle). Souvent militant (catholique, laïc et/ou communiste), les mouvements d'éducation populaire visent l'amélioration du système social et l'accès à l'éducation pour tous. Au départ, l'éducation populaire et l'éducation spécialisée sont très proches. Puis elles ont tendance à se distinguer tout au long du XXième siècle. Aujourd'hui les diplômes et les domaines d'action de ces deux mouvements sont relativement distincts même si de nombreux partenariats existent.	X
égalité (f) des territoires	Gleichheit (f) der Gebiete		Die égalité des territoires ist ein zentraler Begriff der französischen Raumplanung . Ein Ministerium und eine Verwaltung sind ihm gewidmet. Das Hauptziel der " *politique de la ville" ist daher die Gleichstellung aller Gebiete der französischen Republik durch eine nationale Steuerung sicherzustellen.	L'égalité des territoires est un concept central de l'aménagement territorial français. Un ministère et une administration lui sont ainsi dédiés. L'objectif principal de la politique de la ville est ainsi d'assurer l'égalité entre tous les territoires de la République française, grâce à un pilotage national centralisé.	
Environnement (m)	Umwelt (f)				
Eurométropole (f) de Strasbourg	Eurometropole (f) Strasbourg		Die Euromtropole ist eine Gebietskörperschaft, die 33 Kommunen um Strasbourg umfasst. Sie hat zahlreiche Kompetenzen im Bereich wirtschaftliche Entwicklung, Stadtplanung, Umweltschutz...	L'Eurométropole de Strasbourg est une collectivité territoriale réunissant 33 communes autour de Strasbourg. Elle gère de très nombreuses compétences dont le développement économique, l'aménagement urbain, l'environnement...	
Insertion professionelle (f)	Arbeitsintegration (f)				
locataire (m/f)	Mieter (m), Mieterin(f)				
Médiation (f) culturelle	kulturelle Vermittlung (f)	(päd-)agogische Arbeit zur Vermittlung von Kultur			
Mission (f) locale			Arbeitsvermittlung für junge Menschen von 16 bis 25 Jahren, in der Trägerschaft von Kommunen oder Vereinen.	Insertion sociale et professionelle pour des jeunes de 16 à 25 ans, gérée par des associations ou par des communes.	
opérateur (m)		Akteur, Handelnder (m)	Mit dem Begriff opérateur wird eine öffentliche oder private Institution bezeichnet, die ganz oder teilweise für die Umsetzung eines Bereichs der öffentlichen Politik zuständig ist.	Le concept d'opérateur est utilisé pour décrire une institution publique ou privée mettant en oeuvre tout ou partie d'une politique publique.	

Glossar / glossaire

Terme / Begriff	Traduction / Übersetzung	Correspondance / Entsprechung	Remarques	Anmerkungen	glossaire protection de l´enfance / Glossar Kinderschutz
parentalité (f)	Elternsein (n), Elternschaft (f), Elternkompetenz (f)	Elternschaft (f), Elternsein (n)	Der Begriff parentalité entstand am Ende des 20. Jahrhunderts und steht heute im Zentrum des präventiven Kinderschutzes. Nach Definition des nationalen Ausschusses *soutien à la parentalité (Unterstützung des Elternseins) bezeichnet der Begriff die Spannbreite der verschiedenen Möglichkeiten, Eltern zu sein und das Elternsein zu leben. Dieser Begriff führte zu den Maßnahmen zur Unterstützung der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder.	Né à la fin du XXe siècle la notion de parentalité se trouve au coeur de la politique de prévention de la protection de l'enfance. D'après le comité national de soutien à la parentalité, la parentalité désigne l'ensemble des façons d'être et de vivre le fait d'être parent. Ce concept a abouti à la politique de *soutien à la parentalité.	X
pôle (m) emploi		In D: Arbeitsagentur (f) In der CH: Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) (n)			
Politique de la ville (f)	Wörtlich: Stadtpolitik (f)	Soziale Stadtpolitik (f)	Name des französischen Stadtentwicklungsprogramms (in der Funktion ähnlich dem deutschen Programm Soziale Stadt oder dem [mittlerweile eingestellten] Schweizer Programm projets urbains)	La politique de la ville est le nom donné à la politique française de développement social urbain dans les quartiers les plus défavorisés (proche du programme allemand "Soziale Stadt" et de l´ancien programme suisse "Projets urbains".	
Précarité (f)	Prekarität (f)				
préfecture (f)	Präfektur (f)		Die préfecture ist eine Verwaltungseinheit auf lokaler Ebene (*déconcentration), angesiede Der Präfekt vertritt der Staat und sorgt für die Ausführung der Regierungsbeschlüsse auf lokaler Ebene. So ist er bspw. verantwortlich für die Polizeikräfte in jedem *Département und in jeder Region.	Une préfecture est une administration déconcentrée de l'État francais. Il existe une préfecture par département et par région. Le préfet est placé à sa tête, il est le garant de la continuité de l'État. Parmi ses missions, le préfet relaie la politique du gouvernement au niveau local et est responsable des forces de police départemental.	X
prévention (f) spécialisée (éducateur de rue)		Mobile Jugendarbeit (f), Quartierarbeit (f)	Unter prévention spécialisée wird der öffentliche Auftrag der Quartiers-/Straßensozialarbeit, oder auch "streetwork", verstanden. Er wird von *Sozialarbeitern durchgeführt und besteht darin, Jugendliche, die in Gefahr der Ausgrenzung sind, in ihrem Lebensraum (u.a.Strasse) aufzusuchen und sie in ihrer Integration zu fördern. Ansonsten ist die prévention spécialisée auch im Gemeinwesen tätig und fördert das Empowerment der Bewohnerschaft des Quartiers. Im Gegensatz zur deutschen *Gemeinwesenarbeit ist die französische prévention spécialisée ein öffentlicher Auftrag im Rahmen des Jugendschutzes in den Gebieten, in denen "die Gefahr einer mangelnden sozialen Anpassung" besteht. Sie wird als solche vom Département oder der "Metropole" (politischer und administrativer Zusammenschluss von Grossstädten mit den umliegenden Gemeinden) finanziert. Sie zeichnet sich durch folgende Arbeitsprinzipien aus: • kein individuelles Mandat • Freiwilligkeit • Anonymität (Code de l'action sociale et des familles, art. L 121 und 221)	La prévention spécialisée est une mission de service public dit de "travail de rue", menée par des *travailleurs sociaux "dans la rue" pour un public jeune. Il s' agit de permettre à ces jeunes en voie de marginalisation de retisser des liens avec les institutions. La prévention spécialisée mène souvent un travail sur les dynamiques locales et le bien commun mais à la difference du *Gemeinwesenarbeit allemand elle est une mission de protection de l'enfance dans les territoires où se manifestent "des risques d'inadaptation sociale". Elle est financée à ce titre par le Département ou la Métropole. Parmi ses missions principales signalons l'insertion, la lutte contre l'isolement et le *décrochage scolaire, le travail sur les phénomènes de groupe, la mise en place de chantier éducatif. Elle se caractérise par : • l'absence de mandat individualisé, • la libre adhésion, • la garantie de l'anonymat. (code de l'action sociale et des familles, article L. 121 et 221).	X

Glossar / glossaire

Terme / Begriff	Traduction / Übersetzung	Correspondance / Entsprechung	Remarques	Anmerkungen	glossaire protection de l´enfance / Glossar Kinderschutz
protection (f) judiciaire de la jeunesse (PJJ)	Jugendgerichtshilfe (f)	für den Jugendschutz zuständige Justizbehörde (f)	Als dezentralisierte Behörde des Staates gehört die PJJ zum französischen Justizministerium. Sie befasst sich mit allen Fragen, die das Jugendstrafrecht betreffen und die Zusammenarbeit der dafür zuständigen Institutionen. In diesem Rahmen führen die Fachkräfte der PJJ Erziehungs-, (Wieder-)Eingliederungs-, Sozial- und Schulmaßnahmen für Kinder und Jugendliche (und deren Familie) auf richterliche Anordnung (zivil- oder strafrechtlich) durch.	Administration décentralisée de l'Etat, chargée dans le cadre de la compétence du ministère de la justice, de l'ensemble des questions intéressant la justice des mineurs, et de la concertation entre les institutions intervenant à ce titre. Au quotidien, les professionnels de la PJJ mènent des actions d'éducation, d'insertion, sociale, scolaire et professionnelle au bénéfice des jeunes sous mandat judiciaire, pénal ou civil, et de leur famille.	X
Rénovation (f) urbaine	städtische Sanierung (f)		Die Politik der rénovation urbaine wird von der Agence Nationale de la Rénovation Urbaine (ANRU) getragen, die den baulichen Teil der Massnahmen der *politique de la ville verantwortet und versucht den Zugang zu und die Qualität der Wohnungen in den Sanierungsgebieten zu verbessern.	La politique de rénovation urbaine est gérée par l'Agence Nationale de la Rénovation Urbaine (ANRU), qui gère le volet "urbain" de la *politique de la ville et essaye d'améliorer l'accessibilité et la qualité des logements dans les zones prioritaires.	
service (m) déconcentré de l'Etat	dekonzentrierter staatlicher Dienst (m)		Bei den dekonzentrierten Diensten des französischen Staates handelt es sich um die Dienste, die auf lokaler Ebene die Vermittlung zentralstaatlicher Entscheidungen sichern und die die Dienste des Staates auf lokaler Ebene verwalten. Präfekturen oder regionale Gesundheitsagenturen (ARS) sind ein Beispiel.	Les services déconcentrés de l'État français sont les services qui assurent le relais, sur le plan local, des décisions prises par l'administration centrale et qui gèrent les services de l'État au niveau local. Les préfectures ou les Agences Régionales de Santé (ARS) en sont un exemple.	
soutien (m) à la parentalité	Unterstützung (f) bei der elterlichen Verantwortung (m)		Schlüsselbegriff im Bereich des präventiven Kinderschutzes. Die Unterstützung der Eltern bei der Übernahme ihrer elterlichen Verantwortung hat zum Ziel, Eltern in ihrer Rolle als Eltern (Elternsein, Elternschaft) zu stärken. Nach der französischen Generalinspektion für Soziales zielt der soutien à la parentalité darauf hin, "die Eltern wieder in ihren eigenen Kompetenzen zu bestärken; den Austausch mit anderen Eltern anzuregen; Räume zur Verfügung zu stellen, in denen die elterlichen Erziehungskompetenzen durch wohlwollende Beratung gefördert werden; Unterstützungs- und Schlichtungsmaßnahmen bei schwierigen oder konfliktuellen Situationen anzubieten". Die Umsetzung der Politik des soutien à la parentalité erfolgt hauptsächlich durch die Réseaux d'écoute et d'appui à la parentalité und die lieux d'accueil parents-enfants.	Concept clé de la prévention dans la protection de l'enfance, le soutien à la parentalité a pour but d'aider les parents à être parent. D'après l'inspection générale des affaires sociales, le soutien à la parentalité vise à les "réassurer sur leurs compétences parentales, de développer les échanges entre pairs, de mettre en œuvre des lieux favorisant la consolidation de leurs capacités éducatives par un accompagnement bienveillant, et de proposer, face aux situations difficiles ou conflictuelles, des dispositifs d'appui ou de médiation". La politique de soutien à la parentalité passe principalement par les Réseaux d'écoute et d'appui à la parentalité et par les lieux d'accueil parents-enfants.	X
Territoire (m)	Gebiet (n)				

Glossar / glossaire

Terme / Begriff	Traduction / Übersetzung	Correspondance / Entsprechung	Remarques	Anmerkungen	glossaire protection de l´enfance / Glossar Kinderschutz
Aussenquartier (n)	quartier périphérique (m)				
Bauverwaltung (f)	service (m) d´urbanisme				
Beschäftigungsinitiative (f)	initiative (f) locale pour l'emploi		mesure pour l'insertion professionnelle	Eine Maßnahme zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt für arbeitslose Menschen	
Betreuungsverein (m)	association (f) d´accompagnement	service (m)/association (f) de tutelle	association pour le soutien à des personnes qui ne peuvent vivre de façon autonome (budget, détermination du lieu de séjour, relations commerciales) par des personnes mandatées légalement	Verein zur Unterstützung von gesetzlichen Betreuer*innen, für Menschen, die betreut werden, weil sie nicht mehr selbständig leben können (z.B. hinsichtlich Finanzen, Aufenthaltsbestimmung, Geschäfte tätigen)	
Bevölkerung (f)	population (f)				
Bevölkerungsbeteiligung (f)	participation (f) des habitants				
Ehrenamtliche/r (f/m)	bénévole (f/m)				
Einwohner/in (m/f)	habitant/e (m/f)				
Empowerment (n)	pouvoir (m) d´agir				
Freie Träger (m)	organismes non-gouvernementaux (m/pl.)	association (f) du secteur social et médicosocial	organisations non étatiques, c.à.d. privées, souvent des associations gestionnaires non lucratives du secteur social, A côté des grandes organisations de l'action sociale (Allemagne) et les œuvres sociales (Suisse) qui souvent ont leur origine dans les communautés religieuses ou dans le mouvement ouvrier, il existe aussi des organisations plus petites, c'est à dire des associations locales.	nichtstaatlicher, d.h. privater, häufig gemeinnütziger Träger Sozialer Arbeit. Neben den grossen Wohlfahrtsverbänden (Deutschland) und Hilfswerken (Schweiz), die häufig aus Religionsgemeinschaften oder der Arbeiterbewegung entstanden sind, gibt es auch kleinere, z.B. lokale freie Träger.	
Freiräume (f)	espaces (m) libres, espaces (m) publics		des espaces libres peuvent être classés espaces privés, semi-publics et publics et se caractérisent essentiellement par des espaces non construits	Freiräume lassen sich in private, halb-öffentliche und öffentliche Räume unterteilen und zeichnen sich insbesondere durch nicht bebaute Flächen aus	
Freiwillige/r (f/m)	bénévole (m/f)				
Gemeindeversammlung (f)	assemblée (f) communale		assemblée des citoyens ayant le droit de vote; lieu de décision en démocratie directe dans les communes suisses	Versammlung der abstimmungsberechtigten BürgerInnen; direktdemokratisches Entscheidungsgremium in Schweizer Gemeinden	
Gemeinschaftsschule (f)	école (f) communautaire	collège unique	en Allemagne c'est l'enseignement secondaire où les élèves sont enseignés en commun selon des groupes de niveau	In Deutschland Sekundarstufe, in der unterschiedliche Leistungsniveaus gemeinsam unterrichtet werden.	
Gemeinwesenarbeit (f)	travail (m) social sur le commun	prévention (f) spécialisée	Le Gemeinwesenarbeit (travail social sur le commun) est un principe du *travail social orienté vers un espace social spécifique. L'objectif est l'amélioration des conditions de vie dans des quartiers défavorisés par la mobilisation active et participative des habitants. Il s'appuie sur les intérêts exprimés des populations, c'est à dire sur leur volonté et sur ce qui les concerne. L'objectif est donc la mobilisation et le renforcement du Selbsthilfe (pouvoir d'agir) et de l'autonomie d'initiative. Les activités ne sont pas initiées et mises en oeuvre pour les habitants mais avec eux. Les ressources des habitants et du territoire sont ainsi activées.	Gemeinwesenarbeit ist ein professionelles sozialräumliches Arbeitsprinzip der *Sozialen Arbeit. Ziel ist die Verbesserung von Lebensbedingungen in benachteiligten Wohnquartieren unter aktiver, partizipatorischer Mitarbeit der dortigen Wohnbevölkerung. Die Arbeit setzt an den geäußerten Interessen der Bevölkerung an, d.h. im Zentrum steht der Wille oder die Betroffenheit der Wohnbevölkerung. Ziel ist die Mobilisierung von Selbsthilfekräften und Eigeninitiative. Angebote werden nicht für die BewohnerInnen, sondern mit ihnen initiiert und umgesetzt. Dabei werden die Ressourcen der Menschen und des Sozialraums einbezogen.	X

Glossar / glossaire

Terme / Begriff	Traduction / Übersetzung	Correspondance / Entsprechung	Remarques	Anmerkungen	glossaire protection de l´enfance / Glossar Kinderschutz
Hartz IV (n)		système de sécurité sociale en Allemagne, l'équivalent du RSA en France	en Allemagne: prestation financière pour assurer la situation des personnes sans travail, denommée aussi "allocation pour demandeurs d'emploi 2".	In Deutschland: Finanzielle Grundsicherung für arbeitslose Menschen. Auch "Arbeitslosengeld II" genannt.	
Jugendsozialarbeit (f)	travail (m) social auprès de la jeunesse		Travail social pour et avec les jeunes autour de différentes thématiques (par ex, l'école, la formation, le travail, habiter,le partenariat)	Soziale Arbeit für und mit Jugendlichen zu bestimmten Themen (wie z.B. Schule, Ausbildung, Arbeiten, Wohnen, Partnerschaft, etc.)	
Jugendzentrum (n), Jugendtreff (m), Jugendhaus (n) (Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen)	maison (f) de la jeunesse	maison de la jeunesse et de la culture, centre socio-culturel (limité aux activités pour les mineurs ou les jeunes majeurs)	Les Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen proposent aux enfants et aux jeunes des activités libre d'accès. Ces établissements sont encadrés en Allemagne par la loi d'aide à l'enfance et à la jeunesse (Kinder- und Jugendhilfegesetz). Les porteurs de ces établissements sont en règle générale les communes, les églises ou d'autres associations tournée vers les jeunes (*Freie Träger).	Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen bieten Kindern und Jugendlichen niedrigschwellige Programme an. Die gesetzlichen Grundlagen der meisten Einrichtungen finden sich in Deutschland im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG).Die Träger von Jugendfreizeiteinrichtungen sind in der Regel Kommunen (Städte oder Gemeinden) sowie Kirchen oder andere *Freie Träger der *Jugendhilfe .	X
Kinderbetreuung (f)	acceuil (m) d´enfants				
Kommunaler Sozialdienst (m)	services (pl) sociaux communaux	centre (m) communal d'action sociale (CCAS)	service de la jeunesse et de l"action sociale des communes	Jugend- und Sozialamt der Kommune	
Kommune (f)	commune (f)		La notion de Kommune prend la même signification que celle de Gemeinde mais englobe en Allemagne le niveau des *Landkreise. Les Kommunen sont des *collectivités territoriales et constituent le niveau le plus bas de la structure administrative allemande. Les Kommunen ont le droit à l'autonomie de gestion (Selbstverwaltungsrecht).	Der Begriff Kommune ist gleichbedeutend mit dem Begriff Gemeinde, umfasst jedoch in Deutschland auch die Ebene der Kreise. Kommunen sind *Gebietskörperschaften und stellen in der politisch-administrativen Struktur die unterste Ebene dar. Kommunen haben das Recht auf Selbstverwaltung.	X
Landkreis (m)	arrondissement (m) régional		Les Landkreise sont des collectivités territoriales allemandes rassemblant plusieurs communes (*Kommune). Les Landkreise ont le droit de s'autogérer. Les Landkreise gèrent plusieurs compétences pour les communes qui la constituent, entre autres : le recyclage des déchets et les hôpitaux. En dehors des compétences exclusives, les Landkreise assurent par délégation des missions pour l'Etat fédéré. Les Landkreise concernent principalement les zones rurales, les grandes villes constituent des Kreis autonomes appelés kreisfreie Stadt. La taille d'un Landkreis peut varier fortement, en moyenne, il prend la taille d'une sous-préfecture.	In Deutschland: Übergemeindliche Verwaltungseinheit der kommunalen Ebene mit dem Recht auf Selbstverwaltung. Die Landkreise nehmen verschiedene Aufgaben für die kreisangehörigen Gemeinden wahr, z. B. Abfallwirtschaft oder Krankenhäuser. Neben den Selbstverwaltungsaufgaben erfüllt der Landkreis auch staatliche Aufgaben. Landkreise existieren v.a. in ländlichen Gebieten. Grosse Städte sind ein eigener Kreis, genannt kreisfreie Stadt. Die Grösse eines Landkreises kann stark variieren, durchschnittlich hat er die Grösse einer sous-préfecture in Frankreich.	X
Landratsamt (n)	conseil (m) d'arrondissement	conseil (m) départemental	Dans certains Länder allemands, le Landratsamt est l'appellation prise par l'administration (et le bâtiment) d'un *Landkreis (arrondissement dont la taille correspond à une sous préfecture française). Le Landratsamt a une double fonction : une autorité au niveau communal et une délégation administrative de l'état. Le Landratsamt a le Landrat (approx. : conseil d'arrondissement) à sa tête et est soumis aux directives des administrations publiques du Land. Le Landratsamt est responsable de la protection de l'enfance et de la jeunesse en tant qu'autorité de gestion.	Landratsamt ist in einigen deutschen Bundesländern die Bezeichnung für die Verwaltung (und das Verwaltungsgebäude) eines *Landkreises. Das Landratsamt hat meistens eine Doppelfunktion, es ist kommunale Selbstverwaltungsbehörde und untere staatliche Verwaltungsbehörde. Das Landratsamt mit dem Landrat an der Spitze ist an die Weisungen der oberen Staatsbehörde gebunden (Bezirksregierungen und Ministerien). Als staatliche Verwaltungsbehörde ist das Landratsamt auch zuständig für die Jugendhilfe.	X

Glossar / glossaire

Terme / Begriff	Traduction / Übersetzung	Correspondance / Entsprechung	Remarques	Anmerkungen	glossaire protection de l´enfance / Glossar Kinderschutz
Liegenschaft (f)	bien immobilier (m)				
Liegenschaftsbesitzer/in (m/f)	propriétaire (m)				
Liegenschaftsverwaltung (f)	gestionnaires de biens immobiliers (m)				
Miete (f)	loyer (m)				
Mobile Jugendarbeit (f)	travail (m) mobile auprès de la jeunesse, prévention (f) spécialisée		Travail social en faveur des jeunes en milieu ouvert	Soziale Arbeit mit Jugendlichen, an wechselnden Orten, ohne Fixierung auf feste Räume	
Nachhaltigkeit (f)	développement (m) durable				
Nebenkosten (pl)	coûts annexes (pl)				
Niedrigschwelligkeit (f)	accès (m) facile (pas d'inscription préalable)		des offres qui peuvent être facilement acceptées, sans conditions préalables	Angebote die leicht angenommen werden können, ohne besondere Zugangsvoraus-setzungen	
Nutzer/in (m/f)	utilisateur (m), utilisatrice (f)				
Offene Kinder- und Jugendarbeit (f)	travail social (m) auprès des enfants et des jeunes				
öffentlicher Raum (m)	espace (m) public				
Öffentlichkeitsarbeit (f)	relation publique (f)				
Pilotprojekt (n)	projet (m) pilote				
Quartierarbeit (f)	travail (m) social dans le quartier		Par « travail de quartier » on entend un travail social qui s'adresse à une unité territoriale. Par ce mot souvent synonyme de *Gemeinwesen-arbeit (travail social sur le commun) est visée une amélioration des conditions de vie dans un quartier, en y incluant la population et en soutenant le vivre ensemble entre voisins.	Unter Quartierarbeit versteht man eine auf eine räumliche Einheit bezogene Soziale Arbeit. Häufig synonym mit *Gemeinwesenarbeit geht es in der Quartierarbeit um die Verbesserung der Lebensbedingungen in einem Quartier unter Einbezug der *Bevölkerung sowie die Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens.	
Quartierentwicklung (f)	le service (m) de développement de quartier		« Développement du quartier » renvoie à une stratégie d'une *commune pour enclencher un processus de développement pour toute la commune ou certains quartiers, dans lequel différentes mesures (sociales, mais aussi culturelles, urbanistiques) sont coordonnées et intensifiées avec le but d'améliorer les conditions de vie dans le quartier. Dans cette démarche, la participation de la population et d'autres acteurs est recherchée. Le développement de quartier comprend dans tous les cas, comme élément central, le travail de quartier ou le travail sur le commun, mais il souligne plus fortement l'inclusion de la commune, au niveau politique et administratif et le développement d'une stra-tégie commune, par delà les champs de compétences.	Quartierentwicklung bezeichnet eine Strategie einer *Kommune für die gesamte Gemeinde oder einzelne Quartiere einen Entwicklungsprozess anzustossen, bei dem verschiedene (soziale, aber auch kulturelle, bauliche) Massnahmen koordiniert und intensiviert werden mit dem Ziel die Bedingungen in dem Gebiet zu verbessern. Dabei wird der Einbezug der *Bevölkerung und anderer Akteure und die Förderung von Engagement angestrebt. Quartierentwicklung beinhaltet in aller Regel als zentrales Element *Quartier- oder Gemeinwesenarbeit , betont aber stärker auch den Einbezug der politischen und administrativen Gemeinde und die Entwicklung einer gemeinsamen, ressortübergreifenden Strategie.	

Glossar / glossaire

Terme / Begriff	Traduction / Übersetzung	Correspondance / Entsprechung	Remarques	Anmerkungen	glossaire protection de l´enfance / Glossar Kinderschutz
Quartiertreff (m)	lieu (m) de rencontre institué dans le quartier	centre social (m)	Espaces de rencontre dans un quartier pour des occasions privées et publiques.	Räumlichkeit im Quartier, die für private und öffentliche Anlässe genutzt werden kann	
Quartierzeitung (f)	journal (m) du quartier				
Familiengarten (m)	jardin (m) familial		Schweizer Begriff, Pendant in Deutschland oft: Schrebergärten oder Kleingärten	notion suisse, le pendant en Allemagne est le Schrebergarten ou le Kleingarten	
Schrebergarten (m)	jardin (m) ouvrier		deutscher Begriff, Pendant in der Schweiz oft: Familiengärten	notion allemande, le pendant en Suisse est le Familiengarten	
Schulsozialarbeit (f)	travail (m) social en milieu scolaire		Le *Schulsozialarbeit fait le lien entre le système de protection de l'enfance et l'éducation scolaire. Les professions du secteur social travaillent avec les professions scolaires à partir d'un cadre commun afin de garantir le développement individuel, social, scolaire et professionnel des élèves. Parmi leurs activités on peut citer la lutte contre les difficultés scolaires, les conseils éducatifs auprès des parents et des enseignants et la promotion d'un environnement scolaire sain et agréable.	Schulsozialarbeit ist das Bindeglied zwischen Jugendhilfe- und Bildungs(Schulsystem). Sozialpädagogische Fachkräfte arbeiten gemeinsam innerhalb der Schule mit Lehrkräften auf einer verbindlich vereinbarten und gleichberechtigten Basis zusammen, um Schüler in ihrer individuellen, sozialen, schulischen und beruflichen Entwicklung zu fördern. Sie tragen dazu bei: • Bildungsbenachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen • Eltern und Lehrer bei der Erziehung und dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz zu beraten und zu unterstützen • eine schülerfreundliche Umwelt herzustellen	X
Schwerpunktgebiete (f) (der Sozialen Stadtentwicklung)	zones (f) prioritaires		Territoires prioritaires (du développement social urbain) : territoire où existe un besoin tout particulier d'agir au niveau des mesures du développement urbain et pour lequel il a été décidé la mise en œuvre de mesures de développement. On l'utilise souvent pour des territoires qui sont soutenus dans le cadre des programmes nationaux de développement urbain.	Schwerpunktgebiete (der *sozialen Stadtentwicklung): Gebiet, in dem ein besonderer Handlungsbedarf für Massnahmen der Stadtentwicklung festgestellt wurde und für das die Umsetzung von Entwicklungsmassnahmen beschlossen wurde. Häufig verwendet für Gebiete, die im Rahmen (nationaler) Stadtentwicklungsprogrammen gefördert werden.	
Sozialarbeiter/-in (m/f)	travailleur (m) social, travailleuse (f) sociale		Les travailleurs sociaux sont actifs lorsque les problèmes sociaux des personnes concernées ne peuvent pas être résolus par eux-mêmes. L'obligation constitutionnelle du respect de la dignité de l'être humain et l'engagement social de la société entraine la mission de proposer des moyens de soulager ou de dépasser les problèmes et les situations d'urgence. Les travailleurs sociaux sont actifs dans la planification, la création et la mise en oeuvre des mesures. Ils sont actifs dans les domaines du développement social (Gemeinwesenentwicklung), de la planification sociale et garantissent des conditions de vie sociales, culturelles et éducatives suffisantes. Les travailleurs sociaux soutiennent les initiatives d'émancipation, d'*économie solidaire etc. Les travailleurs sociaux sont missionnés par l'Etat ou par des individus, des entreprises ou des ONG. Leur profession s'appuie : 1. Sur le code déontologique de la fédération international des travailleurs sociaux (IFSW) 2. Sur le code déonotologique du Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (DBFH) ou de l'association professionnelle "avenir social" en Suisse. 3. Les valeurs tels que la dignitié humaine, la liberté, l'égalité de traitement, la solidarité et les Droits de l'Homme. Leur formation se déroule dans des Hochschulen (Université appliquée) au niveau Licence ou master (Niveau 6, 7 et 8 du DQR).	Sozialarbeiter werden tätig, wenn soziale Probleme von Betroffenen nicht selbst bewältigt werden können. Aus dem Verfassungsgebot der Würde des Menschen und der sozialen Verpflichtung der Gesellschaft ergibt sich der Auftrag, Angebote zur Verhütung, Minderung oder Bewältigung von Problemen und Notständen zu machen. Sozialarbeiter wirken in der Angebotsplanung, -erstellung und -durchführung. Sie wirken in den Bereichen der Gemeinwesenentwicklung, der Sozialplanung und der Sicherung der sozialen, kulturellen und der erzieherischen/bildenden Lebensbedingungen. Sozialarbeiter unterstützen Initiativen der Selbsthilfe und solidarischer Ökonomie, die ohne Hilfe staatlicher Programme Lösungen für soziale Probleme erarbeiten. Sozialarbeiter werden staatlich oder von Menschen, Unternehmen und Nicht-Regierungsorganisationen beauftragt, besondere personennahe Dienstleistungen in Beratung, Bildung, Erziehung, Organisationsberatung, Personalentwicklung und Training wahrzunehmen. Die Arbeit gründet auf: 1. Code of Ethics IFSW (International Federation of Social Workers) 2. Berufsethische Prinzipien des DBSH (in Deutschland) oder avenir social (in der Schweiz) 3. Werteorientierung wie Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung, Solidarität gemäß den Prinzipien des sozialen Rechtsstaates und den Menschenrechten Die Qualifizierung erfolgt an Hochschulen (Bacherlor oder Master) (DQR Niveau BA 6, MA 7 oder nach Promotion 8)	X

Terme / Begriff	Traduction / Übersetzung	Correspondance / Entsprechung	Remarques	Anmerkungen	glossaire protection de l´enfance / Glossar Kinderschutz
Soziale Stadtentwicklung (f)	développement (m) social urbain				
Sozialpädagoge/-in (m/f)	pédagogue (m/f) social	éducateur (m) spécialisé éducatrice (f) spécialisée	Le travail des Sozialpädagogen peut être compris comme une partie du travail social. Contrairement à la France, la suisse germanophone et la grande majorité des Länder allemands ont intégré le diplôme de Sozialpädagoge dans le diplôme de *Soziale Arbeit. Dans les écoles qui proposent une branche indépendante de "pédagogie sociale", elle s'inscrit généralement dans une licence en science de l'éducation.	Die Arbeit der Sozialpädagogen kann als Teilbereich der Sozialen Arbeit verstanden werden. Anders als in Frankreich, hat die Deutschschweiz und der überwiegende Teil der Bundesländer in Deutschland das Studium der Sozialpädagogik in die Soziale Arbeit integriert. An jenen Hochschulen, die einen Arbeitsbereich Sozialpädagogik führen, ist er meist Teil erziehungswissenschaftlicher BA-Studiengänge.	X
Sponsor (m)	sponsor (m)		financeur	Geldgeber	
renouvellement (m) urbain			rénovation d'immeubles, d'infrastructures du transport et autres infrastructures	Erneuerung oder Sanierung von Gebäuden, Verkehrs- und anderer Infrastruktur	
Stadtteilbüro (n)	bureau (m) de quartier		lieu d'information et de contact pour les habitants d'un quartier pour des questions liées au quartier	Anlaufstelle für BewohnerInnen eines Quartiers in Fragen des Stadtteils	
Stadtteilfest (n)	fête de quartier (f)				
Tafelverein (m)	association (f) d'entraide alimentaire		association pour l'organisation et la distribution de nourriture gratuite pour des personnes pauvres	Verein zur Organisation und Verteilung kostenloser Nahrungsmittel an arme Menschen	
Verwaltung (f)	administration (f)				
Weiterbildung (f)	formation (f) continue				
Wohnumfeld (n)	cadre (m) de vie		conditions de vie	Lebensverhältnisse	
Wohnungsbaugesellschaft (f)	promoteur(m) immobilier		organisation qui construit des logements	Organisationen/Firmen, die Wohnungen bauen	
Zielgruppenorientierung (f)	orientation (f) vers le public cible		orientation/concentration du travail vers des destinataires spécifiques	Ausrichtung/Konzentration der Arbeit an bestimmte Adressat*innen / Personenkreis.	
Zwischennutzung (f)	utilisation (f) temporaire		utilisation temporaire d'immeubles ou de parcelles de terrain	zeitlich befristete Nutzung von Gebäuden oder Grundstücken	

Konzept und Design: studio-mllr.com

pic: AdobeStock_282861906.jpeg